

Protokoll der 22. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Freitag, dem 11.12.1992; Beginn 9.00 Uhr; Bonn, Bundeshaus, Sitzungssaal NH 1903; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU), Abg. Prof. Dr. Roswitha Wisniewski (CDU/CSU); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat: Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 278

Vorträge

Siegfried Suckut 282

„Die gesellschaftspolitische Funktion und Bedeutung der Blockparteien“

Peter Joachim Lapp 290

„Die Blockparteien und ihre Mitglieder“

Hans-Hermann Hertle 301

„Funktion und Bedeutung der Massenorganisationen am Beispiel des FDGB“

Diskussion

unter der Leitung von Hartmut Soell 308

Zeitzeugen

Hans-Jörg Graumann 344

Karlheinz Blaschke 348

Fritz Gerber 352

Ulrich Junghanns 356

Martin Reißmann 359

Tom Steinborn 362

Diskussion

unter der Leitung von Dirk Hansen 366

Anlagen

1. Fragenkatalog zur Anhörung 382

2. Thesenpapier von Karlheinz Blaschke	382
3. Zusammenfassung der Ergebnisse einer Befragung von Vertretern unterschiedlicher Leitungsebenen und Mitarbeitern des Zentralverbandes der LDPD	385
4. Hans-Hermann Hertle, „Funktion und Bedeutung der Massenorganisationen in der DDR am Beispiel des FDGB“ (Manuskriptfassung)	390

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns, bitte, Platz nehmen und beginnen! In besonderer Weise möchte ich diejenigen unter uns begrüßen, die keine Mitglieder der Enquete-Kommission sind und die unserer Einladung gefolgt sind, entweder um hier Zuhörende zu sein oder uns in einem zweiten Teil unserer öffentlichen Anhörung mit ihren Erfahrungen, mit ihren Einsichten in Strukturen und Verbindungen behilflich zu sein. Herzlichen Dank Ihnen allen, daß Sie gekommen sind, für Ihre Bereitschaft und für Ihr Interesse.

Die heutige Sitzung der Enquete-Kommission, die vom Deutschen Bundestag eingesetzt wurde, wird als öffentliche Anhörung zum Thema „Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat – Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ durchgeführt. Bedauerlicherweise haben wir auch einige Absagen hinnehmen müssen. Die Gründe dafür werden verschiedener Art sein. Ich kenne sie im einzelnen nicht, möchte aber an dieser Stelle und aus diesem Anlaß noch einmal grundsätzlich erklären: Die Aufgabe der Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, die der Deutsche Bundestag dieser Enquete-Kommission gestellt hat, bedeutet in erster Linie nicht, Schuld aufzuspüren und zuzuschreiben. Diese Kommission soll auch keine juristischen Verurteilungen aussprechen. Die Aufgabe dieser Kommission besteht vielmehr darin, die Kenntnisse über das, was die DDR war, zu vermehren, zu intensiven Analysen einer untergegangenen Wirklichkeit anzuregen und einer politischen Bewertung dessen, was die DDR ausmachte, den Weg zu ebnen und zumindest in Teilbereichen solche Analysen selbst vorzunehmen.

Das heißt, wir werden immer wieder das Gespräch mit denen suchen, die in die Strukturen der Deutschen Demokratischen Republik eingebunden waren, und darum interessiert uns heute keine persönliche Schuld oder Unschuld derjenigen, die hier mit uns reden, sondern es geht uns darum, zu erfahren: Wie funktionierten diese Strukturen innerhalb der einzelnen Parteien und Massenorganisationen in der DDR, und wie war das mit den Verbindungen und Verflechtungen zur SED?

Es ist uns an dieser Stelle eben wichtig, mit denen, die darüber etwas sagen können, ins Gespräch zu kommen. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstünde, wir würden nur über andere reden.

Wenn ich von der DDR als einer untergegangenen Wirklichkeit gesprochen habe, so zitiere ich damit ein Wort von Arnold Zweig, der schon 1933 anmerkte: „Um eine untergegangene Wirklichkeit verstehen zu können, muß man ihre Voraussetzungen kennen.“

Die heutige Anhörung will einen Beitrag dazu leisten, einen ganz wesentlichen Teil jener Voraussetzungen in den Blick zu rücken, die die untergegangene Wirklichkeit der DDR ausmachten. Die sogenannten Blockparteien, die seitens der SED immer wieder und nicht ganz ohne drohenden Unterton auch als befreundete Parteien bezeichnet wurden, waren nach der allgemeinen Erfahrung der DDR-Bürgerinnen und -Bürger zunächst nichts anderes als Transmissionsriemen der Partei. Sie dienten also vornehmlich dem Zweck, diejenigen Menschen in das System einzubinden, an die die führende Partei der Arbeiterklasse nicht so ohne weiteres herankam und mit denen sie nicht in einen allzu nahen Kontakt treten wollte, zum Beispiel bewußte Christen.

Insofern hat es Robert Havemann 1976 schon richtig gesehen, wenn er über die Blockparteien schrieb, sie seien ja gewissermaßen nur „Büros der SED, versehen nur mit eigenem Firmenstempel“. Und generell betrachtet, wird man wohl sagen dürfen, daß die Blockparteien dieser Funktion oft gerecht wurden. Ich erinnere hier nur an die Rolle, die die LDPD bei der Enteignungskampagne gegen die mittelständische Privatwirtschaft Anfang der 70er Jahre gespielt hat, oder an das zähe, wenn insgesamt auch wenig erfolgreiche Bemühen der Ost-CDU, in die Kirchen und Gemeinden einzudringen. Wir werden das ja, so vermute ich, heute an der einen oder anderen Einzelheit erfahren können.

Um den Stellenwert der Blockparteien im gesellschaftlichen System der DDR richtig zu verstehen, reicht es aber gewiß nicht aus, sie ausschließlich als Büros der SED, nur mit eigenem Firmenstempel, wie es Robert Havemann sagte, in Erinnerung zu rufen. Als die Sowjetische Militäradministration in Deutschland für die Sowjetische Besatzungszone diese Parteien neben der durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD entstandenen SED zuließ, verbanden viele Demokraten damit die Hoffnung, hier könnte tatsächlich so etwas wie ein demokratischer Neuanfang versucht werden. Und es waren gar nicht wenige, die sich damals mit dem Wunsch zur Verfügung stellten, aktiv beim Wiederaufbau des innerlich und äußerlich ruinierten Vaterlandes in einer politischen Partei, die ihrer besonderen Interessenlage zu entsprechen schien, mitzuarbeiten.

Welche Enttäuschung diese „Aktivisten der ersten Stunde“ dann erfahren mußten, läßt sich etwa an den erbitterten Auseinandersetzungen ablesen, die die CDU in der SBZ letztlich erfolglos durchzufechten versuchte.

Die Demokraten in den Blockparteien wurden erst allmählich und dann immer energischer an den Rand gedrückt, aus ihrer Partei ausgeschlossen, aus dem Land getrieben oder als Staatsfeinde zu Opfern jenes Einparteiensystems

gemacht, das sich bis zu seinem Ende den Luxus erlaubte, an der Fiktion einer funktionierenden Demokratie festzuhalten.

Für mich gab es spätestens seit dem Mauerbau 1961 – das ist meine persönliche Meinung, und das betone ich – keinen vertretbaren Grund mehr, einer der Blockparteien beizutreten, hatten sie doch alle zugestimmt, daß die herrschende „Partei der Arbeiterklasse“, die ja eigentlich auch einmal als Blockpartei angetreten war, ein ganzes Volk am 13. August 1961 zu lebenslanger Haft verurteilte.

Aber ich weiß natürlich auch, daß nicht wenige Menschen in der DDR den Beitritt in eine der Blockparteien als jenen äußersten Kompromiß betrachteten, den sie mit dem Regime einzugehen bereit waren. Und ich weiß auch, daß gar nicht wenige der Mitglieder in den Blockparteien, die auf regionaler Ebene Verantwortung übernahmen oder übertragen bekommen haben, versuchten, in diesem Rahmen ihr Bestes zu geben.

Wenn die DDR immer wieder als Nischengesellschaft bezeichnet worden war, dann spielte das über die vielen Jahre auch auf die „Rückzugsgebiete Blockparteien“ an, die für jene Menschen eine Möglichkeit zur beruflichen Absicherung darstellten, die sich nicht vollständig dem SED-Regime ausliefern wollten, zur totalen Verweigerung aber keine Möglichkeiten sahen.

Das SED-Regime verfügte selbstverständlich über noch ganz andere Möglichkeiten, die ihm ausgelieferten Menschen zu erfassen, sie einzubinden, zu kontrollieren und zu manipulieren. Praktisch waren alle Aktivitäten außerhalb der eigenen Familie und der eigenen Wohnung – ob es um den Sport, um kulturelle Interessen, wissenschaftliche und berufliche Zusammenschlüsse ging – Ansatzpunkte für eine Erfassung und Einbindung der Menschen in das System, konnten doch alle diese Aktivitäten nur im Rahmen einer jener Massenorganisationen – zumindest öffentlichkeitswirksam und kontinuierlich – verwirklicht werden, die unter der präzisen Anleitung der SED ihre Arbeit taten.

Und hier waren die Versuchungen gewiß noch sehr viel größer, den kleinen Kompromiß mit der SED-Diktatur zu schließen. Zum Beispiel: Wenn das Briefmarkensammeln und der Erwerb von Sondermarken nur dadurch möglich wurde, daß man dem Philatelisten-Klub im Kulturbund beitrug, dann mußte das eben sein, da konnte doch dann daran nichts Schlechtes sein.

Die schleichende kleine Korruption, die hier millionenfach erzwungen wurde, war von der SED sorgfältig kalkuliert: Wer sich bereit fand, den ersten Schritt in eine der Massenorganisationen zu tun, der konnte dann in vielen Fällen auch zu weiteren Schritten veranlaßt werden.

„Um eine untergegangene Wirklichkeit verstehen zu können, muß man ihre Voraussetzungen kennen.“ – Die Blockparteien und Massenorganisationen in der DDR gehörten zu den wesentlichen Voraussetzungen der SED-Diktatur.

Sie sicherten die Erfassung und Einbindung von Millionen von Menschen in den SED-Staat. Davon ist heute und hier zu reden. Das ist zumindest auch der Sinn dieser Anhörung, bei der den Aussagen der Zeitzeugen wieder einmal besonderes Gewicht zukommt. Sie können uns etwas von dem berichten, was es an Zwängen und Hoffnungen in diesen Blockparteien und Massenorganisationen gegeben hat. Sie können uns vor Augen führen, welche Erfolge es da gelegentlich gab beim Ausbau des SED-Staates zur Nischengesellschaft. Und sie werden wohl auch von den Enttäuschungen und der Resignation zu sprechen haben angesichts der Erfahrung, wie sie als Mitglieder der Blockparteien und der Massenorganisationen von der SED-Diktatur eingesetzt worden sind.

Ich wünsche unserer Anhörung einen erfolgreichen Verlauf.

Wir haben uns die Struktur unserer heutigen Anhörung so gedacht, daß wir zunächst drei Vorträge hören werden. Die Gesprächsleitung für diesen Abschnitt hat dankenswerterweise unser Kollege Professor Dr. Hartmut Soell übernommen. Das ist zunächst ein Vortrag von Dr. Siegfried Suckut zum Thema: „Die gesellschaftspolitische Funktion und Bedeutung der Blockparteien“. Danach spricht Dr. Peter Joachim Lapp über „Die Blockparteien und ihre Mitglieder“ und schließlich Hans-Hermann Hertle über „Funktion und Bedeutung der Massenorganisationen am Beispiel des FDGB“.

In der dann folgenden Pause laden wir – die Obleute und der Vorsitzende der Enquete-Kommission – zu einem kurzen Pressegespräch ein. Daran schließt sich die Anhörung der Zeitzeugen an. Wir werden das aber nicht wie ursprünglich geplant in zwei Stufen tun, sondern in einem großen Abschnitt. Die Leitung dieses Teiles übernimmt dann unser Kollege Dirk Hansen.

Bitte, Herr Kollege Soell.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nachdem der Vorsitzende eingeleitet hat, kann ich mir eine längere Einleitung ersparen.

Ich möchte zunächst Herrn Suckut nach hier vorn bitten, damit er für alle sichtbar zu uns sprechen kann. Herr Suckut ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte am Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung. Er hat intensiv über das politische System der DDR gearbeitet, für das SBZ-Handbuch über die CDU Beiträge geschrieben; er hat über die Blockpolitik in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1949 geschrieben, die Sitzungsprotokolle des Zentralen Einheitsfront-Ausschusses herausgegeben und über die Betriebsräte-Bewegung in der Sowjetischen Besatzungszone gearbeitet. Er ist heute nicht mehr an der Uni Mannheim, sondern an der Abteilung Bildung und Forschung in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Herr Suckut, Sie haben das Wort.

Dr. Siegfried Suckut: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich danke sehr für diese Einladung. Ich habe mein Thema so strukturiert, daß ich zunächst etwas über die Funktion der Blockparteien im politischen System sagen, sozusagen das Grundmuster skizzieren möchte, danach etwas über die gesellschaftspolitische Funktion und anschließend etwas über andere wichtige politische und gesellschaftliche Funktionen dieser Parteien in der ehemaligen DDR. Zum Schluß möchte ich eine Art Bilanz versuchen.

Ich habe einen Themenbereich bewußt ausgeklammert: Ich werde nicht auf die Funktion dieser Parteien aus der Sicht der Mitgliederschaften detaillierter eingehen, weil das ja das Thema des anschließenden Vortrages von Herrn Lapp ist. Gleichwohl habe ich aber auch dazu gearbeitet und veröffentlicht. Ich habe einen Beitrag ausgelegt, den ich im Mai dieses Jahres für das „Parlament“ geschrieben habe. Auch der Wortlaut meines Referates wird Ihnen nachher zugänglich sein. Ich verspreche Ihnen, daß ich mich auch an die Zeitvorgabe halten und mit 30 Minuten sicher auskommen werde.

Zum Thema: „Zur gesellschaftspolitischen Funktion und Bedeutung der DDR-Blockparteien“!

Wer heute den Versuch unternimmt, Aussagen zur Funktion der Blockparteien in der früheren DDR zu treffen, begibt sich auf schwieriges Terrain. Zwar läßt sich nach Öffnung der Archive vieles beantworten, über das bisher nur spekuliert werden konnte, doch geraten Beiträge zu diesem Fragenkomplex leicht in den Sog der politischen Diskussion, die seit der Vereinigung entbrannt ist.

Gelten diese Parteien den einen als Horte des Widerstandes, halten andere sie für bloße „Blockflöten“, für klassische Mitläuferorganisationen. Eine dritte Deutung führte Christian von Ditfurth in die Debatte ein, der vor etwas mehr als einem Jahr eine Monographie zur DDR-CDU vorlegte und die These vertrat, sie sei keineswegs als „Partei von Mitläufern“ anzusehen. Die Führungsrolle der SED anzuerkennen sei vielmehr „den meisten 'Unionsfreunden' . . . ein internes Bedürfnis“ gewesen. Die östlichen Christdemokraten als überzeugte Anhänger des DDR-Sozialismus? – Zweifel scheinen angebracht.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, ungeachtet der tagespolitischen Diskussionen und Interessen zu eigenen Aussagen zu kommen, die sich primär auf die nun zugänglichen Materialien in den Archiven der SED, der LDPD und der DDR-CDU stützen. Sie sollen aufgrund der knappen Zeit thesenartig formuliert werden. Im Mittelpunkt werden die „alten“ Blockparteien, CDU und LDPD, stehen.

Beide waren im Frühjahr 1945 als Parteien mit gesamtdeutschem Organisationsverständnis gebildet worden. Das entsprach den Vorstellungen der Gründungsväter ebenso wie den Interessen der Besatzungsmacht. Ihr ging es darum, die nichtkommunistischen Kräfte schon früh in ein festes Bündnis mit

der KPD einzubinden und von Berlin aus die Strukturen des zukünftigen gesamtdeutschen Parteiensystems und die Kooperationsformen vorzuprägen.

CDU und LDPD waren als Blockmitglieder formal gleichberechtigte Bündnispartner der KPD – eben keine Massenorganisationen – und hatten bei den Wahlen im Herbst 1946, zusammengenommen, ein besseres Ergebnis erzielt als die SED. Sie waren deren Verbündete, aber zugleich Konkurrenten um die Macht – ein Grundwiderspruch, der auch in den folgenden Jahren immer wieder aufschimmerte. So angepaßt sich ihre Führungen später verhielten, die machtbewußte Staatspartei sah in ihnen stets auch potentielle Kontrahenten.

Gerade die CDU und LDPD behielten bei den Machträgern das Odium von Organisationen, deren Mitglieder „altes“ Denken noch nicht überwunden hatten, zumindest in der Gefahr standen, ihm wieder zu verfallen. Kleinbürger eben, die sich ein Leninist nur als politisch noch Schwankende vorstellen konnte.

Unter gesamtdeutschen und Legitimationsaspekten war es für die SMAD wichtig, daß sie den gesellschaftspolitischen Veränderungen in der östlichen Besatzungszone zumeist zugestimmt hatten, wenn auch oft nur widerwillig und auf massives sowjetisches Drängen hin.

In dem Maße, in dem sich die Spaltung vertiefte und der Aufbau des Sozialismus im Osten voranschritt, erschienen der SED nationale Rücksichtnahme und potentielle Vermittlungsdienste verzichtbar. Gerade in Phasen von revolutionärem Optimismus neigte sie dazu, die Bedeutung der Blockparteien nur noch gering zu schätzen; häufig schien deren Fortexistenz ernsthaft bedroht.

Das gilt etwa für das Jahr 1948, für die Monate nach der 2. Parteikonferenz der SED 1952, die ersten Jahre nach dem Mauerbau und den Beginn der Ära Honecker, als die halbstaatlichen Betriebe in staatliche umgewandelt wurden und – kurz darauf – die „Schaffung der Grundlagen des Kommunismus“ zum Parteiprogramm erklärt wurde.

In Phasen machtpolitischer Verunsicherung der SED dagegen, speziell dann, wenn die Legitimationsdefizite des DDR-Sozialismus besonders spürbar wurden, konnten die Block-Verbündeten stets ihre Position festigen und erfreuten sich wachsender Wertschätzung durch die Führungspartei. So mit Beginn des „Neuen Kurses“ Anfang Juni 1953, im Zuge der Entstalinisierungsdebatte 1956 und unter dem Eindruck der Entwicklung in Polen wie der zunehmenden ökonomischen Probleme im eigenen Land seit Ende der 70er Jahre.

Jetzt galt der Sozialismus als „relativ eigenständige langandauernde gesellschaftliche Entwicklungsformation“, in der sich soziale Vielfalt erhalte und sogar weiter ausprägen. Vom Kommunismus war nicht mehr die Rede, wohl aber vom „stabilen Platz“ und der „langfristigen Perspektive“ der Blockparteien, die nun ermutigt wurden, „eigenständige, unverwechselbare Beiträge“ – wie es hieß – beim Ausbau der sozialistischen Ordnung zu leisten.

Je intensiver die „brain-trusts“ der SED in den 80er Jahren darüber nachdachten, wie gerade den technologischen Herausforderungen zu begegnen sei, desto sicherer gelangten sie zu Empfehlungen, die den Interessen wichtiger Mitgliedergruppen von CDU, LDPD und NDPD entgegenkamen, etwa zur Forderung, Eigeninitiative und Risikobereitschaft müßten gefördert, die Einkommen stärker differenziert und leistungsabhängig gemacht werden.

Ende der 80er Jahre schließlich, als die SED-Spitze versuchte, sich gegenüber der sowjetischen Reformpolitik abzuschotten, entdeckte sie das Mehrparteiensystem begrifflich neu und feierte seine Existenz als spezifisch deutschen Beitrag zur Praxis sozialistischen Aufbaus, als „Bündnispolitik in den Farben der DDR“. Was in der Sowjetunion noch diskutiert wurde – so sollte suggeriert werden –, sei von der KPD bereits in den 40er Jahren erkannt und in der DDR längst verwirklicht worden. Daß die Zulassung der Blockparteien eine sowjetische Entscheidung gewesen war, blieb unerwähnt.

Zur gedachten Funktion der Blockparteien, zur Hauptaufgabe Erziehung und Integration:

Ihre Funktion als Transmissionsorganisationen der SED bekamen die Blockparteien erst Mitte 1952 nach dem erklärten „Übergang zum Aufbau des Sozialismus“ zugewiesen. Den Zielen leninistischer Bündnispolitik entsprechend, sollten sie jene Bevölkerungsgruppen in die sozialistische Gesellschaftsordnung zu integrieren helfen, zu denen die SED keinen Zugang hatte, deren Mitarbeit aber für den Aufbau unverzichtbar war. Gedacht war speziell an die Angehörigen des Mittelstandes, also die beruflich noch Selbständigen, aber auch an die religiös Gebundenen.

Die späteren offiziellen Aussagen zum Verlauf dieser Integrationsbemühungen klingen wie eine reine Erfolgsgeschichte. Die Anhängerschaft der Blockparteien, so wurde behauptet, identifizierte sich zunehmend mit den gesellschaftspolitischen Vorgaben, und ihre Parteien näherten sich der SED immer stärker an – eine Deutung, die in gleichsam aufsteigenden Definitionen ihren Ausdruck fand: Aus „bürgerlich-demokratischen“ wurden „kleinbürgerlich-demokratische“, dann „demokratische“ und schließlich „befreundete“ Parteien. Die vermeintlichen Integrationserfolge drohten die Blockparteien zeitweise schon überflüssig zu machen, etwa, als Ende der 60er Jahre Ulbricht die DDR-Gesellschaft als homogene „sozialistische Menschengemeinschaft“ charakterisierte.

Die amtliche Erfolgsbilanz ließ sich durchaus mit Daten untermauern. Die Blockparteien meldeten seit Beginn der 70er Jahre wieder steigende Mitgliederzahlen und hatten zum Schluß annähernd 500 000 DDR-Bürger organisiert. In allen Parlamenten, im Ministerrat und den regionalen Verwaltungen waren sie vertreten. Die Parteichefs fungierten zugleich als stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates und unternahmen zahlreiche Auslandsreisen. Annähernd 100 000 Mitglieder wiesen die Statistiken als ehrenamtliche Mitarbeiter der

Nationalen Front aus, und fast tausend Gemeinden hatten einen Bürgermeister, der aus den Reihen einer der Blockparteien stammte.

Alle staatspolitisch wichtigen Entscheidungen waren von diesen Verbündeten mitgetragen worden – ein Faktum, das die Propaganda gern hervorhob, um das eklatante Legitimationsdefizit der SED-Herrschaft wenigstens formal zu verringern. Die Gründung halbstaatlicher Betriebe 1956 und deren Umwandlung in VEBs 1972 ging sogar formal auf Initiativen der Blockparteien zurück.

Daß die Funktionalisierung doch nicht so gut gelungen war, wie es die offizielle Darstellung glauben machen wollte, zeigte sich spätestens in den Monaten der Wende, als die Führungen sich unisono über diktatorisches Verhalten der SED in den zurückliegenden Jahren beschwerten und die Mitgliedschaften, allem Anschein nach nicht weniger entschieden als die Gesamtbevölkerung, für parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft optierten.

Noch wesentlich aufschlußreicher sind die jetzt zugänglichen Archivunterlagen. Danach zu urteilen, war der politisch-erzieherische Einfluß der Blockparteien auf die ihnen zugewiesenen Zielgruppen eher gering. Ein Grund dafür ist darin zu sehen, daß die Blockparteien gerade jene Bevölkerungsgruppen von den vermeintlichen Vorzügen des Sozialismus überzeugen sollten, die von seinem Aufbau sozial am stärksten gefährdet waren: die bisher Selbständigen – ein nahezu aussichtsloses Unterfangen.

Selbst die Parteiführer gerieten in Nöte, wenn sie die Unterstützung der leninistischen Staatspolitik mit dem weltanschaulichen Charakter ihrer Partei argumentativ in Einklang bringen sollten.

Manfred Gerlach wandte sich einmal, ideologischen Rat suchend, an einen führenden SED-Funktionär. Er habe als Mitglied des LDP-Zentralvorstandes demnächst ein Referat zu halten zum Thema: „Steht die LDP bejahend zum Marxismus-Leninismus?“ Ihm komme es „darauf an, Argumente zu haben, die“ er „anführen könnte“. „Wenn die LDP den Marxismus-Leninismus direkt bejahen würde“, so seine Überlegung, „würden logischerweise die Menschen sagen: Wozu brauchen wir noch eine LDP?“ Würde man ihn aber ablehnen, so gäbe es jetzt schon „ernste Diskussionen“ von LDP-Mitgliedern, die an Gewerkschafts- und FDJ-Schulungen teilnahmen und den historischen Materialismus bejahten. – Als manchmal selbst nicht Überzeugte Überzeugungsarbeit leisten zu wollen, war schwierig, eigentlich aussichtslos.

Überzeugender als der DDR-Sozialismus wirkte innerparteilich das westdeutsche Gegenmodell. Für die 50er Jahre läßt sich das klar belegen, aber auch aus den Stimmungsberichten der folgenden Jahrzehnte ist starke Westorientierung herauszulesen. Wahlsiege Adenauers wurden in manchen CDU-Ortsgruppen gefeiert, als wären es eigene gewesen, und hartnäckig hielt sich bis zum Mauerbau die heute illusionär wirkende Hoffnung, die Wiedervereinigung steht möglicherweise unmittelbar bevor.

Als in der mecklenburgischen Gemeinde Rakow in einer öffentlichen Versammlung über den Bau eines Kulturhauses diskutiert wurde, intervenierte ein Unions-Anhänger mit der Forderung „Hört auf zu bauen, im nächsten Jahr baut Adenauer sowieso bei uns!“ – Das war im Jahre 1954, hätte sich aber genauso gut 1960 ereignen können.

Anfang der 70er Jahre war Willy Brandt ganz offensichtlich der beliebteste Politiker unter den Anhängern aller Blockparteien, weil seine Deutschlandpolitik intensiveren Kontakt zur Bundesrepublik verhielt und nationale Hoffnung neu belebte. Die starke Westorientierung ließ eine politische Kluft zwischen Anhängerschaft und Führung entstehen. Sie verringerte sich in den Jahren nach dem Mauerbau, als die Bereitschaft zum Arrangement mit dem Staat in der DDR-Gesellschaft generell zunahm.

Die Basis ignorierte oft und zum Teil demonstrativ, was die Zentralen beschlossen hatten. Den ZK-Mitarbeitern erschienen die führenden Blockpartei-Funktionäre manchmal wie „Offiziere ohne Armee“. Schon auf Kreisebene ließ der Einfluß der Zentralverbände deutlich nach, und selbst größere Kaderrevirements unter den Kreissekretären vermochten daran nichts zu ändern. Offizieller Anspruch und vor Ort feststellbares Erscheinungsbild differierten gerade bei CDU und LDPD gewaltig. Das bestätigten nicht zuletzt auch die Berichte früherer Mitglieder.

Schon allein um den Mitgliederstand zu halten, waren aufgrund der starken Überalterung erhebliche Werbeanstrengungen notwendig, die erst seit den 70er Jahren von der SED voll gebilligt wurden. Der schließlich bis Ende der 80er Jahre anhaltende Zulauf erfolgte jedoch in hohem Maße aus Bevölkerungsschichten, an die sich die Blockparteien nach den SED-Vorgaben nicht oder nicht vorrangig wenden sollten.

Bei der CDU traf das – nach den rigiden SED-Statistiken, die soziale, aber keine weltanschaulichen Kriterien berücksichtigten – 1970 auf 90 Prozent der Neuaufnahmen zu, und das war durchaus keine Ausnahmejahr. Die eigentlich zugewiesenen sozialen Bezugsgruppen bildeten in der Mitgliedschaft von CDU, LDPD und NDPD bis zum Schluß nur eine Minderheit, prägten aber weithin das Parteileben an der Basis. Die besten Werte erreichte die NDPD, deren Neuzugänge 1970 immerhin zu 40 Prozent aus den zugeordneten Schichten stammten. Dazu zählten Handwerker, Gewerbetreibende, Unternehmer – die es damals noch gab –, freiberufliche Geistesschaffende – wie es hieß – und Komplementäre. Entsprechende Vorgaben galten für die LDPD.

Bei der CDU kamen als Bezugsgruppe die Geistlichen hinzu. Doch zeigten sich gerade sie in hohem Maße resistent gegenüber allen Werbeversuchen. Wie man den persönlichen Monatsberichten der CDU-Bezirksvorsitzenden an Parteichef Gerald Götting entnehmen kann, gelang es trotz intensiver Bemühungen nur selten, einen Pfarrer zum Unions-Beitritt zu bewegen. Über die Jahre waren nicht mehr als 300 bis 400 „Geistliche und Theologen“, wie

es hieß, in dieser Blockpartei organisiert; 1988 waren das 0,3 Prozent der Gesamtmitgliederschaft.

Die Bauernpartei warb lange Zeit vorrangig unter den in vollkollektivierten LPGs, dem sogenannten Typ III, Beschäftigten, sollte dieses Feld aber eigentlich der SED überlassen. Doch entsprach die Zusammensetzung der DBD-Mitgliederschaft wenigstens hinsichtlich der Berufsstruktur den Anweisungen: Sie bestand ganz überwiegend aus Bauern. Ihre Kreisvorstände sprachen in größerem Maße Neuaufnahmen mit den Vertretern der Einheitspartei ab. Auch aus diesem Grund galt die DBD als verlässlichste Verbündete und wurde bei offiziellen Aufzählungen als erste genannt.

Nicht ohne Argwohn registrierte die SED dagegen den beachtlichen Zulauf aus den Reihen der Intelligenz und die beharrliche Praxis der CDU, sich als primär weltanschaulich geprägte Organisation zu definieren und auch Arbeiter aufzunehmen. Besondere Wertschätzung genossen die Blockparteien unter den Lehrern. Sie wurden hier zu ernsthaften Konkurrenten der SED, die schließlich größere Zurückhaltung bei der Werbung annahmte; das war Anfang der 70er Jahre.

Daß die Vorgaben für die Mitgliedergewinnung nicht konsequent beachtet und die gesellschaftspolitischen Ziele der SED so teilweise unterlaufen wurden, war auf das gemeinsame Interesse der Basisorganisationen wie der Spitzen zurückzuführen, die Fortexistenz der Partei nicht zu gefährden. Selbst ein so SED-loyaler Politiker wie der stellvertretende CDU-Vorsitzende Wolfgang Heyl wollte verhindern, daß die Union unter die Marke von 100 000 Organisierten absank, und ließ sich nicht nur vom gesellschaftspolitischen Auftrag, sondern auch vom Eigeninteresse seiner Partei leiten.

Noch ausgeprägter tat das der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach, der gegenüber seinen Gesprächspartnern in der SED-Führung immer wieder eine stärkere Repräsentanz der Liberalen im Staatsapparat und mehr Beachtung in den Medien annahmte. Als 1977 das Politbüro neue Dienstwagen schwedischen Fabrikats erhielt, wurde der statusbewußte LDPD-Chef umgehend im ZK vorstellig und drängte auf Gleichbehandlung. „Volvo – ja“ schrieb Honecker schließlich in seiner typischen Art mit Filzstift über die Anfrage. Freilich erhielten Gerlach und die übrigen Vorsitzenden die Karossen nicht in ihrer Funktion als Parteichefs, sondern als stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates.

Eine gesellschaftliche Sonderfunktion, die speziell bis Anfang der 70er Jahre wichtig war, darf in dieser Aufzählung nicht vergessen werden: CDU und LDPD sollten zugleich unter der Anhängerschaft ihrer früheren westdeutschen Schwesterparteien für den DDR-Sozialismus werben und auf eine Vereinigung unter östlichen Vorzeichen hinarbeiten.

Die Geschichte der daraus entstandenen Kontakte und Kontaktversuche ist eines der interessantesten Kapitel deutscher Nachkriegsentwicklung und

mittlerweile recht gut rekonstruierbar. In Kürze wird dazu ein Beitrag von Roger Engelmann in der Schriftenreihe des Instituts für Zeitgeschichte München erscheinen, und vor wenigen Tagen ist ein von mir verfaßter im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung veröffentlicht worden.

Während sich die Liberalen sogar – wenn auch nur einmalig – zu offiziellen Beratungen (in Weimar) trafen und danach immer wieder informelle Gespräche führten, verhielt sich die West-CDU entschieden ablehnend gegenüber Gesprächsangeboten ihrer östlichen Namensschwester. Argwöhnisch beobachtete das ZK der SED alle innerdeutschen Kontakte zwischen Mitgliedern dieser Parteien und war darauf bedacht, eine innenpolitische Aufwertung der Blockparteien durch solche Beziehungen zu verhindern. Ein schwieriger Balanceakt der SED-Deutschlandpolitik!

Wie schwierig er manchmal war, mag ein Zitat verdeutlichen, das aus dem stenographischen Protokoll der Sitzung des Zentralen Blockausschusses vom 15. Oktober 1956 stammt, einer Sitzung also, die wenige Tage nach dem Weimarer Treffen stattgefunden hatte; über das Ergebnis dieses Treffens wurde dort vorrangig diskutiert.

Otto Grotewohl nahm da zu der Frage Stellung, ob es denn denkbar sei, daß zukünftige F.D.P.-Vertreter in Mitgliederversammlungen der LDPD aufträten, wie es ja von der F.D.P. auch gerade in Weimar intensiv gefordert worden war. Otto Grotewohl führt dort aus:

„Wenn nun diese Sorte, die hier als Unterhändler aufgetreten ist, (er meinte die F.D.P.-Vertreter!) in Ihren Mitgliederversammlungen sitzt und redet, da braucht gar nichts zu geschehen. Von Ihren Mitgliedern braucht keines auch nur ein einziges Wort dazu zu sagen. Aber die Freude im innern, daß nun endlich ihren wirklichen Anschauungen entsprechend geredet wird, das ist die Zersetzung, die innere Zersetzung. Und Ihre Arbeit, die Sie 12 Jahre geleistet haben, um den Teil des Bürgertums, den Sie um sich versammelt haben, zu fortschrittlichen Menschen zu machen und sie in die aufbauende Arbeit unseres Staates einzugliedern, löst sich auf. Da können Sie machen, was Sie wollen. Es wird ja keiner auftreten und das sagen; das haben die gar nicht nötig. Allein die Tatsache, daß diese negativen Tendenzen gestärkt und beflügelt werden, bedeutet die politische Auflösung der LDP.“

Man sieht, wie sehr die SED – natürlich auch damals schon und in diesem Punkt besonders – im Grunde genommen auf Abgrenzung angewiesen war, daß eigentlich die SED und die LDP bei diesen innerdeutschen Kontakten überfordert waren. Hätte es sie in intensiverer Form gegeben, wären sie fortgesetzt worden, wäre das eine ganz schwierige Situation geworden.

Der Effekt der von den Blockparteien betriebenen Westpropaganda und Westarbeit dürfte bei den Adressanten allem Anschein nach sehr gering gewesen sein. Zu abenteuerlich war etwa die These, der Mittelstand habe eigentlich nur in der DDR eine sichere Zukunft.

Nun zu den sonstigen Funktionen, zu den Bereichen Konsultation, Information, Interessenvertretung:

Westliche Sozialwissenschaftler hatten den Blockparteien und Massenorganisationen seit den 60er Jahren ein erweitertes Funktionsspektrum untergestellt und ihnen u. a. diese Funktionen – Konsultations-, Informations- und Interessenvertretungsleistungen – zugeschrieben; Transmission – so die Annahme – gebe es auch in umgekehrter Richtung: von unten nach oben.

Die jetzt zugänglichen Archivunterlagen bestätigen diese These. Umfangreich und für die SED sicher nützlich waren die Berichte, die sie über die Stimmungen in den Mitgliederschaften und den ihnen nahestehenden Bevölkerungsgruppen erhielt. Vor ihren Parteitage, der Verabschiedung von Programmen oder der Verfassung etwa konsultierte die SED die Blockparteien und bat um Stellungnahmen zu den vorgelegten Entwürfen.

Was die Verbündeten anregen, läßt erkennen, daß sie durchaus auch Interessenvertretungsaufgaben für ihre Mitglieder wahrnahmen. So forderte die CDU u. a., die Gleichberechtigung aller Bürger „unabhängig von ihrem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis“, wie es hieß, im SED-Programm von 1976 festzuschreiben und (1971, zum VIII. Parteitag der SED) zu Weihnachten geistliche Chormusik in das Fernsehprogramm der DDR aufzunehmen. Der LDPD ging es vorrangig um die Förderung der Privatbetriebe.

Die Reaktion der SED war zumeist sehr ablehnend. Die gesamt-gesellschaftlichen Interessen müßten im Vordergrund stehen, und die Existenz weltanschaulicher Unterschiede dürfe nicht noch betont werden, lautete ein Standardargument.

Als die LDPD 1968 anregte, das Mehrparteiensystem in der Verfassung zu verankern, zeigte sich die SED-Spitze geradezu alarmiert. Der Begriff lasse die „führende Rolle“ ihrer Partei nicht erkennen, bemerkte sie offenbar erst jetzt und strich ihn nun gänzlich aus dem offiziellen Vokabular.

Viele Anregungen wurden freilich auch angenommen, doch waren sie in der Regel nur von geringer Bedeutung. Was gut und wichtig schien, vereinnahmte die SED dagegen gern für sich selbst, etwa das CDU-Angebot aus dem Jahre 1977, eine Unterschriftenaktion gegen die Neutronenbombe unter den Pfarrern der Republik zu starten. Das sei Sache der Nationalen Front, entschied das ZK.

Hier dokumentierte sich anschaulich der Doppelcharakter der Blockparteien, wie die SED ihn wahrnahm: als Verbündete und potentielle Konkurrenten.

Bilanz. Versucht man zu bilanzieren, in welchem Maße die Blockparteien den ihnen zugewiesenen bündnispolitischen Aufgaben gerecht geworden sind, so fällt das Ergebnis für den Auftraggeber, die SED, unbefriedigend aus. Die Erfüllung der – im SED-Jargon – „Hauptaufgabe“, die politische Überzeugung und Erziehung bestimmter Bevölkerungsgruppen, war in nur

geringem Maße gelungen. Die Mitgliederschaften blieben westorientiert, zeigten aber Arrangementbereitschaft; das entsprach in der Grundstruktur dem Verhalten der Gesamtbevölkerung.

Das Scheitern der Blockparteien als Transmissionsorganisationen zeigte sich am deutlichsten bei der CDU. Gerade im Herbst 1989 trat offen zutage, daß kirchliche Diskussionen und Interessen stärker auf die Partei wirkten als umgekehrt, ein Faktum, das die SED bereits in früheren Jahren konstatiert hatte. Folgt man den internen Berichten Gerald Göttings, dann waren 1972 die Gegenstimmen und Stimmenthaltungen von Christdemokraten beim Volkskammerbeschluß über die Reform des § 218 dem innerparteilichen Einfluß der Religionsgemeinschaften zuzuschreiben.

Die unter dem Dach der Kirchen geführten Diskussionen um Demokratie und Demokratisierung schließlich griffen 1989 auf die Union über und führten letztlich die Wende auch in dieser Partei herbei. Darüber legen die im CDU-Archiv überlieferten Dokumente beredt Zeugnis ab.

Doch gab es aus SED-Sicht auch Positives zu verzeichnen. Zu Zehntausenden hatten die Mitglieder der Blockparteien staatliche Ämter und Aufträge übernommen, zumeist unbezahlte und unbeliebte, etwa als Wahlhelfer in der Nationalen Front. In diesem staatsloyalen Engagement unterschieden sie sich – zumindest graduell – von der Gesamtbevölkerung. Die SED wußte die Unterstützungsbereitschaft der von der Sache weithin nicht Überzeugten durchaus zu schätzen. Sie waren eine zwar nur bedingt zuverlässige, aber wichtige Kaderreserve, ohne deren Mitwirkung das Gesamtsystem kaum funktioniert hätte. Die zahlenmäßigen Erfolgsbilanzen waren halt nicht nur Makulatur. Die Blockparteien hatten in der Tat ihren Anteil an dem, was in der DDR geschah – am Guten wie am Bösen.

Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Suckut. – Ich meine, wir sollten, wenn Fragebedarf vorhanden ist, im Anschluß an die Vorträge der drei Referenten eine kurze Fragerunde machen. Deshalb möchte ich Sie, Herr Dr. Suckut, jetzt zunächst hier verabschieden und Herrn Dr. Lapp nach vorn bitten. Herr Dr. Peter Joachim Lapp ist Redakteur in der Abteilung „Dokumentation Ost-West“ des Deutschlandfunks in Köln. Er hat eine Reihe von Studien über die ehemalige DDR, jetzt aber auch Portraits über die fünf neuen Länder geschrieben. Er hat sich insbesondere auch beschäftigt mit den Grenztruppen der DDR, mit der Volksmarine, mit der Traditionspflege, mit Teilen des politischen Systems der DDR und natürlich auch mit den Blockparteien.

Herr Dr. Lapp wird zu uns sprechen über das Thema „Die Blockparteien und ihre Mitglieder“. Bitte, Herr Lapp.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wer

in der ehemaligen DDR vor der Wende im Herbst 1989 damit rechnen mußte, daß die Republik auch ihren 50. Geburtstag erleben würde, für den war allein die Existenz von Parteien neben der führenden SED ein Wert an sich.

Und in den Augen ihrer damaligen Mitglieder und Freunde – Ende der 80er Jahre zählten sie immerhin fast eine halbe Million Parteimitglieder – waren DDR-CDU, LDPD, NDPD und DBD politische Überlebensnischen und Organisationen der Lebens- und Berufshilfe in einer marxistisch-leninistisch bestimmten Umwelt.

Vor Ort ging man freundschaftlich bis familiär miteinander um. Man befand sich in einer Außenseiterrolle gegenüber der angeblich sozialistischen Gesellschaft, und das verband.

Mitglieder der vier Blockparteien gehörten mehrheitlich zu Klassen bzw. Schichten, die von der führenden SED als eher zweitrangig eingeschätzt und eingeordnet wurden. Die Parteien waren außerdem davon bedroht, dann, wenn der Kommunismus ausbrechen sollte, abgeschafft zu werden. Sie sahen sich einer „gesetzmäßig wachsenden Rolle“ der „Partei der Arbeiterklasse“ gegenüber, die immer beinhalten konnte, jähe Wendungen zu erleben und zum Beispiel einem Aufnahmestopp ausgesetzt zu sein.

Aus der Sicht ihrer fast 500 000 Mitglieder handelte es sich bei den vier Parteien um Gebilde, die von den Schalthebeln der Macht ferngehalten wurden, aber dennoch bemüht waren, Ideen nichtkommunistischer Herkunft in den zentralen, territorialen und örtlichen Entscheidungsprozeß einzubringen. Der jeweiligen Parteiführung in Ost-Berlin traute man zwar in den „großen“ Fragen der Politik ebensowenig über den Weg wie der SED-Leitung, doch wußte man um die Abhängigkeit der Blockpartei-Oberen. Man erkannte, daß diese die Führung der SED akzeptieren mußten, sich den Weisungen aus der ZK-Abteilung „Befreundete Parteien“ in allen Fällen zu beugen hatten. Und natürlich war in Kreisen der Mitglieder und Freunde der Blockparteien bekannt, daß die eigenen leitenden Funktionäre allesamt mit Förderung und Billigung der SED ihre Ämter erhielten und diese nur halten konnten, wenn sie das Vertrauen der Einheitssozialisten rechtfertigten.

Daß es sich bei der eigenen Blockparteileitung vielfach um eine Negativauslese handelte, war gängige Meinung. Aber: Man unterstützte und sympathisierte doch mit denjenigen Funktionären, die die geringen Handlungsräume ausnutzten und versuchten, wenigstens in Teilbereichen eigene Vorstellungen einzubringen.

Das war seit Anfang der 80er Jahre mehr als zuvor möglich, da sich die führende Partei offensichtlich entschlossen hatte, ihre „Bündnispolitik“, wie sie das nannte, wieder einmal zu aktivieren. Und sogleich stiegen als Folge dieser erweiterten Mitgestaltungschancen der Blockparteien auch ihre Mitgliederzahlen. Insbesondere auch aufgrund der Mitte der 70er Jahre

revidierten SED-Gewerbepolitik kamen verstärkt Handwerker und kleine Händler in die „befreundeten Parteien“ der Einheitssozialisten.

Diese kanalisiert von Anfang an die Mitgliederbewegung und achteten strikt darauf, die Arbeiterklasse – nach der DDR-amtlichen Klassen- und Sozialstruktur rund 75 Prozent der Beschäftigten – für sich zu reklamieren. Dazu zählten nach SED-Selbstverständnis außer Arbeitern auch Angestellte und Angehörige der Intelligenz, soweit sie proletarischer Herkunft waren.

Darüber hinaus beanspruchte die Einheitspartei, die „fortschrittlichsten“ Genossenschaftsbauern in ihren Reihen zu sammeln; offiziellen Angaben zufolge zählten 6 Prozent der Beschäftigten zur Klasse der Genossenschaftsbauern.

Den vier Blockparteien teilte die SED folgende Bevölkerungsschichten, Personen und Berufsgruppen zu: Christen aus allen Klassen und sozialen Schichten; Genossenschaftsbauern, die noch stark in klein- oder mittelbäuerlichen Traditionen verwurzelt waren; Angestellte aus allen Berufen, die vor allem im nichtproduzierenden Bereich der Volkswirtschaft tätig waren und/oder ein nichtproletarisches Elternhaus hatten; Selbständige aller Art.

Angehörige dieser Klassen und Schichten kamen in aller Regel nicht für eine Mitgliedschaft in der SED in Frage. Sie mußten, falls sie eine Parteimitgliedschaft wollten, bei den Blockparteien vorstellig werden.

Das Mitgliederreservoir der vier Blockparteien war trotz dieser Einschränkungen groß genug; denn allein die Christen umfaßten noch – selbst bei zurückhaltender Bewertung – Größenordnungen von einigen Millionen Bürgern. Diese waren, auch nach SED-Leseart, zuerst über die CDU der DDR anzusprechen. Und auch nach Ansicht ihrer Mitglieder und Freunde war die CDU immer eine Partei von und für Christen, die sich aber andererseits nie – auch nicht nach der Wende – als „Kirchenpartei“ verstand.

„Als Christ geht man nicht in die CDU!“, hieß es zwar in der 80er Jahren öfter in Oppositionskreisen unter dem Dach der Kirche, doch sollte man diese Polemik nicht überbewerten. Immerhin ist aber festzuhalten, daß es dieser Partei niemals gelang, ihre Möglichkeiten unter Christen auszuschöpfen. Mit zuletzt über 140 000 „Unionsfreunden“ war die CDU zwar die mitgliederstärkste Blockpartei der DDR, doch hielt die übergroße Mehrheit der Gläubigen zur Partei Distanz.

Dabei gehörten der DDR-CDU immer auch mehrere hundert „kirchliche Amtsträger“ an, unter ihnen auch Pfarrer. Und zeitweise war ein Landesbischof „Ehrenmitglied“ der CDU: M.M., Moritz Mitzenheim.

Dennoch: Die Mehrzahl der Gläubigen hielt sich bedeckt, nur eine Minderheit kirchlicher Amtsträger erwarb das Parteibuch. Die Kirchen selbst wollten von der DDR-CDU wenig wissen; bis auf die Anhänger des sogenannten Thüringer Weges entwickelten sich kaum intensive Beziehungen.

Dabei konnte eine Mitgliedschaft in der DDR-CDU für diejenigen Christen

von Vorteil ein, die beruflich eine gewisse Karriere anstrebten. Wer als angehender Pädagoge Mitglied der Partei wurde, konnte sich Hoffnung auf eine der vielen Stellvertreter-Positionen an Bildungseinrichtungen machen, und er war in der „marxistisch-leninistischen Bekenntnisschule“ (Gottfried Forck) vor ideologisch-politischen Nachstellungen der SED sicher.

1988 gab es noch rund 4 500 Lehrer und Erzieher, die der DDR-CDU angehörten; 1955 waren es 5 500, also 1 000 mehr. Davon fungierten allerdings nur noch ganze 16 als Direktoren, im Gegensatz zu 1983, wo es noch 23 waren. So bot, wie Siegfried Suckut in seinem Aufsatz über die Blockparteien im „Parlament“ vom Mai dieses Jahres betont, das Parteidokument „faktisch den Garantieschein“ dafür, „nicht Direktor werden zu können“. Aber der Betreffende konnte eben – das sei nochmals unterstrichen – durchaus die Position eines Stellvertreters erreichen, wobei dann das CDU-Parteibuch wirklich von Nutzen war.

Verkürzt formuliert bzw. begründet, galt das auch für fast alle anderen Berufsgruppen: Die Angehörigen der Blockparteien waren überall die klassischen Anwärter für Stellvertreter-Positionen, auf allen Ebenen von Staatsapparat, Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür hatte die führende SED den befreundeten Parteien großzügige Kontingente zugewiesen, die teilweise vor Ort noch nicht einmal immer – mangels Mitgliedern – besetzt werden konnten.

Blockparteimitglieder sollten in erster Linie in der zweiten Reihe Verantwortung übernehmen; die Leitungsfunktionen hatte sich die SED vorbehalten. Diejenigen Leitungspositionen, die traditionell seit den später 40er und frühen 50er Jahre im Besitze von Blockparteilern waren, wurden in den 70er und 80er Jahren verstärkt abgebaut und Genossen zugeordnet. Stellte die DDR-CDU im Jahre 1973 noch 615 Leiter von VEBs, waren es 1988 nur noch 130. Bei den LPGs hatten 1961 noch 728 Unionsfreunde die Leitung, 1988 dagegen nur noch ganze 53. – Auch diese Angaben sind aus dem Aufsatz von Herrn Suckut.

Das lag natürlich einmal daran, daß die CDU die mitgliederstärkste Blockpartei war, zum anderen aber auch an der Absicht der SED, möglichst viele parteilose Christen in die Union zu locken und diese einzubinden beim Aufbau des realen Sozialismus. Die Leistungen des christlichen Teils der Bevölkerung waren durchaus gefragt. Die christliche bzw. die evangelische Arbeitsethik galt auch in Kreisen der Kommunisten als vorbildlich, und man wollte diese abschöpfen. Deshalb schanzte die SED beispielsweise im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der kulturellen Institutionen der DDR-CDU mehr als 50 Prozent der Leitungspositionen zu, die den Blockparteien vorbehalten waren.

Ergebnis: Die CDU konnte künftigen Unionsfreunden schon bei den Aufnahmegesprächen, sofern sie in den genannten Bereichen arbeiteten, eher einen Leitungsposten in Aussicht stellen als die anderen Blockparteien.

Im Gesundheits- und Sozialwesen der alten DDR war die CDU deshalb überrepräsentiert im Vergleich zu den übrigen Blockparteien. Christliche Arbeitsethik konnte sich damit durchaus in diesem Bereich behaupten, was sicher von vielen Bürgern als wohltuend empfunden wurde. Die Chance, als Unionsfreund eher eine Position im Gesundheits- und Sozialwesen zu bekommen als ein parteiloser Christ, war bekannt und kann als ein Motiv für den Parteibeitritt gelten.

Überhaupt war die Chance, als Christ in der DDR beruflich eine Karriere zu machen, mit dem Parteibuch der CDU günstiger. Wer stark berufsbezogen dachte, ehrgeizig war, eine Familie und Verpflichtungen hatte, konnte durch seinen Beitritt zur CDU seine Situation in der atheistisch gewollten Gesellschaft verbessern. Und er konnte vor Ort zumeist Unionsfreunde finden, die sich aus den gleichen Gründen der Partei angeschlossen hatten, um in einer oft als feindlich empfundenen Umwelt besser zurechtzukommen.

Schließlich – auch wenn das von seiten der Führung nie betont wurde – trat man einer Partei bei, die einer „unwissenschaftlichen“ oder idealistischen Weltanschauung anhing – bekanntlich galt die Religion als Überbleibsel der alten Gesellschaft; Religion und Kirchen wurden als Übergangserscheinungen aufgefaßt, die dereinst absterben würden. So die Meinung der SED.

Wer als Frau oder Mann in jungen Jahren in der DDR den „christlichen Demokraten“ zustrebte, wurde von der führenden Partei im allgemeinen politisch als rückständig, zumindest aber als unsicherer Kantunist angesehen. Abgesehen von den Kreaturen, die sich im Auftrage der SED und der Staatssicherheit um eine Mitgliedschaft in der DDR-CDU bemühten, waren die Mitglieder der Partei in den Augen der SED durchweg nur in Teilbereichen der Gesellschaft einzusetzen und zu gebrauchen. Man wußte bei den Kommunisten sehr wohl, welche Vorbehalte es gegen die Führungsrolle der Marxisten-Leninisten gab.

Die Behauptung eifertiger Enthüllungsschreiber, die Mitglieder der DDR-CDU hätten die SED-Herrschaft akzeptiert, ja, es sei den meisten Unionsfreunden sogar ein „inneres Bedürfnis“ gewesen, die SED-Führungsrolle anzuerkennen, wird weder durch eigenen Augenschein und eigene Gespräche noch durch Dokumente von SED und Blockparteien gedeckt.

Die DDR-CDU gar als „Schild und Schwert der SED“ vorzustellen, ist völlig unsinnig – das war bekanntlich die Stasi. Der betreffende Journalist konnte in seiner Schrift zwar Belege für Überanpassung und Verrat anführen, doch gab und gibt es in jeder Partei „Gesinnungsakrobaten“.

Die Mehrheit der Mitglieder und der kleinen Mandatsträger der DDR-CDU hat sich nichts zuschulden kommen lassen. Sie „machten mit“, aber nicht an verantwortlicher Stelle; sie stabilisierten das System, aber nicht in seinen Grundfesten.

Und nicht wenige Unionsfreunde bewahrten sich die Erinnerung an die Gründungsjahre, schauten nach Westen, hielten Verbindung zu ihrer Kirche, ließen sie nicht innerlich auf den Kommunismus ein. Die mutigsten Unionsfreunde stießen 1989 zum „Neuen Forum“ und formulierten den „Brief von Weimar“. Die weitaus übergroße Mehrheit setzte seit dem Sonderparteitag im Dezember 1989 in Ost-Berlin auf den Reformflügel der Partei.

Die politische Wende in der Partei wurde auch deshalb erleichtert, weil viele ihre politischen Überzeugungen seit Jahren und seit Jahrzehnten gewissermaßen geparkt und quasi stillgelegt hatten, hoffend auf eine andere Zeit, und christdemokratische Ideen 1989/90 reaktivierten.

Vor der politischen Wende erklärte der 1. Vorsitzende der Exil-CDU, Siegfried Dübel, im April 1989 auf dem 20. Parteitag in Duderstadt wörtlich: „Die Mitglieder der CDU, unserer CDU in der DDR, sind zu über 90 Prozent genauso gute oder schlechte Demokraten wie die CDU-Mitglieder in der Bundesrepublik.“ Zitat von Herrn Dübel aus dem April '89.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist an der Basis der CDU ebenso wie in der LDPD – weniger in NDPD und DBD –, aber auch in der SED steigende Unlust darüber festzustellen, sich weiter der Ost-Berliner Parteiführung widerspruchslos unterzuordnen. Nachweislich wird auf den unteren Parteiebenen zunehmend offen und kritisch diskutiert und werden gesellschaftspolitische Probleme auch beim Namen genannt.

Die Basis war, was die CDU in der DDR betraf, von der sozialen Zusammensetzung her recht repräsentativ für den Bevölkerungsdurchschnitt – allerdings mit einem gewissen Übergewicht an Bürgern, die wir hierzulande zu den Mittelschichten gerechnet hätten: knapp 40 Prozent Angestellte, 13 Prozent Geistesschaffende bzw. Angehörige der Intelligenz, 12 Prozent Handwerker und Kleingewerbler, 17 Prozent Genossenschaftsbauern und – immerhin – 10 Prozent Arbeiter. So die offiziellen Zahlen für 1985.

Von daher gesehen war die DDR-CDU – im Vergleich zu den anderen Blockparteien – am ehesten noch „Volkspartei“ wie die CDU im Westen, was zum Beispiel Wolfgang Schäuble in seinem Buch über den Einigungsvertrag 1990 ausdrücklich bestätigt, wenn er schreibt: „An der Basis der Mitgliedschaft ist die Ost-CDU auch nach über vierzig Jahren der Teilung unserer West-CDU strukturell sehr ähnlich geblieben.“

Daß diese Mitgliedschaft der CDU immer Vorbehalte gegen die führende Rolle der SED hatte – wie übrigens auch die „Parteifreunde“ der zweiten klassischen Blockpartei, der LDPD, ebenfalls schon 1945 gegründet –, machen zahlreiche interne Berichte der Blockparteileitungen klar. Zumindest dauerte es in der Mitgliedschaft von DDR-CDU und LDPD immer etwas länger, bis man die Leute im Sinne der Einheitssozialisten „im Griff“ hatte, bis man ihre äußere Anpassung erzwang.

Immer gab es Teile in der Mitgliedschaft der beiden erstgeborenen Blockparteien, die oppositionell eingestellt waren und darauf warteten, daß es einmal anders kommen würde. Diese Kreise wurden in den 70er Jahren zwar stiller, erlebten jedoch seit Mitte der 80er Jahre dann – unter anderen Vorzeichen – einen Aufschwung im Gefolge der Gorbatschowschen Ideen. Feststellbar und belegfähig sind generelle Vorbehalte in der Mitgliedschaft gegen politische Entscheidungen in den 50er und 60er Jahren. Eine Minderheit in der DDR-CDU und LDPD stellte zum Beispiel Mauer und Einmarsch in die CSSR in den Jahren 1961 bzw. 1968 in Frage.

Vor allem in der LDPD belebten sich seit Anfang der 80er Jahre dann Vorbehalte gegen Teilentscheidungen der SED, nicht gegen die „große Linie“, sondern vor allem in Bereichen der Wirtschafts- und Kulturpolitik.

Auch ließ der Vorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach, im Gegensatz zu anderen Blockpartei-Oberern, seit Mitte der 80er Jahre deutliche Distanz zum Alleinherrschaftsanspruch der SED erkennen. Gerlach wurde von den einfachen LDPD-Mitgliedern als Garant einer Entwicklung gesehen, die geringen Möglichkeiten der „befreundeten Parteien“ gegenüber der SED auszunutzen.

Die LDPD-Führung unter Gerlach leitete in den 80er Jahren eigenständige Strategien bei der Mitwirkung im realen DDR-Sozialismus ein, die bei der Mehrheit der Parteifreunde Anerkennung fanden und der LDPD neue Mitglieder und Freunde bescherten. Auch wurde seitens der LDPD-Leitung die Diskussionsbreite – bei nach wie vor grundsätzlicher Akzeptanz des Sozialismus – erhöht und die Mitgliedschaft ermuntert, von ihren Rechten vor Ort stärker Gebrauch zu machen.

Ergebnis: Das Selbstbewußtsein der gut 100 000 Parteifreunde festigte sich, oft zum Erstaunen, zum Ärger der SED und der anderen Blockparteien. Die Mitgliedschaft konnte sich in den 80er Jahren weitgehend mit ihrem Parteichef identifizieren, dessen Führungsstil immer als vergleichsweise angenehm empfunden wurde.

Zu keinem anderen Blockpartei-Leiter konnte die Mehrheit der normalen Mitglieder ein ähnlich offenes, entspanntes, teilweise sogar herzliches Verhältnis herstellen wie zum Vorsitzenden der LDPD. Deshalb sind die heute gegen Gerlach vorgebrachten Vorwürfe, er habe einst Parteifreunde an den sowjetischen Geheimdienst verraten, um so bedauerlicher und – sollten sie zutreffen – um so tragischer, weil er Vertrauen und Hoffnung bei Zehntausenden LDPD-Mitgliedern schuf und sich bis heute vieler Sympathien in der F.D.P. der neuen Bundesländer erfreut.

Nicht wenige neue Mitglieder sind in den 80er Jahren der LDPD beigetreten wegen dieses Chefs und seiner Politik. Keine andere Blockpartei konnte so starke Mitgliedergerwinne erzielen wie die LDPD, die 1988 im Vergleich zu 1977 einen Zuwachs von 48 Prozent vermelden durfte. Die Bürger, die

seinerzeit der LDPD zustrebten, wußten die Atmosphäre zu schätzen, die ihnen in den Ortsgruppen geboten wurde und die praktische Lebens- und Berufshilfe war, in erster Linie für Handwerker und Gewerbetreibende, aber auch für kleine und mittlere Angestellte sowie Teile der Intelligenz und der Künstler. Stefan Heym veröffentlichte im LDPD-Buchverlag, falls überhaupt in der DDR.

Mit annähernd 25 Prozent waren Handwerker und Kleingewerbler in der LDPD besonders zahlreich vertreten und stellten nach den Angestellten die stärkste Berufsgruppe. Nur die NDPD, die National-Demokratische Partei, konnte vergleichbare Prozentzahlen vorweisen. Von den LDPD-Mitgliedern waren 33 Prozent Angestellte, bei der NDPD 32 Prozent. Bei der Intelligenz lauteten für 1985 die Zahlen: 18 Prozent bei der LDPD, 17,5 Prozent bei der NDPD.

Beide Parteien wiesen damit eine stark ähnliche soziale Zusammensetzung auf, beide Parteien sprachen seit den 70er Jahren die gleichen Zielgruppen an, beide Parteien vermeldeten ähnliche Mitgliederstärken. Allerdings mit einem bedeutenden Unterschied: Die LDPD konnte in den 80er Jahren weitaus mehr neue Mitglieder gewinnen als die NDPD. Der Zuwachs der DDR-Nationaldemokraten lag mehr als 50 Prozent unter dem der LDPD, die ursprünglich deutlich weniger Mitglieder zählte als die Konkurrenzpartei NDPD, wobei die Konkurrenz – auch für DDR-Verhältnisse – wirklich wörtlich zu nehmen ist und vor allem der NDPD zu schaffen machte.

Die stark überalterte Partei des Heinrich Homann bemühte sich intensiv um neue Mitglieder, die aber lieber der LDPD beitraten – wenn überhaupt einer Blockpartei. Die NDPD galt bei vielen Mitgliedern und DDR-Bürgern als politisch ausgebrannt und zunehmend überflüssig. Ihre Führung unter Homann agierte ungeschickt und unglücklich. Gerlach und Homann waren Intimfeinde, leitende Homann-Funktionäre haßten die LDPD-Leute.

Homann und seine Anhänger versuchten in den 80er Jahren, ihre Zuverlässigkeit zu beweisen und sich bei der SED anzubiedern. Zugleich wurde keine Gelegenheit ausgelassen, die LDPD in Mißkredit zu bringen. Die einfachen Mitglieder der NDPD, auch die kleinen Funktionäre, beteiligten sich jedoch weitgehend nicht an den Intrigen ihrer Partei-Oberen gegen die LDPD, mit der sie vor Ort vielfach befreundet waren. Diese Tatsache hat später – im März 1990 – den Beitritt der NDPD zum „Bund Freier Demokraten“ erleichtert; allerdings hatte zu diesem Zeitpunkt die NDPD bereits Zehntausende Mitglieder verlassen.

Generell ließen sich Blockparteimitglieder auf örtlicher Ebene nicht auf kleinliche Abgrenzungskämpfe untereinander ein, öfter zum Ärger ihrer Parteileitungen und der SED, die sich gerade das manchmal wünschten.

Die NDPD, 1948 gegründet für die kleinen, in der Regel unbelasteten NSDAP-Mitglieder sowie für ehemalige Wehrmachtsangehörige, hatte in den 50er und

60er Jahren Verdienste bei der Integration dieser Schichten in das neue System. Über ein Mitgliedsbuch der NDPD konnten diese „Ehemaligen“ zurückfinden zu einem Mehr an Normalität in der frühen DDR, allerdings um den Preis der Überanpassung. Vielen ihrer Amtswalter und Mitglieder fehlte es an jeder Art von Zivilcourage und Selbstwertgefühl. Dankbar orientierten sie sich ausschließlich – in Treue fest – an ihren neuen Herren, froh, noch einmal Verantwortung übernehmen zu können und gebraucht zu werden.

Und sie wurden „gebraucht“ und benutzt, machten alle Windungen und Wendungen der SED-Politik gehorsam mit und versuchten manchmal sogar, in ihren Treuebekennnissen die SED in den Schatten zu stellen. Resultat: Die Mitgliedschaft konnte niemals ein einigermaßen eigenständiges Bewußtsein entwickeln, konnte sich nicht auf demokratisch-parlamentarische Traditionen berufen, hatte selbständiges Parteihandeln nie erlebt, immerhin ja bei der CDU und LDPD Mitte bis Ende der 40er Jahre vorhanden.

Als dann auch Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre das National-Demokratische, die ursprüngliche verbale Orientierung auf ein neutrales Gesamtdeutschland, eng befreundet mit der Sowjetunion, abgelegt werden mußte, begann die Dauerkrise der NDPD, die natürlich Auswirkungen auf die Mitgliedschaft hatte. Schließlich starben die „Ehemaligen“ weg, und die Partei hatte sich auf Zielgruppen zuzubewegen, die bereits von anderen – insbesondere von der LDPD – angesprochen wurden, städtische Mittelschichten zumal.

Der Mitgliederzugang blieb bescheiden. Man versuchte, Eheleute, Töchter und Söhne, Verwandte von Parteifreunden in die NDPD zu locken, wollte zeitweise buchstäblich NDPD-Familien organisieren, konnte aber trotzdem nie die Mitgliederzuwachsrate des Hauptkonkurrenten LDPD erreichen. Resignation machte sich breit, auch im mittleren und unteren Funktionärskorps. Die innerparteiliche Diskussion erlangte nicht die Intensität wie in CDU und LDPD.

Die NDPD war nie eine eigenständige Partei gewesen. Das machte sich in den 80er Jahren stärker bemerkbar als in den beiden anderen, den klassischen Blockparteien, die sich aus ihrer Tradition heraus auch an demokratischer Zeit noch orientieren konnten. Da konnte die Homann-Partei einfach nicht mithalten, und die Mitgliedschaft hatte auch nicht die Kraft, ihrerseits eine andere Politik einzufordern. Man hatte gelernt, sich anzupassen – mehr als in CDU und LDPD.

Schwierigkeiten beim Selbstwertgefühl und Resignation bei den Mitgliedern kennzeichneten auch die Situation in den 80er Jahren bei der vierten Blockpartei, der DBD, der Demokratischen Bauernpartei. Ende September 1989 zählt die DBD immerhin noch 125 000 „Parteikollegen“ – so nannte man die – und war damit zweitstärkste Blockpartei.

Die Partei bestand zu rund 70 Prozent aus Genossenschaftsbauern und durfte

sich zeitweise als die Partei der Klasse der Genossenschaftsbauern vorstellen sowie – bis in die 80er Jahre hinein – als „der engste Bündnispartner der SED“. Mithin war sie so etwas wie eine Blockpartei 1. Klasse. Grund: Entsprechend den Lehren Lenins sollten die Bauern der Hauptpartner der Arbeiterklasse sein.

Und diese Bauern wollte eben die DBD ansprechen und organisieren; allerdings von vornherein nicht die fortschrittlichsten dieser Klasse, sondern nur die politisch noch nicht sehr gereiften, die aus klein- und mittelbäuerlichen Schichten stammten. Die fortschrittlichsten Bauern hatten der SED beizutreten.

Ebenfalls wie die NDPD auch erst 1948 auf Initiative der Kommunisten gegründet, konnte die DBD zunächst einige zehntausend „werk tätige Einzelbauern“ gewinnen. Von Anfang an glich die Organisation mehr einer Berufsgruppenvertretung als einer Partei und verlor seit der Reaktivierung des VdgB, der Massenorganisation „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“, Anfang der 80er Jahre an Bedeutung auf dem Lande.

Obwohl angepaßt an die SED – die „Parteikollegen“ galten als „grüne Genossen“ und durften die Parteischulen der SED besuchen – und offen auf die sozialistische Ideologie eingeschworen, konnte die DBD-Führung ihre theoretisch bedeutsame Position nicht halten und mußte seit Mitte der 80er Jahre mit ansehen, wie die SED ihr den Boden entzog. Auf dem Rostocker Parteitag 1987 zeigte die Mitgliedschaft bei aller öffentlichen Gefolgschaftstreue deutliche Motivationsverluste. Die DBD-Funktionäre waren seinerzeit nicht mehr in der Lage, zur Zukunft ihrer Partei plausible Stellung zu nehmen; Mitglieder beklagten die politische Perspektivlosigkeit ihrer Bauernpartei.

Insgesamt fällt auf, daß die Kommunisten die von ihnen selbst erzeugten Produkte aus dem Jahre 1948 – NDPD und DBD – weniger wichtig nahmen als CDU und LDPD. Das mag auch daran liegen, daß sich die Mitgliedschaft der beiden nachgeborenen Parteien sehr viel anpassungsbereiter gab als die der beiden anderen Blockparteien.

Anzeichen für Opposition lassen sich bei DBD und NDPD nur bei der Vollkollektivierung in der Landwirtschaft und bei der „nationalen Frage“ erkennen; auch hier nur bei kleinen Minderheiten. Zwar wurde auch in den Ortsgruppen von DBD und NDPD offen diskutiert und kritisiert, wirklich demokratisch ist es aber nie zugegangen, und Parteifreunde, die der Parteiführung gefährlich werden konnten, fanden keinen Widerhall.

Abweichler und solche, die man dafür hielt, wurden im übrigen in allen Blockparteien sehr schnell an den Rand gedrängt und ausgeschlossen, in DBD und NDPD rücksichtsloser als in CDU und LDPD. Parteimitgliedern, die sich über längere Zeit inaktiv verhielten, legte man den Austritt nahe. Man erwartete, daß die monatlichen Mitgliederversammlungen von allen

Parteifreunden besucht wurden; offiziell kamen immer 80 bis 90 Prozent, in Wahrheit aber besuchten diese Veranstaltungen oft weniger als 50 Prozent.

Zusammenfassend: Die Mitgliedschaft in einer der vier DDR-Blockparteien sollte nicht durchweg negativ bewertet werden. Es war sicher keine Widerstandshandlung, diesen Parteien beizutreten, aber längst auch nicht immer Opportunismus. Die Mitgliedschaft bot denjenigen DDR-Bürgern eine Gelegenheit zum Mitmachen, die das damalige politische System als weitgehend geschlossen ansehen mußten und die die vorhandenen Rinnsale erwünschter Mitarbeit in Teil- und Randbereichen von Staat und Gesellschaft als Chance ansahen, sich einzubringen und zugleich Nichtkommunist zu bleiben.

Man konnte mit einer Blockpartei-Mitgliedschaft eine gewisse berufliche Karriere machen oder absichern, im örtlichen Politikbereich Einfluß nehmen auf zweit- und dritrangige Entscheidungen. Man konnte in den Ortsgruppen offen und kritisch diskutieren und Informationen von Parteifreunden erhalten, die Ämter im Staats- und Wirtschaftsapparat innehatten. Und man konnte – nicht zuletzt – in der Mangelwirtschaft der DDR Tauschbeziehungen zu Parteifreunden herstellen, die besser klappten als ohne Mitgliedsbuch; man half sich unter Parteifreunden intensiver. Auch der Gedanke an eine künftige deutsche Einheit, wenn auch nicht als Nahziel, blieb vor allem in LDPD und CDU, aber auch in Teilen der NDPD erhalten, nicht zuletzt durch Kontakte im Rahmen der innerdeutschen Städtepartnerschaften.

Da alle Blockpartei-Mitglieder aus verantwortlichen Positionen einschließlich des Schutz- und Sicherheitsbereichs herausgehalten wurden – es gab ja keine Offiziere oder Generale bei VP oder NVA, die einer Blockpartei angehörten –, gerieten sie nie in die Versuchung, Entscheidungsträger werden zu müssen, und konnten deshalb, auch im Selbstverständnis, relativ sauber und unbelastet bleiben in realsozialistischer Umwelt. Man war einer Partei von Stellvertretern beigetreten, nicht der herrschenden SED.

Mittun und Mitmachen gaben in diesem System die Möglichkeit, Nischen zu bilden und zu besetzen, in denen es in der Regel ein wenig freier und menschlicher zugeht als anderswo. Diese Nischen blieben frei von wirklicher Verantwortung und Macht und damit auch frei von größerer Schuld.

Daß aus heutigem Wissen heraus die totale Verweigerung im Realsozialismus der DDR die deutlichere Antwort an die SED gewesen wäre, werden auch viele der früher rund 500 000 Blockpartei-Mitglieder einräumen. Aber, wie gesagt und eingangs erwähnt: Bis zum Herbst '89 mußte man damit rechnen, daß die DDR 1999 ihren 50. Geburtstag begehen würde.

Schönen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke schön, Herr Lapp. Wir werden nachher in der Fragerunde auch Sie sicherlich noch befragen.

Ich möchte jetzt Herrn Hertle nach vorn bitten. Hans-Hermann Hertle ist

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung. Er hat sich mit der Geschichte der Gewerkschaften in der alten Bundesrepublik ebenso wie in der ehemaligen DDR beschäftigt. Er hat zusammen mit dem Kollegen Wilke vor wenigen Monaten einen Dokumentenband über „Das Genossen-Kartell – die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien“ veröffentlicht, hat über den FDGB gearbeitet und insbesondere im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Schürer-Dokuments vom Herbst 1989, eines Dokuments, das über die wirtschaftliche Situation der ehemaligen DDR, wie sie im Herbst 1989 nun tatsächlich war, Auskunft gibt, auch noch zusätzliche Dokumente veröffentlicht. Gerade dieses Dokument wird uns ja im Zusammenhang mit dem Thema „Wirtschaft“ noch intensiv beschäftigen.

Herr Hertle, Sie haben das Wort.

Hans-Hermann Hertle: Herr Vorsitzender, ich bedanke mich für die Vor- schußlorbeeren.

Nach den Beiträgen meiner Vorredner erkenne ich allmählich die geschickte Regie der Enquete-Kommission. Ich hatte schon Bedenken, daß ich als Dritter, als der ich hier spreche, dadurch Aufmerksamkeit erringen muß, daß ich besonders scharf pointiere; das habe ich auch vor. Aber die Aufmerksamkeit ist mir jetzt vielleicht auch noch dadurch sicher, daß ich in bezug auf den FDGB zumindest zu der gegenteiligen These kommen werde im Vergleich zu meinen Vorrednern.

Herr Eppelmann hat in seiner Einleitung darauf hingewiesen, daß in der Öffentlichkeit die Bürger in der DDR Blockparteien und Massenorganisationen überwiegend als Transmissionsriemen wahrgenommen haben. Hier scheint mir, wiederum bezogen auf den FDGB, der Fall vorzuliegen, daß die Forschung diese Alltagswahrnehmung nicht nur bestätigt, sondern durch die Möglichkeit der Akteneinsicht, die ich jetzt hatte, sogar noch vertieft.

Die These, die Sie dieser Einleitung schon entnehmen können, ist, daß der FDGB zumindest in dieser Hinsicht, was Gefolgschaftstreue und Transmissionsfunktion angeht, seinen Plan übererfüllt hat.

Zur Absicherung ihres Herrschaftssystems und bei der Durchsetzung ihrer Politik stützte sich die SED neben den Blockparteien auf ein Netz von Massenorganisationen – ich möchte sie jetzt nicht alle aufzählen –, die alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft entlang ihrer sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen, sportlichen und anderen Interessen organisierten bzw. organisieren sollten.

Das weitverzweigte Kapillarenetz der Massenorganisationen in die Tiefen und Verästelungen der Gesellschaft machte sie für die SED als Transmissions- und Kontrollorgan und für das MfS als Informationsbeschaffungs- und Beeinflussungsinstrumente besonders attraktiv. Jede durch sie erhaltene Information

mußte nicht mit eigenen Mitteln erarbeitet oder – wie im Falle des MfS – konspirativ erspäht werden.

Politische Ideologie- und Verhaltenskontrolle in ihren vielfältigen Formen und im organisierten Zusammenspiel zwischen der SED, den Massenorganisationen und dem MfS war im SED-Herrschaftssystem – soziologisch ausgedrückt – das funktionale Äquivalent zur Intermediarität autonomer gesellschaftlicher Organisationen und politischer Institutionen in pluralistisch verfaßten westlichen Demokratien und eine wesentliche Bestandsbedingung der kommunistischen Diktatur.

Entgegen Tendenzen in der westdeutschen DDR-Forschung vor 1989, dem FDGB eine wachsende Bedeutung als eigenständiger Interessenorganisation im politischen System der DDR zuzuschreiben, möchte ich im folgenden die Thesen belegen und zur Diskussion stellen, daß der FDGB in seiner Hauptfunktion auf Transmission und Kontrolle ausgerichtet war und entsprechend von einer wie auch immer gearteten „Interessenorganisation“ in seinem Zusammenhang kaum die Rede sein kann.

Zunächst zur Steuerung des FDGB durch die SED. Der FDGB war mit 9,6 Millionen Mitgliedern nicht nur die größte Massenorganisation der SED, sondern mit seiner nahezu totalen Erfassung aller Beschäftigten zugleich die wichtigste. Auch die Nicht-Organisierten waren exakt erfaßt: Am 1. Januar 1989 waren des exakt 207 356 Beschäftigte, die nicht im FDGB organisiert waren.

Mit seiner Präsenz in allen Betrieben und Verwaltungen, mit 351 792 FDGB-Gruppen, 25 403 Abteilungsgewerkschaftsorganisationen, 47 477 Betriebsgewerkschaftsorganisationen, 1 698 Kreisvorständen der Fachabteilungen, 237 FDGB-Kreisvorständen, 211 Bezirksvorständen der Fachabteilungen und 15 FDGB-Bezirksvorständen verfügte der FDGB von den Betrieben bis in die Bezirke über den dichtesten, flächendeckendsten politischen Apparat der DDR, mit annähernd einer Milliarde Mark Einnahmen alleine aus Mitgliedsbeiträgen über den größten jährlichen Finanzetat und mit 16 250 hauptamtlichen Kadern (1987) über die meisten politischen Funktionäre aller Massenorganisationen.

Die Monopolstellung des FDGB war in der Verfassung der DDR (Artikel 44 Absatz 1) und im Arbeitsgesetzbuch rechtlich abgesichert. Die ihm in Artikel 44 Absatz 2 zugesprochene Unabhängigkeit – „Die Gewerkschaften sind unabhängig. Niemand darf sie in ihrer Tätigkeit einschränken oder behindern“ – nahm er in der Weise für sich in Anspruch, daß er sich Artikel 1 der Verfassung und dem SED-Parteistatut als Supra-Verfassung unterwarf. In seiner Satzung anerkannte er den Führungsanspruch der SED und bekannte sich zum Marxismus-Leninismus als ideologischer Grundlage seiner Arbeit.

Dieser Führungsanspruch der SED wurde im FDGB mit administrativ-zentralistischen Maßnahmen durchgesetzt:

FDGB-Kongresse fanden zeitlich stets unmittelbar nach den SED-Parteitagungen statt. Für die Wahl der Delegierten gab es Vorgaben des Bundesvorstandes für die Bezirksvorstände des FDGB und die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften/Gewerkschaften. Diese betrafen die parteipolitische, soziale und berufliche Zusammensetzung der Delegierten.

Das Politbüro setzte den FDGB-Vorsitzenden und seinen Stellvertreter vor der Wahl auf dem Kongreß faktisch im Politbüro ein. Das entsprechende Dokument ist vorhanden.

Die Zusammensetzung des Sekretariats, des Präsidiums und des Bundesvorstandes des FDGB wurde vor deren Wahl auf dem FDGB-Kongreß stets im ZK-Sekretariat „bestätigt“. Von den 240 Mitgliedern und Kandidaten gehörten 79,6 Prozent der SED und 0,4 Prozent der CDU an – das war einer; 20 Prozent waren parteilos.

In der politischen und administrativen Arbeit wurde der Führungsanspruch über die „Geschäftsordnung für den Apparat des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ durchgesetzt, in der die Beschlüsse und Dokumente der SED als vorrangige Grundlage der Tätigkeit der Abteilungen des Bundesvorstandes des FDGB festgeschrieben waren, und durch die ZK-Abteilung „Gewerkschaften und Sozialpolitik“ im ZK-Apparat überwacht. Das Sekretariat des FDGB tagte mittwochs, um so die Beschlüsse der vorangegangenen dienstäglichen Politbüro-Sitzungen für den FDGB „auswerten“ zu können. Sitzungen des FDGB-Bundesvorstandes – also dieses 240-Personen-Gremiums – gingen stets Sitzungen der SED-Parteilgruppe dieses Gremiums voraus, auf denen die politische Linie „festgeklopft“ wurde.

Die „erfolgreiche Verwirklichung der Beschlüsse“ – wie es im SED-Jargon hieß – der jeweiligen SED-Parteitage in der täglichen Arbeit der FDGB-Funktionäre besorgte und überwachte die „Kreisleitung der SED der zentralen Organe der Gewerkschaften“, die neben der ZK-Abteilung eigens für die SED-Mitglieder in den Apparaten des FDGB-Bundesvorstandes und der in Berlin ansässigen Fachabteilungen gebildet worden war. Diese rund 1 500 Personen starke Kreisparteiorganisation untergliederte sich in 31 Grundorganisationen mit 11 Abteilungsparteiorganisationen und 69 Parteilgruppen.

Aufgabe und Selbstverständnis des Sekretariats dieser SED-Kreisleitung umriß dessen 1. Sekretär in seinem Rechenschaftsbericht auf einer Kreisdelegiertenkonferenz 1981 folgendermaßen – die späteren Dokumente sind im SED-Archiv leider noch nicht zugänglich: „Das Anliegen der Führungstätigkeit der Kreisleitung und ihres Sekretariats bestand darin, in diesem Sinne“ – nämlich der Durchsetzung der Beschlüsse der Partei – „die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit als Herzstück der Parteilarbeit ständig zu erhöhen, die Funktionäre und Mitglieder unserer Kreisparteiorganisation für ihre Aufgaben ideologisch zu stählen und ihr revolutionäres Handeln stärker auszuprägen.“

Über die Kaderpolitik wurde die Dominanz der SED auf personeller Ebene gesichert. Die Vorsitzenden der Vorstände aller Ebenen waren gleichzeitig qua Amt kooptierte Mitglieder der SED-Parteileitung der gleichen Ebene. Dieses System setzte sich nach unten bis in die Betriebe fort: 98,2 Prozent der BGL-Vorsitzenden der Kombinate, 47,5 Prozent der BGL-Vorsitzenden und 56,4 Prozent der AGL-Vorsitzenden waren Mitglieder der SED und somit „gesetzte“ Mitglieder der Parteileitungen der jeweiligen Ebene. Dadurch waren alle diese Funktionäre Nomenklaturkader sowohl der SED als auch des FDGB, gewissermaßen Doppel-Nomenklaturkader. Über ihre Verwendung entschied immer die jeweilige Parteiebene mit. Die Mitglieder des Sekretariats und die Abteilungsleiter des Bundesvorstandes waren als oberste Führungsgarnitur des FDGB ausschließlich Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED.

Die Kaderfrage war zugleich als „Klassenfrage“ und „erstrangige politische Aufgabe“ – so hieß es im Kaderbeschluß des FDGB – nicht allein eine Angelegenheit von SED und FDGB, sondern auch des MfS. Die Einsetzung in leitende Funktionen beim FDGB setzte eine Sicherheitsüberprüfung, zuletzt nach der „Richtlinie Nr. 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen“, voraus, nach der es dem MfS im „engen politisch-operativen Zusammenwirken“ mit der betroffenen Organisation vorbehalten blieb zu prüfen – ich zitiere –, „ob die sozialistische Gesellschaft der betreffenden Person das für den vorgesehenen Einsatz bzw. für die zu erteilende Erlaubnis oder Genehmigung erforderliche Vertrauen entgegenbringen kann oder ob aus anderen sicherheitspolitischen Gründen zum Schutz der Person und zur Verhinderung anderer Gefahren eine ablehnende Entscheidung erforderlich ist.“

Das sicherheitspolitische Denken und Handeln der staatlichen Leiter und zuständigen Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen – so hieß es in der Richtlinie weiter – sei so zu beeinflussen, „daß sie die durch das MfS getroffenen Entscheidungen akzeptieren, sich mit diesen gegenüber den überprüften Personen identifizieren und sie als ihre eigenen Entscheidungen ausgeben“.

Die Rolle, die kaderpolitischen Beschlüsse des Sekretariats und Präsidiums auf der Grundlage von Vorarbeiten der Kaderabteilung vorzubereiten bzw. die vom MfS getroffenen Entscheidungen als ihre Kadervorschläge auszugeben, fiel der sechsköpfigen Kaderkommission des FDGB zu. Schriftliche Unterlagen dieser Kaderkommission sind im FDGB-Archiv bis auf eine Ausnahme nicht überliefert; die Kaderakten selbst wurden den Beschäftigten im Frühjahr 1990 – nach dem Vorbild des Modrow-Erlasses – ausgehändigt.

Zu den Haupttätigkeitsfeldern des FDGB: In seiner 1989 erschienenen Untersuchung über den FDGB unterschied Ulrich Gill fünf Haupttätigkeitsfelder des FDGB: Ideologievermittlung, also die „Schulen der sozialistischen Arbeit“; Arbeitsmobilisierung – der FDGB als „Motor des sozialistischen Wett-

bewerbs“ –; Bereitstellung sozialer Dienste; Kaderrekrutierung; betriebliche Mitwirkung in Form der Plandiskussion.

Die für die Mitglieder bedeutsamste Rolle spielte der FDGB sicher als vom SED-Staat beliebter Anbieter knapper Sozialstaatsleistungen, als Verwalter der Sozialversicherung und als sogenannter Haupterholungsträger der Werktätigen, womit den FDGB-Mitgliedern ein „staatlich gefördertes und subventioniertes Äquivalent für die ihnen vorenthaltene Reisefreiheit“ gewährt wurde, wie es ein FDGB-Funktionär nach der Wende formulierte.

Nach einer ersten Auswertung der Akten des FDGB-Bundesvorstandes müssen diesen Tätigkeitsfeldern jedoch zwei weitere wichtige Bereiche hinzugefügt werden:

Erstens die „Westarbeit“ des FDGB.

Dem FDGB kam in der Politik der SED ein hoher Stellenwert bei der zielgerichteten Beeinflussung der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik zu, in dessen Mittelpunkt der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften standen. Dieser Stellenwert wurde von der SED ideologisch und historisch begründet. Ideologisch war die „Einheitsgewerkschaft“ für die SED die umfassende „Klassenorganisation der Arbeiterklasse“ in der Bundesrepublik; in ihren Reihen sollte die „Aktionseinheit“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten artikuliert und durchgesetzt werden, und diesem Ziel war die „Westarbeit“ des FDGB verpflichtet. Er hatte dabei – das glaube ich zusammen mit Professor Wilke in unserer Veröffentlichung nachgewiesen zu haben – etwas mehr Erfolg als die Blockparteien.

Der zweite Punkt, der bei Gill fehlt, ist die Ideologiekontrolle als Funktion des FDGB. Mit seinem hochformalisierten und ausdifferenzierten Berichtswesen verfügte der FDGB über ein wichtiges Instrument zur Erhebung, Erfassung und Auswertung von Informationen über das politische Verhalten der Beschäftigten, die in der Regel an das Zentralkomitee der SED und das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet wurden.

Deshalb einige Anmerkungen zur Ideologiekontrolle. Das Informations- und Berichtswesen des FDGB – das waren „Berichte über Stimmung und Meinungen der Mitglieder“, „Informationen über besondere Vorkommnisse“ – beruhte auf Beschlüssen des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB und erfüllt im wesentlichen drei Funktionen: der SED-Führung, dem MfS und nicht zuletzt der FDGB-Spitze republikweite Informationen über die politischen Diskussionen der Beschäftigten in den Betrieben zu geben, zweitens mögliche „Fehlentwicklungen“ und politische Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu kanalisieren sowie – drittens – abweichende Meinungen und abweichendes Verhalten individualisiert auszuweisen, um sie mit selektiven Integrations- und/oder Repressionsmaßnahmen „bearbeiten“ zu können.

Die Bedeutung gerade dieses letzten Aspektes unterstreicht eine freie Rede

des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch auf einer internen SED-Veranstaltung im Januar 1979 – Sie erlauben mir, daß ich etwas länger daraus zitiere. Harry Tisch sagte: „Und weil es unsere Gewerkschaftsarbeit betrifft, Genossen: Ich will euch ein Beispiel aus Hoyerswerda im Bezirk Cottbus bringen. Da haben 12 Dachdecker das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft auf den Tisch und erklären ihren Austritt. Warum erklären sie ihren Austritt? – Weil sie mit der Urlaubsregelung ab 1. Januar 1979 nicht einverstanden sind; das ist ihnen zu wenig.

Warum sind sie nicht zufrieden? – Sie bringen das Argument: Weil die Reinemachefrauen jetzt genau so viel Urlaub bekommen wie sie; das sei ungerecht. Ich muß euch sagen, Genossen, das ist eine tolle Argumentation. Welche Klassensolidarität, Genossen? Und bei diesen zwölf Mann zwei Kommunisten, zwei Mitglieder unserer Partei! Also ich muß euch sagen, die müssen ein tolles kommunistisches Bewußtsein haben, diese zwei Mitglieder unserer Partei. Und ein bißchen nachgehakt bei unseren Funktionären, da sagt da einer: Na ja, das ist eine Kraftprobe von denen.

Genossen, so kann man nicht an ideologisch ernsthafte Fragen herangehen. Ich will nicht sagen, daß alle zwölf schlechte Menschen sind, aber für mich steht fest, ohne genau hinzugucken, Genossen, daß unter diesen zwölf ein Bandit sein muß (Heiterkeit), der diese Sache nur genutzt hat, um eine Gelegenheit zu finden, gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat anzustinken (Heiterkeit) und den muß man finden und da darf man nicht sagen, das ist eine Kraftprobe, sondern da muß man analysieren, da muß man hinein in das Kollektiv und muß sich auseinandersetzen; denn wir stehen, möchte ich sagen, in einer harten Klassenauseinandersetzung, und da muß man schärfer, gründlicher analysieren, wie die Lage hier und dort in jenem Kollektiv ist.

Und wer noch, wie diese Kollegen dort glauben, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können, gegen den Staat unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, die sollten immer wissen, daß nicht wir, sondern sie daran scheitern werden.“

Die Lage in den Kollektiven gründlich und scharf zu analysieren, die „Banditen“ zu finden, die glaubten, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können, und gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat „anstanken“, eine „harte Klassenauseinandersetzung“ mit ihnen zu führen und diese Kollegen zum Scheitern zu bringen, war Aufgabe der im Zuständigkeitsbereich des Sekretärs für Organisation, Kader und internationale Gewerkschaftsbeziehungen angesiedelten Abteilung Organisation, die mit einer Ausstattung von 32 Politischen Mitarbeitern zu den größten und wichtigsten Abteilung des operativen Apparates des FDGB-Bundesvorstandes zählte.

Die Abteilung Organisation organisierte, koordinierte und wertete die Informationstätigkeit des FDGB aus und stützte sich dabei auf regelmäßig abzuliefernde Informationsberichte aller Organisationsebenen. Der halbjährlich

von ihr erstellte Informationsplan differenzierte zwischen regelmäßiger, periodischer und fallweiser Informationserhebung über die Entwicklung der Leitungstätigkeit auf den verschiedenen Organisationsebenen – vom Betrieb über das Kombinat bis zu Kreis und Bezirk –, die Durchführung der Beschlüsse, die Entwicklung des Mitgliederlebens, die politische Stimmungs- und Meinungsentwicklung der Beschäftigten sowie sogenannte besondere Vorkommnisse. Der „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“ zufolge waren Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen, Havarien und Brände, Massenunfälle und Katastrophen mit größeren Produktionsausfällen, Sabotageakte, direkter Feindeinfluß und Provokationen, Vorkommnisse in FDGB-Einrichtungen wie die Verletzung der Kaderprinzipien, Einbrüche, Diebstähle und Unterschlagungen sowie besondere Vorkommnisse mit in der DDR beschäftigten ausländischen Werkträgern von den Betriebsgewerkschaftsleitungen sofort den FDGB-Kreisvorständen zu melden. Die Meldungen waren von dort an die FDGB-Bezirksvorstände weiterzuleiten, die schließlich die Abteilung Organisation zu unterrichten hatten.

Das Mißtrauen des Führungsapparates gegenüber den diesem langwierigen Instanzenweg innewohnenden Tendenzen zur Verdichtung, Verfälschung oder gar zur Verflüchtigung von Informationen – ironischerweise bestand gleichermaßen Furcht vor „Schwarzmalerei“ wie vor „Schönfärberei“ – war mit der Einrichtung einer Untersuchungsgruppe von 15 sogenannten Operativ-Instrukteuren in der Abteilung Organisation institutionalisiert worden.

Die von der Abteilung Organisation erstellten „Berichte über die Stimmung und Meinungen der Mitglieder“ zu aktuellen politischen Ereignissen sowie die „Berichte über besondere Vorkommnisse“ enthielten im Verteilerkopf in der Regel ein „X“, welches das Ministerium für Staatssicherheit bezeichnete, und wurden in einer eigens im Sekretariat der Abteilung Organisation des FDGB-Bundesvorstandes im Gebäude am Märkischen Ufer für das MfS eingerichteten Aktenablage deponiert, die von hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS regelmäßig geleert wurde.

Leider läuft mir die Zeit davon. Ich würde Ihnen gern einige Beispiele für diese Tätigkeit bringen; aber das können wir vielleicht in der Diskussion nachholen.

Ich komme zum Schluß, wobei ich auch noch einen Punkt auslassen muß, der die Mitarbeit des FDGB bei der sogenannten Zurückdrängung von Übersiedlungersuchen betrifft; das ist ein Unteraspekt dieser Kooperation mit dem MfS.

Durch die Errichtung großer Massenorganisation wie des FDGB, der FDJ, des Kulturbundes, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, politischer Institutionen wie der Nationalen Front und die Etablierung eines Blockparteien-Systems, deren gemeinsame Existenzvoraussetzung die Anerkennung des Führungsanspruchs der SED war, entlastete sich die SED bei der

politischen Führung des Landes, ohne Gefahr zu laufen, ihre Monopolstellung zu verlieren. Die gesellschaftlichen Organisationen wiesen jedoch unter diesen Bedingungen, den Bedingungen einer gesellschaftlichen Zwangshomogenisierung, könnte man sagen, einen großen Nachteil auf: Die soziale Kommunikation funktionierte nur von oben nach unten, ohne wirksame, authentische Mechanismen der Rückkoppelung. In der SED-Diktatur wurde diese Funktion der Vermittlung und Rückkoppelung vorhandener, auch gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen durch ein engmaschiges, mehrfach ausgelegtes Netz der inneren Kontrolle und Überwachung ersetzt. Bei der Verfeinerung dieses Netzes leisteten die Massenorganisationen der SED einen wichtigen Beitrag, wobei dem FDGB als größter Massenorganisation möglicherweise die bedeutendste Rolle zufiel.

Als die SED im Herbst 1989 ihre führende Rolle verlor, tuckerte der Motor aus, als dessen Transmissionsriemen sich der FDGB, seine Untergliederungen und Funktionäre stets verstanden hatten. Seine ungewerkschaftliche Tätigkeit und gewerkschaftliche Untätigkeit hatten den FDGB so umfassend diskreditiert, daß sich sein Zusammenbruch nahezu lautlos und sein Verschwinden unauffällig vollzog.

Schönen Dank (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke schön, Herr Hertle, vor allem auch dafür, daß Sie sich von dem umfangreicheren Manuskript, das Sie hatten und das sicherlich auch der Veröffentlichung dienen wird, gelöst haben.

Ich möchte jetzt folgende geschäftsleitende Bemerkungen machen. Zunächst werde ich noch die Wortmeldungen aufnehmen. Nach der Einladung war für 11 Uhr eine Pause vorgesehen. Ich glaube, wir sollten die Zeit der Pause für eine Fragerunde nützen. Es haben sich ja eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen schon gemeldet. Gegen 11.30 Uhr findet dann ein Pressegespräch des Vorsitzenden und der Obleute im Nebenraum statt.

Bisher liegen mir Wortmeldungen vor von Herrn Meckel, Frau Fischer, Herrn Mitter, Herrn Gutzeit, Frau Barbe, Frau Dr. Wilms, Herrn Dehnel, Prof. Wilke, Herrn Fricke, Frau Michalk und Herrn Poppe. Dazu kommen jetzt Frau Wisniewski und Herr Weisskirchen.

Ich darf noch darum bitten, die Fragen möglichst kurz zu halten und zu sagen, ob sie an einen, an zwei oder an alle drei Referenten gerichtet sind. Bitte, Herr Meckel als erster.

Abg. Meckel (SPD): Ich bin sehr dankbar für diese Vorträge des heutigen Vormittags, die eine unterschiedliche Themenstellung hatten und deshalb natürlich von sehr unterschiedlicher Basis ausgegangen sind. Der erste und der dritte Vortragende hatten die Möglichkeit – und es damit leichter –, konkret mit Dokumenten umzugehen und sich auf Dokumente zu beziehen. Wenn man

hingegen über das Denken der Menschen spricht, ist das viel schwieriger, weil man das weniger belegt findet.

Vielleicht auch deshalb habe ich am meisten Probleme mit dem zweiten Vortrag und Fragen an den Referenten. Ich möchte an Herrn Lapp eine Reihe von Fragen richten, die ich kurz zu skizzieren versuche.

Herr Lapp, ich möchte Sie fragen, ob nicht das meiste von dem, was Sie insbesondere ausführlich zu den CDU-Mitgliedern gesagt und geschrieben haben, für die gesamte DDR-Bevölkerung gilt. Das heißt, wenn Sie bestimmte inhaltliche Aussagen über das Denken der Mitglieder machen, kann man da nicht in gleicher Weise fragen, was hier spezifisch für CDU-Mitglieder gilt und was für die Bevölkerung der DDR insgesamt.

Die gleiche Frage, spezifischer gestellt: Glauben Sie nicht, daß ein sehr großer Teil dessen, was Sie speziell zu den CDU-Mitgliedern sagten, auch für die zwei Millionen SED-Mitglieder gilt? – Die Frage würde ich eher bejahen. Deshalb möchte ich so klar zurückfragen.

Dann ist natürlich die zurückwirkende Frage, ob der Ansatz der Beschreibung richtig und angemessen war, insbesondere wenn Sie sehr deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Blockparteien konstatieren. Es kam zum Teil so heraus, als ob das die Mitglieder der Parteien gewesen seien, während ich frage, ob das nicht doch stärker, jedenfalls was die NDPD und die LDPD betrifft, Inhalte waren, die sich auf die Parteiführungen beziehen, insbesondere das von Ihnen angesprochene Verhältnis von NDPD und LDPD.

So möchte ich insgesamt doch die Struktur dessen, was Sie sagten, hinterfragen. Wie sehen Sie das Verständnis der Mitglieder, die in diesen Parteien waren, im Verhältnis zu denen, die sich überhaupt nicht in solche Parteien begeben haben? Es gab ja gut zwei Millionen SED-Mitglieder, bei allen Blockparteien zusammengenommen waren es vielleicht 500 000. Was ist zum Beispiel bei der CDU besonders Oppositionelles, wie Sie es beschreiben, im Verhältnis zu denen, die nicht in Parteien waren? – Es gab ja zwar manchen Druck, aber glauben Sie, daß es in den letzten 20 Jahren einen Grund gab, etwas anderes zu wollen, als es die SED-Führung wollte, und deshalb in eine der Blockparteien zu gehen? – Ich möchte mein Urteil gleich sagen: Ich halte das für absurd.

Meine letzte Frage möchte ich ins Verhältnis setzen zu dem, was Herr Suckut in bezug auf das Selbstverständnis, das Lebensgefühl der Menschen gesagt hat. Da sehe ich die drei Vorträge im Zusammenhang. Glauben Sie also, daß die Mitglieder von Blockparteien als FDGB-Mitglieder in irgendeiner Weise ein besonderes Ziel hatten? Wie verhielten sie sich zu dem, was die Funktion der Blockparteien innerhalb des Systems war, wie es Herr Suckut dargestellt hat, als Transmissionsriemen und Versuch, die Gesamtbevölkerung einzubeziehen, gleichgültig, was sie denkt – denn das war ja dann oft wirklich egal. Wichtig

war, daß die Leute funktionierten. Würden Sie dem folgen können, daß genau dieses Funktionieren durch die Blockparteien sichergestellt worden ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich bitte, die Fragen kurz zu halten. (Beifall) Ich verstehe natürlich, daß man immer auch begründen möchte. Aber wir haben jetzt etwa ein Dutzend Fragesteller und sollten die Zeit intensiv nutzen.

Abg. Frau Fischer (Gräfenhainichen) (SPD): Meine Frage geht an Herrn Lapp. Herr Lapp, ich möchte mich zunächst einmal bedanken für Ihre Sendereihen in den 80er Jahren. Für mich als DDR-Bürgerin war das quasi Geschichtsunterricht. Für mich war es nichts Neues, zu hören, daß die DBD neben der SED als eine der fortschrittlichsten Parteien galt. Ich beglückwünsche die Partei, die diese Mitglieder jetzt geschenkt bekommen hat.

Nun zu meinen Fragen. Welche Nischen meinen Sie, die man in der DDR damals als Blockparteimitglied besser besetzen konnte denn als Parteilooser? Wie erklären Sie sich den Widerspruch zwischen der Außenseiterrolle der Blockparteimitglieder und den gleichzeitigen Funktionsbesetzungen in den Räten der Kreise, in den Schulen, in den Betrieben, während parteilose Bürger Funktionen in den Räten der Kreise, als Schuldirektoren usw. nicht innehaben konnten?

Meine dritte Frage ist: Führen Sie den von Ihnen angeführten starken Zulauf zur LDPD zwischen 1977 und 1988 ausschließlich auf die Beliebtheit von Herrn Gerlach zurück und auf sein oppositionelles Verhalten? – Dabei kenne ich nur einen einzigen Satz von Herrn Gerlach, der da hieß: „Widerspruch ist nicht gleich Widerstand.“ Das war kurz vor der Wende. Oder sehen Sie diesen Mitgliederzuwachs auch begründet durch die veränderte SED-Politik in bezug auf die Gewerbetreibenden seit 1985? Da gab es gewisse Lockerungen, weil man sich davon auch einen Nutzen für die Volkswirtschaft versprach, um das Warenangebot und die Dienstleistungen verbessern zu können.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich möchte es sehr kurz machen. Vor allen Dingen der Beitrag von Herrn Lapp hat mir doch stark zu denken gegeben. Pointiert könnte man sagen: Herr Lapp, Ihren Beitrag, so wie Sie ihn hier gehalten haben, hätte man 1989 durchaus im theoretischen Organ der SED, der „Einheit“, veröffentlichen können. (Teilweise Beifall) Das ist sehr pointiert und sehr scharf, aber in der Tat, glaube ich, so muß man es sehen. (Unruhe) Die konkrete Frage an Sie: Auf welche Materialien stützen Sie sich bei Ihrem Vortrag? Ich kenne die Akten der SED sehr genau, zumindest einigermaßen, und mit ihnen läßt sich kaum ein Argument, das Sie hier gebracht haben, stützen, auch nicht, was die einzelnen Parteien anbetrifft. Bei Ihrem Vortrag hat man den Eindruck gehabt, daß es ein oppositionelles Spektrum neben der SED gegeben hat. Das hat es in der Tat nicht gegeben.

Aber eine weitere konkrete Frage möchte ich stellen: Wie sehen Sie das

Verhältnis zwischen Parteivorstand und Parteibasis? – Ich glaube, gerade im Rahmen dieser Enquete-Kommission ist es wichtig, daß man klar unterscheidet, welche unterschiedlichen Motivationen Menschen hatten, in die Blockparteien einzutreten, und was die SED bewogen hat, diese Blockparteien einerseits zuzulassen und andererseits auf sie entsprechend einzuwirken. – Danke.

Sv. Martin Gutzeit: Ich gehe auch auf Herrn Lapp zu, gerade aus der Erfahrung im Zusammenhang mit der CDU: Herr Lapp, glauben Sie nicht, daß die CDU-Mitglieder sehr wohl wußten – jedenfalls wenn sie mit Nicht-Parteimitgliedern redeten –, daß diese Mitgliedschaften doch in erheblichem Maße Anerkennung, Stabilisierung des Systems, überhaupt Erzeugung eines demokratischen Scheins ausmachten? – Es war ja nicht selbstverständlich. Wie sehen Sie das Bewußtsein, das hier hinsichtlich Kollaboration mit dem SED-Regime vorhanden war?– Auf der Seite der evangelischen Theologen war dieses Bewußtsein ganz klar vorhanden, jedenfalls wenn man sich die Reaktionen anschaut, wenn einer der Kollegen der CDU angehörte. Und das war dann nicht der Versuch nur, sozusagen Verantwortung wahrzunehmen, sondern ich bin mir dessen bewußt gewesen – und auch sehr viele meiner Kollegen waren es –, daß derjenige, der dort, in so einer Blockpartei mitspielte, jedenfalls eine viel größere Systemnähe hatte.

Das heißt also: Wie weit sehen Sie dieses Bewußtsein bei den Mitgliedern der Blockparteien im Verhältnis zu anderen Bürgern entwickelt? – Danke.

Abg. Frau Barbe (SPD): Zu Herrn Lapp möchte ich nur sagen: Ich erhoffe mir – leider – keine Aufschlüsse von Ihren Antworten. Und am meisten entsetzt war ich, als Sie sagten, Mitglieder der CDU, der LDPD, der NDPD seien der Partei der Stellvertreter beigetreten und damit frei von Verantwortung und Schuld.

Ich frage mich: Wenn wir diese These hier im Raum stehen lassen, dann können wir die ganze Aufarbeitung der Vergangenheit seinlassen. Funktionsübernahme heißt auch Verantwortungsübernahme. Das ist doch ganz deutlich und ganz wichtig. Dann ist ja jeder zu verstehen, der heute behauptet, er hätte ja nur das Beste gewollt. Also ich denke schon, daß das Zur-Verantwortung-Stehen etwas ganz Wichtiges ist.

Darüber, denke ich, müßten wir uns auch noch einmal auseinandersetzen. Leider ist mir von Ihnen, Herr Lapp, meine Erkenntnis oder Erfahrung bestätigt worden, die ich von etlichen Sachverständigen – auch zu Fragen des § 218 – mitbekommen habe, daß hier Sach-Unverständige aufgetreten sind. (Widerspruch) Das widerspricht meinem Verständnis von Wissenschaft. (Zuruf der Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU)) – Ich finde mich in diesen Erfahrungen nicht wieder, Frau Wilms. Das ist das Problem an der Geschichte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Frau Kollegin Barbe, es wäre schön, wenn Sie sich jetzt auf eine Frage konzentrieren würden. Ich

möchte zwar die Kolleginnen und Kollegen nicht rügen, und Sie können auch durchaus Wertungen abgeben, auch in den Fragen, nur glaube ich, das, was Sie zuletzt gesagt haben, entspricht nicht dem, was wir hier sonst – wenn auch streitig – als Stil bevorzugen. (Beifall)

Abg. Frau Barbe (SPD): Gut. Ich komme zu dem Vortrag von Herrn Hertle. Ich möchte seine Thesen durch folgendes bestätigen.

Ich selbst habe Abgeordnete, die vom FDGB als Kandidaten zur Volkskammerwahl 1990 aufgestellt worden waren, gefragt, ob sie gleichzeitig auch Mitglied der SED seien. Es gab in diesen Veranstaltungen beträchtliche Unstimmigkeiten, weil diese Leute, die vom FDGB als Kandidaten aufgestellt worden waren, nicht zugeben wollten, daß sie gleichzeitig SED-Mitglied waren. Durch Fragestellung konnte man genau herausbekommen, daß über 80 Prozent der damals aufgestellten Kandidaten SED-Mitglieder waren und nur zusätzlich noch von anderen Organisationen oder Parteien aufgestellt worden waren. Also, wer vom FDGB aufgestellt war, war in der Mehrzahl der Fälle gleichzeitig auch SED-Mitglied.

Zum zweiten: Auch zur „Westarbeit“ der Gewerkschaften ein Beispiel. Nach 1989, als es darum ging, neue Gewerkschaften im Bereich Bildung und Erziehung aufzubauen, also neuere Lehrgewerkschaften, haben wir die Erfahrung gemacht, daß Mitglieder der GEW (West) massiv bei uns auftraten und die Leute beeinflussen wollten, ehemalige Ost-Kader auch wieder mit zu wählen. Dagegen haben wir uns verwahrt und gesagt: Wir wollen halt unsere eigenen Leute wählen; die, von denen wir wußten, daß sie sich gerade auch in Fragen der Erziehung anständig verhalten hatten und auch etwas Neues wollten.

Meine Frage ist: Können Sie diese Einschätzung bestätigen, Herr Hertle, und welche West-Zusammenarbeit gab es gerade da weiter?

Meine dritte Frage bezieht sich auf die Kontrolle der Leute, die in den Gewerkschaften Funktionen innehatten. Ich weiß von Leuten, die teilweise Funktionen in der Gewerkschaft hatten, daß sie, wenn sie tatsächliche kritische Fragen gestellt hatten, dann aus der Betriebsgewerkschaftsleitung oder aus höheren Positionen ausgegliedert worden sind. Ich frage, ob das Einzelbeispiele sind oder ob das bestätigt werden kann. Hat man auch Herrschaftswissen vorenthalten, indem man, zum Beispiel mit den Gläubigen, Vorveranstaltungen durchgeführt, die Linie festgelegt hat, bevor die eigentliche Veranstaltung stattfand?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich appelliere noch einmal an alle Fragesteller, sich möglichst kurz zu halten.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Meine erste Frage geht an Herrn Hertle. Es ist die Bitte, daß Sie noch einmal etwas genauer darlegen, inwieweit die Blockparteien in den FDGB einbezogen waren bzw. ob das nicht der Fall

gewesen ist. Sie hatten das angedeutet; ich würde das gern noch etwas genauer hören.

Meine zweite Frage möchte ich mit einer Feststellung einleiten. Es ist ja bekannt, daß die CDU der alten Bundesrepublik es stets abgelehnt hat, mit der Führung der CDU-Ost in irgendwelchen Kontakt zu treten. Aber es hat sich vor allen Dingen in den letzten Jahren, ab Mitte der 80er Jahre, gezeigt, daß sich hier und da Gesprächsmöglichkeiten zwischen einzelnen Ortsverbänden oder einzelnen Mitgliedern der CDU in der damaligen DDR entwickelten. Deshalb meine Frage an die beiden Referenten über die Blockparteien: Hat sich nicht gerade auch in der letzten Phase der DDR eine deutliche Differenzierung auf der Ortsebene entwickelt, wobei sich die Einstellung der Mitglieder von dem unterschieden, was sich auf der Führungsebene der CDU-Ost darbot?

Mir ist bei Besuchen – ich darf das sagen – in der damaligen DDR gerade von Kirchenvertretern sehr häufig gesagt worden – ich war zunächst selber sehr skeptisch, habe das aber nachher so hingenommen –: Wir sind ganz froh, daß es da ein CDU-Mitglied bei uns im Rat, in der Schule, im Krankenhaus oder anderswo gibt, weil wir in ihm oft einen Ansprechpartner haben, der auch im Sinne des Sozialinstituts der Kirchen – Krankenhäuser, Altenheime u.ä. positiv wirkt.

Ich würde also gern von beiden Referenten noch etwas mehr über diese Differenzierung vor allen Dingen gerade in den letzten Jahren hören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Erlauben Sie mir jetzt folgende Frage an die Kommission. Mit dem nun aufzurufenden Herrn Dehnel hätten wir die Hälfte der Wortmeldungen abgearbeitet. Sollen wir dann eine Antwortrunde einlegen oder die Fragerunde fortsetzen? – Der Vorsitzende signalisiert weitere Fragestellungen; ich ziehe das auch vor.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Da ich 1945 geboren bin, könnte ich jetzt tausend Fragen stellen; denn ich bin ja in der damaligen DDR aufgewachsen. Ich möchte mich aber auf zwei Fragen beschränken, und zwar auf Fragen an Herrn Suckut und Herrn Lapp.

Es geht mir um die Kommunalparlamente. Sie wissen ja alle, es gab damals auch Kommunalparlamente in den Gemeinden, Städten und Kreisen, dann im Bezirk; letzten Endes kam die Volkskammer. Sehen Sie, daß es dort auch Demokraten gegeben hat, die sich nur zum Wohl der Stadt und zu ihrem Besten eingesetzt haben? – Denn es war wirklich so – ich bin selbst 10 Jahre Mitglied eines Stadtparlamentes gewesen –: Von den 50 Mitgliedern haben ganze zehn immer einmal den Mund aufgemacht, weil eben die Straßen in Ordnung gebracht werden sollten, Brücken zu bauen waren. Jetzt, nach der Einheit, haben wir es endlich geschafft, daß innerhalb von zwei Jahren geschehen ist, was wir früher in zehn Jahren nicht geschafft haben.

Eine andere Frage – an Herrn Hertle. Es gab ja bei der Gewerkschaft direkten

und indirekten Zwang, auch bei anderen Massenorganisationen. Ich kann mich entsinnen, wenn man Lehrling geworden war, ist man automatisch in den FDGB aufgenommen worden, und wenn nicht, hatte man so erhebliche Nachteile, die sich dann später fortsetzten.

Was ich vor allem vermisste: Die Urlaubsgestaltung war nur möglich, wenn man im FDGB war. Sie wissen selbst, daß man kaum ein Urlaubsziel ansteuern konnte, wenn man dort nicht organisiert war. Das war also ein indirekter Zwang.

Bei der DSF war es nicht anders. Wenn man studieren wollte, zum Beispiel im Abendstudium, wurde einem glattweg gesagt, daß man in der DSF sein müsse. Das war für mich dann direkter Zwang.

Meine Frage also: Wie sehen Sie die Ausübung direkten und indirekten Zwanges auf Bürger, Schüler und Lehrlinge?

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Hertle hat in seinem Referat ja eindrucksvoll die Doppelstruktur der Anleitung der SED gegenüber der Massenorganisation FDGB nachgewiesen. Das ist etwas, was ich bei dem Vortrag des Kollegen Suckut ein bißchen vermißt habe. Suckut hat uns über die Anleitung der Blockparteien durch die SED zuwenig vorgetragen. Da würde ich von ihm – aufgrund seiner Kenntnisse – gern noch mehr hören, wie die SED die Selektion auf der obersten Ebene der Blockparteien realisiert hat, ob da besondere Schulen notwendig waren, wie die Besetzungsverfahren waren, ob – wie beim FDGB auch – die oberen Führungsebenen der Blockparteien auf der Nomenklatura-Liste des ZK standen, welche Rolle zum Beispiel das Blockparteien-Berichtswesen gespielt hat, und zwar in ähnlicher Weise, wie das beim FDGB Hertle dargestellt hat. – Das ist der eine Komplex.

In einem zweiten Komplex möchte ich von Suckut noch ein paar Informationen haben. Die jedenfalls für mich substantiell wichtigste Information ist gewesen, daß er gesagt hat, in Krisensituationen des SED-Regimes oder des realsozialistischen Lagers sei es zu einer tendenziellen Aufwertung der Blockparteien gekommen.

Jetzt machen wir einmal einen Sprung zum Ende der SED-Herrschaft. Welche Erkenntnisse haben wir eigentlich, wie die „Gorbatschowisten“ in der SED, verknüpft mit den sowjetischen Genossen – es wird immer der Name Markus Wolf gehandelt, obwohl niemand Genaueres dazu sagen kann –, in der Wende vorbereitet haben – vielleicht kann uns da auch der Herr Keller ein paar Auskünfte geben –, daß über dieses Nomenklatura-System, das ja die Blockparteien zusammen mit der SED dargestellt haben, die zweite Reihe an die Spitze der DDR gestellt, geschoben wurde, um die deutsche Teilung weiter aufrechtzuerhalten, gleichzeitig die sowjetische Linie der Perestroika in der DDR gegen die alten „Betonköpfe“ durchzusetzen und – drittens – den Sozialistenstaat auf deutschem Boden gemeinsam zu verteidigen?

Wenn diese Ihre These stimmt, daß in Krisenzeiten gewissermaßen die Blockparteien als Kaderreserve der SED für den Bestand der sozialistischen Diktatur noch vorn geschoben wurden, dann erklärt uns das manches, was in der Wende gelaufen ist. Dann erklärt uns das zum Beispiel das Verhalten des Herrn Heyl in der Sitzung der CDU Anfang November 1989, als er Lothar de Maizière aus der dritten oder vierten Reihe, die er in der „Blockflöten“-Nomenklatura innehatte, an die Spitze der Partei schiebt, als jemand, der schon in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik öffentlich als der Mann des MfS in der CDU-Führung behandelt worden ist. Diese Frage ist für das Begreifen der Prozesse in der Wendezeit, glaube ich, von großer Bedeutung.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Suckut. Sie hatten die Westorientierung der CDU und vor allem auch der LDPD zur F.D.P. beschrieben. Das möchte ich noch einmal vertiefen; ich kann das bestätigen. Aber meinen Sie nicht auch, daß dieser Wunsch nach einem Deutschland, nach dieser Wiedervereinigung, der in den Menschen mehr als Vision geherrscht, als daß das greifbar nahe realisierbar gewesen wäre, von der SED bewußt ausgenutzt worden ist, um sich die Leute gefügig zu machen?

Ich kann mich erinnern, daß zum Beispiel in den 60er Jahren, als Ulbricht damals den ersten „Offenen Brief“ an den seinerzeitigen Bundeskanzler geschrieben hat, der SED-Direktor meiner Schule angewiesen hatte, daß alle Pioniere so lange in Pionierkleidung zur Schule gehen müssen, bis die Wiedervereinigung da ist.

Und alle Eltern, ob sie nun SED-Mitglied waren oder nicht, haben das fleißig vier Wochen lang befolgt – dann ist das allmählich im Sande verlaufen, weil sie gemerkt haben, was los ist – und ihre Kinder entsprechend gekleidet.

Ich möchte wissen, ob Sie bestätigen können, daß die SED mit den Visionen der Menschen gespielt hat und ihr da jedes Mittel recht war.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Herrn Fricke hatte ich übergangen; aber er kommt jetzt dran.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank. – Ich kann anschließen an die Fragen, die Herr Wilke gestellt hat. Es ist eine Frage an Herrn Suckut und eine Frage an Herrn Lapp.

Es ist ja bekannt, daß der bürokratische Apparat der SED von der Staatssicherheit nicht politisch-operativ bearbeitet wurde. Wie sieht das mit den organisatorischen Apparaten der Blockparteien aus? Wieweit waren die Blockparteien mit Inoffiziellen Mitarbeitern durchsetzt? Hatte die Staatssicherheit die Arbeit in den Blockparteien ähnlich unter Kontrolle wie zum Beispiel im FDGB, wie das Herr Hertle hier dargelegt hat?

Die Frage an Herrn Lapp, von dessen Referat ich mir übrigens nicht vorstellen kann, auch für 1989 nicht, daß es in der „Einheit“ abgedruckt worden wäre. (Zustimmung bei Mitgliedern der Kommission) Frage: Gab

es eine Kontingentierung, was die Mitgliederwerbung für die Blockparteien anbelangt? – Sie haben ja dargelegt, daß die vier Blockparteien zusammen nur ungefähr 500 000 Mitglieder hatten, also ein knappes Viertel von dem, was die SED hatte. Gab es da eine Kontrolle, eine Limitierung in der Mitgliederbewegung? Wie hat die SED verhindert, daß die Blockparteien einen größeren Zulauf an Mitgliedschaft erhalten haben. – Vielen Dank.

Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe gar keinen Zweifel daran, daß es in allen Parteien Menschen gegeben hat, die tatsächlich Veränderungen wünschten, die auch Demokratisierung wünschten. Das gilt sicherlich für die Blockparteien, das gilt aber auch für die SED. Ich habe natürlich andererseits auch keinen Zweifel daran, daß die SED die Hauptverantwortung trägt für das, was in der DDR abgelaufen ist, und daß sie in allen Weisungsstrukturen dominierend war.

Aber – und das gilt für die ersten beiden Vorträge, insbesondere für das, was Herr Lapp vorgetragen hat: Ich meine, daß Sie da einer Legendenbildung aufgesessen sind, mit der seit 1989 in zunehmendem Maße versucht wird, daß gewissermaßen aus der Tatsache, sich in eine Blockpartei begeben zu haben, ein oppositioneller Anspruch herauszulesen ist.

Der Normalfall war ein anderer, und alle Erfahrungen, die wir mit Mitgliedern der Blockparteien gehabt haben, sahen so aus, daß es ein Versuch war, Karriereleitern zu erklimmen, ohne SED-Mitglied sein zu müssen. Und um eben bestimmte Funktionen auch erreichen zu können, war es von Vorteil, in einer Blockpartei zu sein. Es war ein größerer Vorteil, als in gar keiner Partei zu sein.

Sie haben gesagt, Mitglieder der Blockparteien seien immer nur für bestimmte Funktionen vorgesehen gewesen, es seien immer nur die Stellvertreter-Parteien gewesen, Herr Lapp. Ich muß sagen, das widerspricht allen Erfahrungen, die wir gemacht haben. Es widerspricht auch der Aktenlage; es widerspricht einfachsten Tatsache, zum Beispiel der Tatsache, daß der Oberbürgermeister von Weimar immer CDU-Mitglied gewesen ist. Es hat also bestimmte Bereiche, bestimmte Regionen gegeben, wo den Blockparteien bestimmte Ämter durch die SED-Führung zugewiesen wurden, deren Inhaber genau in dem Sinne der SED gehandelt haben. Mir ist nicht bekannt, daß die Stadt Weimar beispielsweise ein größeres oppositionelles Potential entwickelt hätte als meinetwegen die Nachbarstadt mit einem SED-Oberbürgermeister.

Ist Ihnen nicht bekannt, Herr Lapp, daß die Medien, die durch die Blockparteien gesteuert wurden – da gab es ja einige –, jeden Morgen ihre Weisungen von der SED-Spitze – also Büro Herrmann und Mitarbeiter – erhielten, was sie in ihren Zeitungen abzdrukken hätten? Und dann hat man tatsächlich immer einen Tag nach dem „ND“ in den Zeitungen der Blockparteien lesen können, was sie dachten, und zwar mit dem gleichen Wortlaut.

Ist Ihnen bekannt, daß im Kampf gegen die Friedensbewegung, gegen die

Opposition – Umweltbewegung, Menschenrechtsbewegung – der 80er Jahre insbesondere die CDU eingesetzt wurde, und zwar ganz gezielt durch SED und Staatsicherheit? Wenn in den Kirchen Diskussionsveranstaltungen stattfanden, auf denen Oppositionelle auftraten, Podien vorhanden waren, wo sich einmal ein Vertreter von Parteien oder aus dem Staatsapparat – das geschah in den allerseltensten Fällen nur – sehen ließ, so waren das grundsätzlich Vertreter der CDU, die dort die staatliche Position ohne jeden Abstrich vertraten und gewissermaßen das Gegengewicht zu den Auffassungen darstellen sollten, die da von der Friedens- und Umweltbewegung vertreten wurden.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Herr Kollege Poppe, darf ich bitten, daß Sie mit Ihren Ausführungen zum Schluß kommen, denn wir müssen wirklich schauen, daß wir mit der Zeit einigermaßen zurechtkommen, damit auch die Referenten noch antworten können.

Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie, Herr Lapp, ob Ihnen all diese Dinge nicht bekannt sind, ob Sie, wenn Sie sie kennen, nicht eher davon ausgehen müßten, daß eine solche differenzierte Wertung dieser Parteien erst Sinn macht in der Endphase der DDR, nämlich im Herbst 1989, wobei das Ausmaß der Steuerung oder Beeinflussung durch die SED auch hier noch nicht endgültig geklärt ist.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Eine erste Frage geht an Herrn Hertle. Herr Hertle, Sie haben – für mich eigentlich sehr interessant – herausgearbeitet, wie der FDGB teilweise „Familienersatz“ war, sage ich einmal. Wie ging denn das zum Beispiel bei der Erholungsvermittlung vor sich? Welche Auswahlkriterien galten denn dafür, und wie wurde die Auswahl getroffen bzw. konnte man wählen?

Wie war dann eigentlich die Ideologievermittlung im FDGB gestaltet? Welche Aufnahme fand das, was verkündet wurde, bei den FDGB-Mitgliedern und insbesondere natürlich bei den Parteilosen, bei CDUlern, LDPDlern usw.?

Dann eine Frage an Herrn Lapp. Da bin ich besonders dankbar für den soziologischen Ansatz, der meines Erachtens sehr deutlich herausgekommen ist. Ich habe den Eindruck, daß gerade auch dieser Hinweis auf die Nützlichkeit der christlichen Arbeitsethik doch etwas ist, was auch jetzt und in der Zukunft noch eine Rolle spielen wird. Aber jetzt die Frage: Was heißt das, daß man vor ideologischen Nachstellungen der SED sicher sein konnte, wenn man Blockparteimitglied war? War also der Eintritt in eine Blockpartei so etwas wie ein Bekenntnis zur Ablehnung der geltenden Ideologie, also des Marxismus-Leninismus? (Unruhe) – Ja, da wollen wir doch lieber den Referenten erst einmal antworten lassen. – Gab es eine Differenzierung hinsichtlich der Ideologienähe – sage ich einmal – bei den einzelnen Parteimitgliedern bzw. gab es auch hinsichtlich dieses Gedankens an eine künftige deutsche Einheit Grundlagen? Sie haben ja hervorgehoben, daß das bei der CDU und LDPD besonders lebendig war. Auf welcher Grundlage beruhte das? War es so

ähnlich wie das, was wir bei der SPD mit dem Strategiepapier erlebt haben, oder gab es andere Grundlagen? – Das wären die Fragen. Danke schön.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich habe eine Frage an alle drei Referenten. Wie hoch schätzen Sie das Dissidentenpotential in den von Ihnen beobachteten Organisationen und Feldern ein? Und wenn es denn so wäre, daß dies letztlich so etwas gewesen wäre – diese Frage richtet sich besonders an Herrn Dr. Lapp, und ich rede jetzt einmal nur von der CDU – wie eine camouffierte Dissidentengruppierung, warum ist sie dann in der ehemaligen DDR nicht verboten worden?

Abg. Lehne (CDU/CSU): Ich habe zwei Fragen; die eine geht an Herrn Lapp und die andere an Herrn Suckut.

Zunächst zu der ersten. Herr Lapp, Sie haben meines Erachtens zutreffend, jedenfalls was meine Erfahrung aus vielen Jahren Teilnahme an einer kommunalen Partnerschaft zwischen Düsseldorf und Karl-Marx-Stadt angeht, beschrieben, daß es wohl so etwas wie ein Auseinanderfallen zwischen der Basis, zwischen dem Denken und dem Bewußtsein der Basis und der politischen Führung der Blockparteien gegeben hat, zumindest ein teilweises Auseinanderfallen. Ich wollte fragen, ob Sie das so bestätigen können, ob Sie da vielleicht an Beispielen beschreiben können, die Ihnen im Rahmen Ihrer Untersuchungen bekanntgeworden sind.

Die zweite Frage geht an Herrn Suckut. Mich würde interessieren, wie denn die Selektionsmechanismen aus der Sicht der SED bei der Auswahl der Führungskräfte der Blockparteien funktioniert haben, der politischen Führung der Blockparteien. Es ist ja wohl so, daß da von Anfang an Vorgaben gemacht worden sind, wer welche Position bekleiden kann, und eine unmittelbare Einflußnahme erfolgt ist. Wie ist dies technisch abgelaufen? Hat es da vorher Entscheidungen im Politbüro gegeben? Wie sind diese Einflüsse ausgeübt und Einflußmöglichkeiten genutzt worden?

Abg. Hansen (F.D.P.): Zunächst zwei Fragen an Herrn Suckut, und zwar im Anschluß an die Frage von Herrn Fricke: Welche Rolle haben zentral führende Personen und Organe der Blockparteien im Spiel von Blockpartei hin zur SED gespielt? Ich denke da an bestimmte Berichte an das Komitee für befreundete Parteien. Es geht also nicht nur um Durchsetzung mit IM, sondern um unmittelbares Zuspiel von Blockparteien an die SED auf dem Berichtswege.

Die zweite Frage an Herrn Suckut: Wie beurteilen Sie die Versuche, im November/Dezember 1989 das Stichwort „Sozialismus“ aus den Parteiprogrammen der Blockparteien herauszunehmen und insofern einen Wandel deutlich zu machen? Vor welchem auch zeitlichen Hintergrund liegt das: Sind die Programme schon 1988 oder erst im Frühjahr 1989? Wie weit gehen diese Versuche der Umorientierung zurück, und welchen Stellenwert haben eventuell diese Umorientierungsversuche? Nur in dem Sinne, wie Herr Wilke es gefragt

hat, oder in Richtung „Stichwort Wiedervereinigung“, auch wenn es dort natürlich nicht so benannt worden ist?

Die dritte Frage geht an Herrn Lapp. Verstehe ich Sie richtig – da ich inzwischen Ihr Manuskript vor Augen habe und wenn ich das jetzt nachlese –, daß Sie mit dem Stichwort von den Stellvertretern, das hier so „angenommen“ worden ist und das Herr Mitter und Frau Barbe, wenn ich es richtig verstanden habe, gewissermaßen zur Entlastung von Schuld verwendet sehen, eigentlich, wie ich jetzt denke, mißverstanden worden sind? Dann frage ich Sie: Ist nicht der Ausdruck „Partei von Stellvertretern“ im Zusammenhang dessen, was Sie gesagt haben, von „wirklicher Verantwortung“ und „frei von größerer Schuld“, vielleicht zurückhaltend formuliert, aber eben doch der Versuch zur differenzierten Beurteilung und nicht einer anderen Legendenbildung, nämlich einen Beitrag dazu zu leisten, zu sagen: Alle sind gleich? – Denn Poppe hat ja – wie ich finde, zu Recht – auch gesagt: auch in der SED habe es solche und solche gegeben.

Also darf man meiner Ansicht nach auch nicht insofern zu einer Legendenbildung beitragen, daß man sagt: Alle SED-Genossen sind sowieso über einen Kamm zu scheren und mit den SED-Genossen nun auch die Mitglieder der Blockparteien. – Das würde tatsächlich zu einer pauschalen, undifferenzierten und damit auch unehrlichen und falschen Aufarbeitung beitragen, wie ich es sagen möchte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich möchte jetzt zunächst einmal betonen, daß die Vertreter der Presse, die überwiegend noch hier sind und nicht im Nebenraum, sicherlich interessiert sind, daß jetzt die Antworten erfolgen. Insoweit wird das Pressegespräch verschoben. Wenn anschließend noch Bedarf ist zu Fragen an den Vorsitzenden oder die Obleute, wird dieser Bedarf sicherlich befriedigt.

Die zweite Bemerkung an die Referenten: Es wäre jetzt wirklich unfair, wenn wir Ihnen, nachdem wir jetzt fast eine Dreiviertelstunde gefragt haben, nun ein Zeitlimit auferlegen würden. Auf der anderen Seite wäre es sicherlich hilfreich und könnte manche Antworten abkürzen, wenn Sie, da Sie ja da nun gut Bescheid wissen, auf eigene Veröffentlichungen oder auf Arbeiten von anderen hinweisen könnten. Das wäre jedenfalls orientierend für die Arbeit der Kommission.

Ich bitte zunächst Herrn Suckut, dann Herrn Lapp und zuletzt Herrn Hertle um die Antworten.

Dr. Siegfried Suckut: Wenn ich richtig Buch geführt habe, dann kam die erste Frage, die an mich gerichtet war, von Frau Wilms. Es ging da um die Frage, ob sich in der letzten Phase der DDR eine Differenzierung auf Ortsebene ergeben habe. – Ja, die hat es gegeben, und sie steht in ganz engem Zusammenhang mit der Entwicklung in den Kirchen. In dem Maße, wie sich dieser Konflikt zwischen Staat und gerade evangelischer Kirche zuspitzt, wird auch in den

CDU-Ortsgruppen intensiv dieses Thema diskutiert und zunehmend bei der Zentrale nachgefragt, warum sie denn untätig bleibe. Später, etwa 1988/89, wird dann auch gefragt, wie die Partei denn zulassen könne, daß kirchliche Zeitungen, genauer gesagt: Zeitschriften, beschlagnahmt werden.

Da sieht man einen ganz klaren und für mich ein wenig überraschenden Einfluß – jedenfalls was die Stärke anbetrifft – von seiten der engagierten Christen auf diese Partei. Es gab also offenbar immer eine erhebliche Zahl von CDU-Mitgliedern, denen die Mitgliedschaft in einer der christlichen Kirchen zugleich sehr wichtig war und die von daher nach meinem Eindruck – so wie ich es auch zusammengefaßt habe – eigentlich größeren Einfluß auf die Partei im Sinne der kirchlichen Interessen ausübten, als daß sie umgekehrt den bündnispolitischen Auftrag in die Partei hineingetragen hätten, aufgrund des bündnispolitischen Auftrages versucht hätten, die Partei zu verändern.

Zur Frage von Herrn Dehnel, ob es in den Kommunalparlamenten nicht auch Demokraten gegeben habe, die sich um das Wohl ihrer Stadt gekümmert hätten. Die gab es eindeutig. Natürlich war auf kommunaler Ebene die Arbeit in vielerlei Hinsicht weniger politisch im engen Sinne als auf der zentralen Ebene, und da findet man auch viele Formen von – man könnte fast sagen – bürgerinitiativ – ähnlichen Aktionen, daß in den Dörfern die Gemeindeglieder dazu übergingen, die Probleme, die vorhanden waren und die sich in manchen Bereichen – Stichworte Abwasserentsorgung oder Wasserleitungsbau – zuspitzten, in eigener Regie zu lösen, und zwar zusammen mit der gerade vor Ort aktiven Blockpartei; sehr oft ist es die CDU. Da waren das dann sehr willkommene Bündnispartner in einem sehr viel engeren Sinne, sehr willkommene Vertreter von Gemeindeinteressen, die aber zugleich einer Partei angehörten, die ja als staatsloyal anzusehen war, und die von daher auch als Staatsvertreter anzusehen waren und fungierten.

Zu dem Komplex, den Herr Wilke angesprochen hat: Wie hat die SED auf zentralen Ebenen die Selektion, wie Sie sagten, vorgenommen? – Das ist so präzise aus den Dokumenten nicht herauszufiltern, aber es ergeben sich doch bestimmte Strukturen. Das eine ist: Die SED hat den Blockparteien nach meinem Eindruck zunächst einmal eine Art Vorschlagsrecht gelassen. Das gilt zumindest für die Zeit ab dem Mauerbau; das gilt sicherlich nicht für Ende der 40er Jahre. Es wurde also erwartet, als Lothar Bolz den Parteivorsitz der NDPD aufgab, daß die Partei selbst sagte, wer Nachfolger werden sollte. Das kommt auch in Form einer Aktennotiz auf den Tisch des Generalsekretärs, und er gibt sein „Einverstanden“ dazu. Es ist auf anderen Ebenen offenbar ganz ähnlich verlaufen, bis hin zur Kreisebene, und das beantwortet auch schon die eine oder andere Frage, die in dieser Richtung hier zusätzlich gestellt worden ist.

Nach meinem Eindruck war das gängige Praxis: Die Parteien konnten zunächst einmal sagen, wer welche Position bekommen soll. Die Parteien erstatteten

auch intensiv vorab Bericht, wenn etwa ein Parteitag stattfand, bis hin zu der Frage, wer als ausländischer Teilnehmer daran teilnimmt bzw. daran teilnehmen soll. Bei dieser Gelegenheit wurden halt auch diese personellen Überlegungen der SED mitgeteilt, und wenn sie dagegen war, konnte sie intervenieren.

Es gibt allerdings häufiger Situationen, daß die SED keinen geeigneten Kandidaten sieht. Das wird ganz deutlich 1957 nach dem Tode von Otto Nuschke. Da ist sie offenbar ratlos, wer denn nun Nachfolger werden solle. Ich habe das in dem erwähnten Beitrag im „Parlament“ ein bißchen erläutert. Sie hat also da keine so genaue Kaderpolitik betrieben, wie man es sich eigentlich von dieser Partei vorstellt, als daß sie nun schon hätte sagen können: In unserer Kaderakte steht doch schon seit langem das CDU-Mitglied X oder Y, das dafür vorgesehen ist. Da erwartete sie offenbar auch einen Vorschlag von der jeweiligen Partei, und die wiederum hatte nichts oder nichts Überzeugendes zu präsentieren.

Das ist manchmal fast unglaublich, wenn man etwa an die Bedeutung der NDPD und der Bauernpartei denkt. Beide waren ja eigentlich von Anfang an von der SED intensivst kontrolliert worden; man kann sagen, es waren Gründungen der SED. Wenn man sich dann die Personalpolitik anschaut, geschieht Merkwürdiges. Es gibt einen Brief eines Nationaldemokraten an den SED-Landesvorsitzenden in Thüringen von Anfang 1951. Tenor: Er verabschiedet sich, wie er sich nennt, „als letzter Verbindungsmann zur SED“ aus dem NDPD-Landesvorstand. Was war passiert? Von der ursprünglich einmal vorhandenen Mehrheit der eigentlichen SED-Mitglieder in diesem Landesvorstand waren nun alle versetzt worden, diese Partei war unter ganz andere Kontrolle geraten.

Ähnliches gilt für den Anfang der 50er Jahre, 1953, 1954. Die ZK-Abteilung „Befreundete Organisation“, wie sie später hieß, die für die Blockparteien jeweils zuständig war – der Name dieser Abteilung änderte sich –, muß 1953/54 eingestehen, sie wisse nicht mehr, wer früher eigentlich SED-Mitglied gewesen ist und den Auftrag bekommen hatte, in die NDPD und in die DBD einzutreten. Man müsse sich da erst wieder einen Überblick verschaffen.

Interessant fand ich auch, was über Gerald Götting gesagt wird: aus der Sicht der SED ein gänzlich von der Sache nicht Überzeugter, man könnte sagen: ein Opportunist, über den sie sehr präzise informiert war und von dem sie annahm, er spiele diese Rolle sozusagen nur und hätte genausogut auch eine andere Politik betreiben können. Da stellen sich natürlich Fragen wie etwa die: Wie konnte er dennoch Karriere machen? – Da müßte man die sowjetischen Akten kennen, dann würde man solche Fragen wohl in vielem besser beantworten können.

Ähnlich sieht es bei Gerlach aus, der ja in den Akten gerade der SED in Leipzig als eine sehr schillernde, sehr widersprüchliche Person geschildert

wird und der dennoch diese Karriere machen kann, weil offenbar die SED so kritisch und so differenziert argumentiert, daß sie, grob zusammengefaßt, sagt: Der Gerlach ist zwar jemand, der häufig auch sehr offen Kritik übt, manchmal auch gänzlich unbegründet, von dem wir aber wissen, daß er letzten Endes zuverlässig ist.

Ich kenne keine direkten Kaderabteilungsakten der SED. Ich kann also nichts dazu sagen, ob denn da wirklich nun präzise auf Karteikarten, oder wie man sich das vorstellen will, über Mitglieder der Blockparteien Buch geführt wurde, gerade über die Führungsmitglieder. Ich nehme an, daß es das gegeben hat. Gesehen habe ich das nicht.

Das Berichtswesen der CDU, das Sie noch ansprachen, war intensiv und genau vorgeschrieben seit den 40er Jahren; das war noch eine Entscheidung der Sowjetischen Militäradministration. Allmonatlich mußte Bericht erstattet werden, und das waren auch für die SED, glaube ich, sehr nützliche Berichte, weil halt häufig kritisch geschrieben wurde, was innerhalb der Bevölkerung und nicht nur innerhalb der Mitgliederschaft der eigenen Partei passierte. Besonders informativ waren die Berichte, die an Gerald Götting ab Mitte der 70er Jahre gingen und die – da bin ich mir sehr sicher – auch bei der SED landeten.

Herr Wilke hat dann noch zu der Krisensituation Ende der 80er Jahre gefragt, ob da nicht sozusagen die „Gorbatschowisten“ die personelle Entwicklung in den Blockparteien bestimmt hätten. Manches deutet darauf hin, daß zumindest die Abteilung „Befreundete Parteien“ beim ZK versuchte, hier Personalpolitik zu betreiben. Die Berufung von Lothar de Maizière scheint darauf hinzudeuten. Ich will mich da vorsichtig äußern, weil ich präzise Belege dafür nicht gefunden habe.

Ziel war es in der Tat, einen sozialistischen deutschen Teilstaat zu verteidigen. Damit gehe ich schon zum Teil auf das ein, was vorhin gefragt worden ist. Es ist in der CDU und meines Wissens auch in den anderen Blockparteien nicht schon vorab die Möglichkeit diskutiert worden, den Sozialismus sozusagen abzustreifen – Anfang 1990 –, sondern es geht zunächst einmal um die Frage: Wie können wir – Ende 1989 – diesen Sozialismus so reformieren, daß er Sozialismus bleibt? Dahinter stand natürlich auch die Unfähigkeit, sich vorzustellen, daß es die DDR in Kürze einmal nicht mehr geben würde.

Blockparteien als Kaderreserve der SED in Krisensituationen? – Herr Wilke, so habe ich es ja nun nicht verstehen wollen, sondern: In Krisensituationen ist die SED froh, daß es diese Organisationen gibt, und wenn es nur aus propagandistischen Gründen ist, daß sie sagen kann: In Polen und in der Sowjetunion kann es zu solchen Konflikten kommen; wir haben aber die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen schon viel länger bei uns eingebunden, bei uns ist ein Spektrum von Organisationen vorhanden, in dem

sich alle Interessen artikulieren können. Solche Krisensituationen wird es nicht geben.

Zur Frage: MfS und Blockparteien. Im SED-Archiv gibt es einen großen Bestand an Berichten, die die Generalsekretäre oder die stellvertretenden Generalsekretäre dieser Parteien an die SED-Führung, speziell an die zuständige ZK-Abteilung, lieferten. Man trifft sich da in regelmäßigen Abständen und spricht offenbar über alles, was sich parteiintern entwickelt hat.

Da gibt es offensichtlich Präferenzen. Da kann man heraushören, herauslesen, finde ich, daß der eine oder andere wohl auch Mitarbeiter des MfS gewesen ist, so daß das eine Grauzone ist, von der man nicht genau sagen kann: Spricht der nun als stellvertretender Generalsekretär, oder spricht er möglicherweise als Offizier im besonderen Einsatz?

Viel Material ist auch im ehemaligen ZPA der SED vorhanden. Da würde ich vermuten, es stammt eigentlich aus der Feder des MfS, ist aber als solches nicht zu erkennen.

Zur Frage von Frau Michalk, ob die Westorientierung nicht ausgenutzt wurde. Ja, das wurde generell ausgenutzt, etwa in der Weise, daß auch die SED in ihrer innenpolitischen Taktik über Jahrzehnte hinweg – ich würde meinen: bis in die 80er Jahre hinein – wußte: Wir dürfen dieses Thema „Innerdeutsche Beziehungen“ nicht gleichsam links liegenlassen, sondern wir müssen uns hier immer engagieren, müssen immer Vorschläge unterbreiten, so daß zumindest formal der Eindruck entsteht: Das ist auch uns ganz wichtig, und für uns gibt es – wie es ja dann in den 50er und 60er Jahren dargestellt wurde – eigentlich gar nichts Wichtigeres als die rasche Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Daß es sonst Formen gab, in denen das ausgenutzt wurde, da fallen mir so präzise Beispiele, wie Sie eines genannt haben, nicht ein. Aber ein Versuch, das auszunutzen, war natürlich dieser Auftrag an die Blockparteien, auch im Westen Werbung zu betreiben und zu versuchen, die Politik der F.D.P. und der CDU zu beeinflussen. Das geht wiederum auf das zurück, was Frau Wilms gefragt hat. Ja, solche Beziehungen hat es bei der CDU in offizieller Art nicht gegeben; man merkt aber in den Berichten gerade an Gerald Götting in den 80er Jahren, daß intensiv versucht wurde, zumindest mit Bundestagsabgeordneten oder anderen Vertretern der West-CDU – und sei es auf Tagungen – zusammenzutreffen. Da wird auch präzise Buch geführt. Der größte Erfolg – soweit ich es in Erinnerung habe – war, daß eine Vertretung der evangelischen Arbeitnehmerschaft Bayerns eine Delegation – wie es da hieß – der Ost-CDU-Leitung nach Erlangen einlud und man anschließend ein Gespräch mit einem CSU-Europaabgeordneten hatte. Nach diesem Bericht der Ost-CDU soll er gesagt haben: Auch das Verhältnis zwischen unseren Parteien wird sich ja nun bald normalisieren, denke ich.

So etwas wurde fein registriert. Oder auch, als der Siegener Stadtverband der

CDU die DDR besuchte und man sagte: Wir haben so gute Beziehungen zu Heiner Geißler, wir müssen ihm das einmal sagen, daß es hier auch Christdemokraten gibt.

Aber das Typische war, daß da halt keine offiziellen Beziehungen bestanden und das ein ganz großes Manko war, jedenfalls aus der Sicht der Mitglieder, die das häufig ansprachen und auch mit dem vergleichen, was die LDPD in bezug auf die F.D.P. an Kontakten entwickelt hatte.

Herr Poppe stellte die Frage, ob sich nicht die Legende bilden könne, daß der Beitritt zu einer Blockpartei als oppositionelles Verhalten zu werten sei. Nein, natürlich nicht. Ich würde meinen, daß dafür als Gründe zu nennen sind: erstens Karriereinteressen, speziell bei denen, die man zur Gruppe der Angestellten rechnen könnte, zweitens so etwas wie das Gefühl: Wir sind hier in einem sozialen Raum, da können wir uns mit Gleichgesinnten verständigen und auch ein Stück weit eigene Interesse durchsetzen. Diese gleiche Gesinnung konnte auch darin bestehen, daß sich ehemalige Offiziere der Wehrmacht gern in der NDPD trafen und da allmonatlich oder wöchentlich ihre Erfahrungen austauschten; auch so etwas gab es. Aber es gab auch so eine Art Selbsthilfeinitiative, könnte man sagen, wie es hier zum Teil bereits angesprochen ist, daß sich die Handwerker in einer LDPD-Versammlung verständigten, wie man wo sich gegenseitig Material beschaffen kann. Das ist eine ganz wichtige Funktion.

Wer Mitglied einer solchen Partei wurde – das war eine weitere Frage –, hat dadurch nicht dissidentes Verhalten demonstriert. Das Typische war nach meiner Überzeugung, daß hier zwar dissident gedacht, in vielem aber eben nicht gehandelt wurde. Zu einem Dissidenten gehört ja nun einmal untrennbar dazu, daß er das auch öffentlich macht. Das heißt, das CDU-Mitglied, daß sich bei Wahlen notgedrungen oder auch nolens volens zum Wahlhelfer erklären ließ, konnte durchaus jemand sein, der die Wahl nicht für demokratisch hielt. Aber er fungierte in dieser ihm zgedachten Aufgabe, so wie es nun systempositiv nötig war. Dissidenz war das allenfalls im Denken, aber nicht im Handeln. (Zuruf: Könnten Sie das etwas konkretisieren?) – Ich würde es belegen wollen aufgrund meiner eigenen Erfahrungen, die ich in Gesprächen mit CDU-Mitgliedern gemacht habe. Ich würde es aber auch belegen wollen mit grundsätzlichen – (Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich kann Ihnen da helfen als einer, der das mitgemacht hat! Wenn man da beispielsweise gesagt hat, die Urne muß weiter vorn stehen, damit die Leute wirklich vorbeigehen können, da ist man einmal dabei gewesen und das nächste Mal nicht wieder!)

Ich kenne eine ganze Reihe von ehemaligen Ost-CDU-Mitgliedern, die in solchen Aktionen, bei solchen Aufgaben mitgewirkt haben. Ich kenne sie so gut, um zu wissen, daß sie in wesentlichen Punkten nie von diesem DDR-Sozialismus überzeugt waren. Sie hielten dieses Abstimmungsverfahren

nicht für demokratisch. (Zuruf: Das betrifft aber nicht nur die CDU-Mitglieder, sondern das ganze Volk!)

– Ja, eben, das würde ich auch unterstreichen wollen! das ist völlig richtig. Wenn man einschätzen will, wie diese Mitglieder zu dem Staat standen, dann kann man sich, glaube ich, am ehesten von der Hypothese leiten lassen, die ich auch in dem Beitrag im „Parlament“ formuliert habe: Sie ähnelten der Gesamtbevölkerung; aber sie ähnelten ihr nur.

Das heißt, diese Form der Anpassung, diese Form der Nischensuche, diese Form, den eigenen Vorteil zu suchen, sich aber zugleich nicht allzusehr zu engagieren, das war ja gesamtgesellschaftliches Phänomen. Wenn man in die SED genauer hineinschaut, wird man da ganz Ähnliches finden.

Aber: Die Blockparteien gingen da einen Schritt über das hinaus, was die Gesamtbevölkerung tat, und engagierten sich, wie man den Zahlen entnehmen kann, zu Zehntausenden in der Nationalen Front. Das heißt, wenn man sich die Werte anschaut, jeder Dritte der Blockparteimitglieder war irgendwo in diesem im weitesten Sinne staatlichen Bereich engagiert, und das ist eine enorm hohe Zahl, finde ich. Da würde ich einen wesentlichen Unterschied sehen.

Aber, um die in den Blockparteien Organisierten einzuschätzen, ist es sinnvoll – ja, das glaube ich auch –, sich zunächst einmal von der Hypothese leiten zu lassen: Sie entsprachen dem gesamtgesellschaftlichen Denken und verhielten sich auch sehr ähnlich.

Zum Schluß gab es noch eine Frage nach der Verbindung Führungsleute bei Blockparteien und Ministerium für Staatssicherheit. Ich habe da nicht speziell recherchiert, obwohl man das von meiner Tätigkeit her vielleicht erwarten könnte, wer da nun Inoffizieller Mitarbeiter des MfS gewesen ist oder sogar Offizier im besonderen Einsatz. Es wird sie in erheblichem Maße gegeben haben. Man wird sich aber auch auf Unterschiede einstellen müssen, wie etwa den Unterschied, den ich vorhin schon andeutete: Gerald Götting und Wolfgang Heyl sind in dem Punkt sicherlich sehr unterschiedliche CDU-Repräsentanten und wurden in der SED, was Zuverlässigkeit anbetraf, auch ganz verschieden angesehen.

Auf die Frage, inwieweit der Begriff „Sozialismus“ 1989 aus den Parteiprogrammen gestrichen wurde, bin ich schon eingegangen. Das sieht man auch ganz deutlich im Verhalten von Lothar de Maizière, finde ich, wie schwer er sich in diesen Wochen seit November 1989 tut, diesen Begriff „Sozialismus“ im Programm zu belassen oder auch nicht. Wenn man sich die Entwicklung bis hin zum Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 anschaut, dann merkt man, daß zunächst einmal – wohl auch bei der Mehrheit der Mitglieder; da würde ich aber vorsichtig sein, doch es ist meine Vermutung – die Einstellung und die Erwartung vorherrschend waren, die DDR werde als Staat weiter existieren und sie werde wohl auch ein im weitesten Sinne sozialistischer

Staat bleiben, und wir müssen unsere Position jetzt als eigenständige Partei neu bestimmen, überhaupt bestimmen.

Aber das war ja dann erst ein zwar rasch eintretender, ab Januar 1990 feststellbarer Prozeß, daß der Sozialismus aus der CDU-Programmatik gestrichen wurde. Wenn man ein Datum nennen wollte, dann war es eigentlich Lothar de Maizières Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag: der Sozialismus als „leere Worthülse“.

Ich bin nicht sicher, daß ich auf alle Fragen eingegangen bin. Wenn nicht, würde ich um Nachfrage bitten. Das war zunächst einmal das, was ich mir notiert hatte. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Suckut. Nun Herr Lapp. Ich hoffe, daß wir einigermaßen in dem Zeitrahmen bleiben können, den Herr Suckut vorgegeben hat.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Ich werde mich bemühen, auf die allerwichtigsten Fragen zu antworten. Es ist eine Menge; ich weiß gar nicht, ob ich noch alles zusammenkriege.

Ich meine, schon die Chance, einer anderen als der führenden Partei beitreten zu können, war im Ansatz auch ein Stück Distanz, immer unter dem Verhältnis gesehen, daß der reale Sozialismus weiter hätte bestehen müssen, sollen, dürfen. Ich habe ganz deutlich am Schluß gesagt: Das deutlichere Anzeichen wäre die Totalverweigerung gewesen. Aus damaliger Sicht halte ich einen Eintritt in eine Blockpartei nicht für eine Widerstandshandlung, aber nun auch nicht für blanken Opportunismus.

Man hatte nachweislich in den Blockparteien innerparteilich, im innerparteilichen Leben eine größere Bandbreite, sich persönlich politisch, kommunalpolitisch einzubringen. Das kann nachgewiesen werden. Auch gab es da Opposition im Wartestand. Auch gab es Opposition im Hinblick darauf – es gibt auch Belege, ich kann sie Ihnen nennen –, es gab auch ein Hoffen darauf, wie in der Demokratischen Partei in Polen nach 1981 und in der Sozialdemokratischen oder der damaligen Volkspartei in der CSSR nach 1968 Demokratie wieder erlebbar gemacht wurde. Man hoffte auch auf die befreundeten Parteien in den realsozialistischen Ländern, die sich sofort, als der Umbruch kam, 1981, 1968 –

(Widerspruch des Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIER GRÜNEN))

– Sicher, ich mache ja die Blockparteien nicht zur Widerstandsbewegung oder zum Neuen Forum. Ich sage nur: Aus den Blockparteien sind auch eine Menge ins Neue Forum gegangen.

(Zuruf: Auch aus der SED!)

– Ja, gut, Sie wollen die Unterschiede betonen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es wirklich sinnvoll ist, durch Zwischenfragen Aspekte zu

vertiefen, meine ich, daß wir für das Protokoll dies ganz formell mit Meldung und Mikrofon machen.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Die Unterschiede zwischen SED und Blockparteien: Ich habe in dem Referat erwähnt, daß man immer zwischen Basis und Führung unterscheiden muß. Ich habe darin auch geschrieben, daß in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Distanz von Mitgliedern der Blockparteien und SED-Mitgliedern zu ihren jeweiligen Parteiführungen nachließ. Das ist also gleich.

Die Intensität, sich an demokratische Gepflogenheiten zu erinnern, war aber zumindest in den klassischen Blockparteien CDU und LDPD größer als in allen anderen Parteien einschließlich der SED. In der SED hat man sich vielleicht an die sozialdemokratische Phase zu Anfang erinnert. Es gibt eine demokratische Phase in der LDPD und der CDU, die – das ist ja wohl unstrittig – zwischen 1945 und 1948/49 versucht haben, das Mögliche zu machen. Und daran hat sich ein Teil der älteren Mitglieder, auch die Jüngeren erinnert. Die hatten schon ein bißchen demokratische Traditionen, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wieder aufgelebt sind.

Ich meine, das Mitmachen, ohne Kommunist werden zu müssen, ohne sich inhaltlich auf den Marxismus-Leninismus in jeder theoretischen Verästelung einzulassen, war schon ein Anreiz, in diese Parteien zu gehen.

Es kam die Frage nach der Sicherheit vor ideologischen Nachstellungen. Hier meine ich z. B. die Lehrer, die das Glück hatten, wenn sie in der CDU oder in der LDPD waren, nicht diese ziemlich furchterregenden Parteiversammlungen in der örtlichen Schule mitmachen zu müssen. Sie konnten sich, wenn es zur Sache ging, entziehen, sie mußten nicht teilnehmen!

(Abg. Frau Fischer (SPD): Nein, nein! Das stimmt nicht!)

– Parteiversammlungen der SED – Teilnahme von Blockparteimitgliedern? Sie mußten nicht teilnehmen.

(Abg. Dr. Schmieder, (F.D.P.), an die Abg. Evelin Fischer gewandt: So ein Blödsinn! Hören Sie doch erst mal zu, bevor Sie solchen Mist erzählen!)

– Ja, das ist vielleicht strittig. Ich will...

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Also, Herr Kollege Schmieder, ich hatte einen Weg vorgeschlagen, wie wir – vertieft durch Zwischenfragen – auf die Ausführungen von Herrn Dr. Lapp eingehen können. Wir sollten uns an dieses Verfahren gewöhnen. Zur Erleichterung der Seele einen kurzen Zwischenruf kann man auch so machen!

Dr. Peter-Joachim Lapp: Zur Frage „Stellvertreterpartei“. Das ist natürlich überspitzt und verkürzt formuliert und wird theoretischen Ansprüchen nicht gerecht. Aber wenn ich einer Stellvertreterpartei beitrete, bin ich natürlich auch nie in dem Sinne mitschuldig wie die Hauptverursacher. Auch das mag ein Anreiz gewesen sein.

Herr Poppe meinte, der Oberbürgermeister von Weimar sei in der CDU gewesen. Der war immer in der CDU – das war ein Abonnementsposten für die DDR-CDU; das ist mir bekannt. Sagen Sie mir irgendeinen anderen Oberbürgermeister in der ehemaligen DDR, der in der CDU war! Sagen Sie mir einen Offizier, einen General!

(Zuruf: Bürgermeister gab es!)

– Ja, Stellvertreter. – Es gab keine, von kleineren Städten abgesehen. Ich habe mich wirklich intensiv damit beschäftigt.

Sagen Sie mir einen General oder einen aktiven Offizier – keinen Reserveoffizier! –, der in den Blockparteien war! Das hat doch alles Gründe. Die Blockparteimitglieder sind systematisch aus dem Schutz- und Sicherheitsbereich der DDR herausgehalten worden. Die SED hat sie nämlich zurückhaltender als die eigenen Genossen beurteilt, weil sie in dieser anderen Partei waren. Das ist ein ganz wichtiger Grund.

Und denken Sie auch an die Reduzierung der Leiterpositionen von Blockpartei-funktionären von den fünfziger Jahren auf die achtziger Jahre! Drastische Reduzierung, bis zu 80%! Auch das muß Gründe haben. Wenn die alle im Sinne der SED so zuverlässig waren, hätten sie doch mehr Leiterpositionen haben müssen, um die Christen, die ja in ihrer großen Mehrheit nicht organisiert waren, in die CDU zu ziehen und dann die Transmission über die DDR zu haben. Die SED hat sich doch damit letztlich selber geschadet.

Dissidentenpotential: Herr Weisskirchen, da kann man sicher nur über den Daumen vermuten. Die unglaublich rasche Umkehr nach dem Sonderparteitag oder überhaupt nach den außerordentlichen Parteitagen in den Blockparteien, das rasche Kippen zumindest der klassischen Blockparteien CDU und LDPD, das Annagen der Führung schon im September/Oktober, auch von Manfred Gerlach, die Belege dafür – Ich habe mich mit dieser Person etwas intensiver beschäftigt: Er hat 1987 eine Rede vor der Ortsgruppe in Chemnitz, damals noch Karl-Marx-Stadt, gehalten, in der er eine Art von Pluralismus in der DDR eingefordert hat.

Herr Mitter, Sie meinen ja, daß ich im theoretischen Organ des ZK der SED, „Einheit“, zu finden gewesen sei. Ich glaube, das geht nicht in Ordnung. Dieses Buch ist 1988 geschrieben worden, und die haben nicht darauf reagiert.

Kontingentierung der Mitglieder. Es ist mir am Rande von Blockparteien – ich habe alle Blockparteitage besucht und auch den letzten offiziellen der SED – von Mitgliedern und Funktionären gesagt worden, daß zeitweise die Neuaufnahme von Mitgliedern vor Ort mit der örtlichen SED-Leitung abgesprochen werden mußte. Es gab sogar Anfang der sechziger Jahre – Herr Suckut hat mir das eben bestätigt – einen generellen Aufnahmestopp, und es scheint Anfang der siebziger Jahre noch einmal einen gegeben zu haben.

Anfang der sechziger Jahre, nach dem Mauerbau: Das sagt Änderungen

in der Bündnispolitik der herrschenden Marxisten-Leninisten aus. Als die Mauer da war, meinte man – das ist bei Herrn Suckut angeklungen –, unter der Richtung der „relativ eigenständigen Formation des Sozialismus“, der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ sei die Gleichheit aller Klassen und Schichten in der DDR beim Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse Ende 1962 hergestellt und man könne auf Interessenvertreter anderer Klassen und Schichten verzichten.

Die Akzeptanz der führenden SED, andere Klassen und Schichten nach wie vor zu haben, macht automatisch – auch von der SED theoretisch so gesehen – die Blockparteien und auch andere Interessenartikulation ja notwendig. Denn man hat ihnen ja im Bereich der Handwerker- und Gewerbepolitik – Herr Suckut hat es angesprochen – den Vortritt gelassen, wenigstens Vorschläge zu machen. Und die Herren und Damen von der führenden Partei haben ja vor ihren Parteitag Riesensmappen der Blockparteien mit Vorschlägen bekommen. Da stand alles drin; das war abweichend von SED-Politik. Und heute wissen wir, daß dann der Herrmann, der für die Blockparteien zuständig war, gesagt hat: Wir haben kein Geld; wir können es nicht machen.

Es war ihnen aber auch theoretisch zuwider, Vorschläge der Blockparteien aufzugreifen, weil die führende Rolle hätte beschädigt werden können. Auch daß die Blockparteileute, zumindest Gerlach, immer gefordert haben, zumindest in den Medien stärker berücksichtigt zu werden, ist ja alles weggebügelt worden. Das muß doch Gründe haben. Wenn die alle so furchtbar angepaßt, alles Blockflöten gewesen wären, wie das hier immer wieder auftaucht, dann hätte das doch gar nicht gemacht zu werden brauchen.

Bitte, unterscheiden Sie immer zwischen Mitgliedschaft und Führung! Die Führung war durchweg korrupt.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Ich wollte Sie nur fragen, Herr Dr. Lapp, warum dann, wenn das alles so stimmt, wie Sie es sagen, die CDU nicht verboten worden ist.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Wissen Sie, wenn man ein sozialistisches Mehrparteiensystem hat, und man nagt daran herum – – Es wurde daran herumgenagt; die Existenz der NDPD und der DBD war zeitweise wirklich mehr in Frage gestellt als die der klassischen Blockparteien, weil sie ihr Ziel, die Ehemaligen zu integrieren, erreicht hatten; die waren ja auch weggestorben, die besonderen Zielgruppen waren nicht mehr da. Die DBD war eigentlich dadurch überflüssig geworden, daß ein Teil der Genossenschaftsbauern, die fortschrittlichen, in der SED waren, die anderen in anderen Blockparteien, und die Mehrheit wurde über die VdgB reaktiviert, die als Massenorganisation belebt wurde. Die DBD und die NDPD waren eigentlich hinfällig geworden. Viele bei uns haben gedacht: Vielleicht kippen sie. Aber ein Verbot hätte im politischen System automatisch zu der Frage geführt, warum das notwendig ist.

Die haben ja keine Parteiprogramme in dem Sinne mehr gehabt. Es hat sie

gegeben, aber wenn man danach fragte, hieß es: Sie sind stillgelegt. Es gab sie noch; sie sind nie richtig außer Kraft gesetzt worden, etwa durch einen besonderen Akt. Es gab Parteisatzungen und -statuten, und überall stand drin: Führungsanspruch der Marxisten-Leninisten oder der SED wird anerkannt. Warum sollten sie, wenn es in den Statuten und Satzungen drinstand, die Parteien verbieten? Es waren insgesamt keine Oppositionsparteien.

Ich meinte, das wäre deutlich geworden.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Frau Kollegin Fischer zu einer kurzen Zusatzfrage.

Abg. Frau Fischer (SPD): Herr Dr. Lapp, ich kann es nicht so stehen lassen, daß Mitglieder einer Blockpartei nur deswegen in die Blockpartei gegangen sind, damit sie nicht an diesen Parteiversammlungen der SED in Betrieben und Schulen teilzunehmen brauchten. Es waren keine Parteiversammlungen – in dem Sinne haben Sie recht. Es nannte sich politische Weiterbildung. Seit 1968, nach Einführung des „Einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ in der DDR, mußten alle Lehrer an diesen politischen Weiterbildungen teilnehmen, ob sie Mitglied einer Blockpartei waren oder nicht. Ich kann das nicht so stehen lassen, Herr Schmieder. Danke.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Es bezog sich auf die Parteiversammlungen, nicht auf die Weiterbildung. Das akzeptiere ich.

Abg. Meckel (SPD): Eine kurze Nachbemerkung. Ich stimme Ihnen in der Gesamteinschätzung zu, daß man wirklich sagen muß: Die Menschen in der DDR – das schließt die in den Blockparteien ein – sind keinen Deut besser und schlechter als die im Westen Deutschlands. Daran sollte man festhalten, dies sollte man sehen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht zu Helden geboren. Dies ist auch klar.

Aber in bezug auf die Einschätzung der Blockparteien gilt natürlich auch, daß man nach dem Besonderen der Mitglieder im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung fragen muß. Und da halte ich das, was Herr Suckut als Beschreibung dessen, was war, gegeben hat, für zutreffender.

Wenn Sie von der Frage des Mitschuldigen als Stellvertreter sprechen, stimme ich Ihnen zu. Das war typisch DDR – nicht an der Spitze, sondern mitmachend, als Stellvertreter. Die Alternative ist doch aber in dieser Frage nicht die SED gewesen, sondern die Alternative war, parteilos zu sein.

Nächste Bemerkung in bezug auf die SED. Ich denke, man kann in bezug auf die Geschichte – (Unruhe bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Herr Meckel, lassen Sie mich etwas erklären, weil es auf dieser Seite des Hauses Proteste gibt.

Herr Eppelmann hat allgemein eingeführt. Dann sagten wir, als das Pressegespräch nach hinten verschoben wurde mit der Maßgabe, daß das Thema möglicherweise durch die Fragen und Antworten erschöpfend behandelt wird,

daß Herr Meckel noch die Möglichkeit zu einer Bemerkung hat. Wenn sich jetzt Herr Poppe meldet, kann natürlich auch die CDU/CSU noch eine abschließende Bemerkung machen. (Zuruf: Wir haben noch andere Gäste, die wir hören wollen! – Unruhe) – Ich weiß. Aber es sind Redner ausgefallen, und ich meine, wir haben Interesse daran, dieses sicherlich schwierige und für Teile auch sehr sensible Kapitel so zu behandeln, daß man auch einmal seinem Herzen Luft verschaffen kann. Das heißt natürlich auch, daß alle Seiten berücksichtigt werden; und bei der Rednerliste war das durchaus gewährleistet: Diese Seite hatte acht Fragen, und diese hatte sieben.

Ich bitte, Herr Meckel, fortzufahren, möglichst kurz; dann Herr Poppe. Dann gebe ich noch einmal dieser Seite das Wort.

Abg. Meckel (SPD): Ich glaube, im Gegensatz zu dem, was Sie dargestellt haben, daß es in der Geschichte innerhalb der SED mehr Dissidenz als in den Blockparteien gegeben hat, daß man nicht nur im Kopf oder am Biertisch anders dachte, sondern versuchte, anders zu handeln. Ich möchte fragen, ob Sie dem zustimmen.

Letzte Bemerkung. Lag die Zurückhaltung gegenüber der CDU durch die SED an dem besonderen Denken der CDU-Mitglieder oder daran, daß es eine eigene Struktur war, die dann natürlich hätte unmittelbar politisch werden können? Das war ja dann 1990 eine besondere Chance – durch Zeitungen, Mitgliedschaft, Häuser und dergleichen.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Herr Meckel, zum ersten: Okay, die Gruppen in der SED, die Widerstandsgruppen – das war ja richtiger Widerstand – gingen in den Knast dafür. Das ist klar. Daß in der SED auf Grund ihrer Größe – 2,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten wohl zuletzt – der Sozialdemokratismus das Erinnern an demokratische Traditionen verbreiteter war als vergleichsweise in den Blockparteien, das mag sogar sein. Der Sozialdemokratismus wurde ja auch beschimpft.

Wie war die zweite Frage, bitte?

Abg. Meckel (SPD): Es ging um Dissidenz, nicht um Sozialdemokratismus; d. h. darum, daß es Leute, auch Kommunisten, die anders gehandelt haben, eher in der SED gab, als es wirklich anders Handelnde, die damit etwas riskierten, in den Blockparteien gab. (Karl Wilhelm Fricke: Unsinn!)

Dr. Peter Joachim Lapp: Vielleicht kann Herr Fricke eher darauf antworten.

Wenn ich die Widerstandshandlungen in der SED sehe oder das Sichwehren in den Parteigruppen, kann ich das nachvollziehen. (Zuruf: Herrn Harich?)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich bitte, solche Bemerkungen und Gedankenstriche jetzt zurückzustellen und sich wirklich auf eine abschließende Wertung zu orientieren. Jetzt haben das Wort Herr Poppe und Frau Wilms.

Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache eine kurze Bemerkung zu der anderen Seite des Tisches. Es ist wirklich wichtig, aufzuklären und das so schnell wie möglich über die Bühne zu bekommen und abzuholen, sozusagen die Kuh vom Eis zu kriegen. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht auch gar nicht um Schuldzuweisung, wenn wir hier sehr kritische Fragen stellen, sondern darum, die Strukturen und Mechanismen zu klären. Und wir sind damit nicht zufrieden, in welcher Weise das heute geschehen ist.

Ich habe noch einmal zwei Rückfragen an Herrn Suckut und Herrn Lapp. Es ging hier z. B. um Vorschläge der Blockparteien, insbesondere der CDU und der LDP, um Personalvorschläge und inhaltliche Vorschläge, die dann an die SED gegangen sind. Bei den Personaldingen seien es eigene Vorschläge gewesen, die nur noch bestätigt worden seien. Da wird eine gewisse Eigenständigkeit unterstellt.

Meinen Sie nicht eher, daß diese Vorschläge zunehmend gar nicht mehr kritisiert oder verändert werden mußten, d. h. nur bestätigt werden mußten, weil sie tatsächlich so weitgehend im Sinne der SED, im Sinne eines vorausseilenden Gehorsams formuliert waren, daß es von seiten der SED gar nicht mehr notwendig war, sich mit den Dingen, die von den Blockparteien kamen, etwas schärfer auseinanderzusetzen?

Ich erwähnte vorhin schon mal die Zeitungen. Das hat im Laufe der Jahre nachgelassen, weil tatsächlich das Maß an Selbstzensur, das die Redakteure aus den Blockparteien hatten, es gar nicht mehr notwendig machte, die Kontrolle wirklich noch so massiv auszuüben, wie das vielleicht in den frühen Zeiten geschehen ist. Zu diesem Aspekt, daß eine echte Partizipation dieser Parteien tatsächlich vorhanden war, aber auch Unzufriedenheit damit, daß ihr Einfluß nicht groß genug war, daß aber vom Grundsatz her der Unterschied zu dem, was von der SED kam, nicht so groß war, ist mir von Ihnen zu wenig gesagt worden.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Zu den Vorschlägen, die vor allem aus der CDU und der LDPD kamen und auch im Vorfeld von SED-Parteitag erwünscht waren. Das waren sachliche, wirtschaftliche und kulturelle Vorschläge. Nun kann man auch generell sagen, und man sollte es hier tun: Die führende SED war darauf aus, jedenfalls Teilbereiche der Blockparteien zu Berufsgruppenvertretungen herabzustufen. Sie wollten zuerst Vorschläge in Bereichen, wo die Blockparteien vor allem zu Hause sind, im Bereich Handwerks- oder Gewerbepolitik.

Bei den Personalvorschlägen gab es zumindest alternative Personalangebote. Also: ich biete dir, Abteilung Befreundete Parteien beim Zentralkomitee der SED, den oder den Vorsitzendenkandidaten an. So etwas gab es wohl auch auf Bezirks- und Kreisebene. Aber daß die SED das letzte Entscheidungsrecht

hatte, ja, sogar das Alleinentscheidungsrecht, wer Parteivorsitzender wurde, war und blieb, das ist unstrittig.

Daß die Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten geführt wurden, weiß ich als Journalist ganz gut, und auch, daß sie, außer vielleicht der „Neuen Zeit“ oder dem „Morgen“, wenn man zwischen den Zeilen lesen konnte, kaum eine Abweichung enthielten. Ich habe sie über Jahrzehnte gelesen, und der „Morgen“ hatte zwischen den Zeilen Abweichungen, auch die „Neue Zeit“; die „Nationalzeitung“ eigentlich nie, und dieses schreckliche Blatt „Bauernecho“ von der DBD war schlicht nur langweilig.

Dr. Siegfried Suckut: Zu den Vorschlägen der Blockparteien. Es ist inhaltlich durchaus nicht nur voreuseilender Gehorsam; manchmal ist es das, etwa 1972, als es um die Umwandlung der halbstaatlichen und noch verbliebenen Privatbetriebe in staatliche geht. Da scheinen sich die Blockparteien geradezu übertreffen zu wollen mit einer Politik, von der die SED so noch gar nicht überzeugt ist; aber sie gerät dann ein wenig in den Sog dieser Aktivitäten, und da will die eine die andere übertreffen.

Das hat es gegeben. Aber wenn man sich die vorliegenden Materialien der Parteien anschaut, die etwa zur Verabschiedung der Verfassung 1968 oder auch zu den unterschiedlichen SED-Programmen vorgelegt wurden, dann waren das in hohem Maße Punkte, in denen man im weitesten Sinne auch von Interessenvertretung sprechen kann. Das heißt, sie überlegten: Wie können wir denn die noch verbliebenen privaten Handwerker besser in das Plansystem integrieren? Und dergleichen mehr.

Da gab es auch Unterschiede. Nach meinem Eindruck neigte die NDPD dazu, solche Vorschläge zu unterbreiten, die den Privaten eher schaden, die etwa darauf hinausliefen, das Steuersystem so zu ändern, daß möglichst viele gezwungen waren, ihre Eigenständigkeit aufzugeben. Aber die LDPD vertritt oft schon solche Interessen und hat dem Anschein nach auch ein organisatorisches Eigeninteresse, diese Klientel nicht zu verlieren.

In der Regel bekommen sie dann Auskünfte, das sei von der SED ohnehin schon auf den Weg gebracht oder es sei nicht zu verwirklichen, da kein Geld da sei oder spezifische Interessen vor die der Allgemeinheit gestellt würden.

Zu der Frage, ob bei personellen Entscheidungen auch voreuseilender Gehorsam vorhanden war. Sicherlich hat es das in hohem Maße gegeben, aber mein Eindruck ist, daß es in den siebziger und achtziger Jahren in der Regel Kandidaten waren, die sich politisch so sehr gar nicht unterschieden. So hatte die Frage, ob voreuseilender Gehorsam vorliegt oder nicht, ob die SED letzten Endes hier ein Bestimmungsrecht hat oder nicht, relativ an Bedeutung verloren. Es gab, soweit ich sehe, nur selten Situationen, daß es die Blockparteien da auf Konflikte anlegten. Ich habe aber nicht so einen umfassenden Überblick, daß ich nun sagen könnte: Das war so oder so. Es ist durchaus auch glaubhaft, wenn ehemalige Kreisvorsitzende sagen: Da haben wir die und die

Entscheidung getroffen, und der SED-Kreissekretär oder Bezirkssekretär war dagegen; aber wir sind dageblieben.

Natürlich muß man immer sehen, wie wichtig diese Dinge waren; aber es ist keineswegs so, daß sie nur in vorseilendem Gehorsam das vorwegnahmen, was die SED dann wohl ohnehin moniert hätte.

Selbstzensur der Zeitungen. Nach meinem Eindruck ist da dieser vorseilende Gehorsam am extremsten verbreitet gewesen. Dennoch gab es ab und an Kleinigkeiten, daß etwa in der „Neuen Zeit“ für ein Jazzkonzert in einer Kirche geworben wurde. An so etwas erinnere ich mich: Das ging bis ins Politbüro. Als die „Neue Zeit“ einen Leserbrief von Erhard Eppler bekam, durfte ihn nur Joachim Herrmann persönlich beantworten. Das heißt, er schrieb ihn mit drei Sätzen vor, und der Chefredakteur setzte noch seinen Namen darunter, als sei es seine eigene Entscheidung gewesen. Da merkt man diese Abhängigkeit ganz stark. Aber auf unterer Ebene und wenn es ganz generell um personelle Entscheidungen ging, war da zunächst einmal ein Vorbestimmungsrecht, ein Vorentscheidungsrecht der Blockparteien vorhanden, jedenfalls von den sechziger Jahren an.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Suckut.

Jetzt folgende geschäftsleitende Bemerkung. Wir haben die Zeit in der Tat sehr stark überzogen. Das Pressegespräch hat sich nach meiner Meinung und der Meinung des Vorsitzenden erledigt. Wenn die einzelnen Gruppierungen noch die Notwendigkeit sehen, bestimmte Stellungnahmen zu veröffentlichen, haben sie immer die Gelegenheit.

Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen, die sicherlich auch noch mit Fragen verbunden sind, und zwar von Frau Wilms, Frau Wisnieswki und Herrn Hansen. Dann habe ich noch die Fragen an Herrn Hertle aufzurufen. Das gebietet, daß wir ohne Pause weiter verhandeln, damit wir einigermaßen im Zeitlimit bleiben.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich hoffe nur, daß unsere anderen Gäste nachher noch genügend Zeit für ihre Darlegungen haben. Ich würde es bedauern, wenn durch die Zeitverschiebung die anderen nicht richtig zu Wort kämen.

Mir wäre es lieb, wenn von den Herren Suckut und Lapp auch noch einmal sehr deutlich herausgearbeitet würde, daß die Situation der Mitglieder der Blockparteien in den einzelnen historischen Phasen der SBZ/DDR offensichtlich höchst unterschiedlich war. Wir haben in einer der vorigen Anhörungen sehr sorgfältig herausgearbeitet, daß die CDU und die LDPD einen höchst demokratischen Ursprung haben und nachher von der SED eingesackt wurden. Dann hat es phasenartig Entwicklungen gegeben; und es ist wichtig zu sehen, daß es auch in der letzten Phase noch Entwicklungen gegeben hat.

Mir scheint, daß die letzten Fragen, die von den Kollegen auf der anderen Seite gestellt worden sind, zu sehr auf nur eine Phase, nämlich auf die siebziger und den Anfang der achtziger Jahre der DDR, gezielt haben. Deshalb wäre ich dankbar, wenn von den beiden Referenten diese Zeitphasen der Entwicklung etwas deutlicher betont würden. Ich glaube, daß das auch für das Protokoll wichtig ist.

Im übrigen lege ich noch einmal auf die Feststellung wert, daß die Christlich-Demokratische Union der Altbundesrepublik mit keiner der sogenannten Parteien in der DDR Kontakte gehabt hat. Das unterscheidet sie, denke ich, wohlthuend von der anderen großen Volkspartei.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Jetzt ist folgende Frage: Wenn Sie einverstanden sind, Frau Wisniewski und Herr Hansen, schließen wir die beiden Bemerkungen noch an, und dann antworten noch einmal die beiden angesprochenen Herren. Dann kommt Herr Hertle.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Die Differenzierung nach der Zeit scheint mir sehr notwendig. Mich interessiert vor allem auch die These – ich richte die Frage an Herrn Lapp –, daß es zur Theorie der DDR gehörte, daß andere Klassen und Schichten als die SED-Angehörigen nicht nur geduldet, sondern, wenn ich es richtig verstanden habe, sogar sehr bewußt erhalten werden mußten. Was das auch in allen Phasen so? Konnte man vielleicht ein zukünftiges Ziel sehen, das ja doch gemäß der Theorie darauf hinstreben sollte, dann eine einheitliche Klasse herbeizuführen? War insofern der Unterschied zwischen real existierendem Sozialismus und Kommunismus hier irgendwie festzumachen?

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich möchte noch einmal zu uns selber etwas sagen, dazu, wie wir uns selber hier verstehen. Ich habe ja Verständnis dafür, daß Emotionen hochgehen, Frau Fischer und Frau Barbe, ganz besonders bei Ihnen, pars pro toto, nicht persönlich, sondern weil Sie eben unter dem System gelitten haben. So meine ich es. (Abg. Frau Fischer (SPD): Ich habe nicht gesagt, daß jemand spinnt! Das kam von da drüben!)

Die Frage an uns als Enquete-Kommission ist: Wie ist unser Selbstverständnis? Wie erreichen wir eine Auseinandersetzung über dieses Thema, die gewollt ist und die natürlich Emotionen freimacht, mit Menschen, die darunter gelebt oder gelitten haben, an führender oder an leitender Stelle, im Zuge des kommenden Jahres? Ich habe große Sorge – ich möchte das hier deutlich öffentlich sagen: Wenn wir als Enquete-Kommission, die wir ja nicht ein Gericht, ein Tribunal oder ähnliches sind, mit einem historisch-wissenschaftlichen Ansatz dazu beitragen würden, vielleicht am Beispiel des heutigen Vormittags, daß wir demnächst keine Chance mehr haben, zu anderen Themen und Fragestellungen wissenschaftlich objektivierende Beiträge oder subjektive Zeitzeugenaussagen zu erhalten, dann haben wir uns gewissermaßen selbst lahmgelegt.

Das leitet über zu einer Frage an Herrn Suckut und Herrn Lapp: Wie ist bei

Ihren Untersuchungen der Stellenwert dessen, was Zeitzeugen, beispielsweise Kreisvorsitzende der einen oder anderen Blockpartei, nach dem subjektiven Empfinden ihrer eigenen Rolle in der und der Zeit, aussagen? Und wie ordnen Sie diese subjektiven politischen Selbsteinschätzungen in das nur schwierig zu objektivierende generelle Geschehen ein? Von daher ist ein Urteil abzuleiten mit dem Aufruf, zu differenzieren und nicht zu pauschalisieren, ist der Versuch zu machen, nicht nur phasenverschoben innerhalb von 40 Jahren zumeist unterschiedlicher Entwicklung, sondern auch regional und parteilich bedingt zu urteilen.

Meine letzte Bemerkung schließt sich an das an, was Frau Dr. Wilms gesagt hat. Ich finde, es ist im Sinne von Bekenntnisablegen nicht notwendig zu sagen, wie man sich selber als Partei gegenüber Blockparteien der vergangenen 40 Jahre verhalten hat. Sonst müßte ich eigentlich sagen, ich habe es immer für richtig gehalten, Kontakte aufzunehmen, zu halten und zu pflegen und nicht sich abzublocken, gewissermaßen auch vom Westen her Mauern zu errichten, sich nach dem Motto abzugrenzen: Dann bin ich jedenfalls auf der moralisch richtigen Seite. Es ist immer richtig gewesen, das Gespräch zu suchen; manchmal sind die Ergebnisse allerdings nicht so erfreulich gewesen; das ist richtig. Das ist dann gewissermaßen der Normalfall des Alltags.

Wir sollten als Enquete-Kommission, wenn wir das nächste Jahr ein bißchen vorausschauend vor uns sehen, selber den Versuch machen – bei allem Verständnis für das Aufschäumen –, nicht nur zurückhaltend Fragen zu stellen, sondern die Kuh aufs Eis zu bringen, Herr Poppe, und überhaupt nicht anderen unterschieben zu wollen, hier solle eine Kuh möglichst schnell vom Eis geholt werden. Nein, die Kuh ist ganz bewußt und ausdrücklich, gewollt und abgestimmt aufs Eis gestellt worden, und sie wird dort noch weiter stehen. Wenn ich das richtig sehe, sind Wissenschaftler nicht als Weißwäscher eingeladen worden, sondern als diejenigen, die ihre Meinung hier präsentieren. Und das ist wiederum ein Teil eines gesamten Diskussionsprozesses.

Wenn wir das so begreifen, Frau Fischer, Frau Barbe und andere, wäre unsere Rolle viel gemäßer beschrieben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Bitte, Herr Suckut, Herr Lapp; und dann hören wir noch Herrn Hertle mit seiner Antwort.

Dr. Siegfried Suckut: Zu Frau Wilms und der Frage nach der Veränderung der Funktion dieser Parteien im historischen Längsschnitt. Solche Phasen kann man sicher sehr gut unterscheiden. Bis 1949 kann man sagen, daß es noch weithin selbständige Parteien waren. Ab 1948 setzt der Prozeß ein, daß sie immer stärker gedrängt werden, sich zur SED-Politik zu bekennen und letztlich dann auch die Funktion einer Bündnisorganisation zu übernehmen. Wenn man eine ungefähre Einteilung vornehmen wollte, könnte man sagen: Bis 1949/50, konkret bis zur ersten Volkskammerwahl mit Einheitslisten, waren sie noch relativ selbständige Organisationen, konnten auch in erheblichem Maße

politisch-programmatisch Eigenständiges vertreten und zu Papier bringen. Das ändert sich nicht schlagartig, aber dann doch endgültig ab 1952, wo sie diese Funktion als „Blockparteien“ nach und nach übernehmen.

Es ist eine Zeit, in der ja noch vieles offen ist und in der die Offenheit dieser Rahmenbedingungen auch die Funktion dieser Parteien offenläßt. Offen ist die sowjetische Deutschlandpolitik in diesen ersten Jahren, wofür sie sich entscheiden wird, ob und wie die nationale Frage gelöst werden kann. Offen ist für dieses Modell DDR, wie der Sozialismus sich entwickeln können – Stichwort 17. Juni. Offen ist, wie das gesamte sozialistische Lager in der Systemauseinandersetzung wohl abschneiden wird. Und wir haben es zudem mit Mitgliedern zu tun, die nur allmählich die Partei verlassen. Die allermeisten verharren ja zunächst, nur wenige neue kommen hinzu. Das heißt, auch das ist ein Faktor, der die Funktionalisierung dieser Organisationen mit beeinflußt. Die Älteren bleiben, und sie sind überwiegend in den Jahren der Weimarer Republik sozialisiert. Sie von den Vorteilen des Sozialismus zu überzeugen ist ganz schwer.

Nach dem Mauerbau ändert sich da einiges. Da haben auch diese Parteien aus der Sicht der SED eine insofern ganz andere Funktion, als deutlich herauszulesen ist, daß nun die Einheitspartei davon ausgeht, man würde sie ja eigentlich schon bald nicht mehr brauchen, und dementsprechend wäre Mitgliederwerbung dysfunktional. Sie werben dann trotzdem, aber das geschieht schon in einem Bereich und in einer Weise, die man als von der SED eigentlich nicht voll toleriert bezeichnen könnte.

In den siebziger und achtziger Jahren sind sie dann wichtige Bündnispartner, weil man sieht: Dieser Sozialismus wird sich nicht so rasch als sieghafte und dem westlichen Gegenmodell so deutlich überlegene Gesellschaftsordnung erweisen; wir müssen uns hier auf sehr lange Fristen und auf sehr viele Widersprüche, auch sozialer Art, einrichten. Da sind uns diese Parteien sehr willkommen, speziell, wenn man auf die Entwicklung der übrigen sozialistischen Staaten schaut.

Sie waren zum Schluß eindeutig Organisationen, die sich daran gewöhnt hatten – auch ihre Mitglieder –, das zu tun, was andere von ihnen verlangten. Sie waren nicht Organisationen, in denen nun große, neue Konzeptionen angedacht worden wären. Das war ganz klar: Ein veränderter Sozialismus, eine ganz andere DDR-Politik, ein ganz anderer Staat – solche Überlegungen und solche Programme waren von den Blockparteien nicht zu erwarten. Wenn man sich den Herbst 1989 anschaut, haben sie weithin erst einmal widerwillig auf den Machtverfall der SED reagiert und waren keineswegs euphorisch, daß sie nun Eigenständigkeit gewonnen hatten und sozusagen endlich mal verwirklichen konnten, was sie dachten.

Kurzum, diese historische Periodisierung, diese grundsätzliche Unterscheidung halte ich in der Tat für wichtig. Das ist auf einer der letzten Blocksitzungen

auch betont worden. In den vierziger Jahren waren das halt noch keine Blockparteien im späteren Sinne. Das war ein langer Prozeß der Unterordnung, der Anpassung, manchmal auch der massiven Intervention der Sowjetischen Militäradministration. Da sind gravierende Unterschiede zu machen.

Die Hoffnung, etwa auch mal wieder nach konkurrierenden Listen abstimmen zu können, war in den fünfziger Jahren zu jedem Wahltermin vorhanden, wurde innerparteilich diskutiert.

Zur Frage des quellenkritischen Vorgehens. Ich meine, man muß, wenn man über die Geschichte dieser Parteien etwas sagen will, unbedingt auch diejenigen hören, die damals Mitglieder waren und vielleicht damals sogar Funktionsträger gewesen sind. Man muß es mit der üblichen Zurückhaltung, mit dem üblichen Maß an Quellenkritik tun, wohl wissend, daß da jemand spricht, der nun auch seine eigene Biographie zu vertreten hat und der möglicherweise auch ein ganz persönliches Interesse hat, das, was er damals getan hat, eher positiver zu sehen und – Sie sprachen vom Weißwaschen – in dieser Richtung zu argumentieren. Aber das ist für einen Zeithistoriker eigentlich ein ganz normaler Fall. Es darf überhaupt nicht daran hindern, das intensiv zu betreiben.

Es wird ja auch hier und da schon mit kleineren Konferenzen versucht, zu denen ehemalige Mitglieder eingeladen werden. Das muß, so meine ich, auch weiterhin so geschehen. Jeder, der über die Geschichte dieser Parteien etwas Grundlegendes zu Papier bringen will, muß auch mit Zeitzeugen gesprochen haben. Das ist ein sehr wichtiges Kontrastmaterial. Es ist längst nicht alles in den Akten! Sehr vieles ist halt nicht zu Papier gebracht worden. Rein quantitativ ist es eindeutig: Was die Abteilung Befreundete Parteien der SED an Akten hinterlassen hat, kann nun wirklich längst nicht alles gewesen sein. Das muß man auch sehen. Andererseits sind darunter auch Dokumente, bei denen man präzise nachvollziehen kann, wie welcher Beschluß gefaßt worden ist. Und dann ist man nicht mehr auf subjektives Erinnerungsvermögen angewiesen. Vielen Dank.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Zur Frage der Theorie der führenden Partei über Klassen und Schichten. Es hat infolge dieser Theorie Schwankungen in der Bündnispolitik in allen diesen 40 Jahren DDR gegeben. Von Anfang an war es ja so, Herr Suckut hat es gesagt: Die NDPD und die DBD waren von vornherein Retortenprodukte der Kommunisten, die stolz darauf waren, die Führungsrolle der SED von Anfang an akzeptiert zu haben. Während die anderen, LDPD und CDU, noch darum kämpften, ihre demokratischen Reste zu wahren, waren die längst von oben angepaßt.

Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse 1962, wie es damals hieß, und dem Eintritt in die Ulbrichtsche Harmonielehre von der relativ selbständigen Formation des Sozialismus und der sozialistischen Menschengemeinschaft wurden natürlich von der Theorie her die Bündnispartner, die

Vertreter der anderen Klassen und Schichten, unwichtiger. Man meinte, in einem sozialistischen Einheitsbrei, wenn ich das so verkürzt sagen kann, aufgehen zu sollen, zu müssen, zu können.

Mit dem Machtantritt von Erich Honecker – wenn man das mit 1971 terminieren möchte – war dann wieder die alte Lehre von Klassen und Schichten da, und es gab keinerlei Zeitvorstellungen mehr, wann der Kommunismus ausbrechen sollte. Diese Zeitvorstellung hatte es ja auch in der DDR im Gefolge der KPdSU-Entscheidung Anfang der sechziger Jahre gegeben. Von daher war die Zukunft der Blockparteien zumindest seit der Äußerung von Erich Honecker in den achtziger Jahren – sie haben uns zu begleiten bis weit ins nächste Jahrtausend – klar; es war klar, daß sie für absehbare Zeit überleben konnten.

Aber der Waldemar Pilz, der ja wohl nicht da ist, hat Ende der siebziger Jahre im „Neuen Weg“, einem SED-Organ, geschrieben – ich verkürze jetzt auch –: Es ist bald zu Ende; das Ende der Blockparteien ist absehbar. Es ist nur ein zeitweiser Weg, den wir zusammen mit Nichtkommunisten gehen. Dann ist es vorbei.

Hans-Hermann Hertle: Ich möchte die fünf Fragen im Block beantworten und fange mit der letzten Frage von Herrn Weisskirchen an, wie hoch ich das Dissidentenpotential im FDGB einschätze. Ich möchte die Antwort unterteilen.

Das Dissidentenpotential im hauptamtlichen Funktionärsapparat würde ich als sehr gering bis gar nicht vorhanden veranschlagen. Ich weise aber darauf hin, daß der Zusammenbruch des FDGB nicht aus der Betrachtung des Jahres 1989 erklärt werden kann, sondern sehr wohl auch die FDGB-Funktionäre, wenn sie in Betriebe kamen, gesehen haben, in welche Richtung die ökonomische Entwicklung geht.

Es zeichnet sich ja anhand der Dokumente, die in der Staatlichen Plankommission archiviert sind, ab, daß die ökonomische Krise der DDR mit den Beschlüssen des VIII. Parteitages 1971 beginnt und erste Krisensitzungen zwischen Honecker, Schürer und den anderen Politbüromitgliedern seit 1976 stattfinden. Dann kam die Kürzung der sowjetischen Erdöllieferungen 1979 und in der Folge die Heizölablösung. Seit 1981/82 setzt ein massiver ökonomischer Niedergang ein, der ja auch auf den Straßen riechbar und ruckbar wurde.

Das ist den FDGB-Funktionären nicht entgangen. Der FDGB war nach meiner Meinung einem schleichenden Entlegitimierungsprozeß ausgesetzt, so daß die Funktionäre auch keinen Widerstand mehr gegen die Wende hervorbringen konnten und gleichzeitig für schnelle Reformen auf Grund ihrer Sozialisation im Apparat nicht geeignet waren. Die Mitglieder ließen ihnen keine Zeit, sich zwei oder drei Jahre zu entwickeln und dann sozusagen auf richtige Gewerkschafter umgeschult zu sein.

Das Dissidentenpotential in den Betrieben würde ich als mindestens genauso durchschnittlich wie in der gesamten Bevölkerung betrachten. Der Protest hat sich nicht in den Betrieben artikuliert; das ist bekannt. Bei allem Respekt, den ich vor dem Anteil der evangelischen Kirche an der Wende in der DDR habe, ist es trotzdem nicht vorstellbar, daß die evangelische Kirche 100 000 Pastoren nach Leipzig geschickt hat. Da waren sehr wohl auch die Kollegen aus den Betrieben, z. B. aus Buna oder Leuna. (Beifall)

Vielleicht muß ich jetzt doch noch einmal differenzieren. Wenn ich die These aufstelle, es habe keine institutionalisierte Interessenvertretung durch den FDGB gegeben, möchte ich damit nicht sagen, daß es überhaupt keine Interessenvertretung gegeben hat. Ich räume durchaus ein, daß es auf der unteren Ebene in den Betrieben Interessenvertretung im Einzelfall geben konnte, nur eben keine kollektive, in Form der Organisation FDGB, sondern das war dann eine individuelle.

Das heißt, meine Kritik am FDGB soll nicht als Schelte der Mitglieder und unteren Funktionäre in den Betrieben verstanden werden. Daß manche und gar nicht so wenige Kollegen, die auf der unteren Ebene im FDGB gearbeitet haben, das Vertrauen der Belegschaft hatten, sieht man an ersten Untersuchungen über die Bildung von Betriebsräten, wo durchaus – in Dresden und Leipzig etwas weniger, vielleicht mit einem Anteil von 10 bis 15 %, in Berlin 20 bis 25 % – auch ehemalige Vertrauensleute bis hinauf zum AGL-Vorsitzenden oder auch BGL-Mitglied in Personenwahl in den Betriebsrat gewählt worden sind.

Es gab den Hinweis auf den FDGB als Familienersatz. Im Zusammenhang mit dem Feriendienst würde ich es eher auf eine Art sozialistischen Neckermann zuspitzen. Aber die Familienersatzthese weist schon darauf hin, daß der FDGB sehr viele Funktionen in den Kommunen wahrgenommen hat, die mit seinem Zerfall und dem Niedergang der Betriebe weggefallen sind, z.T. für die Kommunen und für die Beschäftigten wichtige Funktionen, z. B. in der Kultur. Mit dem Niedergang des FDGB sind ganze Landstriche kulturell verödet, wobei ich damit kein Urteil über die Art und Weise der Kultur, die der FDGB dort vorher veranstaltet hat, sprechen möchte.

Die Frage nach der Ideologievermittlung und danach, welche Aufnahme sie fand, ist schwer zu beantworten. In der Regel lautet die Antwort der Leute, die daran teilgenommen haben, inklusive SED-Mitglieder, daß sie es ätzend und langweilig fanden.

Zur Frage, ob es Nachteile aus der Nichtmitgliedschaft oder einen direkten Zwang zur Mitgliedschaft gegeben hat. Es scheint tatsächlich so gewesen zu sein, daß die Mitgliedschaft in aller Regel mit dem Beginn der Lehre quasi kollektiv erworben wurde, obwohl individuell ein Beitrittsformular unterschrieben werden mußte. Das ganze Lehrkollektiv trat also in den FDGB ein. Von daher stellte sich für viele die Frage einer Nichtmitgliedschaft

überhaupt nicht. Wenn einzelne von diesem System nicht erfaßt waren, gab es allerdings die Möglichkeit, die jedoch nicht die Regel sein mußte und auch nicht zur Anwendung kommen mußte, Nichtmitglieder des FDGB sehr wohl über Prämienausschüttung, Jahresendprämie und andere Maßnahmen zu benachteiligen.

Zur Frage von Frau Wilms. Es war in der Tat das Problem des FDGB in der Wende, daß man verzweifelt versucht hat, Blockparteimitglieder zu finden, die eventuell vorstandsfähig gewesen wären. Aber es gab so wenig FDGB-Funktionäre, die Mitglied einer Blockpartei waren, daß diese Suche fast ergebnislos geblieben wäre, wenn man nicht auf dem außerordentlichen Kongreß auf die Idee gekommen wäre, Frau Helga Mauscher von der NDPD aus Cottbus vorzuschlagen. Und ihre Zugehörigkeit zur NDPD war dann auch ein wichtiges Kriterium für ihre Wahl, weil der vorherige SED-Kandidat durchgefallen war. Es gab sehr wenige Blockparteimitglieder, die Funktionäre im FDGB waren.

Der Eindruck von Frau Barbe war, daß Westgewerkschaften in der ersten Zeit der Wende in Ostbetriebe gegangen sind und die Kollegen dort dazu beraten haben, die alten Strukturen zu konservieren, also keine Betriebsräte zu wählen, sondern bei dem Prinzip der Betriebsgewerkschaftsleitungen zu bleiben. Das wurde damit begründet, daß Betriebsgewerkschaftsleitungen nach dem Arbeitsgesetzbuch formal mehr Rechte haben, und es wurde der Unterschied nicht gesehen, daß diesen formalen Rechten kein materielles Recht gegenübersteht. Das ist auch gewerkschaftsintern kritisiert worden. Leider ist dieser Kurs der Gewerkschaften zumeist erst im Februar/März geändert worden. Das hat sie sicherlich einiges Ansehen gekostet.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Abschließend hat zu einer persönlichen Bemerkung Frau Fischer das Wort, da Herr Hansen sie direkt angesprochen hat. Dann erlaube ich mir selber eine abschließende Bemerkung.

Abg. Frau Fischer (SPD): Herr Hansen, ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre mahnenden und beruhigenden Worte. Ich bin sicher, daß Sie diese mahnenden und beruhigenden Worte auch vorhin schon an Ihren Parteifreund Herrn Schmieder gerichtet haben, ganz leise natürlich. Von dort kam ja vorher ein ziemlich emotional geladener Satz. Wenn ich als DDR-Bürgerin etwas erfahren habe und hier durch Äußerungen irritiert werde, geht bei mir ziemlich schnell mal das Temperament durch. Ich war deshalb von der Aussage des Herrn Dr. Lapp irritiert, weil er sagte, Motivation für viele Blockparteimitglieder, in diese Blockpartei zu gehen, war, den Parteiversammlungen der SED zu entgehen. Dies mußten auch Parteilose nicht. Deswegen nahm ich an, es sei eine Wortverwechslung mit politischer Weiterbildung gewesen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Ich habe als Moderator, wie

es so schön hier geschrieben steht, mich selber persönlich zurückgenommen, habe keine Fragen gestellt, obwohl ich nicht nur als Abgeordneter, sondern auch als Historiker eine Reihe von Fragen gehabt hätte. Ich sage nur folgendes.

Daß bestimmte Emotionen, die teilweise durchaus quer verlaufen, hier um den Tisch laut wurden, gehört sicherlich mit zu dieser schwierigen Vergangenheit, an der wir arbeiten. Es ist klar, daß hier nicht nur der kühle Verstand regieren kann, sondern gerade für die, die das unmittelbar miterlebt haben, natürlich auch das Herz mitspricht. Das ist auf verschiedene Weise auf den verschiedenen Seiten des Tisches schon geschehen. Dafür müssen wir Verständnis haben; es gehört zu unserer Arbeit, daß sich dies auch in der Öffentlichkeit mitteilt.

Aber ich möchte eines zu bedenken geben – das sage ich jetzt als jemand, der auch in der Rolle des Sachverständigen sein könnte: Wir sollten alles vermeiden, was an die Grenze der Beleidigung und Beschimpfung geht, auch wenn es nicht so gemeint war. Sonst werden wir große Schwierigkeiten haben, Sachverständige zu bekommen. Es ist klar, daß auch Sachverständige Menschen sind, daß sie Vorverständnisse mitbringen und daß sie werten. Wir werden auch dieses anerkennen müssen. Und da es immer sehr unterschiedliche Positionen gibt, gehört dies eben zu dem Wissenschaftsprozess, der in dieser Diskussion sich tatsächlich fortentwickelt. Dieses Verständnis sollten wir aufbringen. In diesem Sinne möchte ich die Moderation beenden und dem Vorsitzenden das Wort zu einigen geschäftsleitenden Bemerkungen geben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Kollege Soell, für Ihre moderative Tätigkeit. Wir müssen nun nach dem Motto „Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ doch eine ganz kurze Pause machen. Es ist für zwei anstehende künftige Arbeitsberatungen der Enquete-Kommission notwendig, daß die Obleute für zehn Minuten zusammenkommen. Meine ganz dringende Hoffnung und Erwartung ist also, daß hier spätestens 13.15 Uhr weitergemacht werden kann. Jeder möge sich selbst überprüfen, daß er dann wieder hier sitzt.

Auch ich habe mich in den letzten zweieinhalb Stunden sehr bewußt zurückgehalten. Ein Satz sei mir an dieser Stelle erlaubt. Was in den heutigen Vormittagsstunden gelaufen ist, hat meiner Meinung nach wieder deutlich gemacht, wie schwer das Thema „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ ist. Jeder, der gedacht hat, daß das bloß andere Menschen bewegt und Abgeordnete und Sachverständige und Wissenschaftler nicht, der hat wieder einmal gemerkt, daß das nicht geht. Wir können uns da nicht raushalten.

Darum bin ich – das sei hier gesagt – den drei Wissenschaftlern besonders dankbar gewesen, die hier geredet haben, die auch angegriffen worden sind,

die darauf, meine ich, sehr sachlich, sehr wohltuend reagiert haben. (Beifall bei der CDU/CSU)

Ich glaube, das hat mit dazu beigetragen, daß wir zu einem guten Punkt gekommen sind. Ich würde uns Abgeordneten wünschen, daß wir uns bei allen verständlichen Emotionen vielleicht manchmal doch auf die Zunge beißen und um der Sache willen die Sachlichkeit regieren lassen.

Um 13.15 Uhr geht es weiter.

Amtierende Vorsitzende Prof. Dr. Roswitha Wisniewski: Wie Sie bemerken, hat sich etwas verändert. Herr Eppelmann mußte jetzt leider einen Termin in Berlin wahrnehmen und ist bereits abgereist. Frau v. Renesse, als stellvertretende Vorsitzende, konnte heute leider auch nicht teilnehmen, und so ist das Los auf mich gefallen, als dienstältestes Mitglied jetzt die Leitung zu übernehmen. Ich darf kurz noch einmal zurückkommen auf den ersten Teil der Veranstaltung und würde doch gerne dem Eindruck entgegentreten, daß Herr Dr. Lapp, an den ja viele Fragen gerichtet worden sind und der auch kritisiert worden ist als jemand, der eine, wie Frau v. Renesse sagen würde, westdeutsche Sozialisation erhalten hat, hier mitwirkt. Das Gegenteil ist der Fall. Herr Fricke war so nett und hat eben darauf hingewiesen, daß Herr Dr. Lapp im Gegenteil eine sehr spezifische Sozialisation erlebt hat. Herr Dr. Lapp, wollen Sie vielleicht ganz kurz etwas zu Ihrer Biographie sagen?

Dr. Peter-Joachim Lapp: Ja. Ich bin in Oldenburg zur Schule gegangen und mit 17 Jahren, man verzeihe mir die Jugendsünde, in die DDR gegangen. Ich bin mit 18 Jahren wegen staatsgefährdender Hetze und Propaganda für 4 1/2 Jahre ins Zuchthaus gekommen, nach Waldheim, und bin dann freigekauft worden. Ich war von 1960 bis 1964, vom 18. bis zum 22. Lebensjahr in Haft. Und ich bin dann, Gott sei Dank, im Rahmen der Familienzusammenführung durch Freikauf wieder nach Oldenburg gekommen. Dort habe ich meine Lehre zu Ende gemacht, bin über den zweiten Bildungsweg an die Hochschule für Wirtschaft und Politik gegangen und habe dort bei Steffani und Hans-Peter Schwarz studiert. Seit 16 Jahren bin ich jetzt beim Deutschlandfunk.

Amtierende Vorsitzende Prof. Dr. Roswitha Wiesniewski: Es ging also darum, daß hier regelrecht ein sehr Betroffener vor uns sitzt, meine Damen und Herren. Jetzt der zweite Teil der Anhörung. Wir haben eine Reihe von Gästen: eine Reihe haben abgesagt, wie wir ja hörten. Ich begrüße Herrn Graumann, Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Blaschke, Herrn Fritz Gerber, Herrn Martin Rissmann, Herrn Tom Steinborn, und kurzfristig bereiterklärt auf unsere Bitte mitzuwirken, weil verschiedene Absagen vorlagen, hat sich der Herr Abgeordnete Junghanns von der CDU/CSU. Ich darf die Herren bitten, in der ersten Reihe Platz zu nehmen. Sie stehen uns also für Fragen zur Verfügung. Vielen Dank dafür. Es liegt ein Fragenkatalog aus, der zur Anregung und zur Verdeutlichung der Fragestellung auch an diejenigen gegeben wurde, die jetzt

als unsere Gäste hier mitwirken (Anlage 1). Ich darf die Leitung jetzt an Herrn Hansen übergeben.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Frau amtierende Vorsitzende. Es hat offenbar mit dem Innenleben dieser Enquete-Kommission zu tun, daß ich jetzt das Vergnügen und die Ehre habe, einfach das Wort zu erteilen. Meine Damen und Herren, auch von mir aus natürlich herzlichen Dank, daß Sie sich bereiterklärt haben, an dieser Anhörung teilzunehmen. Ganz unabhängig davon, was Sie zu sagen haben, finde ich, ist diese Tatsache alleine schon sehr dankenswert, und ich möchte das ausdrücklich im Namen aller betonen. Und die zweite Bemerkung möchte ich auch insofern verallgemeinernd machen, indem ich Sie, die gleich zu Wort kommen werden, als Sachverständige im weitesten Sinne des Wortes betrachte, wie wir alle Sie als solche sehen. Dies ist eine Anhörung und Ihre zu hörende Meinung wird wahrscheinlich eine Meinung unter sehr vielen sein. Sie soll eingehen in unseren jeweils individuellen Meinungsbildungsprozeß, aber auch in den der Kommission. Von daher braucht nicht vorschnell beurteilt zu werden, wie die einzelne Meinung in eine irgendwann zu erarbeitende Stellungnahme der Kommission insgesamt einfließen wird. In der Reihenfolge der Zusagen ist zunächst Herr Hans-Jörg Graumann aus Gräfenhainichen von der ehemaligen SED-Kreisleitung Gräfenhainichen hier unter uns. Vielen Dank, daß Sie da sind. Sie haben das Wort.

Hans-Jörg Graumann: Meine Damen und Herren, ausgehend von der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache, daß vieles Wichtige bereits heute gesagt worden ist, möchte ich mich nur zu wenigen Punkten äußern, die mich sehr bewegt haben in den heutigen Morgenstunden. Ich möchte davon ausgehen, daß vieles, was heute offengelegt werden soll, nicht aus der Sicht der Wendezeit und danach betrachtet werden kann. Das wäre, meiner Ansicht nach, zu kurz gefaßt. Manchmal schien mir das schon so, daß dies geschieht. Allein die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Veränderung: eine Abkehr vom Sozialismus spielte über nahezu 40 Jahre DDR bei fast keinem Durchschnittsbürger, Genossen der SED oder Mitglied einer Blockpartei eine bewußte oder bewußtseinsmäßige Rolle. Vieles sollte, meiner Ansicht nach, auch regional unterschiedlich analysiert und bewertet werden. Die Anonymität trotz Staatssicherheit ist ja wohl in einer Kreisstadt von 10 000 Einwohnern anders als in einer Großstadt, wie z. B. Leipzig oder Dresden. Hätte es in einer Kreisstadt wie Gräfenhainichen irgendwo Opposition gegeben, wäre wohl der Fall zum echten Fall viel früher geworden als in einer Großstadt. Die grundsätzliche Praxis war hier wie überall. Es gab in den Blockparteien – das zeigte auch meine Arbeit – unter den Funktionären zweierlei Meinungen. Es gab a) im wesentlichen die offizielle, den Kurs der SED bejahende Meinung, und es gab b) eine gewissermaßen private Meinung, die oft von den offiziellen Linien abwich und das sogar mitunter sehr wesentlich. Vor

allein in persönlichen Dialogen mit Mitgliedern von Blockparteien oder mit deren Funktionären war das festzustellen.

Ein paar Bemerkungen zur institutionalisierten Anleitung. Damit die Linie der SED in den Blockparteien und Massenorganisationen durchgesetzt wird, gab es auf Kreisebene regelmäßige Beratungen zwischen der SED, den Blockparteien und Massenorganisationen, also auch mit der GST, dem DTSB, den Konsumgenossenschaften, dem Kulturbund und dem FDGB und anderen. Hier wurden insbesondere auch Wertungen vorgenommen. Hielten denn die anderen sogenannten Blockparteien zur Stange, oder gab es irgendwo abweichlerische Meinungen, die irgendwo dann zum Fall geworden wären? In meiner Praxis, in der kurzen Zeit, in der ich in der Abteilung „Agitation/Propaganda“ war, hatte ich selbst in Vertretung des Sekretärs für Agitation und Propaganda solche Beratungen zu leiten. Es gab sicher offene Fragen dort, aber es gab nicht solche Fragen, bei denen man hätte sagen müssen, es zeichnete sich etwas anderes ab als das, was die Linie war. Es gab auch Gespräche des ersten Sekretärs der Kreisleitung mit Sekretären und Kreisvorsitzenden der Blockparteien und Massenorganisationen, wobei ich hier einmal die Gewerkschaft ausklammern muß. Es war ja prinzipiell so, daß der Vorsitzende des Kreisvorstandes des FDGB Genosse war und daß er Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung war. Hier ging es also um die unmittelbare Aufgabenvermittlung oder die Auseinandersetzung unter Genossen, wenn Aufgaben nicht im Sinne der Parteipolitik erfüllt worden waren oder wenn es vielleicht mal den Anschein von abweichlerischen Meinungen gab.

Zum politischen Programm. Sicher hatte auch die einzelne Blockpartei auf Kreisebene ihre eigenen Vorstellungen, ihre Aufgaben, ihre Motive, aber es war prinzipiell auf Kreisebene genau so, wie das heute bereits gesagt worden ist: die Blockparteien hatten ihre kreislichen Beratungen erst nach prinzipiellen Parteitagungen der SED. Also, alles das, was vorbestimmt wurde, wurde von diesen Blockparteien nachvollzogen. Und im wesentlichen war das auf Kreisebene so, daß halt Zustimmung geäußert wurde – unter dem Motto „Die auf das Wohl des Menschen und des Volkes gerichtete Politik der SED ...“ Entschuldigen Sie bitte, aber ich muß es mal so sagen. Inhaltlich waren die Programme der Blockparteien im übrigen Abklatsch der SED-Politik, auch auf Kreisebene.

Einige Bemerkungen zu Mitgliedern und der Funktionärsauswahl. Auf Kreisebene war das so, daß es – ich kann es wohl so pauschalieren – bei der Besetzung von Funktionen in Blockparteien und Massenorganisationen eine Abstimmung auf der ganzen Linie gab. Also, es wurde im Grunde genommen nur der Funktionär eingesetzt, für den die Zustimmung durch die Sekretariate der Kreisleitung vorlag. Die „Entwicklung“ von DBD-Funktionären geschah z.T. sogar über Parteischulen der SED. Das ist aber kein Geheimnis, daß die

DBD-Bezirksvorstände Parteischulen, Bezirksparteischulen der SED besucht haben, bis hin auch an Parteihochschulen studiert haben.

Zur Mitgliedergewinnung. Dazu möchte ich bemerken, daß entweder die SED an Mitgliedern, von denen bekannt war, daß sie in die Blockpartei gehen wollten, selbst kein Interesse hatte oder daß junge Leute sehr rasch in Blockparteien eintraten, um der SED zu entfliehen. Denn dann war im Grunde genommen die sogenannte Allmacht der Partei zu Ende. Wenn Kreissekretäre allerdings zu rührig waren, was die Mitgliedergewinnung anbetraf, dann wurde die Bremse eingesetzt, nach Absprache in der nächsthöheren Leitungsebene der Blockparteien. Also, es gab z. B. dann eine Absprache zwischen dem Kreissekretär und dem Bezirksvorsitzenden der DBD: „Hol' mal Deinen Kreisvorsitzenden zurück. Der prescht mir da ein Stück zu weit vor. Es gibt da junge Leute, die hätten wir gerne in der SED. Die kannst du also halt nicht haben.“ Der wurde dann also, wie gesagt, zurückgeholt.

Zu Formen der Abhängigkeit und Selbständigkeit der Blockparteien. Ich muß hier feststellen, daß jede Selbständigkeit der Blockpartei auf Kreisebene eine scheinbare Selbständigkeit war. Im Grunde genommen lief nichts ohne Zustimmung, im kühnsten Falle nur mit Duldung der SED. Wer an der Führungsrolle der SED, die ja bekanntlich in der sozialistischen Verfassung verankert war, „rummäkelte“, hat das offensichtlich nicht lange getan. Meist landeten solche Leute im politischen Aus. Wobei ich aus kreislicher Sicht sagen muß, außer der möglichen Ablösung der Funktion kenne ich keinen Fall, wo weitergehende in der Öffentlichkeit erfolgte Repressalien bekannt wurden. Zumindest in meinem Kreis nicht.

Zu einem dritten Problem: Motive zum Eintritt in Blockparteien. Das wichtigste war meiner Ansicht nach, und das bewiesen auch Gespräche in der Wendezeit, die Flucht vor der SED, wenn man also „trotzdem“ etwas werden wollte. Z.B. sind mir Fälle bekannt, in denen bei einem vorgesehenen Studium zum Lehrerberuf die Wahl des kleineren „Übels“ getroffen wurde. Man hatte sich irgendwo in Sicherheit gebracht und trat halt in eine Blockpartei ein. Andererseits sahen einige, die eingetreten sind, in einer Blockpartei eher die Chance, Karriere zu machen als in der Massenpartei SED mit 2,1 oder 2,3 Millionen Mitgliedern. Die Wahl des Programms, das sich scheinbar doch von dem der SED unterschied, spielte auch eine Rolle, wenngleich das – wie gesagt – eine Täuschung war. Es gab tatsächlich Mitglieder von Blockparteien, die den Wunsch hatten, zunächst einmal Opposition zur SED zu sein. Das erwies sich für viele als trügerisch. Und dann selbstverständlich war die Mitgliedschaft in einer Blockpartei auch aus der Sicht ökonomischer Gründe wichtig: z. B. für Selbsthilfegruppen, die sich hier mit Material versorgten und untereinander unterstützten.

Ein paar Bemerkungen aus meiner Sicht zu dem, was hier heute morgen gesagt worden ist. Es zeigte sich auch in meinem Kreis, daß die Blockparteien

gesellschaftsintegrierende Funktionen hatten. Sie setzten sozusagen eine Allmacht über das Mittun anderer durch. Ich kenne aus den Gesprächen um die Wendezeit eine Menge Christen, die deshalb zur CDU eine sehr ablehnende Meinung hatten. Das bestätigte sich in vielerlei Richtung.

Es ist auch richtig, daß bestimmte Funktionen an bestimmte Parteien gebunden waren: bzw. die des stellvertretenden Direktors an zehnklassigen, polytechnischen Oberschulen, oder z. B. wurde im Kreis Gräfenhainichen das Amt „Umwelt, Wasser, Energie“ beim Rat des Kreises durch die CDU besetzt, die Abteilung „Kultur“ durch die NDPD und anderes. Also, hier hatte man schon irgendeine Chance, auch Karriere zu machen, ohne in der SED zu sein – vielleicht sogar noch günstiger als in der SED. Ich kann ein persönliches Beispiel dazu geben. Ich habe ein halbes Jahr in der Abteilung „Agitation/Propaganda“ gewirkt, weil ich für eine eventuell neue Zeit für viele ein Hoffnungsträger war. In einem der ersten Gespräche mit Blockparteien und Massenorganisationen habe ich öffentlich die Blockparteien, bitte mit Verlaub gesagt, gerügt und habe mir erlaubt, den Wunsch zu äußern, daß sie doch ein bißchen mehr Opposition sein sollten, wenn sie in eine vernünftige Entwicklung gehen wollen. Das hätte fast, nachdem das ruchbar geworden ist, in meiner eigenen Partei zum Eklat mit meinen eigenen Genossen in der Kreisleitung geführt und mich vielleicht (glücklicherweise) die Funktion gekostet, an der ich ohnehin nicht unbedingt hing. Es gab in der CDU oder anderswo, und das möchte ich hier herausstellen, damit kein falsches Bild entsteht über das, was sich an der Basis abgespielt hat, genauso wenige Oppositionelle wie in der SED, zumindest auf Kreisebene. Wer heute behaupten will, daß das mehr gewesen wäre und daß da besondere Initialzündungen ausgegangen wären von solchen Mitgliedern, der täuscht sich. Der stellt einfach etwas falsch dar. Darüber hinaus gab es meiner Ansicht nach in einem solchen Kreis wie meinem auch kein nennenswertes anderes oppositionelles Spektrum. Mitunter war das Argumentieren von Mitgliedern der Blockparteien das gleiche, als wenn man die SED links überholen wolle. Also, ich muß sagen, mitunter mußte man sich wundern, man glaubte, in der falschen Partei zu sein, wenn man die Argumente von einigen hörte, die z. B. in der DBD waren.

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf die politische Funktion der SED. Ganz wichtig erscheint mir herauszuheben, daß in allen Massenorganisationen und bis hin zur Kreislandwirtschaftsschule Parteigruppen der SED bestanden. Die sollten hier, wenn man es so will, die führende Rolle der Partei, der SED, der Arbeiterklasse durchsetzen. Damit hatte man selbstverständlich einerseits immer einen Überblick über das Denken und Handeln in diesen Massenorganisationen, andererseits konnte man über die Genossen recht gut Einfluß nehmen auf die Ideologie, die vielleicht mal hier und da abwich. Soweit meine Bemerkungen zu dem, was heute vormittag hier vorgetragen

wurde. Sie können selbstverständlich an mich Fragen stellen, die ich aus meiner Praxis heraus beantworten kann. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dirk Hans (F.D.P.): Ja. Vielen Dank, Herr Graumann. Dann möchte ich gern Herrn Prof. Karlheinz Blaschke aus Friedewald, Historiker, bitten.

Prof. Dr. Karlheinz Blaschke: Meine Damen und Herren, ich möchte gern zunächst einige Dinge über meinen biographischen Hintergrund sagen. Ich bin 1946 als Student in Leipzig in die CDU eingetreten. Das war damals eine großartige Sache, in eine Partei, die mit dem Werbetext für Freiheit, Recht und Menschenwürde auftrat, einzutreten. Ich bin 1956 wieder ausgetreten, als der Parteivorsitzende Otto Nuschke sich in einer empörenden Weise über den ungarischen Volksaufstand geäußert hatte. Und ich bin 1990 dann in Dresden wieder eingetreten. Zwischendurch habe ich im Staatsarchiv Dresden Dienst getan: Ich war dort zwölf Jahre Gewerkschaftsfunktionär und acht Jahre Betriebsgewerkschaftsleitungs-Vorsitzender. Ich kann mir also auch ein Urteil erlauben über das, was Gewerkschaft an der Basis in der DDR gewesen ist. Ich habe auch diese Funktion 1956 niedergelegt, weil ich sie nicht mehr so ausführen konnte, wie ich sie verstand. Ich bin 1968 wegen der ideologischen Belastungen aus dem staatlichen Dienst ausgetreten und bin dann als Dozent an der kirchlichen Hochschule in den kirchlichen Dienst gegangen. Ich habe also ein Viertel Jahrhundert meines Lebens ohne irgendwelche Chancen im staatlichen Hochschuldienst verbracht. Ich bin von der SED-Geschichtswissenschaft als bürgerlicher Historiker boykottiert worden und dann beim Neuaufbau des Freistaates Sachsen 1991 als Leiter des sächsischen Archivwesens eingetreten in das Innenministerium und nunmehr mit 65 Jahren auf den Lehrstuhl für sächsische Landesgeschichte an der Technischen Universität Dresden gelangt. Ich glaube, dieser Hintergrund ist nicht ganz unwichtig für das, was ich nun sagen möchte.

Ich habe Ihnen das in Form eines Thesenpapiers (Anlage 2) in aller Knappheit dargelegt, was ich jetzt nicht einfach vorlesen möchte, zu dem ich nur einige Erläuterungen geben möchte, zumal vieles von dem, was ich zu sagen hatte, heute bereits gesagt worden ist. Vor allen Dingen muß ich bemerken, daß ich die beiden ersten Referate nur mit voller Zustimmung zur Kenntnis nehmen konnte. Dort ist von einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema genau das gesagt, was ich auch von meinem direkten Erleben her zu sagen gehabt hätte.

Zum ersten Punkt ist genügend gesagt worden, z. B. daß die Anfänge der bürgerlichen Parteien mit großen Hoffnungen begleitet gewesen sind, daß sie getragen waren von der Begeisterung vieler Menschen, die nach zwölf Jahren Diktatur wieder Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einführen wollen – man muß davon ausgehen, daß dieser Impetus des Anfangs ja nicht sofort verloren gegangen ist, sondern daß er in diesen Parteien weiterhin lebendig

geblieben ist – wenn auch unter der Asche – und daß am Anfang auch die sowjetische Militäradministration ein Interesse daran gehabt hat, diesen Pluralismus darzustellen.

Das zweite hängt zusammen mit der Verschlechterung der weltpolitischen Lage auf der einen Seite und dem zunehmenden Machtgewinn der deutschen Kommunisten. Wir hatten in vielfacher Hinsicht, auch etwa vom Standpunkt der Kirche aus, die Feststellung zu machen, daß die Russen viel zugänglicher gewesen sind und viel humaner waren als die deutschen Kommunisten, die dann an die Macht gekommen sind, etwa auch in Fragen der Kirchenpolitik. Ich habe es selber erlebt, mit welchen gemeinen Methoden die politischen Köpfe der damaligen Blockparteien, etwa die Minister in den Landesregierungen, in der Öffentlichkeit diffamiert worden sind, mit welchen Mitteln sie durch die Zeitungen geschmiert worden sind, so daß ihnen dann nichts anderes übrig blieb, als nach dem Westen zu gehen, wenn sie nicht vorher verhaftet worden sind. Diese Kampagnen gehören auch zum Erleben der Blockparteien. Sie haben einen Widerstand geleistet gegen die „Gleichschaltung“. Ich benutze bewußt das Wort „Gleichschaltung“, das ja eigentlich aus dem Jahre 1933 kommt.

Und so käme ich zum dritten Punkt, wo noch einmal zu unterstreichen ist, daß wir sehr unterscheiden müssen zwischen den Parteileitungen und dem Parteivolk. Es war eine Wirkung dieses massiven Druckes auf die Parteiführungen, daß die Parteien als Institutionen, als Organisationen letzten Endes gleichgeschaltet worden sind, daß sie auf ein eigenes Programm verzichten, mit dem sie ja ursprünglich angetreten sind, das sich aber nicht mehr durchhalten ließ, weil die SED ständig auch die gesamte Personalpolitik dieser Parteien kontrollierte. Jeder Abgeordnete, der aus einer dieser Parteien in ein Kreis-, Gemeinde- oder Bezirksparlament eintreten sollte, wurde überprüft, und es gab Zurückweisungen durch die SED, wenn der Betreffende ihr nicht gefiel. Zu Herrn Poppe muß ich sagen, daß die Zeitungen, abgesehen von den beiden ersten Seiten – die waren immer gleichgeschaltet –, sehr wohl versucht haben, eine eigene Linie durchzuhalten. Und ich kann Ihnen nur mit größter Anerkennung das Beispiel der Dresdner Tageszeitung „Die Union“ sagen, die bis in die Wende hinein ihre eigenständige Linie gehalten hat, so daß etwa der Chefredakteur 1988 gemaßregelt und nach Berlin versetzt worden ist, weil er der SED nicht mehr gefallen hat. Was man in diesen Zeitungen, abgesehen von der politischen Information, die war natürlich gleichgeschaltet, lesen konnte über Kultur, Film, Theater und Literatur, das war einfach eine ganz wichtige Information für die eigene Standortbestimmung und für die Weiterentwicklung. In dieser Hinsicht sehe ich eine ganz wichtige Funktion der Tagespresse dieser Parteien, die ständig einer Kontrolle durch die örtlichen Organe der SED ausgesetzt waren.

Und nun zum vierten Punkt: die Spaltung, die Querspaltung zwischen

Parteienspitze und Parteibasis. Hier steckte doch noch viel drin, in der Erinnerung an die Anfänge dieser Parteien. Außerdem ist wichtig, was heute auch schon angeschnitten worden ist. Ich habe es selbst erlebt, wie Leute in diese Parteien eingetreten sind, um sich vor den dauernden Anwerbungsversuchen durch die SED sicherzustellen. Wenn man sich einmal für eine solche Partei entschieden hatte, dann war man alle Nachstellungen dieser Art los. Und schließlich darf nicht vergessen werden, daß es ja auch unter diesen sogenannten bürgerlichen Kräften Menschen gab, die einfach von innen heraus das Bestreben hatten, etwas für ihre Mitmenschen, für die Gesellschaft zu tun und die deswegen bestrebt waren, in den örtlichen Organen, den Parlamenten mitzuwirken. Das konnte nur geschehen über die Mitgliedschaft in einer bürgerlichen Partei, so daß sogar Pfarrer sich unter diesem Gesichtspunkt zur Vertretung der CDU etwa haben wählen lassen in Gemeinde- und Kreisparlamente. Ich habe meinen Parteiaustritt oft kritisch überprüft und mich gefragt, ob es richtig war, da weg zu gehen und damit eine Chance zu verpassen, selber etwas mit tun zu können. Ich konnte es nicht anders, aber ich habe immer mit großer Achtung von denen gesprochen, die unter größten Schwierigkeiten dageblieben sind und dort versucht haben, etwas Positives zu bewirken.

Und zu diesem Positiven gehört auch das, was ich unter 5.) formuliert habe. In den Ortsgruppen der Blockparteien fanden sich Menschen zusammen, denen es bewußt war, daß ihnen ihre Parteimitgliedschaft im allgemeinen, anders als die Mitgliedschaft in der SED, keine beruflichen oder materiellen Vorteile einbrachte. Karriere machen konnte man da nicht. Man konnte höchstens den Beruf erlangen, der einem aufgrund seiner Qualifikation zustand, während man in der SED Karriere machen konnte, ohne die nötigen Fachkenntnisse zu besitzen. Die Zugehörigkeit zu einer nichtkommunistischen Partei bedeutete für viele eine Vergewisserung ihres abweichenden, zum Teil auch nonkonformistischen Standpunkts. Gemeinschaft und Gedankenaustausch innerhalb der Ortsgruppen dienten der gegenseitigen moralischen Stärkung und halfen beim Durchstehen einer nicht grundsätzlich bejahten, wohl aber ohne Gegenwehr hingenommenen und damit anerkannten politischen Situation.

Unter diesen Bedingungen konnte auch von Vertretern der Blockparteien manches Positive bewirkt werden (Punkt 6): Es ging nicht um Veränderung der großen Politik. Man konnte von der Basis einer bürgerlichen Partei aus nicht das Paßgesetz ändern. Aber man konnte in diesen örtlichen Bereichen an der Regelung der kleinen Verhältnisse mitwirken, in denen sich das tägliche Leben eigentlich vollzieht. Also gewissermaßen in dem menschlichen Bereich, und dort war ein Spielraum vorhanden. An diesem Gesichtspunkt des Spielraums liegt mir sehr viel. Dieser Spielraum konnte genutzt werden, wenn man in eine solche Partei eintrat.

Daß es dann, Punkt 7, zwischen der Leitungsebene und dem Parteivolk

erhebliche Unterschiede gab, das ist klar. Die einen waren korrumpiert und haben sich voll angepaßt, während im Parteivolk – die Wortwahl habe ich mir jetzt genau überlegt – eine Stimmung herrschte, die von der Einsicht in die Unausweichlichkeit der gegebenen Verhältnisse getragen war. Die von der SED geschaffenen Machtverhältnisse gestatteten es nicht, daß die Parteibasis gegen die Parteispitze aufbegehrte und dadurch von unten her auf demokratischem Wege eine Veränderung hätte bewirken können.

Die Frage (Punkt 8) wurde vorhin gestellt, warum denn dann die SED nicht die Blockparteien beseitigt oder verboten hätte? Es diente dem Ansehen der DDR, daß es eine solche pluralistisch scheinende Vielfalt gegeben hat, und hier lagen gewisse Möglichkeiten für die Mitglieder dieser Parteien, im Berufsleben Aufstiegsmöglichkeiten zu erhalten, jedenfalls in dem Sinne, wie es vorhin gesagt wurde, bis höchstens zur Stellvertreterebene. Selbst im Gesundheitswesen gab es kaum Chefarzte oder Klinikleiter aus den Blockparteien, sondern das blieb immer etwas auf der Ebene des Oberarztes stehen. Aber das Positive – auch für die SED – ist doch, daß auf diese Weise qualifizierte Kräfte im wirtschaftlichen, technischen, medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich – nicht im ideologischen Bereich – in begrenztem Maße berufliche Leitungspositionen erlangen konnten, ihre Fähigkeiten nutzbar machten und mit ihrer fachlichen Kompetenz einen für die ganze Gesellschaft wertvollen Dienst leisten konnten.

Unter Punkt 9 habe ich auf eine für den Historiker interessante Tatsache hingewiesen. Warum ist es eigentlich nie zu einer Solidarität dieser vier bürgerlichen Parteien gegenüber der SED gekommen? Offenbar waren die Parteispitzen so weit korrumpiert und war das Prinzip „divide et impera“ so gut angewandt, daß es überhaupt nicht zu einer solchen Möglichkeit gekommen ist. Nicht einmal in der Schlußphase der DDR, wo es ja unter der Schwächung der SED durchaus denkbar gewesen wäre, daß sich die vier bürgerlichen Parteien zusammengetan hätten, um die politische Verantwortung zu übernehmen. Die Verstrickung der Parteiführungen in das Herrschaftssystem der SED und das Maß ihrer Korrumpiertheit haben eine derartige Möglichkeit ausgeschlossen. Es ist auch – ich muß schon sagen – kritisch festzustellen, daß, von geringen Ausnahmen abgesehen, von den Blockparteien der DDR keine Initiativen zu Kontakten mit westdeutschen politischen Kräften ausgegangen sind, während sie umgekehrt auch nicht von diesen Kräften angesprochen wurden. Der deutsch-deutsche Dialog war im wesentlichen, bis auf gewisse Ausnahmen, das Monopol der SED und fand daneben nur auf kirchlicher Ebene statt.

Zum Schluß zu Punkt 10: In der Mitgliedschaft der Blockparteien regten sich im Herbst 1989 Kräfte, die auf die Rückbesinnung auf demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze aus der „Gründerzeit“ gerichtet waren und sich wirksam in die Vorgänge einschalteten, die zum Zusammenbruch der

SED-Herrschaft führten. In der Asche der DDR-Verhältnisse war eine Glut erhalten geblieben, die zum geeigneten Zeitpunkt wieder aufflackern konnte. Aufflackern: es war kein Auflodern, es war ein Aufflackern. Aber gegenüber der spontanen Bewegung aus dem Volk haben diese Kräfte keine entscheidende Rolle gespielt.

Als Historiker stelle ich mir manchmal die an sich sinnlose Frage: Was wäre geworden, wenn ...? Was wäre geworden, wenn sich die bürgerlichen Parteien bis zur Konfrontation den Gleichschaltungsversuchen der SED widersetzt hätten? Man kann die Frage stellen; man kann sie nicht glaubwürdig oder definitiv beantworten. Aber von dieser Frage ausgehend kann man die Alternativen überlegen, die es gegenüber der Anpassung und der Gleichschaltung gegeben hätte, wenn man es auf die totale Konfrontation hätte ankommen lassen. Und da muß man sich fragen, ob es nicht doch besser gewesen wäre, daß diese Parteien so, wie sie nun einmal waren und sein mußten, existierten, weil dadurch doch manches bewirkt werden konnte, was unter anderen Bedingungen nicht hätte bewirkt werden können. Das, was vorhin Herr Graumann sagte, kann ich nur unterstützen. Wir können die Existenz der Blockparteien nicht vom Standpunkt von 1989 oder 1992 beurteilen, sondern wir müssen uns hineinbegeben in die Vorgänge selber und uns fragen, welche Möglichkeiten, welche Chancen, welche Alternativen gab es damals? Eine vergangene Zeit kann man nur aus sich selbst heraus verstehen, und darum geht es mir.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank an Herrn Professor Blaschke, der seine Ausführungen gewissermaßen mit Ranke beendet hat. Wir gehen aber doch übergangslos zu seinem Nachbarn, Herrn Fritz Gerber aus Bautzen, über, der Geschäftsführer eines CDUD-Bezirksvorstandes gewesen ist. Vielleicht sagen auch Sie, ich fand das sehr erhellend, ein paar biographische Daten zusätzlich. Dann kann man das, was Sie anschließend sagen, sicherlich noch besser verstehen. Sie haben das Wort.

Fritz Gerber: Meine Damen und Herren. Als erstes eine Korrektur: Ich war nicht Vorsitzender eines Bezirksverbandes, sondern Geschäftsführer eines Kreisverbandes. Ich habe zu dieser Teilnahme verhältnismäßig schnell gegenüber meinen sonstigen Gepflogenheiten zugesagt und habe mir bei der Beschäftigung mit dem Thema immer mehr die Frage vorgelegt: Hast du richtig gehandelt? Das „Ja“ erfolgte auch unter dem Gesichtspunkt, daß ich die Herrnhuter Losung zur Hand nahm, um zu sehen, was sie denn für den 11. dieses Monats sagt. Die Pfarrer werden es wissen. Und das hat mir doch dann den Mut gegeben: „Liebet eure Feinde!“, ohne daß ich jetzt sagen will, solche sehe ich hier im Raum. Aber auch das zum persönlichen Werdegang. Mich begleiten einige Jahrzehnte die Herrnhuter Losungen, und ich bin wohl nie an einem Morgen aus dem Hause gegangen, ohne darin gelesen zu haben. Und ich habe 41 Jahre diese Tätigkeit als Kreisgeschäftsführer ausgeübt.

Sie könnten mich also fragen, wie hat er sich denn verhalten, um die 41 Jahre über die Runden zu bringen? Es gibt von mir aus keine Möglichkeit, Stellen für eine Auszeichnung vorzuschlagen. Gäbe es das, würde ich den Deutschlandfunk für eine solche Auszeichnung vorschlagen, denn er wurde im „Tal der Ahnungslosen“, aus dem ich ja komme – ZDF und ARD gab es nicht im Raum Dresden –, nicht nur bei mir, sondern weithin zur begleitenden Einrichtung, die einem für manchen Tag Kraft gab, wenn ich an die Worte zum Tage früh denke. Wenn der Deutschlandfunk Debatten des Bundestages übertrug, die mir sehr interessant erschienen, mußte meine Frau stenographieren, damit ich deren Inhalt auch in unsere Ortsgruppen tragen konnte. Ich bin 1946 im Juni das erste Mal Mitglied der CDU geworden. Fünf Wochen später erfolgte eine Arbeitsverpflichtung. Das war die Reaktion des Bürgermeisters auf meinen Eintritt in die CDU. Ich hatte damals meinen Pfarrer für diesen Eintritt gewonnen. Ich komme aus einem christlich-sozial denkenden Elternhaus und neigte lange Zeit eigentlich näher der SPD zu als der CDU. Aber der CDU bin ich dankbar, daß sie all die zurückliegenden Jahre das „C“ in unserem Lande aufrechterhalten hat und immer wieder für die Menschen den Anstoß gegeben hat, darüber nachzudenken. Ich war 19 Jahre alt, als mir mein Pfarrer verständlich machte, daß ich jetzt und in Zukunft kein Laubfroschpolitiker sein dürfe. Damit war gemeint, daß ich nicht erst in die politische Arbeit einsteigen sollte, wenn die Sonne am Horizont hochgegangen ist; dann steigt ja bekanntlich der Laubfrosch auf die Leiter, und man sagt: „Er kündigt schönes Wetter an!“ Vorher konnte er auch nicht wissen, wie die Dinge liegen. Aber gerade dieser Gedankengang, niemals Laubfroschpolitiker zu sein, hat mich also aushalten lassen. Nicht nur bis in die letzten Tage, sondern er hat mir Grundlage dafür gegeben, die Dinge immer wieder neu zu bedenken und zu durchdenken, um meiner Aufgabe auch gerecht zu werden. Denn ich habe es sehr ernst genommen, daß die CDU die Aufgabe erhielt, sich besonders der christlich orientierten Bevölkerung zuzuwenden. Ich habe das von Anfang an so gehalten: Wer das „C“ aus dem Namen unserer Partei streicht, der sollte sich die verbleibenden beiden Buchstaben DU nicht als „Demokratische Union“ übersetzen, sondern als „dienstuntauglich“. Und ich bin von dieser Seite aus recht gut gefahren. Wie gesagt, ich habe 1950 die Funktion als Kreissekretär übernommen. 1952/53 – das soll jetzt kein Lob sein – war es der Kreis Niesky, der als einziger im Lande Sachsen die Resolution gegen die „verbrecherische Terrororganisation 'Junge Gemeinde'“ nicht unterschrieben hat. Es kam der 17. Juni dazwischen. Ich weiß nicht, wie lange ich es durchgestanden hätte, diese Unterschrift, die jedesmal neu im Kreise der Nationalen Front und des Blockes vorlag, zu verweigern. Aber ich habe auch immer deutlich gemacht, vor allen Dingen gegenüber meinem Arbeitgeber, daß ich versuche, meine Aufgabe als Berufung des „C“ auszuführen. Und wenn ich glaube, damit eines Tages nicht mehr hinzukommen, dann also jederzeit bereit sei, zurückzugehen an

meinen Arbeitsplatz, wo ich hergekommen bin. 1953 durfte ich dann drei Tage, ich weiß nicht, wie ich es ausdrücken soll, bei der Volkspolizei „Verpflegung einnehmen“, „eine Gastrolle spielen“, weil der 17. Juni in unserem Kreis keine unbedeutende Rolle spielte. Ich wurde 1957, 1968 und 1974 ganz offiziell von der Staatssicherheit angesprochen, als Kreissekretär der CDU Berichte zu geben und dort mitzuarbeiten. Ich habe jeweils am selben Tage meinen Bezirksvorsitzenden verständigt und habe ihm gesagt, wenn das zu meinem Aufgabenbereich gehört, ist mit heute der letzte Arbeitstag. Ich habe das durchgehalten, ich sage Ihnen, 1957 aus der Opposition eines jungen Menschen, der sich wie ein junges Fohlen auf der politischen Koppel benimmt und nach allen Seiten ausschlägt; 1968, 1974 dann bedachter. Auch das will ich hier sagen, weil ich mir von diesen Stunden an gesagt habe, wenn nicht du, wer dann in deiner nächsten Umgebung? Glücklicherweise haben sich einige dieser „Freunde“ dann immer so verhalten, daß man alsbald erkannte, daß ihre Neugier anscheinend doch nicht nur für ihr eigenes Wollen und Wissen ist, und man sie dann dementsprechend einordnen konnte. Hier ist vieles gerade von Herrn Prof. Blaschke gesagt worden und auch bei den einleitenden Ausführungen, worunter ich nur einen dicken Strich machen könnte. Ich will aber sagen, daß es bei der wirklichen Urteilsfindung meiner Meinung nach sehr stark darauf ankommen wird, die untere Ebene, das wirkliche Denken der Menschen in dieser Zeit richtig mitzubeurteilen. Es läßt sich sicher vieles wissenschaftlich aufarbeiten, was die Arbeit der Parteileitung und vielleicht auch bezirklicher Organe betrifft. Es läßt sich wohl nur durch die Praxis aufarbeiten, wie dort und in der unteren Ebene gearbeitet worden ist. Ich habe 1964 im Kreise Bautzen eine Kreisdelegiertenkonferenz durchgeführt, bitte, das soll jetzt nicht so persönlich klingen, an der haben 31 evangelische und katholische Pfarrer teilgenommen. Dahinter steckte eine Arbeit, die über die Jahre dazu geführt hat, Vertrauen aufzubauen. Aber das war nicht ganz so schlimm, weil sie mich ja kannten, und ich zählte nicht zu jener Gruppe, von der so nach 1957/60 bei der Partei der am besten angeschrieben war, der mit der Kirchensteuer am weitesten im Rückstand war. Ich zählte immer zu jenen, die den Sonntag nützten, um sich letzten Endes unter der Kanzel sitzend Kraft zu holen. Und wir haben eine Gruppe von Pfarrern aufgebaut, die mit uns im Gespräch waren, mit denen wir arbeiteten, und ich will heute sagen, auch einige Experimente durchgeführt haben, um zu prüfen, wie weit meint der Andersdenkende es denn eigentlich ehrlich, wenn er auf die Zusammenarbeit verweist, wenn er auf Gleichberechtigung verweist, wenn er auf der anderen Seite aber nie gewillt ist, Religion als Opium für das Volk zu bezeichnen. Und ich habe immer unseren Pfarrern gesagt, gehen wir davon aus, gleich, wie sich die andere Seite uns zeigt, sie wird nie vom Tische wischen, daß das „C“, daß die Christen eines Tages in unserem Lande beseite geschoben werden sollen. Wir hatten in dieser Gruppe über die Mitarbeit in Gemeindeparlamenten gesprochen, z. B. darüber, inwieweit ein Geistlicher in

der Lage ist, nicht nur selbst bereit ist, sondern auch, inwieweit läßt man ihn den Weg gehen, daß er Abgeordneter werden kann. Und es stellte sich dann heraus, Abgeordneter kann er werden, aber, ich kann es belegen, als Mitglied des Rates darf ein Pfarrer nicht fungieren. Und als ein Pfarrer Antrag stellte, um Mitglied in der „Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ zu werden, wurde das vom Kreissekretariat der „Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ abgelehnt und als unmöglich hingestellt. Ich könnte eine Reihe von Beispielen nennen, aus denen eindeutig hervorgeht, daß jeder Mensch, der sich als CDU-Mitglied und LDP-Mitglied bezeichnete, von seiten der Sozialistischen Einheitspartei, ich will es so kraß sagen, nicht als vollwertig bezeichnet wurde. Das ist z. B. anhand von Studienbewerbungen zu belegen. Das ist auch zu belegen anhand der Ausübung von Funktionen – so wie vorhin schon erwähnt wurde, daß die CDU oft die Stellvertreterrolle spielte: sie konnte z. B. stellvertretende CDU-Schuldirektoren stellen. Ich will aus meiner Sicht und aus meinen Kreisen sagen, daß dies bis 1960/62 möglich war. Dann wurde systematisch abgebaut. Es war möglich, daß in einigen Wirtschaftsbereichen zunächst noch wirtschaftsleitende Positionen übernommen werden konnten, daß aber diese Möglichkeiten systematisch abgebaut wurden. Ich kann es auch an einigen Beispielen belegen, daß diesen Menschen entweder irgendwo einmal ein Strick gedreht oder versucht wurde, sie auf eine andere Position zu schieben, damit er dort abgelöst wird. Ich würde für die Aufarbeitung dieser ganzen Verhältnisse empfehlen, die Informationsberichterstattung, die zwischen den Kreisverbänden, den Bezirksverbänden und der Parteileitung lief, eingehend aufzuarbeiten. Dabei wird man sehr schnell erkennen, welche Kreise in einer „Schönwetterpolitik“ informierten und welche Kreise, ja, ich will es so sagen, schon anhand ihrer eigenen Überzeugung der Meinung waren, das und das und das muß gesagt werden. Und das wäre an einigen Stellen zu belegen, daß die Berichte des Kreisverbandes Bautzen in der Parteileitung zwar gern gelesen wurden, aber immer wieder mitgeteilt wurde: „Mensch überlege doch, du bist noch nicht 65, wie lange willst du noch so berichten.“ Und so war unser Informationsbericht, den wir im April '89 beispielsweise gaben, die Veranlassung für den Parteivorsitzenden, entgegen anderer Planung den Kreisverband Bautzen flächendeckend zu überprüfen, inwieweit die „politisch-ideologische Klarheit“ in diesem Kreisverband noch vorhanden ist. Nun, die „Freunde“ haben sich überzeugt und sind zum Teil auch überzeugt worden, nämlich davon, daß die Praxis anders aussieht, als man in der Theorie sich einige Dinge vorstellt.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Gerber. Sie haben, denke ich, einen Einblick gegeben, gerade aus diesen ganz persönlichen Bemerkungen heraus. Aus Ihrem eigenen Selbstverständnis heraus ist doch vieles deutlich geworden. Ich habe als nächsten auf der Liste, Herrn Martin Rissmann, Koblenz, frage aber vielleicht doch den Abgeordneten und Kolle-

gen Junghanns aus der CDU/CSU-Fraktion, ob er vielleicht nicht direkt im Anschluß an die bisherigen Berichte das Wort ergreifen möchte. Erst dann würde ich Sie, Herr Rissmann, wie auch den inzwischen dankenswerterweise eingetroffenen Tom Steinborn, die beide gewissermaßen einen anderen Zugang haben, bitten. Herr Junghanns, sie haben sich kurzfristig bereiterklärt, hierherzukommen, um aus Ihrem Erfahrungsbereich zu berichten. Sie haben das Wort.

Abg. Ulrich Junghanns (CDU/CSU): Ja. Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Gelegenheit, hier zu sprechen. Ich möchte wirklich einführend noch anmerken, daß ich gestern abend diese Einladung bekommen habe; ich habe zugesagt von 12.00–14.30 Uhr, um 15.00 Uhr habe ich nämlich noch einen Termin. Deshalb paßt mir das, wenn ich jetzt in aller Kürze sprechen kann.

Mir ist auch nicht dieser Fragebogen zugegangen, so daß ich Sie bitte, mir zu verzeihen, wenn ich nur schlaglichtartig auf die einzelnen Fragestellungen eingehe.

Ich habe mich deshalb bereiterklärt, weil es mir einfach auch darum geht, über ein Stück meines Weges, so wie ich es in der Wahlvorbereitung getan habe, auch weiterhin nicht zu schweigen, sondern offen darüber zu sprechen. Ich mußte das bis dato tun, ich will das auch weiterhin tun. Und ich möchte mich aber gleichzeitig bemühen, eine Doppelung zu vermeiden, weil ja hier – was die Vorredner angeht – nach meinem Dafürhalten in sachlicher Art und Weise berichtet wurde.

Zum ersten Punkt, vielleicht doch ein bißchen angelehnt an den Fragenkatalog: Ich komme aus der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Sie hat hier heute morgen, soweit ich das gehört habe, eine Rolle gespielt, in der Form, daß über sie gesagt wurde, sie sei der engste Bündnispartner der SED gewesen. Dieses war in der Tat das Selbstverständnis der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Ihr war die Agrarpolitik zugeordnet und damit war sie – Herr Lapp hat das zum Ausdruck gebracht – als eine Art berufsständische Organisation sozusagen abgestempelt. Damit war sie eigentlich nur ein Torso einer Partei, da sie nur ein „Feld“ belegte. Und sie war aus der Historie heraus ja wirklich so gedacht. Ich kann das, weil ich zu jung bin, nur aus dem Erzählen und aus meinen Recherchen heraus bestätigen: sie wurde wirklich im April 1948 so angelegt. Das geschah auch, um das potentiell konservative Potential, das es im Land gab, aufzuspalten und es nach dem Prinzip, teile und herrsche, zu instrumentalisieren. Der erste Vorsitzende war, das habe ich sehr spät erfahren, einer der ältesten Kommunisten in Deutschland. Nichtsdestotrotz war – und ich kenne das aus der Mitgliedschaft heraus sehr gut – die DBD, was den Mitgliederstatus angeht, niemals eine Partei, die, sagen wir mal, unter dieser „dicken Überschrift“ zu fassen wäre. Es gab in der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands in den Basisgruppen und auch in vielen Vorständen eine sehr kritische Auseinandersetzung mit dem, was landwirtschaftliches

Umfeld war. Ich betone, daß es keine politische Auseinandersetzung war, im Sinne einer fundamentalen Infragestellung dieses Staates, sondern es war eine Diskussion, die unmittelbar das Arbeitsfeld, das Erlebnisfeld der Bauern und der Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands betraf. Ich komme vielleicht noch mal darauf zurück.

Welche Formen der Abhängigkeit bestanden? Es wurden hier, was die Organisation angeht, schon einige deutlich gemacht. Die schwerwiegendste Abhängigkeit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, und ich glaube, das betrifft auch in weiten Teilen die anderen Parteien, bestand eigentlich darin, daß sie, was gesellschaftliche Fragestellungen, was ökonomische, was soziale und kulturelle Fragestellungen betraf, inhaltlich eigentlich vollkommen am Tropf der SED hing. Die Demokratische Bauernpartei verfügte über keinerlei Potentiale, solche Fragen programmatisch aufzuarbeiten. Nach außen hat man sehr zeitig in den 60er Jahren die Diskussion über ein eigenes Programm beendet, intern aber ist sie in der Demokratischen Bauernpartei nie zu Ende gewesen. Das möchte ich ganz persönlich sagen, weil ich selbst, als ich in Verantwortung war, darüber intensiv diskutiert habe. Wenn ich das heute nachvollziehe, dann ist mir klar, daß in den geistigen Inhalten eine Abhängigkeit zum Ausdruck kam.

Wir haben natürlich thematische Fragestellungen intern diskutiert mit Bauern, mit Bürgermeistern oder mit Handwerkern; es waren immer sehr kleine Gruppierungen. Nach meinem Wissen gab es in der Bauernpartei nur eine Richterin eines Kreisgerichtes. Und wenn die „großen Fragestellungen“ anstanden, war natürlich immer ein Wissenschaftler, ein Vertreter eines Institutes benannt, der ein Genosse war. Das ist die eigentliche wesentliche Abhängigkeit gewesen, wenn man heute nach dem Interieur, nach den politischen Auseinandersetzungen und nach politischen Zusammenhängen fragt.

Die Motive, in die Blockpartei zu gehen, möchte ich für die Bauernpartei vor dem Hintergrund des hier bereits Erwähnten noch um den Punkt erweitern, daß es bei den Bauern und ihren Söhnen eine gewisse Tradition gab. Der Sohn eines Bauern ging auch in die Bauernpartei; bei mir war es zum Beispiel auch so. Ich stamme aus der Landwirtschaft und bin 1976 in die Bauernpartei gekommen, weil mein Vater Mitglied der Bauernpartei war, sonst wäre das nicht möglich gewesen. Das war nämlich genau der Zeitpunkt, zu dem es eigentlich keine Neuaufnahmen mehr gab. Meine Mitgliedschaft begann mit der Tatsache, daß ich sofort meine Mitgliedschaft ruhen lassen mußte, weil ich zur Armee ging, und da gab es ja keine Mitgliedschaft in den Blockparteien.

Ich möchte hervorheben, daß es in den Dörfern Auseinandersetzungen gab – mit Mitgliedern der SED in den Betrieben und mit Funktionären der VdgB. Es gab eine immerwährende Auseinandersetzung zwischen der Bauernpartei und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Weil es ein

gewisses Rangablaufen in den Dörfern gegeben hat, war man natürlich in der Bauernpartei bestrebt, dort das kommunale Leben mitzugestalten und hatte eigentlich einen konstruktiven Ansatz.

Das Verhältnis von der oberen Hierarchieebene zur Basis war ein sehr spannungsvolles Verhältnis. Es war ein Verhältnis, das in den alten Strukturen zu ersticken drohte, und insofern waren Veränderungen in der Bauernpartei angesagt. Die Erwartungshaltung der Mitgliedschaft gegenüber den Vorständen war, daß nach gründlicher interner, vertrauensvoller Diskussion in den Vorständen mit Nachdruck auch an die SED herangetragen werden sollte, was intern an Kritiken geäußert worden war. Ein ständiges Thema waren zum Beispiel die Entwicklungen der Strukturen in den LPG'n, u. a. die Aufspaltung in Pflanzen- und Tierproduktionsbetriebe. Sie wurde von der DBD zwar plakativ mitgetragen, es gab jedoch gleichzeitig Bestrebungen aus der DBD heraus, die dadurch entstandenen großen Flächen wiederum zu verkleinern und hierfür mehr Vernunft und Bezogenheit zum Dorf herzustellen. Ich möchte auch das Informationssystem ansprechen. Also erst einmal hatte die Demokratische Bauernpartei ein eigenes Informationssystem. Das wurde, wie das der Kollege hier schon gesagt hat, von den Kreisen bis in den Parteivorstand hinauf organisiert und hatten den Zweck, denen da zu sagen, wie das Leben ist. Und es lag eigentlich wirklich in der Ermessensfrage der Beteiligten auf den einzelnen Ebenen, wie die Sache weitergeschaufelt wurde. Deshalb ist es nicht die Frage, daß man hier mit „gläsernen Taschen“ zusammen mit der SED gearbeitet hat, sondern es war einfach selbstverständlich. Weil es in öffentlichen Gremien, sagen wir einmal außer in persönlichen Gesprächen, sonst nicht möglich war, wollte man auf diesem Weg die Information geben, „wie es war“. Es war frustrierend, daß bei vielen dann keine Reaktion kam, und es hat im Grunde genommen viele auch zur Abkehr von der Partei gebracht, daß man auf seine Anliegen keine Reaktion bekam. Man muß auch einmal sagen, daß es in vielen Fällen wirklich dem zu unkritischen Verhältnis von DBD zur SED geschuldet war, daß manches auf der Strecke blieb und irgendwie versandete.

Die innerdeutsche Auseinandersetzung spielte in der Demokratischen Bauernpartei insofern eine Rolle, als diejenigen, die in den Westen gefahren waren, erzählten, was sie gesehen und erlebt hatten. In einem internen Kreis wurde das in der Mitgliederversammlung und im Gespräch untereinander ausdiskutiert, und da wußte man eigentlich darüber Bescheid. In den großen politischen Auseinandersetzungen gab es außer Abklatsch – das muß ich sagen – nichts Qualifiziertes.

Zur Rolle und Funktion der Blockparteien in der Umbauphase. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen: die Parteien waren mit sich selbst beschäftigt. Sie hatten sich mit den Forderungen und Pressionen der Basis an die Führung zu befassen. Es waren nur wenige wirklich daran beteiligt, in den

Dörfern, in den Städten, die Aktionen mitzutragen. Ich war ja selbst in der Umbruchzeit in einer Parteifunktion. Ich habe an allen Kundgebungen und Demonstrationen teilgenommen. Ich habe das aber im Grunde genommen nicht als Mitglied der DBD, in meiner Funktion gemacht, denn das war eine Auseinandersetzung zwischen Parteibasis und dem Vorstand. So hat sich das bis zu dem sogenannten Wendeparteitag der DBD im Januar 1990 langsam entwickelt, und erst danach gab es ein direkteres politisches Einschalten in die Diskussionen, die geführt worden sind.

Wie gehen die Blockparteien mit der Vergangenheit um? Das ist das Thema – heute und aktuell. Ich bin für eine Aufarbeitung der Vergangenheit der DBD, gerade weil sie mit der CDU im Westen zusammengegangen ist. Daß es dabei eine gesonderte Aufarbeitung der DBD gibt, das halte ich unbedingt für erforderlich. Ich habe heute früh so eine Bemerkung gehört, daß man nur „gratulieren“ könne für die Mitglieder, die die CDU bekommen hat. Ich möchte mit Verlaub und mit Respekt für das, was hier geleistet wird, und auch mit viel Selbstkritik in der Auseinandersetzung, die wir ja alle im menschlichen Umgang miteinander ständig führen, sagen, daß es 1990 für die Demokratische Bauernpartei eine Aufgabe gewesen ist, historisch die Konsequenzen zu ziehen. Dieser Partei, die eigentlich nur ein Torso einer Partei war, mußte eine Orientierung gegeben werden. Also stand sozusagen organisatorisch die Frage des Zusammenschlusses mit jemandem an. Aber intern war eigentlich den Erwartungen der Mitgliedschaft, die einen gewissen Anspruch auf politische Betätigung hatte, Gestalt und Orientierung zu geben. Wenn man aus der Partei kommt, wenn man die soziale Basis der Bauernpartei kannte, dann hat sich diese Entwicklung zur konservativ-liberalen Orientierung zu Recht ergeben. Diese Aufgaben standen damals auch organisatorisch an – entsprechend dem Willen der Mitgliedschaft – egal, mit welchem Ergebnis, hier war eine Orientierung zu geben. Und ich glaube, es war historisch auch eine gewisse Korrektur dessen, was mal am Ursprung dieser Partei stand. Danke für das Zuhören.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Ja, vielen Dank Herr Junghanns für diese ergänzenden Bewertungen, die Sie gegeben haben. Dann möchte ich gerne Herrn Martin Reißmann zu Wort kommen lassen, der uns als Fachmann zum Schulungsbetrieb Burgscheidungen der CDUD hier avisiert ist.

Martin Reißmann: Ihre Einführung gibt mir Gelegenheit, gleich mit einem Mißverständnis aufzuräumen. Ich bin kein Sachverständiger, und ich bin auch kein Zeitzeuge – insofern falle ich also aus dem Rahmen der Vorredner –, sondern ich bin ein Doktorand, der sich bemüht, in einen kleinen Bereich der Parteiarbeit der CDU etwas Licht hineinzubringen, was sehr mühsam ist. Ich werte dabei die Quellen des Parteiarchivs aus, und ich spreche mit ehemaligen hauptamtlichen Funktionären der CDU. Damit mein Auftritt hier sinnvoll ist, möchte ich von diesem Ansatz, von meiner Arbeit mit den Quellen,

ausgehen, um durch einige, wenige Hinweise deutlich zu machen, wie schwer es eigentlich ist, ein Urteil zu fällen oder auch nur eine Beschreibung über das, was die Blockparteien, speziell die CDU, waren, zu geben.

Wir haben es in aller Regel mit Quellen zu tun, die sozusagen Quellen der Parteileitung waren. D.h. wir haben Protokolle, Thesen und Direktiven, die sozusagen das Anspruchsniveau beschreiben, aber wir haben fast überhaupt keine Quellen – zumindest noch nicht so recht verfügbar –, die eigentlich die Basis darstellen. Dieser Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Wollen und Vollbringen, muß doch etwas schärfer gefaßt werden, als mir das zumindest in einigen Beiträgen der Fall zu sein schien. Wir haben eigentlich überhaupt keine Kenntnis oder wenig Kenntnis über das, was an der Basis eigentlich stattgefunden hat. Das heißt, wir haben weder Protokolle, die wirklich Aufschluß darüber geben, wie so eine Mitgliederversammlung ablief. Wir haben keine Informationen, wie sich das CDU- oder LDPD-Mitglied verhielt, wenn es seine Hausbesuche im Rahmen der Nationalen Front machte. Wir haben keine richtig überzeugenden Aufschlüsse über die verschiedenen Veranstaltungen des Politischen Studiums, wenn man zusammensaß in den Ortsgruppen, um die Schulungsthemen zu behandeln. Die Gespräche mit den Zeitzeugen machen deutlich, daß offensichtlich zwischen dem, was man wollte und dem, was geschah, zumindest eine deutliche Lücke klaffte. Der Herr von der Kreisgeschäftsführung hat das sehr deutlich gemacht; man muß hier also mit besonderer Vorsicht urteilen.

Immerhin gibt es einige Indizien, die darauf hindeuten, daß das System, das innerparteilich den Blockparteien – und ich spreche von der CDU – übergestülpt wurde, sehr lange sehr schlecht und viele Jahre überhaupt nicht funktionierte. Ich kann das von der Schulungsarbeit sagen: man hat sie 1951 als System eingeführt, und es dauerte mindestens bis 1956, bis die oberste Ebene und die darunterliegende Ebene, also die Zentrale Parteischule und die Bezirksparteischnulen, funktionierten. Das hatte unterschiedliche Gründe. Es war nicht immer nur Verweigerung der Mitglieder, oft war es eher Passivität, einfach ein Nicht-Mitmachen-Wollen. Auch in den sechziger und in den siebziger Jahren, im Grunde als Strukturproblem der Schulungsarbeit, zeigte sich, daß man mit dem, was man wollte, bei vielen Mitgliedern auf wenig Verständnis stieß. Man beteiligte sich oft im formalen Sinne. Insofern denke ich – auch im Hinblick auf die Frage, die Herr Meckel stellte: wie die eigentlich miteinander umgingen oder wie das mit der Oppositionsrolle, dem Verhältnis zu Parteilosen, zu verstehen ist, wer von beiden nun mehr zur Opposition beigetragen hat – also dazu würde ich sagen, daß keiner von diesen mehr dazu beigetragen hat. Es hat Mitglieder gegeben, die haben sich der Partei als Anpassungsinstrument bedient, sie haben da Karriere gemacht, solche Fälle hat es gegeben, und es hat Leute gegeben, die haben sich der Partei bedient, um ihre Nische zu finden. Wenn diese Leute mit Parteilosen

zusammenkamen, so stelle ich es mir vor, so hat keiner dem anderen Vorwürfe gemacht. Es war so, daß jeder seinen Weg gesucht hat, und insofern muß man hier wirklich auf die Person hin differenzieren. Dieser erste Eindruck, daß das System sehr lange sehr schlecht funktioniert hat und daß es Jahre gebraucht hat, damit es überhaupt einigermaßen formell funktionierte, das möchte ich also doch festhalten, weil es sozusagen dem Eindruck entgegenwirkt, nach 1952 sei die Partei auf Kurs gewesen und das, was man von der Parteiführung her wollte, sei auch unten umgesetzt worden. Diesen Punkt kann ich von meinem Arbeitsfeld her bestreiten bzw. möchte ich anders sehen.

Der zweite Punkt, auf den ich noch kurz eingehen möchte, ist der Zusammenhang von Schulung und Kaderarbeit; es wurde verschiedentlich nach der Karrierefunktion gefragt. Es tauchen in den Quellen wiederholt Hinweise darauf auf, daß Leute Schwierigkeiten bekommen haben, weil sie Mitglieder der CDU waren. Und zwar gar nicht mal, weil das die oberste Führung der SED so wollte, sondern weil es auf den mittleren und unteren Ebenen der SED so administriert wurde, daß diese Leitungsebenen der SED den entsprechenden Funktionären der CDU Schwierigkeiten gemacht haben. Es war durchaus unattraktiv, so mein Eindruck, zum Beispiel Kreissekretär der CDU in einem Landkreis, in dem man eine kleine Minderheit war, zu sein, wo man sich also ständig zwischen alle Stühle setzte. Da war die SED, die bestimmte Ansprüche stellte, und es gab die aktiven Christen, die Ansprüche stellten. Man konnte es im Grunde keinem Recht machen. Die Idee, man habe über die CDU auf dieser Parteilinie Karriere machen können, oder es sei besonders attraktiv gewesen, diesen Eindruck kann ich von meinen Quellenuntersuchungen her nicht bestätigen. Es gab viele Leute, die sich auch in der Schulungsarbeit mit Gleichgesinnten über ihre Probleme austauschten und sich zurüsten ließen, wie man diese Probleme vielleicht gemeinsam besser bewältigen könne, oder die sich einfach Anregungen holten. Ich sage das deshalb so ein bißchen pointiert – es gab natürlich auch Leute, die Karriere gemacht haben – weil mir ein Appell zur Differenzierung dringend notwendig zu sein scheint. Nur eine Aufarbeitung über diese kleinen Mosaiksteine kann letztlich zu einer Urteilsbildung über die Blockparteien oder über die CDU beitragen. Ich hatte ein bißchen den Eindruck, daß hier von verschiedenen Seiten mit vorgefaßten Meinungen herangegangen wird, ohne die Detailstudien erst abzuwarten; damit wird man jedoch keinem gerecht. Und ich denke, daß jeder, der in dieser Partei gewesen ist, egal welche Stellung er da eingenommen hat, Anspruch auf eine möglichst sachliche Beurteilung und sachliche Darstellung hat. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Als letzten in der Runde begrüße ich Tom Steinborn aus Dresden, der Mitbegründer der LDPD-Jugendbeiräte und dann Gründungsgeschäftsführer der Julia, der Jungliberalen Aktion, war.

Vielen Dank, daß Sie hier das Fähnlein der Liberalen gewissermaßen doch noch aufziehen wollen.

Tom Steinborn: Ja, sie sind nicht immer in der Mehrheit, aber sie tauchen doch noch im richtigen Zeitpunkt auf. Zunächst zu meiner Biographie: Also, ich bin Tom Steinborn. Ich bin am 24.05.1966 in Meißen geboren, bin auch im Elbtal aufgewachsen, habe ein erstes Fachschulstudium in Grundschulpädagogik absolviert, bin in dieser Zeit, 1985, der LDPD beigetreten, habe dann die Jugendbeiräte der LDPD mitbegründet, bin, wie gesagt, dann Gründungsgeschäftsführer der Jungliberalen Aktion geworden und nach der Vereinigung mit den Jungliberalen der stellvertretende Bundesvorsitzende.

Worauf stütze ich den heutigen Vortrag? Zum einen natürlich auf Zeitzeugenaussagen, auf eigenes Erleben, und zum anderen bin ich derzeit dabei, eine Arbeit anzufertigen im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema „Herausbildung liberaler Jugendstrukturen in Ostdeutschland“. Ich denke, das Thema erfordert es, daß wir auch in diesem Bereich nicht erst 1989 beginnen, denn wir werden dann über viele Dinge, die gerade heute von jungen Menschen ausgehen, viel größeren Aufschluß finden.

Wenn ich über Jugendbeiräte der LDPD spreche, ist es unumwunden notwendig, zu der Rolle der Jugendbeiräte 1945 bis 1951/52, als sie unter direktem Einfluß der SED und der Staatssicherheit verboten wurden, kurz einige Fakten zu nennen: 1945, mit Gründung der Liberal-Demokratischen Partei als einer bürgerlichen, demokratischen, antifaschistischen Partei, ging auch die Gründung von selbständigen Gremien, die sich an junge Leute wandten, einher. Ich betone das so, weil es aufgrund des Krieges keine einheitliche Struktur gegeben hat; wir kommen in der Forschung auf den Namen „Jugendausschüsse“, wir kommen auf den Namen „Jugendsekretariate“ und dergleichen mehr. Diese arbeiteten in einer großen Selbständigkeit, und schon in dieser Zeit waren meines Erachtens drei, bisher sind wir immer von zwei Strömungen ausgegangen, drei Strömungen in diesen Jugendausschüssen junger LDP-Mitglieder deutlich. Zum einen gab es diejenigen, die einen eigenen Jugendverband gründen wollten, zu denen der wohl bekannteste Vertreter Wolfgang Mischnick aus Dresden gehörte, der dann mit Rede- und Schreibverbot belegt wurde und mit Hilfe von Freunden aus West-Berlin und Hessen dann den Weg nach Westdeutschland finden mußte. Zum zweiten gab es die Gruppierung um Manfred Gerlach, die ganz eindeutig den Zugang zur FDJ und auch frühzeitig die Beteiligung am Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in diesem Jugendverband befürwortete; zu dieser Gruppe gehörte zum Beispiel auch Manfred Brückner aus Jena. Und es gab eine dritte Gruppierung, die auch von Anbeginn dazu aufrief, daß Mitglieder der anderen Parteien in der FDJ wirksam werden und dazu beitragen sollten, die FDJ als eine pluralistische Organisation auszugestalten. Zu ihnen gehörte zum Beispiel Arno Esch, der dafür von dem sowjetischen Geheimdienst verfolgt und ermordet worden ist –

ein sehr tragisches Schicksal. Diese drei Gruppierungen hat es gegeben, und es ist wichtig, an diesen Ansätzen weiter zu forschen und nicht nur mit einer Schwarz-Weiß-Kategorie – gegen oder für die FDJ – zu arbeiten.

Zurück zu den LDP-Jugendbeiräten bzw. Jugendausschüssen. Die Jugendausschüsse wurden 1949 unter direktem Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht in Jugendbeiräte umgebildet. Die Beiräte gaben nach außen hin Erklärungen ab, daß sie nur noch beratenden Charakter für die Vorstandsarbeit hinsichtlich einer effektiveren FDJ-Arbeit haben würden. Doch in der Praxis realisierte sich dieses Ziel nicht. Die Jugendbeiräte behielten ihre Eigenständigkeit aus den Jugendausschüssen. 1952 wurden die Jugendbeiräte gänzlich verboten. Ich muß sagen, daß die jeweiligen Machtwechsel innerhalb der LDP – vollzogen 1951 auf dem vierten Parteitag in Eisenach oder später auf der ersten Parteibeauftragtenkonferenz in Weimar, die im Gefolge der SED den Aufbau des Sozialismus propagierte – das begünstigten. Doch die Basis war dort noch nicht soweit, sie wollte diesen Weg nicht einschlagen. Trotz des Beschlusses wurden an der Basis die Jugendbeiräte nicht von selbst, sondern erst unter direkter Einflußnahme der „Sicherheitsorgane“ – wie es so schön hieß – aufgelöst. Es haben Verhaftungen stattgefunden, und ab diesem Zeitpunkt setzte, wie auch in anderen sogenannten Blockparteien, bei denen ich doch lieber von sogenannten „befreundeten Parteien“ sprechen möchte, denn die SED war ja auch eine Blockpartei, der Prozeß der erbarmungslosen Anpassung in allen Gebieten ein. Man wies den befreundeten Parteien Plätze zu; für die LDP und NDPD war es speziell der Platz des Handwerkes und unter Umständen noch der der Intelligenz. Ich möchte hier eine kleine Seitenbemerkung zur Gründung der NDPD und DBD machen. Die Machtheologen in der SED hatten meines Erachtens ihr Ziel bis 1990 verwirklicht. Die Gründung dieser Parteien wurde von Leuten vollzogen, die in Ehren aus der SED entlassen worden waren und regelrecht beauftragt wurden, zum einen die DBD und zum anderen die NDPD zu gründen, um so das bürgerliche Lager zu spalten. Die DBD war in diesem Sinne darauf angesetzt, speziell die CDU auf dem Lande zu schwächen, und die NDPD sollte speziell die Leute um die LDP herum, z. B. in der Intelligenz, im privaten Bereich, den wir ja bis 1972 durchaus noch hatten, ansprechen. Das kann man nicht den einzelnen Mitgliedern, welche dann in den 80er Jahren diesen Parteien beigetreten sind, zum Vorwurf machen. Aber ein solcher Zwist zwischen diesen Parteien – trotz der großen, gemeinsamen Flagge der Nationalen Front –, den haben die Genossen immer wieder schön zu pflanzen verstanden, und er ist auch in bemerkenswerter Weise von den Mitgliedern in der Schizophrenie des gesamten Systems verwirklicht worden.

Zurück zu den Jugendbeiräten. Jugendarbeit oder Jugendpolitik war ab 1952 kein Thema, kein wesentliches Thema mehr für die LDPD. Erst 1972 tauchen in den Akten differenzierte Beratungen mit jungen Parteimitgliedern

wieder auf, aber die Forschungen ergeben doch relativ wenig Material in diesem Zeitpunkt. Es wurde auf Mitarbeit in der FDJ gesetzt, die sehr formal erfolgte; es wurde festgesetzt, daß zum Beispiel im Zentralrat der FDJ „zweieinhalb“ Mitglieder aus der LDPD sein durften. Was meine ich mit „zweieinhalb“ Mitgliedern? Das bedeutet, daß es zwei volle Mitglieder und einen Nachfolgekandidaten gab. Dort war keine wesentliche Bewegung bis Ende der 70er Jahre zu erkennen. Aus meiner Sicht aufgrund der Studien und der Interviews, die ich geführt habe, war es Ende der 70er Jahre genau der Mann, der in den 40er/50er Jahren maßgeblich zum Verhindern einer eigenen liberalen Jugendstruktur beigetragen hatte, nämlich der damalige Parteivorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach, der sich speziell den Jugendlichen in der Partei zuwandte. Man muß hier zwei ganz persönliche Aspekte, und bitte schmunzeln sie darüber nicht, mit in die Waagschale werfen. Manfred Gerlach ging Ende der 70er Jahre seine zweite Ehe ein; er heiratete eine junge Frau, die als Physiotherapeutin täglich mit -zig Menschen umzugehen hatte, und ihm jeden Abend in brutalster Art und Weise offensichtlich die Probleme des Alltags aufs Butterbrot schmierte. Er fühlte sich daraus wohl motiviert, ein Buch zu schreiben. Er hat ein Buchmanuskript entworfen, in dem er in Ansätzen – ich betone das „in Ansätzen“ – Reformgedanken bis hin zu einer Reform des Sozialismus einforderte. Dieses Buch wurde von Erich Honecker, seinem bis dahin doch wohl engen Freund, schließlich vom Tisch gewischt. Das muß ihn sehr gekränkt haben; er konnte wohl auch nicht verkraften, daß die LDPD die kleinste unter den Blockparteien war, und wollte in diesem Punkt für sich eine Wende herbeiführen und Veränderungen über Masse gewinnen. Er reiste Anfang der 80er Jahre zu den ersten Sekretären der SED-Kreisleitungen und verhandelte neue „Werbesollzahlen“ aus, die an bestimmte soziale Schichten gebunden waren. Nach innen gab Manfred Gerlach allerdings in den Apparat der LDPD bekannt: „Wir halten uns nicht mehr an bestimmte soziale Schichten“ – und es war in der Tat so. Ab 1985 wuchs die Mitgliederzahl der LDPD rapide, vor allen Dingen in der Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen und der unter 30jährigen. Das setzte dann wiederum einen völlig neuen Prozeß in Gang. Nicht mehr die Gedanken einzelner fortschrittlicher Leute in der Führung spielten eine Rolle, sondern ein massiver Druck von unten setzte ein. Neben dem – ich sage mal mit Verlaub – „alten Handwerker“ waren auf einmal drei Studenten mit in der Versammlung. Und die fanden das alles stinklangweilig und sehr vermottet, wie das da anging. Ich kann das aus eigenem Erleben 1985 in Meißen, einer Stadt, die sich ja doch relativ viel privates Handwerk bewahrt hatte, berichten. Es kam die Idee auf, man müsse doch eigentlich mal zusammenkommen nur mit jungen Leuten, die in der LDPD sind, die sich um die LDPD herum bewegten oder Kinder von Mitgliedern waren. Und das taten wir dann auch ohne groß zu fragen. Unterstützung fand dies auch dadurch, daß die LDPD in ihren Apparat hin

und wieder auch jüngere Leute einstellte, die ganz anders als Ansprechpartner für die jungen Mitglieder, die in die LDPD eintraten, fungierten. In diesen differenzierten Parteiveranstaltungen der LDPD wurden speziell Probleme der Jugend besprochen, z. B. auch das Verhältnis zur FDJ, die sich ja als die FDJ der Partei, als Kampfesreserve der Partei bezeichnete, und schon lange nicht mehr dem Rechnung trug, was sie bei ihrer Gründung eigentlich proklamiert hatte.

Es war immer und ständig die Diskussion, wie können wir denn anders ein? Und ich muß das betonen, 1985/86/87 ging es wirklich nicht um die Beseitigung des Sozialismus, sondern es ging darum, wie können wir denn anders sein, wie können wir denn verkrustete Strukturen aufbrechen? Ich habe alle Informationsberichte der LDPD, die in der Friedrich-Naumann-Stiftung für Forschungszwecke zugänglich sind, aus den Jahren 1985 bis 1990 von der Bezirksebene an bis zur zentralen Ebene – überall dort, wo ich interessante Hinweise hatte, auch die der Kreisebene – gelesen. In jedem dieser Berichte wird ab 1987 von allen Ebenen darauf aufmerksam gemacht, daß die vielen jungen Mitglieder absolut ungeduldig sind und eine Veränderung im FDJ-Leben möchten bzw. diese differenzierten Parteiveranstaltungen noch in viel größerem Maße durchführen möchten. Es ging zunächst in der ersten Etappe um eine Veränderung in der Zusammenarbeit mit der FDJ, in der FDJ. Doch dieser Gedanke erwies sich sehr schnell als aussichtslos. Als Rückkoppelung gab es dann eine offenbar nur mündlich überlieferte Aussage von Manfred Gerlach, der in einer Weihnachtsberatung mit Bezirksvorsitzenden 1987 wohl sagte: „Dann gründen Sie doch Jugendbeiräte, wie sie 1951/52 aufgelöst worden sind.“ Da kam natürlich von den perfekten Verwaltern des Apparates die Frage, wo denn da der Beschluß dazu sein. Es ist aber nie ein Beschluß dazu gefaßt worden, was wahrscheinlich die Gründung der Jugendbeiräte überhaupt möglich gemacht hat. Und dies neue Gremium ist auch nicht durchgängig als Jugendbeirat bezeichnet worden. Der erste Jugendbeirat wurde 1988 im Frühjahr – die Gründungsurkunde beläuft sich auf Oktober 1988 – in Rostock ins Leben gerufen. Dort ermöglichte ein sehr geschickter Kreisvorsitzender, Herr Dr. Ortleb, durch seine persönliche Autorität, sozusagen „unter seinem Mantel“, daß eine ganze Reihe junger Leute, die später auch in andere Parteien gegangen sind, sich schon sehr frühzeitig in diesen Jugendbeiräten zusammenfinden konnten.

Was waren die Themen in diesen Jugendbeiräten – außer der großen Frage, was machen wir eigentlich anders bei uns, was ist anders? Was wollen wir? Es waren Fragen der Ökologie, es waren Tabu-Themen, es waren Fragen nach dem Wahlsystem – unter dem Motto „Das sind doch keine demokratischen Wahlen!“ wurde dieses Thema seit 1988 massiv in den Jugendbeiräten diskutiert –, und es waren kulturelle Fragen, z. B. konnten junge Künstler, die nicht ausstellen durften, durch die Hilfe von Mitgliedern der Jugendbeiräte

dann in den Geschäftsräumen der LDPD Ausstellungen machen, oder es traten hier Liedermacher auf.

An wen wandte man sich, außer an die eigenen Jung-LDPD-Mitglieder? Es waren dann noch die parteilosen Kinder und Jugendlichen der Parteimitglieder. Es war nur möglich, in bescheidenen Aushängen unmittelbar vor der Tür der Geschäftsstellen zu werben. Platz in der Presse gab es natürlich bis in das Jahr 1989 für diese Aktivitäten nicht. Ich hab mich jetzt völlig von meinem Manuskript gelöst; ich will aber noch die weiteren ersten Jugendbeiräte nennen, die in der DDR damals entstanden sind. Das war in Lichtenberg, in Friedrichshein, das war in Jena, in Großenhain, in Meißen, in Dresden und in Bad Freienwalde. Es ist auch noch der Aspekt zu erwähnen, daß diese Gründungen von Jugendbeiräten natürlich der „führenden Kraft“ und all ihren Organen, die zur Verfügung standen, kein Vertrauen eingeflößt haben. Es hat zunehmend – insbesondere bei den sogenannten „offiziellen“ Besuchen von Vertretern des Ministeriums für Staatssicherheit bei den Bezirksvorsitzenden – spezielle Fragen nach diesen Gründungen gegeben. Es wurden Namen erfragt von den Bezirksvorsitzenden. Ich muß dazu sagen, daß ich im Rahmen meiner Untersuchung einen Fragebogen an die Bezirksvorsitzenden ausgesandt habe, der leider nur von einem der 16 Bezirksvorsitzenden beantwortet worden ist, was mich natürlich nicht sehr weit bringt. Aber wir wissen das aus Gesprächen mit Sekretärinnen, die die Vorzimmer gehütet haben, mit denen ich ganz mühselig viele, viele Interviews geführt habe: Es gab ganz spezielle Fragen zur Gründung von Jugendbeiräten, weil man natürlich mit einem Verfall der sogenannten einheitlichen Massenorganisation für die Jugend auch eine zentrale Weichenstellung in der künftigen Zusammenarbeit mit den anderen Parteien gesehen hat. Das muß man einfach sehen, und das halte ich durchaus für ein kleines Steinchen auf dem Weg zur Veränderung. Irgendwo her, außer aus der evangelischen Kirche, müssen ja die vielen jungen Leute auch gekommen sein, die dann ganz massiv, ganz frühzeitig dazu beigetragen haben, daß die Wahlfälschung aufgedeckt worden ist, daß Proteste und Unterschriftensammlungen gegen das Verhalten von Egon Krenz anlässlich der Studentenunruhen in Peking zustande gekommen sind. Ich bin der Auffassung, daß hier gerade die Initiativen um die Jugendbeiräte der LDPD herum ein bescheidenes Steinchen gewesen sind. Vielleicht soweit. Ich stehe gerne noch für Fragen zur Verfügung.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Steinborn. Man merkt geradezu, wie es aus Ihnen herausprudelt und Sie noch viel zu sagen hätten. Der Blick auf die Uhr läßt wahrscheinlich alle erschrecken. Ich weise darauf hin, daß Herr Graumann um 15.30 Uhr aus Fahrplangründen gehen muß. Erste Nachfragen und Antworten sollten bitte deswegen an ihn gehen bzw. von ihm kommen, soweit gewünscht. Insgesamt denke ich, daß wir wegen der Disziplinlosigkeit heute morgen schon aus Höflichkeitsgründen,

um etwas wieder gutzumachen, uns doch noch selber in die Disziplin nehmen sollten. Ich habe erste Meldungen: Herr Kahl und dann Herr Schmieder.

Abg. Dr. Kahl (CDU/CSU): Die CDU hatte ja das „C“ in ihren Zeichen. Sie grenzte sich damit ganz bewußt ab gegen die offizielle Staatsdoktrin des Marxismus-Leninismus. Stimmen Sie mit mir überein, die die SED gegenüber der CDU ein ganz besonderes Mißtrauen hatte und daß dies unter anderem darin zum Ausdruck kam, daß CDU-Mitglieder beispielsweise keinen Zugang zu Kampfgruppen hatten? Zweitens: Stimmen Sie mit mir darin überein, daß in aller Regel die Mitgliedschaft in der CDU eher der Karriere nachteilig gewesen ist, als daß sie sie befördert hat, und daß eine Vielzahl von Positionen für CDU-Mitglieder überhaupt nicht in Frage kam? Wenn beispielsweise auf Kreisebene bestimmte Funktionen übernommen werden konnten, dann waren das in aller Regel solche Funktionen, die mit einem Negativ-Image behaftet waren, beispielsweise öffentliche Versorgungswirtschaft, Wohnungswesen, um dann die CDU als eine Art Blitzableiter darzustellen?

Hans-Jörg Graumann: Zunächst einmal ist das richtig. Das war im Wesen der Sache inbegriffen, daß die SED, insbesondere gegenüber der CDU, besonderes Mißtrauen hegte. Es ist wahr, daß CDU-Mitglieder aus solchen Dingen wie der Kampfgruppe ausgeschlossen wurden – in der Tat für manches CDU-Mitglied eine positive Sache. Viele sind ja in die Kampfgruppe aus nicht nur schlechthin parteilicher Überzeugung gegangen; es hing da ja auch ein Stück Rente 'dran, wenn man mal ehrlich sein will. Was die Karrieregeschichte anbetrifft, es ist so, daß junge Leute in der Tat glaubten – nicht nur in der CDU, auch in anderen Parteien –, Karriere machen zu können, was sich selbstverständlich im Laufe der Zeit als Trugschluß erwies. Und diejenigen, die tatsächlich Funktionen erhielten, die also auch über lange Entwicklungswege geschult wurden, sozusagen zur Nomenklatur gehörten, die wurden gezielt ausgesucht. Ich meine nur, gemessen an einem so kleinen Kreis wie Gräfenhainichen, war das schon was, in dem Rat des Kreises zu arbeiten und dort die Funktion des „Mitglied des Rates für Umwelt, Wasser und Energie“ einzunehmen. Also, das bedeutete schon etwas. Das hieß in so einem Kreis, gesellschaftlich privilegiert zu sein gegenüber anderen, Vorteile zu haben. In der Tat war es natürlich auch so, daß bestimmte Abhängigkeiten untereinander entstanden und daß natürlich auch dann aufgrund der Mangelwirtschaft Leuten untereinander Dinge zugeschoben worden sind, zu denen andere keinen Zugriff hatten.

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Ich darf noch einmal auf den Beitrag von Herrn Graumann eben eingehen. Sie haben ja vorhin gesagt, daß es im wesentlichen zwei Motive, in eine Blockpartei hineinzugehen, gab. Das war zum einen die Flucht vor der SED, und zum anderen war es das in den Blockparteien wirkende Prinzip der „innerparteilichen Hilfe“. Das war sicher richtig; dadurch haben einige Leute eine bestimmte Nische ausgenutzt. Das, was für die CDU

galt, was Sie ja zugestanden haben, das galt auch für die LDPD. Das war eines der wichtigsten Werbeargumente, die man überhaupt hatte, daß man den potentiellen Mitgliedern sagen konnte: „Wenn Du in die und die Partei gehst, kannst Du absolut sicher sein, daß Du nie zur Kampfgruppe gezogen wirst, daß Du nie angesprochen wirst.“ Weil – und das ist aus meiner Sicht doch ein Punkt, der es verdient festgehalten zu werden – weil die Mitglieder einer Blockpartei ein gewisses Sicherheitsrisiko waren aus der Sicht der SED. Dann darf ich noch dazu sagen, daß es sicherlich zutreffend ist, die gemachte Aussage in Richtung „Karriere“ zu treffen, für einige hat es sich erfüllt, für andere nicht, das kann man so stehenlassen. Aber man muß natürlich genauso mitbenennen, daß die Mitglieder der LDPD – und ich beziehe da auch die CDU mit ein – von vornherein wußten, daß für sie in gewisser Weise in bestimmten Berufen Berufsverbot besteht. Beispielsweise wurde kein Mitglied einer Blockpartei bei der Wismut eingestellt. Das muß man ganz eindeutig hier mal mitsagen. Ich denke, daß man mit derartigen Bemerkungen vielleicht das Bild, was heute morgen hier entstanden ist, ein kleines bißchen korrigieren kann. Zu den Zugeständnissen der SED in Richtung Blockparteien: daß bestimmte Funktionen von Blockpartei-Mitgliedern besetzt werden durften, wie z. B. die des Oberbürgermeisters von Weimar oder des Generaldirektors des Mansfeldkombinates, ist sicherlich so gewesen. Aber das hatte auch Herr Ulbricht schon gesagt, als er angetreten war: „Genossen, wir müssen alles von Anfang an fest im Griff haben, aber schön demokratisch muß es aussehen!“ Genauso hat sich das geäußert und dokumentiert. An dieser Stelle möchte ich aus eigenem Erleben heraus – ich war Mitglied der LDPD, bin 1982 eingetreten, dürfte also eigentlich laut Herrn Eppelmann gar nicht hier sitzen – noch etwas anmerken. Für mich hat es andere Motivationen gegeben, nämlich beispielsweise, daß man in der LDPD tun und lassen konnte, was man wollte. Da gab es keine Tabus. Das sage ich ganz einfach hier. Daß es dort eine Ausrichtung auf den Marxismus gab, wie das Frau Fischer erwähnt hat, kann ich für die LDPD in Chemnitz nicht bestätigen. In Chemnitz haben wir in einer Ortsgruppe der LDPD 1987, also weit vor der Wende, uns darauf verständigt, daß die Namensgebung von Chemnitz zu Karl-Marx-Stadt ein Riesenfehler gewesen war 1953. Man war bemüht, 1987 eine Rückumbenennung vorzunehmen. Da sind Veranstaltungen innerhalb der Partei gewesen, und da hat es keine Reglementierung gegeben durch Leute von außen. Ich allerdings, ich habe 1988 einen Vortrag gehalten über Probleme, Anliegen und Barrikaden der Perestrojka. Das hat mir eingebracht, daß der Bezirksvorsitzende der LDPD von Karl-Marx-Stadt zum damaligen ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, Siegfried Lorenz, bestellt wurde, und dort verlangt wurde, daß ich aufgrund dieser Geschichte aus der Partei auszuschließen war. Der damalige Bezirksvorsitzende hat mir gegenüber später erklärt, er hätte dort gesagt: „Also wissen Sie, was wir auf unseren Veranstaltungen machen, ist unser Problem! Was den Schmieder angeht, wir

werden uns drum kümmern.“ Ich hatte danach dann Redeverbot. Ich durfte in LDPD-Veranstaltungen nicht mehr auftreten; allerdings, als Gast ist mir nie das Rederecht entzogen worden. Ich konnte also trotzdem meine Meinung sagen, aber ich durfte nicht als Redner in Erscheinung treten.

Ich darf an der Stelle noch einbauen, daß ich im Vorfeld der Anhörung heute die Gelegenheit genutzt habe, mit einigen Damen und Herren aus dem Parteivorstand der LDPD zu sprechen, weil mir bekannt war, daß die Personen, die wir angesprochen hatten, heute verhindert waren. Ich habe die Möglichkeit, ein Protokoll von diesen Gesprächen zu erstellen. Wenn das gewünscht wird, wäre ich gerne bereit, das hier als Anlage mit zu Protokoll zu geben. (Anlage 3) Des weiteren liegt mir ein schriftlicher Bericht von Herrn Bogisch vor, der ursprünglich als zu Befragender vorgesehen war, der sich aber für den heutigen Tag entschuldigen läßt. Diesen Bericht könnte ich gleichfalls mit beisteuern. Darin werden Sie viele Anregungen finden, die auch in die Richtung gehen, was Herr Steinborn angesprochen hat, z. B., daß die Gründung der Jugendbeiräte eine Gerlach-Initiative war u. a.m. Gerlach wird darin in seiner gesamten Vielschichtigkeit dargestellt. Wir haben ja jetzt inzwischen Berichte gefunden, in denen Gerlach im Jahre 1952 Hans Loch diffamiert, denen zufolge er 1964 im Vorgang zu einer sogenannten Blocksitzung praktisch den Standpunkt der LDPD verraten hat. Das muß konstatiert werden. Auf der anderen Seite war es eben auch Gerlach, der bestimmten Menschen eine Identifikationsfigur war, der in bestimmter Weise anderen Leuten mit seiner Haltung Freiraum geboten hat. Das gehört ganz einfach zu der Person mit dazu.

Herr Blaschke hat vorhin die Frage aufgeworfen – und Sie gestatten mir zum Abschluß, noch kurz darauf einzugehen –, was geworden wäre, wenn sich die bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen hätten, bis hin zur offenen Konfrontation. Ich habe von Herrn Bogisch eine Antwort mitgebracht, wie er das gesehen hat. Warum ist Külz in den Block eingetreten oder hat zugestimmt, daß die Partei in den Block geht? Also für ihn war der Block ein Zeichen von Läuterung und Selbstbeschränkung der KPD. Er hat also versucht, dort, im Block, eine Dominanz der bürgerlichen Kräfte herbeizuführen. Das hat allerdings wenig genutzt, man sieht das auch am Beispiel der Bodenreform und der Schulreform, die durchzogen worden sind, eigentlich noch weit vor der sogenannten „Zwangsvereinigung“ 1946. Im Gegensatz zur LDP, die damals relativ allein gestanden und gekämpft hat, hat eine andere Partei, die jetzt oft in Anspruch nimmt, daß sie nur aus „Saubermännern“ besteht, selbst der Bodenreform zugestimmt und hat sich auch nicht gewehrt, als über den Ostteil Deutschlands die Schulreform hereinbrach. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Danke, Herr Schmieder. Herr Krause, bitte.

Abg. Krause (Bonese) (CDU/CSU): Ist das nur in der Altmark so gewesen

oder kann allgemein gesagt werden, daß die Bauernpartei ihre Basis vor allem bei den Bauern und den Verantwortlichen der damaligen LPG des Typs 1 hatte? Ich weiß aus meiner Tätigkeit als Tierarzt, daß die, die in der Bauernpartei waren, also Kleinbauern mit etwa 10 Hektar Land, bis Anfang der siebziger Jahre als „LPG-Typ-1-Bauern“ nicht nur 16 Stunden arbeiten durften, sondern auch für sich bis zu sechsstelligen Summen mit über die Währungsunion gerettet haben. Ist es allgemein so gewesen, daß man sagen kann, die SED-Kader hatten unter dem Motto „Industriearbeiter auf das Land“ von Anfang an ihre Domäne in den Großbetrieben, und daß andererseits in der Bauernpartei eben doch das bodenständige Bauerntum vertreten war, oder sind das nur subjektive Beobachtungen von mir? Vielleicht kann Herr Junghanns dazu etwas sagen.

Abg. Ulrich Junghanns (CDU/CSU): Es war so, daß es aus der Entwicklung der Bauernpartei heraus wirklich eigentlich die Landeinbringer, die Inventareinbringer waren, die zu Anfang die soziale Struktur bildeten. Die letzten Mitgliederstatistiken, die mir bekannt sind, lassen die Differenzierung nach Eigentumsverhältnissen und Eigentumsstatus nicht mehr erkennen, das wurde sehr schnell beseitigt. Das gab es nur am Anfang, daß man nachvollzogen hat, was war denn das für ein Bauer. Es wurde dann nicht mehr erfragt; das hatte auch etwas damit zu tun, daß die Eigentumsbedeutung immer weiter zurückgedreht worden ist. In der letzten DBD-Statistik wurden etwa 65 bis 70 % Mitglieder aus der sogenannten Landwirtschaft im weitesten Sinne registriert. Ich sage sogenannte, weil da ja viel mehr dranhing, als die eigentliche Arbeit von Bauern. Es war aus meiner Erfahrung so, daß dort, wo Bauern die Grundlage gebildet haben für die parteilichen Organisationen, diese am stabilsten waren. Und die hatten wirklich auch separate Themen. Ständige Themen waren bei den Bauern immer die Frage des Inventarbeitrages, der überzählig eingezahlt wurde und nicht zurückgezahlt worden war, die Sicherung des Eigentums und der Umgang mit dem Eigentum. Und da gab es – das ist richtig, wie Herr Abg. Krause festgestellt hat – im Grunde genommen die stärkste innere Bindung, so wie das die Kollegen hier als Solidarisierung untereinander empfunden haben.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Bitte, zuerst Herr Dehnel, dann Frau Fischer.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Herr Graumann, Sie haben gesagt, daß die Blockparteien sehr eingebunden waren von der SED. Gab es auch eine Strategie gegen die Blockparteien? Wie mir nämlich bekannt wurde, waren ja die Blockparteien im Auftrag der SED auch mit Stasi durchsetzt. Warum? Weil es eben auch viele kritische Stimmen in den Blockparteien gab. Das sehe ich als Strategie gegen die Blockparteien, die die SED inszeniert hat.

Abg. Frau Fischer (SPD): Ja, ich wollte noch mal Herrn Schmieder, der nun leider gerade geht, sagen, daß wir uns heute total mißverstehen. Meine Behauptung war die, daß auch die Mitglieder der Blockparteien an den

politischen Parteilehrjahren teilnehmen mußten. Und dort wurde vorrangig ML studiert. Deswegen die Frage an Herrn Graumann: Ist Ihnen bekannt, daß Schulungen und politische Weiterbildung extra und speziell für Mitglieder der Blockparteien über die SED liefen und in welcher Form?

Hans-Jörg Graumann: Zunächst einmal zu den Bemerkungen von Herrn Schmieder. Ich habe den scheinbaren Eindruck, daß rings um mich nur Widerstandskämpfer sind. Es tut mir leid, aber es kann nicht immer so gewesen sein, daß alle in 40 Jahren DDR nur gegen das System moniert haben und gegen das System angekämpft haben. Der Großteil, wie gesagt, hat tüchtig mitgemacht, und für den war es in der überwiegenden Mehrheit der Jahre völlig klar, was anderes als diesen Sozialismus kann es nicht geben, wir müssen vielleicht nur einmal hier und da eine kleine Veränderung vornehmen, damit er lebenswerter wird. Das zunächst mal.

Was die Partearbeit in den Blockparteien selbst anbetraf, es scheint zwar so, daß hier immer tiefgründige politische Diskussionen stattgefunden haben, die vielleicht darauf gerichtet waren, mittels der Erfahrung des einzelnen zu sagen, wie kann man es anders machen, wie kann man denn gegen die SED-Politik oder gegen wen auch immer vorgehen. Ich behaupte hier, 90 % der Diskussionen – egal ob in einer befreundeten Partei oder in der SED – drehten sich um ökonomische Probleme. Es ging um die Lösung von zum Beispiel Ersatzteilfragen, um die Versorgung der Tierärzte in der Landwirtschaft mit Medikamenten, mit Serum oder Düngemitteln, wenn ich mal von der Landwirtschaft ausgehen kann. Da spielten wohl grundlegende politische Überlegungen nicht im geringsten eine Rolle.

Eine dritte Bemerkung. Daß natürlich die Struktur gewährleistet sein mußte und die DBD auch die überwiegende Mehrheit an Genossenschaftsbauern zu integrieren hatte, das ist wohl wahr. Es ist richtig, daß der Grundsatz der SED darin bestand, die Kommandostellen der Wirtschaft zu besetzen. Da gab es im Grunde genommen, wenn auch nicht ausgesprochen, einen Stufenplan. In der Großindustrie mußten die SED-Gruppen ganz stark präsent sein. In der Landwirtschaft – mit den Leuten der DBD gab es ja ohnehin die wenigsten Sorgen – da war man sich fast sicher, daß bis auf ein paar Probleme, die mit Versorgungsproblemen zusammenhingen, doch keine Oppositionen entstehen konnten. Die waren ja wirklich echte Politiker im Sinne der SED-Politik.

Zur Strategie gegen die Blockparteien; es tut mir leid, ich kann aus kreislicher Sicht nicht sagen, daß es eine direkte Strategie gegen Blockparteien gab. Es gab mitunter Dinge, wo Sekretariate sich darüber unterhielten, wie kann man die eine oder andere Partei beeinflussen, wenn z. B. ein Kreissekretär zu weit vordrängte, wenn er in Anleitung durch die SED Dinge sagte, die zuvor keiner gesagt hatte. Das passierte auch hin und wieder. Manche konnten das lange tun, manch einer konnte das nicht so lange tun, das war ja territorial sehr unterschiedlich. Das hing auch ein bißchen von der Flexibilität manch

anderer Dinge ab. Aber direkte Strategien, daß man gesagt hat, wir müssen uns jetzt einmal auf diese Partei einschließen, um sie mundtot zu machen oder zu untergraben, das kann ich nicht nachvollziehen.

Was nun die Schulungen anbetrifft, ist es so, daß in den Schulungen ein Parteilehrjahr durchgeführt wurde, an dem alle Lehrer teilnehmen mußten. Das war nun mal eine marxistisch-leninistische Schulung. Anders ging das nicht. Es gab ein Beauftragensystem in der Partei; es haben an den Schulungen also auch Vertreter der SED-Kreisleitung teilgenommen. Immer dort, wo die Ideologie entscheidend war oder wo man einschätzte, daß die Ideologie am entscheidendsten war, dort wurden direkt Genossen des Apparates oder der Parteiapparate – das war im Bezirk auch so – hingeschickt, zum Beispiel Juristen zu den Bezirksanwaltskammern und was weiß ich nicht alles. Ich habe mir sagen lassen von Mitgliedern befreundeter Parteien, daß an ihren Schulen, die politische Schulen waren, auch Gastlektoren der SED aufgetreten sind und grundsätzlich zur Politik der SED Vorträge gehalten haben. Das ist mir bekannt, was anderes kann ich jetzt hier nicht nachvollziehen.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch vier Meldungen. Ich würde vorschlagen, daß wir es dabei belassen. Als erster bitte Herr Fricke, dann Frau Dr. Wilms, Frau Michalk und Herr Steinborn.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe zwei Fragen, einmal an Herrn Graumann und einmal an Herrn Gerber, die beziehen sich beide zunächst einmal auf das innerparteiliche Informationssystem. Wie war das denn in der CDU, was war Gegenstand der Berichte, die nach oben gegeben wurden? Waren das nur innerparteiliche Fragen oder wurden auch zum Beispiel politische Einschätzungen über die Stimmung in der Bevölkerung gegeben? Gab es, das ist die Frage an Herrn Graumann, gab es etwas ähnliches innerhalb der SED? Eine Zusatzfrage noch an Herrn Graumann: Wie waren eigentlich die Kontakte zwischen dem Sekretariat der Kreisleitung der SED und der Kreisdienststelle des MfS? Gab es regelmäßige Zusammenkünfte zum Beispiel zwischen dem ersten Sekretär der Kreisleitung der SED und dem Leiter der Kreisdienststelle des MfS, und wie war die Zusammenarbeit auf der Ebene des Kreises in den Einsatzleitungen?

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Wenn Sie entschuldigen, ich hatte Herrn Hilsberg eben übersehen. Herr Hilsberg, bitte.

Abg. Hilsberg (SPD): Vielleicht eine ganz kurze Vorbemerkung, weil da heute Mißtöne aufgetaucht sind. Es geht mir – oder uns – wirklich nicht darum, über irgendetwas zu richten. Es geht auch in der ganzen Enquete-Kommission nicht darum zu richten, sondern es geht darum, Fakten zu sammeln und die nicht zu bewerten, aber die Zusammenhänge darzustellen. Das ist eine objektive Grundlage, auf der man arbeiten kann. Gelegentlich wird es dann natürlich so sein, daß Darstellungen von Zusammenhängen wie Wertungen wirken. Das

kann man gar nicht ausschließen. Es ist wahrscheinlich dann noch eher bitter, wenn diese Bewertungen von den Subjekten nicht nachvollzogen werden. Aber ich glaube, darüber kann man dann reden. Es geht aber nicht darum, hier in erster Linie nur seinen eigenen Standpunkt, seine eigene Meinung geltend zu machen. Ich will nur noch sagen, was mein eigenes Verhältnis betrifft, weil ich glaube, daß das wichtig ist, ich werfe nie jemandem vor, auch wenn das aus meiner eigenen oppositionellen Haltung so möglich wäre, was er als Person gemacht hat. Ich meine, wir haben immer gegen das System gearbeitet, nie gegen Personen in erster Linie. Das Verhältnis zu den Personen richtet sich aber danach, welches Verhältnis sie ihrerseits zum System innehatten. Das ist auch der Punkt, wo man anfängt, jemanden in Frage zu stellen. Um diese Fragen wird man überhaupt nicht herumkommen. Ich hielte es auch für besser, wenn einzelne, die das betrifft, auch in der Lage wären, diese Fragen an sich selbst zu stellen. Aber sie müssen bereit sein, und nur sie allein können das, auf diese Fragen einzugehen und diese Fragen ernst zu nehmen. Ich würde gerne hoffen, daß die Enquete-Kommission ihrerseits dazu einen Beitrag leisten kann, weil es uns allen überhaupt nicht entgegenkommt, wenn hier etwas unter den Teppich gekehrt wird, wenn diese Verdrängungsprozesse, die wir zur Zeit erleben, weiter so fortgesetzt werden. Also, das ist der Punkt.

Meine Frage vor allem an die Vertreter der Blockparteien: Waren Sie sich eigentlich bewußt, welchen Nimbus die Blockparteien in der Bevölkerung hatten, bei denjenigen, die in keiner Partei waren, bei Arbeitern und denen, die sich politisch nicht betätigt haben? Waren Sie sich bewußt darüber, daß Blockparteien als Teil des Systems gewertet wurden? Waren Sie sich auch darüber bewußt, welches Unrecht in diesem DDR-Staat stattgefunden hat? Speziell an Herrn Steinborn noch eine Frage: Es gab ja die letzte Verstaatlichung 1972: Es waren ja die ganzen privaten, dann halbstaatlichen Betriebe, die 1972 verstaatlicht wurden. Und das war doch vor allen Dingen Klientel der LDP, nämlich Handwerker. Wie ist denn das eigentlich verarbeitet worden in der eigenen Partei? Plötzlich kam man doch in einen Konflikt. Ich will das darauf begrenzen.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Zu Ihrer Bemerkung, Herr Hilsberg. Ich denke, man kann Referate danach beurteilen, ob man die Fakten richtig bewertet findet oder nach eigener Meinung Fakten fehlen oder Fakten hinzukommen müßten, aber ich finde, so wie das heute morgen zum Teil zum Ausdruck gekommen ist, man kann sich nicht über den Referenten sozusagen erheben. Das ist die entscheidende Frage.

Ich hätte zwei Fragen an Herrn Graumann und dann an Herrn Rißmann. Herr Graumann, gab es einen Unterschied, da ich „Wessi“ bin, entschuldigen Sie bitte die in Ihren Augen wahrscheinlich naive Frage, gab es einen Unterschied zwischen der Parteiversammlung und der Parteischulung im Alltag? Zweite Frage: Sie haben in meinen Augen eben etwas leicht gesagt, wir haben doch

nur über ökonomische Fragen diskutiert. Ja waren denn diese ökonomischen Fragen nicht letztlich auch Ausfluß des politischen Systems? Standen nicht hinter der Diskussion der ökonomischen Fragen sehr wohl auch politische Zielrichtungen? Ich hätte gerne von Herrn Reißmann noch einmal gewußt: Was wurde nach Ihren Recherchen in den CDU-Schulungen vermittelt? Was waren die Sujets, was waren die Themen, was wurde zentral in Burgscheidungen und – vielleicht kann das Herr Gerber sagen – was wurde auf Ortsebene in solchen Vortragsabenden oder Schulungsabenden vermittelt und diskutiert?

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich schließe mich mit meiner ersten Frage an Frau Dr. Wilms an. Herr Graumann, diese Sache, daß praktisch sehr viel über ökonomische Dinge diskutiert wurde, die Versorgungsprobleme eigentlich den Alltag auch in der Partei bestimmten, ist richtig. Aber es war doch eine politische Diskussion deshalb, weil ja diese ökonomischen Probleme dadurch verursacht worden sind, meiner Ansicht nach jedenfalls, ich habe es so erlebt, daß bestimmte Schlüsselpositionen auch auf Kreisebene, zum Beispiel im Rat des Kreises, mit Menschen besetzt worden sind, die dazu gar nicht fachlich in der Lage waren. Aber sie hatten eben das nötige Parteiabzeichen. Können Sie sagen, was Sie auf Kreisebene, auf der Partiestrecke der SED, an Einfluß hatten? Konnten Sie vielleicht doch noch irgendwo annähernde Fachleute einsetzen, um Schaden zu begrenzen, oder hatten Sie als Kreisebene da überhaupt keinen Einfluß? Die zweite Frage hätte ich gerne an Herrn Gerber gerichtet. Vielleicht könnten Sie, Herr Gerber, nochmal aus Ihrer praktischen Arbeit ein, zwei Beispiele sagen, in denen es sich gelohnt hat, wenn zum Beispiel Anregungen über die Ortsgruppen gekommen sind, im Kreis diskutiert worden sind. Konnte man vielleicht doch noch etwas gegen den erklärten öffentlichen Willen der Bezirksebene durchsetzen? Meine Frage geht dahin, ob es wirklich so absolut stimmt, wie ich es hier heraushörte, daß die vielen kleinen Initiativen von unten absolut nichts bewegt haben. Vielleicht könnten Sie mit ein, zwei Beispielen aus Ihrer langjährigen Arbeit zeigen, daß es dennoch für den politischen Alltag der Menschen vor Ort von Bedeutung war, daß sich Leute engagiert haben?

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ja, ich habe noch eine halbe Frage offen an Herrn Gerber. Wenn Sie solange Geschäftsführer waren, wie war dann Ihr Verhältnis zu den vielen Bezirksvorsitzenden – ich weiß nicht, wieviele es waren? War das nicht getrübt, wenn Sie so aufrecht waren, und haben Sie irgendwelche Auszeichnungen bekommen von der damaligen Führung?

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Herr Graumann zuerst zur Antwort, bitte.

Hans-Jörg Graumann: Ja, dankeschön. Zum innerparteilichen Informationssystem: Eine Partei, die den Führungsanspruch verwirklichen will, die beansprucht, die führende Rolle der Arbeiterklasse zu verkörpern oder wie auch immer, wird selbstverständlich nicht nur über bestimmte Details berichten,

sondern da spielte der Informationsfluß, die Einschätzung der politischen Lage in der Bevölkerung eine ganz große Rolle. Es wurde also allumfassend „eingeschätzt“. Die Aufgliederung des Parteiapparates war so, daß die Abteilung „Agitation/Propaganda“ ihre monatlichen Berichte über die Lehre und die Kulturpolitik etc. schreiben mußte, daß die Abteilung „Landwirtschaft“ über die Landwirtschaft zu allen ökonomischen und auch politischen Problemen, die zwischen den Genossenschaftsbauern auftraten, schrieb etc. – ich will das nicht alles nachvollziehen –, und das wurde dann zum Gesamtbericht verdichtet. Der Gesamtbericht wurde absegnet durch die Sekretariate der Kreisleitung. Waren es Dinge, die politisch zu beeinflussen waren durch die Kreisleitung selbst, so wurde manches weggelassen, damit nicht die „Retourkutsche“ kam, waren es Dinge, die woanders herkamen, also z. B. Ersatzteilprobleme, wenn es nicht mehr anders ging, wurden die angesprochen. Dann gleich noch ganz kurz etwas zu den ökonomischen und politischen Fragen: Selbstverständlich sind ökonomische Fragen zutiefst politische Fragen. Es war natürlich schon ein Barometer, ob die Ökonomie lief, ob sie florierte oder ob sie nicht florierte. Wenn die Versorgung nicht mehr gelöst wird, wenn das Brot im Lebensmittelladen nachmittags um vier nicht mehr da ist, dann sind das zutiefst politische Fragen. Das war schon von Interesse, auch wenn oftmals nicht die notwendige Lösung vorhanden war.

Kontakte zwischen SED und MfS waren einerseits sehr tiefgründig, muß ich sagen, aber es gab sicher auch eine gewisse Rivalität zwischen dem ersten Sekretär und dem Chef des MfS. Ich weiß nicht, was auf dieser Strecke gelaufen ist, ich habe mit diesen Dingen wenig zu tun gehabt, eigentlich überhaupt nichts. Ich nehme an, daß der Chef des MfS aufgrund der Tätigkeit der IMs usw. tiefgreifende Informationen besaß, was eigentlich wirklich läuft. Die wurden zum Großteil offensichtlich auch weitergemeldet nach oben. Ob die der erste Sekretär immer wußte, dafür möchte ich mich heute nicht verbürgen. Ich glaube es nicht. Wenn er sie kannte, hat er viele unter den Tisch fallen lassen, weil es ja wieder ein Licht auf ihn warf, wie gut er war als politischer Leiter in einem Territorium wie dem Kreis. Und das betraf bestimmt eine Bezirksleitung genauso. Selbstverständlich mußte auch eine Zusammenarbeit gewährleistet werden; schließlich war der erste Sekretär der Chef der Kreiseinsatzleitung, zu der ja unter anderen der Chef des MfS und der Chef der örtlichen Polizei gehörten.

Unterschiede zwischen Parteiversammlungen und Parteischulung bestanden. Es gab die Mitgliederversammlung, und es gab das Parteilehrjahr: das waren zwei Dinge, die sehr unterschiedlich waren. Während sich die Mitgliederversammlungen im großen und ganzen mit den Dingen des täglichen Lebens befaßten, war das Parteilehrjahr dazu angetan, marxistisch-leninistische Grundkenntnisse zu vermitteln, und das war in der Mehrzahl ganz stinklangweilig. Die Parteilehrjahre waren immer die am wenigsten besuchten Veranstaltungen,

wofür es meistens Kritik an jeder Grundorganisation gab. Die Parteisekretäre sollten Anstrengungen unternehmen, damit die besser besucht werden, weil ja damit politisch-ideologische Voraussetzungen geschaffen werden sollten.

Zu einer letzten Frage – ich muß mich dann verabschieden, ich bitte das zu entschuldigen –, was die Frage der Kreisleitung und der Fachleute anbetrifft. Ich möchte nicht den Eindruck entstehen lassen, daß alle diejenigen, die als Genossen in leitenden Funktionen waren, Nietens waren. Das war zweifelsohne nicht so. Es gab Leute, die leitende Funktionen besetzten und absolute Fachleute waren. Und manch einer, muß ich sagen, der sein Talent frühzeitig erkannt hatte oder dem man zu erkennen gegeben hat, daß er ein Talent war, hatte natürlich nur eine einzige Chance, seine Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen, indem er Mitglied der SED wurde, weil er sonst nie an die entsprechende Position gekommen wäre. Also so zu sehen ist die Frage, ob die Kreisleitung gewissen Einfluß hatte. Sie konnte Fachleute, die wirklich Fachleute waren, von ihrer Funktion abberufen, um diese Stellen mit Leuten zu besetzen, die mehr „Ja-Sager“ waren, es gab aber auch in kritischen Situationen Beispiele, wo Kreisleitungen dafür gesorgt haben, daß laienhaftes Wirken nicht toleriert wurde, sondern daß da wirklich Fachleute an entsprechende Positionen gebracht worden sind. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Graumann, Ihnen ganz besonders herzlichen Dank, und ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Herr Gerber als nächster, bitte.

Fritz Gerber: Zur Frage der Diskussionen in den Mitgliederversammlungen und daß dort nur überwiegend ökonomische Fragen besprochen wurden. Ich würde dagegenhalten, daß wir Wert darauf gelegt haben, daß wir sehr stark ideologische Fragen ins Gespräch mit unseren Menschen hineintrugen. Die Frage nach der kommunistischen Erziehung der Jugend – ja oder nein – kann ich heute mit ruhigem Gewissen beantworten, indem ich sage, ich glaube, meinen Teil dazu beigetragen zu haben, in unserem Kreis und unter den 52 Ortsgruppen. Zur Frage der Schulungen auf Ortsebene und auf zentraler Ebene. Ich würde das nur mit einem Lächeln abtun. Das, was von der zentralen Ebene herausgegeben wurde, kam zwar unten an, aber es wurde als Schulungsmaterial mehr oder weniger zur Seite gelegt. Ich kenne einen Betriebsleiter, der hatte die ganzen Hefte immer auf dem Schreibtisch liegen, unter dem Blickwinkel, wenn er Besuch hatte, dann sollte der sehen, daß er fleißig war. Sonst aber bitte beurteilen Sie zumindestens für unseren Bezirk – und da erlaube ich mir, über den Kreis hinaus zu sprechen – die Schulung in der Ortsebene nicht bloß als ideologische Beeinflussung. Mir haben sie mehr genützt, um Dinge zu besprechen, die uns alle bewegten. Und das waren nicht zuletzt ideologische Fragen.

Zur Frage, ob Vorschläge von unten nach oben durchgesetzt wurden, ob sie durchgesetzt werden konnten. Das war ja gerade ein Hauptbestandteil

unserer Arbeit, neben der ideologischen Tätigkeit, Einfluß zu nehmen auf das Wirksamwerden von Christen in örtlicher Ebene. Wir sind immer davon ausgegangen und haben immer hineingetragen: je mehr Christen in unserer Gemeinde sich an den ganzen gesellschaftlichen Entwicklungen beteiligen, um so stärker ist unser Auftreten. Und ich meine, daß wir das „C“ immer im richtigen Sinne beschrieben haben, daß wir Pfarrer hinter uns hatten mit Gemeinde und keine Pfarrer ohne Gemeinde.

Mein Verhältnis zu den Bezirksvorsitzenden – es waren fünf in diesen 41 Jahren: ich kann sagen, ich hatte zu allen ein gutes Verhältnis, oder auch umgekehrt, sie hatten alle ein gutes Verhältnis zu mir. Aber dort habe ich sehr oft eben auch gespürt: „Heute muß Du Dresche kriegen, weil noch jemand dabei ist“, aber in der Pause „Du hast mich doch richtig verstanden, wie ich das meinte?“ Also auch bei diesen Leuten wohnten zwei Seelen in einer Brust; sie wußten wohl, wann es um „die Dinge“ ging. Ich habe zum 60. Geburtstag den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze erhalten. Ich bin auch „Verdienter Aktivist“ geworden aufgrund meiner Arbeit, wobei man die kirchenpolitische Arbeit da besonders bewertete. Hier lief auch das ganze unter dem Motto – ich könnte Schreiben vorlegen –, wie es der Superintendent und Oberlandeskirchenrat Kress mir heute noch schreibt: „Bloß gut, daß wir Sie gehabt haben, damit haben wir die Zeit überstanden.“ Wir haben uns immer ausgetauscht und haben uns gegenseitig ermahnt, keiner verläßt den Boden des Vertretbaren.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Gerber. Zur Ergänzung gewissermaßen passen hierhin ja auch die Fragen von Frau Dr. Wilms an Herrn Reißmann.

Martin Reißmann: Konkret zu den Schulungsinhalten. Da gibt es natürlich die Lehrpläne. Man kann sie einteilen in vier oder fünf große Gebiete. Das ist einmal sozusagen die „CDU-Spezifik“, also die Selbstvergewisserung progressiver christlicher Traditionen, man hat sich da sehr viel mit den christlichen Sozialreformern beschäftigt, mit Friedrich Naumann und anderen, überhaupt mit dem Verhalten von Christen in der Geschichte. Zum zweiten ist die Gesellschaftswissenschaft zu nennen, aufgeteilt in die politische Ökonomie und in Grundfragen des Marxismus-Leninismus. Mehr oder weniger waren das Schulungsthemen, die aus den in den fünfziger Jahren entstehenden Lehrbüchern stammten. Drittes Gebiet war die Geschichte, die weitgehend geprägt war vom Denken des historischen Materialismus. Viertens dann die Politik, wo also aktuelle Fragen, Strukturfragen, z. B. die „Nationale Front“, die Bündnispolitik, die ja eine besondere Rolle spielte, angesprochen wurden.

Nur – wie Herr Gerber es sehr richtig sagte – diese Dinge, die von der zentralen Leitung also ausgearbeitet wurden als Studienhefte, sei es für Burscheidungen, sei es für das politische Studium, wie die nun angewandt

wurden, was der Dozent in Burscheidungen in seiner Vorlesung nutzte, ob darüber überhaupt diskutiert wurde, das steht also wirklich auf einem ganz anderen Blatt. Ich habe mich mit Dozenten unterhalten und die haben gesagt, wir haben das als Anregung benutzt und wir haben dann also die Leute auch kommen lassen mit ihren Fragen und mit ihren Bedürfnissen und es sind Diskussionen entstanden. Die Umsetzung dessen, was oben geplant wurde, die sah also oft ganz anders aus. Deshalb also auch mein Plädoyer für die Differenzierung. Wenn man jetzt nur die Lehrpläne nähme, dann würde in der Tat der Eindruck entstehen, auch im Verlaufe der Zeit, daß die „CDU-Spezifik“ immer weiter abnahm. Es gab natürlich auch Sekretariatsmitglieder, die wollten das so, weil viele Mitglieder sich hinter der CDU-Spezifik versteckten, sie als Gegenposition zu marxistischen Positionen benutzen, da wurde also bewußt gesagt, das dürfen wir nicht zulassen, aber über das, was in den Schulungsveranstaltungen stattfand, dazu fehlen uns die genaueren Quellen und Hinweise. Allein aufgrund des schriftlichen Materials das zu beurteilen, was in der Schulung lief, würde nach meinem Eindruck zu einem Fehlurteil führen, zumindestens zu einer verzerrten Sicht.

Man kann aber sagen, vom Inhalt her nahmen die marxistischen Themen zu bis Anfang der siebziger Jahre, und dann begann eine maßgeblich von Wolfgang Heyl bestimmte und initiierte Gegenbewegung, dann nahm man sich wieder mehr der christlichen Themen an. Das hängt sehr damit zusammen, daß die CDU aufgrund der neuen Position der SED zu den Kirchen jetzt befürchten mußte, ins Hintertreffen zu geraten. Sie mußte also ihren Mitgliedern auch auf der christlichen Seite mehr bieten und mußte diese Diskussion führen. Wir haben hier eine Wellenbewegung. Diese Frage kann man nicht für die gesamten vierzig Jahre beantworten, etwa so, daß es immer eine Bewegung hin zu mehr eigenen christlichen Positionen oder hin zur SED gegeben hätte. Das kam ganz auf den Bewegungsspielraum an.

Tom Steinborn: Ja, ich möchte auch gerne Antwort geben auf Ihre Fragen. Zunächst aber doch noch eine Bemerkung zu dem Begriff „Blockparteien“. Ich möchte daran erinnern, daß wir immer den Begriff in die Zeit einordnen müssen. Wenn wir fragen, warum sich 1945 die Parteien zu dem demokratischen Block zusammengefunden haben, warum zum Beispiel ein Vertreter wie Wilhelm Külz Mitbegründer des demokratischen Blocks war, und wir heute die Diskussion führen, ob wir weiterhin Külz-Namen für Straßen und Plätze in der Demokratie verwenden können, dann müssen wir uns auch die Frage stellen, warum haben wir uns denn zum Runden Tisch 1989 zusammengefunden. Das bloß noch mal als Anmerkung zu dem Begriff Blockparteien, wo er hergekommen ist und wie dieser Begriff vergewaltigt worden ist.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich möchte hier zur Sache sagen, daß Herr Külz oder Herr Hermes keine Erlaubnis bekommen hätten, die Parteien zu gründen, wenn sie nicht den Block bezogen hätten; das war Voraussetzung von

Schukow, das war Voraussetzung der Gründung, sonst hätte es die Erlaubnis zur Gründung dieser Parteien nicht gegeben. Das muß man mal deutlich sagen.

Abg. Hilsberg (SPD): Deswegen habe ich ja den Begriff Blockparteien nicht als Wertung benutzt, sondern nur als fachspezifischen Terminus, unter dem jeder versteht, was gemeint ist.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich möchte noch betonen, daß der erste Vorsitzende der LDPD Waldemar Koch war, nicht Wilhelm Külz!

Tom Steinborn: Sie haben vorhin sehr viel zum Verdrängungsprozeß gesagt; mir fällt das vielleicht aus biologischer Sicht ziemlich leicht, weil ich damals sechs Jahre alt war, als 1972 die Betriebe endgültig verstaatlicht worden sind. Ich habe mit einigen Leuten, die auf seiten der LDPD angesprochen worden sind, hier heute etwas auszusagen, etwas zu beschreiben, versucht zu telefonieren und mit ihnen zu sprechen. Die Leute haben Angst. Das hat mich ungemein berührt, daß schon wieder Menschen Angst haben, über Vergangenheit auszusagen. Ich habe hier in Bonn eine Antwort darauf bekommen warum, und zwar in einem Schuhgeschäft. Ich muß die Story einfach erzählen, weil sie mich so bewegt. Ich sehe eine Mutter mit einem Kind, und das Kind sagt in schönem breiten Sächsisch: „Mutti, auch so viele schöne Schuhe haben wir nie in der DDR gehabt.“ Und da haut die Frau ihrer Tochter ein paar hinter die Ohren: „Bist du ruhig!“ Und genau auf diesem Weg sind wir, weil wir es nicht schaffen, weil wir den Menschen ihre Biographie nehmen. Auch wenn Sie heute – sehr wohltuend für mich – versucht haben, andere Akzente zu setzen und auch ihre Position klar gemacht haben, das, was transparent wird, das ist was anderes, das ist das, was ich hier in Bonn wieder angetroffen habe.

Sie haben mich gefragt, ob wir denn gewußt haben, welches Image die Blockparteien unter der Bevölkerung hatten. Ich erinnere Sie daran, daß wir als junge Bürger, die hinter der Mauer geboren worden sind, natürlich auch nur beschränkter Geschichtsausschnitte gewahr werden konnten. Ich konnte natürlich die LDPD nur so kennen, wie ich sie 1985 vorgefunden habe und wie ich sie im Kreis Meißen angetroffen habe. Das ganze System, der ganze Staat war die Perfektion der Schizophrenität, und deshalb war dort, in der LDPD, die Schizophrenität etwas geringer, und deshalb war sie für mich annehmbarer. Das waren meine Motive, z. B. auch mit Menschen konfrontiert zu werden, die eine andere Sprache als dieses Funktionärsdeutsch gesprochen haben. Das Bemühen einer Suche nach Veränderung und nicht nach Beseitigung des gesellschaftlichen Systems von vornherein, das waren die Motive. Deshalb ist es meines Erachtens nach ungerechtfertigt zu fragen, welches Image „die“ Blockparteien hatten. Das war sehr unterschiedlich; in manchem Kreis war es die LDPD, die vielen Handwerkern zur Gewerbe genehmigung verholfen hatte. Damit sah man Blüte in dieser Stadt, und das wurde akzeptiert von den

Menschen. Da waren Ärzte, die aus fachlicher Sicht sehr anerkannt waren und die ihren Namen in die LDPD einschrieben; die Leute, wenn die das machten, die brauchten keine „Karrieretickets“. Daran möchte ich erinnern, das ist unbedingt notwendig meines Erachtens nach. Natürlich gibt es unsägliche Kapitel in der Geschichte der LDPD, zum Beispiel 1972 das Mitwirken an der Verstaatlichung. Ich verfolge jetzt, wie Kinder dieser Eltern, die versuchen, die Betriebe zurückzubekommen, eigentlich als Ostdeutsche wieder sehr geringe Chancen haben.

Zur politischen Bildung: Man muß natürlich auch die Blockparteien unterschiedlich sehen, man muß sie wirklich differenziert sehen. Meines Erachtens sind da die größten Gemeinsamkeiten noch zwischen CDU und LDPD anzutreffen. Es hat natürlich Unterschiede auch in der LDPD zwischen der Mitgliederversammlung und dem sog. „politischen Bildungszirkel“ gegeben. Man versuchte in den Betrieben, speziell in den Schulen, wo ja prozentual viele Lehrer Mitglieder der LDPD waren, daß diese Lehrer an dem politischen Parteilehrjahr der SED teilnahmen mit der Begründung, das sei eine besondere Qualifikation, politischer Ton ist für sie notwendig. Aber die meinten, nein, das wollen wir nicht. Dann war das ein Kampf, und es oblag eigentlich den einzelnen Kreisen, diese Lehrer von der politischen Bildung des Parteilehrjahres der SED freizueisen. Da wurden dann auch Vordrucke entworfen: „Politischer Bildungszirkel der LDPD, Lehrer X hat daran teilgenommen.“ Die haben entweder nie stattgefunden, oder es hat Themen gegeben, die sehr in Anlehnung an die Ideologie des Marxismus-Leninismus formuliert waren, aber in der Praxis hat das nicht stattgefunden. Mancherorts wird es auch stattgefunden haben, aber da werden wenige hingegangen sein. Die LDPD war nun mal eine Partei, in der es keinerlei Parteidisziplin gab, völlige Freiwilligkeit bestand und die lokal organisiert war. Hier kamen keine weiteren Abhängigkeiten zustande. Es gibt da ja sehr unterschiedliche Erkenntnisse, aber daß sich in einigen Kreisen die LDPD durchgesetzt hat, daß ihre Lehrer nicht in dieses Parteilehrjahr gehen mußten, das fand ich schon bemerkenswert. Man hat das natürlich dann wieder versucht zu kompensieren, indem man bestimmte Informationen, die für den organisatorischen Ablauf an der Schule sehr wichtig waren, genau dort weitergegeben hat, so daß dann wieder einige gesagt haben: „Ja, dann muß ich ja hingehen, sonst weiß ich ja nicht, was angesagt ist.“ Das dazu; wir brauchen viel mehr Forschung, viel mehr Kenntnisse, das können wir meines Erachtens nicht in einem Atemzug mit so einem Symposium machen.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Steinborn. Sie haben völlig Recht mit Ihrer letzten Bemerkung. Es gilt, weiterhin an der Aufarbeitung zu arbeiten, und es ist natürlich mit einer Annäherung, wie dieser hier, überhaupt nicht getan. Um so mehr bedanke ich mich für die Bereitschaft aller derer, die vorgetragen haben. Ich denke, diese Veranstaltung

ist ein Zeichen dafür gewesen, daß man aufeinander zugehen und aufeinander hören sollte, da es sehr wichtig ist – auch für das Klima –, bereit zu sein, wieder mehr Verständnis zu zeigen. Frau Michalk meldet sich, und ich darf das Wort abgeben an die amtierende Vorsitzende.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich habe jetzt keine Frage, ich habe eine Anmerkung. Ich denke, die jetzigen zwei Stunden haben gerade wieder gezeigt, wie wichtig es ist, mit Zeitzeugen über die Probleme zu reden, und sich die einzelnen Blickwinkel auch richtig erzählen zu lassen, und zwar in Ruhe erzählen zu lassen. Ich bin eigentlich einigermaßen schockiert, wie das heute abgelaufen ist, wie man den abgesprochenen Plan für die heutige Anhörung vormittag praktisch unterfahren hat, indem man durch mehrere Zwischenfragen – was sonst bei Anhörungen nicht üblich ist – und die immer mit riesigen Statements verbunden waren und viel Zeit gekostet haben, den Fahrplan der heutigen Sitzung, der ja fraktionsübergreifend abgestimmt war, unterbrochen hat. Das ist eine Unhöflichkeit gegenüber den Zeitzeugen, die ja fast alle aus den neuen Bundesländern kommen und einen weiten Weg hinter sich haben, sie vor so einem „Kleingremium“ die wichtigen Dinge sagen zu lassen. Ich bin froh, daß wir das alles protokollieren, und das möchte ich auch für diejenigen, die hier gesprochen haben, noch einmal sagen, daß das alles nicht verloren geht, auch wenn es jetzt nur wenige Zuhörer waren. Ich bitte aber als ganz normales Mitglied dieser Enquete-Kommission darum, daß in Zukunft von der Gesprächsleitung einer Anhörung darauf geachtet wird, Absprachen auch wirklich einzuhalten. Sonst mache ich so etwas nicht mehr mit. Das möchte ich bitte im Protokoll aufgenommen haben.

Amtierende Vorsitzende Prof. Dr. Roswitha Wisniewski: Vielen Dank für das, was Sie eben zum Ausdruck gebracht haben, Frau Michalk. Ich glaube, es ist das Gefühl, was wir alle haben, daß gerade dieser letzte Teil ungemein wichtig war. Ich würde auch meinen, es war fast ein Aufruf an die Obleute zu überlegen, ob man nicht in Zukunft die Zeitzeugenbefragung an den Anfang stellt. Aber das ist natürlich etwas, was wir wohl überlegen müssen, denn wir müssen natürlich beide Seiten, die wissenschaftliche Aufarbeitung genauso wie die Zeitzeugenaussagen, in gerechter Weise und in vernünftiger Weise zueinander stellen. Vielen Dank nochmals allen, die mitgewirkt haben und einen guten Heimweg.

Ende der Sitzung 16.05 Uhr

Anlagen

1. *Fragenkatalog zur Anhörung „Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat: Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ am 11.12.1992, Bonn, Bundeshaus*
- 1) Welche Rolle war den Blockparteien und Massenorganisationen und ihren Mitgliedern von der SED zugewiesen? Welchen Einfluß machte die SED auf Entstehung sowie innere und äußere Gestaltung der Blockparteien und Massenorganisationen geltend (institutionalisierte Anleitung, politische Programme, Mitglieder- und Funktionärsauswahl etc.)?
- 2) Welche Formen der Abhängigkeit und Selbständigkeit bestanden für Blockparteien und Massenorganisationen gegenüber der „führenden Rolle“ der SED?
- 3) Welche Motive haben Menschen zum Eintritt in eine Blockpartei oder Massenorganisation veranlaßt bzw. welche Werbungsmechanismen wurden zur Mitgliedergewinnung eingesetzt?
- 4) Wie war das Verhältnis zwischen oberer Hierarchieebene und Basis bei den Blockparteien und Massenorganisationen gekennzeichnet?
- 5) Welche Bedeutung kam den innerdeutschen Auseinandersetzungen in den Blockparteien und Massenorganisationen zu?
- 6) Welche Rolle und Funktion spielten die Blockparteien und Massenorganisationen während der Krise der DDR gegen Ende der achtziger Jahre und in der Umbruchphase 1989/90?
- 7) Wie gingen bzw. gehen die Blockparteien und Massenorganisationen mit ihrer DDR-Vergangenheit um?
2. *Thesenpapier von Prof. Dr. Karlheinz Blaschke*
- 1) Die bürgerlichen Parteien sind nach dem deutschen Zusammenbruch 1945 auf dem Boden der späteren DDR von Männern und Frauen gegründet worden, die bis 1933 im politischen Leben gestanden und über die zwölf Jahre der Hitlerdiktatur hinweg sich den Willen zu einem demokratischen Neubeginn erhalten hatten. Es ging ihnen um den Wiederaufbau der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates. Einige von ihnen hatten Verfolgungen erlitten. Sie wurden anfangs von der sowjetischen Besatzungsmacht geachtet, zumal die bürgerlichen Parteien im Sinne der anfänglichen sowjetischen Deutschlandpolitik das Bild einer pluralistischen Demokratie darstellen sollten.
- 2) Mit der Verschlechterung der weltpolitischen Lage in Richtung auf den Kalten Krieg und besonders mit der allmählichen Übernahme von

Zuständigkeiten durch deutsche Kommunisten wurden die bürgerlichen Parteien benachteiligt, ihre führenden Persönlichkeiten kritisiert, öffentlich diffamiert, z.T. verhaftet und auf gewaltsame Weise ausgeschaltet. Sie wurden durch willfähige Leute aus den eigenen Reihen ersetzt, so daß die beiden alten bürgerlichen Parteien CDU und LDP auf ihren Führungsebenen schließlich gleichgeschaltet wurden, während die auf Betreiben der SED gegründeten beiden neuen Parteien DBD und NDP von Anfang an als Hilfstruppen unter bis dahin kommunistischen Funktionären als Vorsitzenden wirkten.

- 3) Auf zentraler Ebene der Parteileitungen und auf den Parteitag erwiesen sich die vier „verbündeten“ Parteien als verlängerte Arme der SED mit der Aufgabe, die Politik der SED in den noch vorhandenen bürgerlichen und christlichen Teilen der Bevölkerung durchzusetzen. Sie verzichteten auf eigene Parteiprogramme, was allein ihre Existenzberechtigung in Frage stellte, und machten sich zu willigen Propagandisten des jeweils neuesten Programms der SED. Sie ließen es geschehen, daß die SED bei der Besetzung von Leitungsposten in den Blockparteien und bei der Benennung von Kandidaten für Volksvertretungen aus diesen Parteien eine Aufsicht führte, um unliebsame Kandidaten auszuschalten, und daß die parteieigene Presse von der SED ständig kontrolliert wurde, was bis zur Abberufung von Redakteuren ging.
- 4) Trotz der Korrumpierung der Spitzenvertreter auf zentraler Ebene und trotz der Anpassungsbereitschaft führender Funktionäre auf den mittleren und unteren Leitungsebenen organisierten sich in den Blockparteien einige hunderttausend DDR-Bürger, die damit ihren Willen ausdrückten, sich von der SED zu unterscheiden. Bei den älteren Mitgliedern ist dabei an die Vorstellung zu denken, die Ziele der Gründerzeit von 1945 doch noch verfolgen zu können. Später hinzugekommene, vor allem auch junge Mitglieder sind in die Parteien eingetreten, um ihr Anderssein gegenüber der SED zu bekunden, um gegenüber Anwerbungsversuchen der SED ein Alibi zu besitzen oder um von der Basis einer vormals als staatstragend bezeichneten Partei aus die zwar geringen, aber dennoch gegebenen Möglichkeiten zur Mitwirkung am öffentlichen Leben wahrzunehmen.
- 5) In den Ortsgruppen der Blockparteien fanden sich Menschen zusammen, denen es bewußt war, daß ihnen ihre Parteimitgliedschaft im allgemeinen, anders als die Mitgliedschaft in der SED, keine beruflichen oder anderen materiellen Vorteile einbrachte. Die Zugehörigkeit zu einer nichtkommunistischen Partei bedeute für sie eine Vergewisserung ihres abweichenden, z.T. auch nonkonformistischen Standpunktes. Gemeinschaft und Gedankenaustausch innerhalb der Ortsgruppen dienten der gegenseitigen moralischen Stärkung und halfen beim Durchstehen einer nicht grund-

sätzlich bejahten, wohl aber ohne Gegenwehr hingenommenen und damit anerkannten politischen Situation.

- 6) Vertreter der Blockparteien in den Volksvertretungen auf Gemeinde-, Kreis- und Bezirksebene haben sich innerhalb der gesetzten Grenzen in achtunggebender Weise für die Interessen der Menschen eingesetzt und in den unabänderlichen, von der SED-Herrschaft geschaffenen Rahmenbedingungen den vorhandenen Spielraum genutzt, um Härten zu mildern, schroffe Gegensätze auszugleichen und die Lebensbedingungen insgesamt erträglicher zu machen. Während auf zentraler Ebene die Volkskammerfraktionen der Blockparteien an den großen Entscheidungen nichts ändern konnten, war es den Vertretern in den genannten Gremien möglich, an der Regelung der kleinen Verhältnisse mitzuwirken, in denen sich das tägliche Leben eigentlich vollzieht.
- 7) Zwischen den Führungskräften der Blockparteien und den Parteimitgliedern in den Ortsgruppen bestanden wesentliche, spürbare Unterschiede in bezug auf das Bekenntnis zu den politischen Verhältnissen in der DDR und zur führenden Stellung der SED. Während diese Gegebenheiten auf der höchsten Ebene voll anerkannt und bejaht und in oft peinlich wirkenden öffentlichen Erklärungen immer wieder beteuert wurden, herrschte im Parteivolk eine Stimmung, die von der Einsicht in die Unausweichlichkeit der gegebenen Verhältnisse getragen war. Die von der SED geschaffenen Machtverhältnisse gestatteten es nicht, daß die Parteibasis gegen die Parteispitze aufbegehrte und dadurch von unten her auf demokratischem Wege eine Veränderung bewirkt wurde.
- 8) Das Bedürfnis der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED, in der DDR nach außen hin ein Mehrparteiensystem vorzuführen, und die unbedingte Hörigkeit der Führungspersonen verschaffte den Blockparteien insgesamt ein z. B. widerwillig gewährtes, aber doch formal zugestandenes gewisses Ansehen innerhalb der staatlichen und gesellschaftlichen Struktur der DDR, so daß ihre Mitglieder in gewählten Entscheidungsgremien notwendig waren und im Berufsleben gewisse Aufstiegsmöglichkeiten bis zu einer mittleren Leitungsebene besaßen. Auf diese Weise konnten qualifizierte Kräfte im wirtschaftlichen, technischen, medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich unter Anerkennung ihrer Parteimitgliedschaft in begrenztem Maße berufliche Leitungspositionen erlangen, ihre Fähigkeiten nutzbar machen und mit ihrer fachlichen Kompetenz einen für die ganze Gesellschaft wertvollen Dienst leisten.
- 9) Zwischen den Blockparteien ließ sich niemals eine Solidarität der „bürgerlichen“ Kräfte gegenüber der SED erkennen, aus der heraus etwa ein gemeinsames Handeln für eine Beseitigung oder wenigstens Modifizierung des starren politischen und wirtschaftlichen Systems möglich gewesen wäre. Auch in der Schlußphase der DDR im Herbst 1989 kam es nicht

zu einem Zusammenwirken, aus dem sich in der offensichtlich gewordenen Schwäche der SED die Übernahme der politischen Verantwortung durch die Parteien ergeben hätte, die sich jetzt wieder ihrer ursprünglichen Selbständigkeit hätten bewußt werden können. Die Verstrickung der Parteiführungen in das Herrschaftssystem der SED und das Maß ihrer Korruptiertheit haben eine derartige Möglichkeit ausgeschlossen. Von geringen Ausnahmen abgesehen gingen von den Blockparteien der DDR keine Initiativen zu Kontakten mit westdeutschen politischen Kräften aus, während sie umgekehrt auch nicht von diesen Kräften angesprochen wurden. Der deutsch-deutsche Dialog war das Monopol der SED, daneben wurde er nur auf kirchlicher Ebene geführt.

- 10) In der Mitgliedschaft der Blockparteien regten sich im Herbst 1989 Kräfte, die auf die Rückbesinnung auf demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze aus der Gründerzeit gerichtet waren und sich wirksam in die Vorgänge einschalteten, die zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft führten. In der Asche der DDR-Verhältnisse war eine Glut liegengeblieben, die zum geeigneten Zeitpunkt wieder aufflackern konnte. Gegenüber der spontanen Bewegung aus dem Volk haben diese Kräfte aber keine entscheidende Rolle gespielt.

Es bleibt eine offene Frage, ob das Fortbestehen der bürgerlichen Parteien nach ihrer Gleichschaltung trotz aller Anpassung an das SED-Regime als richtig einzuschätzen ist oder ob diese Parteien richtig gehandelt hätten, wenn sie es auf eine totale Konfrontation mit dem Risiko des Verbots hätten ankommen lassen sollen.

3. *Zusammenfassung der Ergebnisse einer Befragung von Vertretern unterschiedlicher Leitungsebenen und Mitarbeitern des Zentralverbandes der LDPD*

Im Vorfeld der Anhörung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages zur Thematik „Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ am 11.12.1992 führte der Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Schmieder Gespräche mit dem oben genannten Personenkreis, die er zusammengefaßt für geeignet erachtet, dem Protokoll der Anhörung als Anlage anzufügen. Die vorliegende Niederschrift orientiert sich an einem Aufsatz eines ehemals beim Zentralverband beschäftigten Mitarbeiters.

Die Liberaldemokratische Partei Deutschland in der SBZ bzw. DDR

I.

Die am 5. Juli 1945 in Berlin gegründete LDP erhob klassische liberale Vorstellungen und Forderungen zu ihren programmatischen Leitsätzen:

- Privateigentum und freie Wirtschaft.
- Demokratischer Rechtsstaat, unabhängige Richter, Berufsbeamtentum.
- Parlamentarische Demokratie und politischer Pluralismus.
- Uneingeschränkte politische Freiheiten.
- Trennung von Staat und Kirche.
- Auf Frieden gerichtete Außenpolitik.
- Achtung der Würde des Menschen, Ablehnung des Rassengedankens und des Klassenkampfes.

Im Unterschied zur CDU (und auch der SPD, ganz zu schweigen von der KPD) Zurückhaltung hinsichtlich der Abrechnung mit der Vergangenheit:

- Keine Frontstellung gegen „Monopole“ (die Enteignungen eingeschlossen hätte)
- Keine „antikapitalistischen“ Töne (wie SPD und auch CDU)
- Zwar „Neugestaltung des Gemeinschaftslebens“, aber auf demokratischem Wege und auf rechtsstaatlicher Grundlage.

Entscheidungen sollten einer deutschen Volksvertretung obliegen, die aus freien Wahlen hervorgegangen sein mußte.

Die LDP signalisierte: Keine revolutionäre Weichenstellung, auch nicht unter antifaschistischem Vorzeichen (wie sie KPD und SPD ankündigten), schon gar nicht „Neugestaltung“ nur in der sowjetischen Besatzungszone.

Für die LDP bestand 1945 die potentielle Gefahr, sich in Widerspruch zu allen vier Besatzungsmächten zu setzen, die mit den Potsdamer Beschlüssen ihrer Absicht Ausdruck gegeben hatten, kraft ihres Rechts als Sieger unabhängig vom Willen des deutschen Volkes (artikuliert in Wahlen, die im Sommer 1945 für unabsehbare Zeit ausgeschlossen schienen) die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland zu gestalten.

Die LDP ging davon aus, daß es notwendig sei, mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Zusammenarbeit zur Behebung der Kriegsfolgen und der Notsituation war in allen vier Besatzungszonen die Regel (Stadtverwaltungen und Landesbehörden unter Einbeziehung von Kommunisten).

Die konkrete Situation in der Sowjetischen Besatzungszone ließen der LDP keine Alternative als die Beteiligung an der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Block):

- Der Druck, der von der Besatzungsmacht favorisierten KPD,

- die Position der SPD (die „Koalitionspolitik“ zum Zwecke der Realisierung parlamentarischer und rechtsstaatlicher Ordnungsprinzipien ausschloß),
- der „Antinazismus“ der CDU-Führung im Osten.

Entscheidend aber war die SMAD. Sie machte die Zulassung der LDP von der Zustimmung zum Block abhängig und sie registrierte LDP-Ortsverbände (Ortsverbände mußten in jedem Einzelfall von der zuständigen sowjetischen Kommandantur genehmigt werden) nur dann, wenn sie mit der Registrierung die Arbeit im Blockausschuß aufnahmen!

Die LDP zeigte sich nicht der KPD gefügig (wie sich Wolfgang Leonhard erinnert); sie beugte sich der Besatzungsmacht, weil von ihr der Wirkungsraum der Partei abhing.

In Betracht zu ziehen ist, daß sich die KPD zu einer antifaschistischen Demokratie auf parlamentarischer Grundlage bekannte und die freie Wirtschaft nicht abschaffen wollte.

Im Herbst 1945 eingeleitete Enteignungsmaßnahmen (Bodenreform) fanden die Unterstützung der SPD, schienen den Potsdamer Beschlüssen zu entsprechen, jedenfalls wurden sie von den drei Westmächten ohne für die LDP erkennbaren Widerspruch hingenommen, und waren begleitet von massiven Drohungen der SMAD.

Protest wie der des LDP-Vorsitzenden Waldemar Koch gegen die Rigorosität der Bodenreform Herbst 1945 erwies sich als wirkungslos. Weder beeinflusste er die SMAD, noch beeindruckte er die westlichen Besatzungsmächte. Deutsche Parteien im Westen nahmen Kochs Argumentation, Enteignungen dürften nur im Rahmen einer „Reichsreform“ vollzogen werden, nicht zur Kenntnis.

II.

Mit dem Offenkundigwerden der volksdemokratischen Ziele der SMAD und SED entwickelte die LDP eine Verzögerungsstrategie:

- Festhalten an liberalen Grundsätzen (2. Parteitag 1947 und insbesondere Eisenacher Programm 1949 sowie Landesparteitage 1945/47).
- Bemühungen, die Politik der SED zu entschärfen (u. a. Ringen um die Länderverfassungen; Eingrenzung der Enteignungsaktionen, d. h. der Schutz von Mittelstand und Handwerk).
- Versuche, Opposition in Landtagen und kommunalen Körperschaften zu machen.

Widerstand bedeutete in Anbetracht der konkreten Machtverhältnisse Widerstand gegen die SMAD. Das hielt die LDP-Führung für ausgeschlossen (Verbot der Kommunalwahlen 1948, Verbot ihres 3. Parteitages im Sommer 1948, Ausschaltung von LDP-Politikern in Ländern und Kommunen).

Die einzige Chance erblickte die LDP in der Einheit Deutschlands auf freiheitlich-demokratischer Grundlage. Sie hing ab von den Vier Mächten. Als Verantwortung deutscher Politik begriff die LDP, den Willen der Deutschen zur Einheit zu artikulieren und insofern auf die Vier Mächte einzuwirken. Je mehr sich der Kalte Krieg verschärfte, desto illusionärer wurde diese Position. Trotzdem hielt man daran fest. Sie erklärt

- Initiativen im Umfeld von Vier-Mächte-Konferenzen (z. B. 1947 im Zusammenhang mit der Londoner Konferenz);
- Bemühungen, deutsche Parteien in allen Besatzungszonen in dieser Frage zusammenzuführen;
- Beteiligung an der Volkskongreßbewegung 1947/48.

Kristallisationspunkt sollte eine gesamtdeutsche liberale Partei bilden und zudem bei gesamtdeutschen Wahlen eine linksorientierte Mehrheit verhindern. Da Moskau aus seinen Gründen „Einheitserhaltungspolitik“ trieb, begleitete die SMAD die Bemühungen der LDP wohlwollend, sofern sie sowjetische Zielsetzungen unterstützte, außerordentlich mißtrauisch hingegen, was die gesamtdeutschen Parteiambitionen betraf.

III.

Nach Gründung der Bundesrepublik hielt die LDP-Führung die Konstituierung eines ostdeutschen Staates für unvermeidlich. Die LDP stellte sich dem Führungsanspruch der SED entgegen, indem sie

- sich als Verfassungspartei zu profilieren suchte (die DDR-Verfassung war in wesentlichen Punkten an der Verfassung der Weimarer Republik orientiert);
- sich als die Wiedervereinigungspartei darstellte und
- sich als die Partei für die Neutralität der beiden deutschen Staaten darum bemühte, die Ostbindung der DDR in Grenzen zu halten.

Diese Strategie beruhte auf Voraussetzungen, die es so nicht gab, nämlich

- auf der Erwartung, bei Wahlen in der DDR Ergebnisse zu erzielen, die Politik ohne oder gegen die LDP unmöglich machen würden;
- auf der Überzeugung, die Mehrheit der Deutschen würde für die sofortige Wiedervereinigung votieren, wenn sie Gelegenheit dazu erhielten;
- auf der Annahme, in Moskau gebe es Kräfte, die die DDR als „Spielmaterial“ in der Ost-West-Auseinandersetzung benutzen und daher die LDP als potentiellen Faktor gegen die SED in der Rückhand behalten wollten.

Die Strategie brach im Zusammenhang mit den Einheitslistenwahlen 1950 völlig zusammen. Die LDP-Führung beugte sich dem Druck der SED:

Ihr oppositioneller Kern war bis dahin zerschlagen (u. a. Widerstandskreis

um Arno Esch). Kastner und Generalsekretär Stempel (als die wichtigsten Vertreter der LDP-Strategie) waren ausgeschaltet bzw. verhaftet. Die Hoffnung auf sowjetische Kreise erwies sich als Illusion.

Mit Herbert Täschner, dem Nachfolger Stempels im Amt des Generalsekretärs, hatte die SED eine Vertrauensperson in der engeren Führung der LDP. Hamann vermochte sich gegen Täschner und Loch, der auf den Kurs der SED eingeschwenkt war, nicht durchzusetzen.

Hamann war bemüht, das Schlimmste (die gänzliche Ausschaltung der Partei) zu verhüten bzw. solange wie möglich hinauszuschieben; ohne daß die Absicht so deutlich je formuliert wurde, ging das Bestreben von Hamann (unterstützt von Ralph Liebler, Vorsitzender der Volkskammer-Fraktion) dahin, die LDP als „Zufluchtsstätte“ (Nische) zu erhalten.

Wie sehr der SED 1951/53 selbst eine solche Partei gegen den Strich ging, dokumentieren die Verhaftung Hamanns, die Isolierung Lieblers und die weitgehende Austrocknung der Partei durch massiven Druck und Verfolgung.

IV.

Kennzeichnend für die LDP im Sozialismus waren Anpassung („Verbündeter“ der SED) und vorsichtige Auseinandersetzung. Als politische Organisation brachte die LDP auch „politischen Eigensinn“ (Dr. Suckut, Mannheim) hervor, um einerseits ihrer Funktion im System gerecht zu werden (andernfalls wäre niemand Mitglied geworden) und andererseits Nische oder Zuflucht sein zu können.

Die LDP im Sozialismus verkörperte Zustimmung im Prinzipiellen und Widerspruch im Einzelfall. Die Anerkennung der führenden Rolle der SED war die unabdingbare Voraussetzung

- für weltanschauliche Ungebundenheit. Jeder konnte in der LDP nach seiner „Fasson selig“ werden, was angesichts der Dominanz des Marxismus/Leninismus für zahlreiche Mitglieder existentielle Bedeutung erlangte;
- für die Wahrnehmung konkreter Interessen der Mitglieder und Bevölkerungsgruppen.

Weltanschauliche Offenheit, Interessenvertretung und ein gewisses Maß an innerparteilicher Demokratie machten die LDP sowohl zur Nische als auch zum Medium kritischer Stimmen.

Im Oktober 1956 konstatierte ein interner SED-Bericht: „Breite Kreise der Mitglieder lehnen nach wie vor die führende Rolle der Arbeiterklasse ab . . . Die Forderung nach Listenwahlen tritt wieder stärker hervor.“ Gefordert werde ferner „Kontaktaufnahme mit der F.D.P.“, etwa 50 % der Liberaldemokraten „erhofften sich aus dieser Verbindung eine neue Orientierung der LDP“.

An anderer Stelle hieß es, die LDP gehe dazu über, „stärker Kritik an Maßnahmen des Staatsapparates zu üben“.

Der Bericht stellte abschließend fest: „Die Vorgänge in Polen und Ungarn haben die schwankende bzw. feindliche Haltung noch verstärkt.“

Politbüromitglied Matern wurde im April 1957 über „unklare bzw. feindliche Auffassungen in der LDP“ und von „einer falschen Linie der zentralen Parteileitung“ informiert, die darauf hinauslaufe, „die LDP unbedingt zahlenmäßig zu verstärken“.

Die Auswahl der Zitate aus SED-internen Einschätzungen ist repräsentativ für die Zeit von Anfang der 50er Jahre bis zur Wende 1989. Sie entlasten die LDP-Führung nicht von feigem Opportunismus, moralischem Versagen und politischer Schuld. Sie belegen auf besondere Weise

- das in der LDP organisierte SED-kritische Potential;
- die Unsinnigkeit der Behauptung, LDP-Mitglieder seien nicht nur „Blockflöten“ gewesen, sondern hätten aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer „SED-nahen Organisation“ Privilegien genossen;
- daß, was einzelne Mitglieder und LDP-Verbände (Ortsgruppen, Arbeitskreise, Kreisvorstände usw.) angeht, unterschieden werden muß zwischen verbalen politischen Bekenntnissen und alltäglichem Verhalten;
- Bemühungen, „DDR-Legalität“ bis an ihre Grenzen auszureizen; das bezieht sich auf Gesetze und Vorschriften und noch mehr auf ungeschriebene politische Regeln und Verfahrensweisen;
- daß LDP-Mitglieder, um elementare Lebenserfordernisse sicherzustellen, in zahlreichen Gremien (u. a. in der Nationalen Front) mit der SED notwendigerweise zusammenzuarbeiten.

Die in der LDP stets vorhandene demokratische Grundstimmung gewann mit Gorbatschow allmählich reformpolitische Konturen und ließ die Partei im Herbst 1989 zu einem Wegbereiter der Wende werden.

gezeichnet: Dr. Schmieder

Bonn, 11.12.1992

4. *Hans-Hermann Hertle: Funktion und Bedeutung der Massenorganisationen in der DDR am Beispiel des FDGB (Manuskriptfassung)*

I.

Zur Absicherung ihres Herrschaftssystems und bei der Durchsetzung ihrer Politik stützte sich die SED neben den Blockparteien auf ein Netz von Massenorganisationen – wie z. B. den FDGB, die FDJ, den DFD, die DSF, den DTSB, die Volkssolidarität, die GST u. a. –, die alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft entlang ihrer sozialen, kulturellen,

wissenschaftlichen, sportlichen u. a. Interessen organisierten bzw. organisieren sollten.

Das weitverzweigte Kapillarenetz der Massenorganisationen in die Tiefen und Verästelungen der Gesellschaft machte sie für die SED als Transmissions- und Kontrollorgan und für das MfS als Informationsbeschaffungs- und Beeinflussungsinstrumente besonders attraktiv; jede durch sie erhaltene Information mußte zudem nicht mit eigenen Mitteln erarbeitet oder wie im Falle des MfS konspirativ erspäht werden.

Politische Ideologie- und Verhaltenskontrolle in ihren vielfältigen Formen und im organisierten Zusammenspiel zwischen der SED, den Massenorganisationen und dem MfS war im SED-Herrschaftssystem das funktionale Äquivalent zur Intermediarität autonomer gesellschaftlicher Organisationen und politischer Institutionen in pluralistisch verfaßten westlichen Demokratien und eine wesentliche Bestandsbedingung der kommunistischen Diktatur.

Entgegen Tendenzen in der westdeutschen DDR-Forschung vor 1989, dem FDGB eine wachsende Bedeutung als eigenständiger Interessenorganisation („interest group“) im politischen System der DDR zuzuschreiben, möchte ich im folgenden die These belegen und zur Diskussion stellen, daß der FDGB in seiner Hauptfunktion auf Transmission und Kontrolle ausgerichtet war, und entsprechend von einer wie auch immer gearteten „Interessenorganisation“ in seinem Zusammenhang kaum die Rede sein kann.

II.

Zunächst zur Steuerung des FDGB durch die SED: Der FDGB war mit 9,6 Millionen Mitgliedern nicht nur die größte Massenorganisation der SED, sondern mit seiner nahezu totalen Erfassung aller Beschäftigten (9 613 059 Mitglieder; Organisationsgrad 1989: 97,4 Prozent; am 1. Januar 1989 waren exakt 207 356 Beschäftigte nicht im FDGB organisiert) zugleich die wichtigste.¹ Mit seiner Präsenz in allen Betrieben und Verwaltungen, 351 792 FDGB-Gruppen, 25 403 Abteilungsgewerkschaftsorganisationen, 47 477 Betriebsgewerkschaftsorganisationen², 1 698 Kreisvorständen der Fachabteilungen, 237 FDGB-Kreisvorständen, 211 Bezirksvorständen der Fachabteilungen und 15 FDGB-Bezirksvorständen verfügte der FDGB von den Betrieben bis in die Bezirke über den dichtesten, flächendeckendsten politischen Apparat der DDR, mit den annähernd einer Milliarde Mark Einnahmen alleine aus Mitgliedsbeiträgen größten jährlichen Finanzertrag und mit 16 250 hauptamtlichen Kadern (1987) über die meisten politischen Funktionäre aller Massenorganisationen.

1 Vgl. Bundesvorstand des FDGB/Abteilung Organisation, Statistische Übersichten. Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen 1989, o.O. (Berlin-Ost), o.J. (1989), S. 3

2 Vgl. ebd.

Die Monopolstellung des FDGB war in der Verfassung der DDR (Art. 44, Abs. 1)³ und im Arbeitsgesetzbuch rechtlich abgesichert. Die ihm in Art. 44, Abs. 2 zugesprochene Unabhängigkeit⁴ nahm er in der Weise für sich in Anspruch, daß er sich Art. 1 der Verfassung⁵ und dem SED-Parteistatut als Supra-Verfassung unterwarf.⁶ In seiner Satzung anerkannte er den Führungsanspruch der SED und bekannte sich zum Marxismus-Leninismus als ideologischer Grundlage seiner Arbeit.⁷

Dieser Führungsanspruch der SED wurde im FDGB mit administrativ-zentralistischen Maßnahmen durchgesetzt:

- FDGB-Kongresse fanden zeitlich stets unmittelbar nach den SED-Parteitagen statt; für die Wahl der Delegierten gab es Vorgaben des Bundesvorstandes für die Bezirksvorstände des FDGB und die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften/Gewerkschaften. Diese betrafen die parteipolitische, soziale und berufliche Zusammensetzung der Delegierten.
- Das Politbüro setzte den FDGB-Vorsitzenden und seinen Stellvertreter vor der Wahl auf dem Kongreß faktisch ein.⁸

3 Art. 44, Abs. 1 der DDR-Verfassung lautete: „Die freien Gewerkschaften, vereinigt im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, sind die umfassende Klassenorganisation der Arbeiterklasse. Sie nehmen die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz durch umfassende Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wahr.“

4 Art. 44, Abs. 2: „Die Gewerkschaften sind unabhängig. Niemand darf sie in ihrer Tätigkeit einschränken oder behindern.“

5 Art. 1, Satz 1 der DDR-Verfassung lautet: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“

6 In Artikel 1 der Verfassung der DDR hatte die SED ihren Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft festgeschrieben. In der Präambel ihres Parteistatut definierte sich die SED als „höchste Form der gesellschaftlich-politischen Organisation der Arbeiterklasse“ und als „führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen“.

7 In der Präambel der Satzung heißt es: „Unter Führung der SED wirken die Gewerkschaften für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, mit der grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus in der DDR geschaffen werden. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund anerkennt die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des bewußten und organisierten Vortrupps der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes in der sozialistischen DDR. Er steht fest zur sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zu ihrem Zentralkomitee und schließt die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz eng um die Partei zusammen. Als Organisation der machtausübenden Klasse sind die Gewerkschaften berufen, in der weiteren Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus als Schulen des Sozialismus und Kommunismus, als Interessenvertreter der Arbeiterklasse und aller Werktätigen die schöpferische Aktivität, das sozialistische Arbeiten, Lernen und Leben der Millionen Gewerkschafter so zu entfalten, daß die Ideen von Marx, Engels und Lenin das Leben in der DDR immer mehr prägen und ihre Vollendung finden“ (Hervorheb. v.d. Verf.).

8 Beschluß des Politbüros vom 7.4.1987 (der 11. FDGB-Kongreß begann am 22.4.1987): „Als Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB wird Genosse Harry Tisch, als Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB wird Genossin Johanna Töpfer bestätigt“ (vgl. Vertrauliche Verschlusssache, ZK 02-Politbüro – Beschlüsse – 14/87 vom 7.4.1987). – Selbst Reden des FDGB-Vorsitzenden wurden im Politbüro redigiert. Im FDGB-Archiv ist das von Honecker handschriftlich korrigierte Manuskript der Rede Tisches vor dem 11. FDGB-Kongreß überliefert.

- Die Zusammensetzung des Sekretariats, des Präsidiums und des Bundesvorstandes wurde vor seiner Wahl stets im ZK-Sekretariat „bestätigt“. Von den 240 Mitgliedern und Kandidaten gehörten 79,6 Prozent der SED und 0,4 Prozent der CDU an; 20 Prozent waren parteilos.⁹
- In der politischen und administrativen Arbeit wurde der Führungsanspruch über die „Geschäftsordnung für den Apparat des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ durchgesetzt, in der die Beschlüsse und Dokumente der SED als vorrangige Grundlage der Tätigkeit der Abteilungen des Bundesvorstandes des FDGB festgeschrieben waren, und durch die ZK-Abteilung „Gewerkschaften und Sozialpolitik“ überwacht.¹⁰ Das Sekretariat des FDGB tagte mittwochs, um so die Beschlüsse der vorangegangenen dienstäglichen Politbüro-Sitzungen für den FDGB „auswerten“ zu können; Sitzungen des FDGB-Bundesvorstandes gingen stets Sitzungen der SED-Parteigruppe dieses Gremiums voraus, auf denen die politische Linie „festgeklopft“ wurde.
- Die „erfolgreiche Verwirklichung der Beschlüsse“ der jeweiligen SED-Parteitage in der täglichen Arbeit der FDGB-Funktionäre besorgte und überwachte – neben der ZK-Abteilung – die „Kreisleitung der SED der zentralen Organe der Gewerkschaften“, die der eigens für die SED-Mitglieder in den Apparaten des FDGB-Bundesvorstandes und der in Berlin ansässigen Fachabteilungen („Industriegewerkschaften/Gewerkschaften“) gebildeten SED-Kreisparteiorganisation vorstand. Diese rund 1 500 Mitglieder starke Kreisparteiorganisation untergliederte sich in 31 Grundorganisationen mit 11 Abteilungsparteiorganisationen und 69 Parteigruppen.¹¹

Aufgabe und Selbstverständnis des Sekretariats dieser SED-Kreisleitung umriß dessen 1. Sekretär Gerhard Knabe in seinem Rechenschaftsbericht auf der Kreisdelegiertenkonferenz 1981 folgendermaßen: „In der Berichtsperiode ging es uns stets darum, die Beschlüsse des IX. Parteitages in ihrer Gesamtheit verwirklichen zu helfen, allen Genossen die neuen Bedingungen unseres Kampfes bewußt zu machen und überall – vor allem nach der 11. Tagung des ZK der SED – die Kampfpositionen zu den anspruchsvollen innen- und außenpolitischen Aufgaben der achtziger Jahre herauszubilden. Das Anliegen der Führungstätigkeit der Kreisleitung und

9 Nach Parteizugehörigkeit aufgeschlüsselt, ergab sich folgende Zusammensetzung des auf dem 11. FDGB-Kongreß eingesetzten Bundesvorstandes; 79,6 % SED (1982: 78,8 %), 0,4 % CDU (1982: 0,4 %), 20 % Parteilose (1982: 20,8 %). Vgl. Statistik Kadermäßige Zusammensetzung des auf dem 11. FDGB-Kongreß zu wählenden Bundesvorstandes, o.O., o.J.

10 Vgl. „Geschäftsordnung für den Apparat des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 605/75 vom 17.9.1975, S. 3 und 4.

11 Zahlenangaben für 1981; späteres Archivmaterial und damit aktuellere Daten, die jedoch nur geringfügige Abweichungen bringen dürften, stehen zur Zeit noch nicht zur Verfügung. Vgl. Protokoll Nr. 34/81, Sitzung des Sekretariats der Kreisleitung der SED der zentralen Organe der Gewerkschaften am 22.12.1981. Bericht über die Tätigkeit der Kreispartei kontrollkommission im Jahre 1981 (SED-BPA IV/D-4/18/050).

ihres Sekretariats bestand darin, in diesem Sinne die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit als Herzstück der Parteiarbeit ständig zu erhöhen, die Funktionäre und Mitglieder unserer Kreisparteiorganisation für ihre Aufgaben ideologisch zu stählen und ihr revolutionäres Handeln stärker auszuprägen.¹²

- Über die Kaderpolitik wurde die Dominanz der SED auf personeller Ebene gesichert.¹³ Die Vorsitzenden der Vorstände aller Ebenen waren gleichzeitig qua Amt kooptierte Mitglieder der SED-Parteileitung der gleichen Ebene. Dieses System setzte sich nach unten bis in die Betriebe fort; 98,2 Prozent der BLG-Vorsitzenden der Kombinate, 47,5 Prozent der BGL-Vorsitzenden und 56,4 Prozent der AGL-Vorsitzenden waren Mitglieder der SED und somit „gesetzte“ Mitglieder der Parteileitungen der jeweiligen Ebene.¹⁴ Dadurch waren alle diese Funktionäre Nomenklaturkader sowohl der SED als auch des FDGB, gewissermaßen Doppel-Nomenklaturkader: Über ihre Verwendung entschied immer die jeweilige Parteiebene mit. Die Mitglieder des Sekretariats und die Abteilungsleiter des Bundesvorstandes waren als oberste Führungsgarnitur des FDGB ausschließlich Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED.

Die Kaderfrage war zugleich als „Klassenfrage“ und „erstrangige politische Aufgabe“ – so hieß es im Kaderbeschluß des FDGB¹⁵ – nicht allein eine Angelegenheit von SED und FDGB, sondern auch des MfS. Die Einsetzung in leitende Funktionen beim FDGB setzte eine Sicherheitsüberprüfung, zuletzt nach der „Richtlinie Nr. 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen (GVS MfS 0008–14/82)“¹⁶ voraus, nach der es dem MfS im „engen politisch-operativen Zusammenwirken“ mit der betroffenen Organisation vorbehalten blieb zu prüfen, „ob die sozialistische Gesellschaft der betreffenden Person das für den vorgesehenen Einsatz bzw. das für die zu erteilende Erlaubnis oder Genehmigung erforderliche Vertrauen entgegenbringen kann oder ob aus anderen sicherheitspolitischen Gründen zum Schutz der Person und zur Verhinderung anderer Gefahren eine ablehnende Entscheidung erforderlich ist“¹⁷.

Die Mitteilung der aus den beim MfS bereits gespeicherten Daten, von IM und GMS personenbezogen erarbeiteten Informationen und aus der von

12 Kreisdelegiertenkonferenz Zentrale Organe der Gewerkschaften, 10.1.1981, S. 5/6 (SED-BPA IV/D-4/18/002).

13 Vgl. dazu Eckelmann, W./Hertle, H.-H./Weinert, R., FDGB-Intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED, Berlin-Ost 1990.

14 Vgl. Anm. 3, S. 31.

15 Vgl. „Die Arbeit mit den Kadern in den Gewerkschaften, die Schulung, Aus- und Weiterbildung der Gewerkschaftsfunktionäre“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 525/77 vom 9.12.1977, S. 1.

16 Abgedruckt in Gill, D./Schröter, U., Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 295 ff.

17 Ebd., S. 298.

der gesellschaftlichen Organisation übergebenen Kaderakte gewonnenen Überprüfungsergebnisse erfolgte mündlich ausschließlich an zuverlässige Personen, „die vom staatlichen Leiter bzw. verantwortlichen Funktionär der gesellschaftlichen Organisation beauftragt sind und über den Umgang mit derartigen Informationen belehrt wurden“¹⁸. Das sicherheitspolitische Denken und Handeln der staatlichen Leiter und zuständigen Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen sei so zu beeinflussen, heißt es in der Richtlinie weiter, „daß sie die durch das MfS getroffenen Entscheidungen akzeptieren, sich mit diesen gegenüber den überprüften Personen identifizieren und sie als ihre eigenen Entscheidungen ausgeben“¹⁹. Die Rolle, die kaderpolitischen Beschlüsse des Sekretariats und Präsidiums auf der Grundlage von Vorarbeiten der Kader-Abteilung vorzubereiten bzw. die vom MfS getroffenen Entscheidungen als ihre Kadervorschläge auszugeben, fiel der sechsköpfigen Kaderkommission des FDGB zu. Schriftliche Unterlagen dieser Kaderkommission sind im FDGB-Archiv bis auf eine Ausnahme nicht überliefert; die Kaderakten selbst wurden den Beschäftigten im Frühjahr 1990 – nach dem Vorbild des Modrow-Erlasses – ausgehändigt²⁰.

III.

Zu den Haupttätigkeitsfeldern des FDGB: In seiner 1989 erschienenen Untersuchung über den FDGB unterschied Ulrich Gill fünf Haupttätigkeitsfelder des FDGB: Ideologievermittlung („Schulen der sozialistischen Arbeit“), Arbeitsmobilisierung („Motor des sozialistischen Wettbewerbs“), Bereitstellung sozialer Dienste (Feriendienst, Sozialversicherung), Kaderrekrutierung und betriebliche Mitwirkung (Plandiskussion). Die für die Mitglieder bedeutsamste Rolle spielte der FDGB sicher als vom SED-Staat beliebener Anbieter knapper Sozialstaatsleistungen und als sogenannter „Haupterholungsträger der Werktätigen“, womit den FDGB-Mitgliedern ein „staatlich gefördertes und

18 Ebd., S. 315.

19 Ebd., S. 317.

20 Vgl. Verordnung über die Arbeit mit Personalunterlagen vom 22. Februar 1990. Die Verordnung Modrows, mit der die alte „Ordnung zur Führung von Personalakten“ (Ministerratsbeschluß 02–39/I.5/77) außer Kraft gesetzt wurde, wurde am 22. Februar 1990 vom Ministerrat bestätigt (BA/Abt. Potsdam C-20 I/3–2918). Die Verordnung definierte Personalunterlagen als „eine Sammlung schriftlicher Dokumente, die vom Werktätigen selbst vorgelegt wurden bzw. während seiner Berufstätigkeit mit seiner Kenntnis bzw. Zustimmung zum Bestandteil von Personalunterlagen erklärt wurden“ (§ 2) und legalisierte damit im Nachhinein die in großem Umfang von den Kaderabteilungen bereits zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Säuberungen der Kaderakten von Dokumenten, die ohne Wissen der Betroffenen gesammelt worden waren. Paragraph 4 regelte die Auflösung der vorhandenen Kaderakten: „Die Leiter der Organe und Betriebe veranlassen, daß schrittweise, spätestens beim Ausscheiden aus dem Betrieb, gemeinsam mit dem Werktätigen die vorhandenen Personalakten aufgelöst und alle nicht mehr benötigten Schriftstücke dem Werktätigen zur persönlichen Verfügung ausgehändigt werden.“

subventioniertes Äquivalent für die ihnen vorenthaltene Reisefreiheit“ gewährt wurde, wie es ein FDGB-Funktionär nach der Wende formulierte²¹.

Nach einer ersten Auswertung der Akten des FDGB-Bundesvorstandes müssen zu diesen Tätigkeitsfeldern jedoch zwei weitere wichtige Bereiche hinzugefügt werden:

1. die „Westarbeit“ des FDGB. Dem FDGB kam in der Politik der SED ein hoher Stellenwert bei der zielgerichteten Beeinflussung der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik zu, in dessen Mittelpunkt der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften standen. Dieser Stellenwert wurde von der SED ideologisch und historisch begründet: Ideologisch war die „Einheitsgewerkschaft“ für die SED die umfassende „Klassenorganisation“ der „Arbeiterklasse“ in der Bundesrepublik; in ihren Reihen sollte die „Aktionseinheit“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten artikuliert und durchgesetzt werden. Diesem Ziel war die „Westarbeit“ des FDGB verpflichtet²² (vgl. dazu Anhang 1: Zur „Westarbeit“ des FDGB).
2. die Ideologiekontrolle. Mit seinem hochformalisierten und ausdifferenzierten Berichtswesen verfügte der FDGB über ein wichtiges Instrument zur Erhebung, Erfassung und Auswertung von Informationen über das politische Verhalten der Beschäftigten, die in der Regel an das Zentralkomitee der SED und das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet wurden.

IV.

Zur Ideologiekontrolle: Das Informations- und Berichtswesen des FDGB („Berichte über Stimmung und Meinungen der Mitglieder“; „Informationen über besondere Vorkommnisse“) beruhte auf Beschlüssen des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB²³ und erfüllte im wesentlichen drei Funktionen:

- der SED-Führung, dem MfS und nicht zuletzt der FDGB-Spitze republikweite Informationen über die politischen Diskussionen der Beschäftigten in den Betrieben zu geben;
- mögliche „Fehlentwicklungen“ und politische Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu kanalisieren sowie
- abweichende Meinungen und abweichendes Verhalten individualisiert auszuweisen, um sie mit selektiven Integrations- und Repressionsmaßnahmen „bearbeiten“ zu können.

21 Vgl. Bund der IG/Gew./Geschäftsführender Vorstand (Hrsg.), Gewerkschaftskongreß zur Auflösung des FDGB, Berlin, 14. September 1990, S. 62.

22 Vgl. Manfred Wilke/Hans-Hermann Hertle, Das Genossenkartell. Die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien, Frankfurt/M.-Berlin 1992.

23 Es bedarf einer Überprüfung, inwieweit das Berichtswesen der Massenorganisationen und Blockparteien vom MfS koordiniert und mit ihm abgestimmt war.

Die Bedeutung gerade dieses letzten Aspektes unterstreicht eine freie Rede des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch auf einer internen SED-Veranstaltung im Januar 1979:

„Und weil es unsere Gewerkschaftsarbeit betrifft, Genossen, ich will Euch ein Beispiel aus Hoyerswerda im Bezirk Cottbus bringen. Da hauen 12 Dachdecker das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft auf den Tisch und erklärten ihren Austritt. Warum erklären sie ihren Austritt, weil sie mit der Urlaubsregelung ab 1. Januar 1979 nicht einverstanden sind, das ist ihnen zu wenig. (...)

Warum sind sie nicht zufrieden (...)? Sie bringen das Argument, weil die Reinemachefrauen jetzt genau so viel Urlaub bekommen wie sie, das sei ungerecht. Ich muß Euch sagen, Genossen, das ist eine tolle Argumentation. (...) Welche Klassensolidarität, Genossen, und bei diesen zwölf Mann zwei Kommunisten, zwei Mitglieder unserer Partei. Also ich muß Euch sagen, die müssen ein tolles kommunistisches Bewußtsein haben, diese zwei Mitglieder unserer Partei. Und ein bißchen nachgehakt bei unseren Funktionären, da sagt da einer, na ja, das ist eine Kraftprobe von denen.

Genossen, so kann man nicht an ideologisch ernsthafte Fragen herangehen. Ich will nicht sagen, daß alle zwölf schlechte Menschen sind, aber für mich steht fest, ohne genau hinzugucken, Genossen, daß unter diesen zwölf ein Bandit sein muß, der diese Sache nur genutzt hat, um eine Gelegenheit zu finden, gegen den Arbeiter- und Bauernstaat anzustinken und den muß man finden und da darf man nicht sagen, das ist eine Kraftprobe, sondern da muß man analysieren, da muß man hinein in das Kollektiv und muß sich auseinandersetzen; denn wir stehen, möchte ich sagen, in einer harten Klassenseinsetzung und da muß man schärfer, gründlicher analysieren, wie die Lage hier und dort in jenem Kollektiv ist. (...)

Und wer noch, wie diese Kollegen dort glauben, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können, gegen den Staat unserer Arbeiter- und Bauernmacht, die sollten immer wissen, daß nicht wir, sondern sie daran scheitern werden.²⁴

Die Lage in den Kollektiven gründlich und scharf zu analysieren, die „Banditen“ zu finden, die glaubten, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können und gegen den Arbeiter- und Bauernstaat „anstanke“, eine „harte Klassenseinsetzung“ mit ihnen zu führen und diese Kollegen zum Scheitern zu bringen, war Aufgabe der im Zuständigkeitsbereich des Sekretärs für Organisation, Kader und Internationale Gewerkschaftsbeziehungen²⁵ angesiedelten Abteilung Organisation, die mit einer Ausstattung von 32 Politischen

24 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz der Zentralen Organe der Gewerkschaften am 20.1.1979, S. 19 ff./ZPA-SED IV D-4/18/001).

25 Die **Abteilung Internationale Gewerkschaftsbeziehungen**, intern treffender als „**Westabteilung**“ bezeichnet, war im wesentlichen mit der Planung, Vorbereitung und Realisierung der Beziehungen des FDGB zu den Gewerkschaften der Bundesrepublik befaßt. Die „eigentliche“ **internationale Arbeit** siedelte in der **Abteilung Internationale Verbindungen**.

Mitarbeitern zu den größten und wichtigsten Abteilungen des operativen Apparates des FDGB-Bundesvorstandes zählte.

Die Abteilung Organisation organisierte, koordinierte und wertete die Informationstätigkeit des FDGB aus und stützte sich dabei auf regelmäßig abzuliefernde Informationsberichte aller Organisationsebenen.²⁶ Der halbjährlich von ihr erstellte Informationsplan differenzierte zwischen regelmäßiger, periodischer und fallweiser Informationserhebung über die Entwicklung der Leitungstätigkeit auf den verschiedenen Organisationsebenen (Betrieb-Kombinat-Kreis-Bezirk), die Durchführung der Beschlüsse, die Entwicklung des Mitgliederlebens, die politische Stimmungs- und Meinungsentwicklung der Beschäftigten sowie sogenannte „besondere Vorkommnisse“. Der „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“ zufolge waren Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen, Havarien und Brände, Massenunfälle und Katastrophen mit größeren Produktionsausfällen, Sabotageakte, direkter Feindeinfluß und Provokationen, Vorkommnisse in FDGB-Einrichtungen wie die Verletzung der Kaderprinzipien, Einbrüche, Diebstähle und Unterschlagungen sowie besondere Vorkommnisse mit in der DDR beschäftigten ausländischen Werkträgern von den Betriebsgewerkschaftsleitungen sofort den FDGB-Kreisvorständen zu melden, von dort an die FDGB-Bezirksvorstände weiterzuleiten, die schließlich die Abteilung Organisation zu unterrichten hatten.²⁷

Das Mißtrauen des Führungsapparates gegenüber den diesem langwierigen Instanzenweg innewohnenden Tendenzen zur Verdichtung, Verfälschung oder gar zur Verflüchtigung von Informationen – ironischerweise bestand gleichermaßen Furcht vor „Schwarzmalerei“ wie vor „Schönfärberei“ – war mit der Einrichtung einer Untersuchungsgruppe von fünfzehn sogenannten „Operativ-Instrukteuren“ in der Abteilung Organisation institutionalisiert worden. Den „Operativ-Instrukteuren“ war in der Regel jeweils das Organisationsgebiet des Zentralvorstandes einer Industriegewerkschaft/Gewerkschaft und eines

26 Grundlage dafür waren folgende Sekretariatsbeschlüsse: „Richtlinie über die Rolle, Aufgaben und Organisation der Gewerkschaftsinformation im System der wissenschaftlichen Leitungstätigkeit des FDGB“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S. 68/69 vom 10.2.1969; „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 239/73 vom 11.4.1973; „Beschuß zur Vereinfachung der schriftlichen Information der gewerkschaftlichen Grundorganisationen und Vorstände“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 477/84 vom 15.8.1984.

27 „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 239/73 vom 11.4.1973. Darin heißt es: „Ausgehend von der Rolle der Gewerkschaften als Schulen der Leitung, der Wirtschaftstätigkeit und des Sozialismus müssen die Gewerkschaftsleitungen und Vorstände eine stärkere Kontrolle zur Einhaltung der sozialistischen Gesetze ausüben und konsequenter gegen Verletzungen der sozialistischen Demokratie auftreten. Die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit zur weiteren Erhöhung des sozialistischen Bewußtseins muß in verstärktem Maße zur Erhöhung der Klassenwachsamkeit führen, damit Konfliktsituationen richtig erkannt und besonderen Vorkommnissen wirkungsvoller entgegengetreten werden kann“ (S. 1).

FDGB-Bezirk als Einsatzbereich zugeteilt, in dem sie je nach Informationsbedarf und Vorliegen „besonderer Vorkommnisse“ eigene Untersuchungs- und Aufklärungsarbeit leisteten; daneben oblag ihnen die Bearbeitung von an den FDGB-Bundesvorstand gerichteten Eingaben und Beschwerden der Mitglieder.

Die von der Abteilung Organisation erstellten „Berichte über die Stimmung und Meinungen der Mitglieder“ zu aktuellen politischen Ereignissen sowie die „Berichte über besondere Vorkommnisse“ enthielten im Verteilerkopf in der Regel ein „X“²⁸, welches das Ministerium für Staatssicherheit bezeichnete und wurden in einer eigens im Sekretariat der Abteilung Organisation des FDGB-Bundesvorstandes im Gebäude am Märkischen Ufer für das MfS eingerichteten Aktenablage deponiert, die von hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS – vermutlich aus den Hauptabteilungen XVIII bzw. XX – regelmäßig geleert wurde.

(Vgl. dazu Anhang 2: Die Erfassung der „besonderen Vorkommnisse“ und die praktische Tätigkeit des FDGB auf diesem Gebiet sowie Anhang 3: Die Rolle des FDGB bei der „Vorbeugung bzw. Zurückdrängung von Übersiedlungersuchen.“)

V.

Durch die Errichtung großer Massenorganisationen wie des FDGB, der FDJ, des Kulturbundes, der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, politischer Institutionen wie der Nationalen Front und der Etablierung eines Blockparteien-Systems, deren gemeinsame Existenzvoraussetzung die Anerkennung des Führungsanspruches der SED war, entlastete sich die SED bei der politischen Führung des Landes ohne Gefahr zu laufen, ihre Monopolstellung zu verlieren. Die gesellschaftlichen Organisationen wiesen jedoch unter diesen Bedingungen – der gesellschaftlichen Zwangshomogenisierung – einen großen Nachteil auf: Die soziale Kommunikation funktionierte nur von oben nach unten, ohne wirksame, authentische Mechanismen der Rückkoppelung. In der SED-Diktatur wurde diese Funktion der Vermittlung und Rückkoppelung vorhandener, auch gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen durch ein engmaschiges, mehrfach ausgelegtes Netz der inneren Kontrolle und Überwachung ersetzt. Bei der Verfeinerung dieses Netzes leisteten die Massenorganisationen der SED einen wichtigen Beitrag, wobei dem FDGB als größter Massenorganisation die vermutlich bedeutendste Rolle zufiel.

Als die SED im Herbst 1989 ihre führende Rolle verlor, tuckerte der Motor aus, als dessen Transmissionsriemen sich der FDGB, seine Untergliederungen

²⁸ Gelegentlich beinhaltete der Empfängerkreis auch ein „Y“: die Bezeichnung für das Ministerium des Inneren

und Funktionäre stets verstanden hatten. Seine ungewerkschaftliche Tätigkeit und gewerkschaftliche Untätigkeit hatten den FDGB so umfassend diskreditiert, daß sich sein Zusammenbruch nahezu lautlos und sein Verschwinden unauffällig vollzog.

Anhang 1: Zur „Westarbeit“ des FDGB

Von Beginn der offiziellen Kontaktaufnahme im Jahr 1972 an betrachtete der FDGB seine Beziehungen zum DGB als „internationale Beziehungen“, die er als Ausführung der Beschlüsse der jeweiligen Parteitage, der ZK-Tagungen, des Politbüros und des ZK-Sekretariats der SED gestaltete. Jeder Schritt von Herbert Warnke erfolgte in Absprache mit Walter Ulbricht, später dann mit Erich Honecker. Bei Harry Tisch trieb diese Unterordnung geradezu skurrile Blüten hervor, wenn er etwa anlässlich der Anwesenheit einer Vetter-Delegation im Jahr 1976 Erich Honecker um Befreiung von der Teilnahme an der Politbüro-Sitzung ersuchte und den SED-Generalsekretär zugleich um Erlaubnis zur Teilnahme an einem Cocktail bei Günter Gaus in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bat²⁹.

Nicht im FDGB-Bundesausschuss, sondern im SED-Politbüro wurde über die Gesprächsinhalte und -ziele, über die Termine und die Programme der FDGB-DGB-Treffen entschieden. Sogar die Fragen von DDR-Journalisten auf Pressekonferenzen wurden auf Wunsch Tisches in der ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda ausgedacht, aufgeschrieben und den Journalisten dann „übergeben“.³⁰

Zusammenfassend verfolgte die SED mit der FDGB-Westarbeit die Durchsetzung folgender Ziele:

1. die Unterstützung der Außenpolitik der KPdSU sowie der Deutschlandpolitik der SED insbesondere zur „Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus“, die Anerkennung der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten und dadurch die Stärkung der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ in der DDR;
2. die Durchsetzung der Anerkennung der FDGB/DGB-Beziehungen als internationale Beziehungen durch die Zurückweisung jeglicher Bestrebungen nach innerdeutschen Sonderbeziehungen;
3. die gegenseitige Achtung und Respektierung des FDGB als gleichberechtigte „Gewerkschaft“;
4. die Zurückstellung ideologischer Gegensätze zugunsten der Betonung „gewerkschaftlicher“ Gemeinsamkeiten;
5. eine Differenzierungspolitik zugunsten der „demokratischen, fortschrittlichen Kräfte“ in den westdeutschen Gewerkschaften;

²⁹ Vgl. Schreiben von Harry Tisch an Erich Honecker, 19. Oktober 1976.

³⁰ Dies geht aus einem Schreiben von Tisch an den Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda beim ZK der SED, Werner Lamberz, vom 4. November 1976 hervor. „Es wäre meines Erachtens zweckmäßig, daß für einige Journalisten aus der DDR Fragen vorbereitet werden, die sie bei dieser Gelegenheit an Vetter stellen könnten.“

6. die Erkundung und Weiterleitung von Meinungsunterschieden in den Delegationen, von politischen und „klimatischen“ Interna aus den Gewerkschaftsvorständen, politischen Differenzen zwischen den Gewerkschaften sowie zwischen DGB und SPD, um sie den eigenen Möglichkeiten und Zielen entsprechend auszunutzen;
7. die „aktive Einwirkung und Einbeziehung von 'Teilen der Arbeiterklasse der BRD' in den Prozeß der Sicherung des Friedens, der Entspannung und der Zusammenarbeit“³¹, wozu die Durchsetzung der Verurteilung der Rüstungs und Militärpolitik ausschließlich, mindestens aber primär der USA als ursächlich für die Gefährdung des Weltfriedens und der Entspannungspolitik in gemeinsamen, öffentlichen Stellungnahmen gehörte;
8. die Paralisierung des „negativen Einflusses“ des DGB auf europäischer Ebene („Differenzierung im EGB“) sowie die Nutzung der deutsch-deutschen bilateralen Beziehungen als Vorstufe zur internationalen Anerkennung durch den Aufbau multilateraler Beziehungen (Forderungen nach einer „europäischen Gewerkschaftskonferenz“ und einer „Aktionseinheitspolitik“ in der internationalen Gewerkschaftsbewegung).

Von der Anerkennung durch die westdeutschen Gewerkschaften und die Präsentation gemeinsamer Erklärungen und Dokumente mit gemeinsamen Zielen sowie der angestrebten internationalen Anerkennung erhofften sich die SED- und FDGB-Funktionäre zugleich, ihre mangelnde Legitimation vor dem Staatsvolk durch die Bestätigung ihrer Politik von außen kompensieren zu können.

Hauptmerkmal der offiziellen Beziehungen zwischen DGB und FDGB nach 1972 war ihr Charakter als Spitzenfunktionärs-Diplomatie, die unter Ausschluß der Gewerkschaftsmitgliedschaft und über ihre Köpfe hinweg in den 80er Jahren immer reger entfaltet wurde. Die Beschränkung der Kontakte auf Spitzenfunktionäre³², ihre Quarantänisierung und die Verhinderung von unkontrollierbaren Begegnungen zwischen FDGB-Mitgliedern und Gewerkschaftsmitgliedern aus der Bundesrepublik gehörte zu den obersten Beziehungsspielregeln des FDGB³³, ihre Durchbrechung zumindest anfänglich zu den Besuchszielen des DGB. Der FDGB setzte seine Regeln durch.

31 FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 27.10.1976, S 725/76, „Internationale Arbeit des FDGB nach der BRD“, S. 1.

32 „Eine Öffnung nach unten ist in den Beziehungen nicht vorgesehen“ (FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 12.10.1976, S. 725/76, „Internationale Arbeit des FDGB nach der BRD“. S. 4.

33 Das zeigen insbesondere auch die politischen Schlußfolgerungen des Politbüros der SED aus den DGB-FDGB-Gesprächen im November 1976: „... alle Versuche der DGB-Führung, mit der Weiterführung der Beziehungen einen unkontrollierten, dezentralisierten Dialog der 'organisierten Arbeiterschaft' in Gang zu setzen, (sind) weiterhin zu unterbinden“ (siehe: Schreiben von Harry Tisch an Albert Norden, Einige politische Schlußfolgerungen, die sich aus den Gesprächen zwischen den Delegationen der Bundesvorstände des FDGB und des DGB (9. und 10. November 1976 in Berlin) ergeben, 17.11.1976).

Von einer Ausnahme abgesehen – dem Besuch einer DGB-Jugenddelegation, die ihren Besuch in der DDR 1988 abbrach, weil Kontakte zur Umweltbewegung und Zionskirche unterbunden wurden – konnte Harry Tisch in seinen Berichten an das Politbüro über all die Jahre die Unterlassung dessen vermelden, was nach SED-Auffassung „die sachliche Atmosphäre“ hätte stören können. Darunter verstand die SED insbesondere das Ansprechen des Menschenrechts-Korbes 3 der Schlußakte von Helsinki, Fragen der Grenzsicherung und der Staatsbürgerschaft sowie Zweifel an der historischen Endgültigkeit der DDR.

Nach einem Gespräch mit Ernst Breit teilte Harry Tisch im April 1989 Erich Honecker beruhigt mit, daß sich der Bundesvorstand des DGB im Unterschied zur BRD-Regierung und zur SPD „bislang nicht in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen versucht bzw. Forderungen nach Veränderungen an die Gewerkschaft der DDR“ erhöhe.³⁴

Die Forderung nach uneingeschränkter Verwirklichung und Einhaltung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte zählte jedoch zu den festen Programmpunkten aller DGB-Bundeskongresse der Nachkriegszeit. In einer Entschließung der IG Metall hatte der DGB-Bundeskongreß 1982 alle Versuche zurückgewiesen, „die allgemeinen Menschen- und Gewerkschaftsrechte dadurch zu relativieren, daß man sie zur internen Angelegenheit einzelner Staaten degradiert“.³⁵ 1986 forderte der DGB-Bundeskongreß die Bundesregierung auf, ihr politisches Handeln an den Normen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte zu orientieren.

Aber selbst im Herbst 1989, als es möglich wurde, die jahrzehntelang erhobenen Forderungen der Kongresse im anderen Teil Deutschlands praktisch wirksam werden zu lassen und einen gewerkschaftspolitischen Beitrag zur Durchsetzung demokratischer Grundrechte zu leisten, verbarg sich der DGB hinter der quasi-staatsmännischen Attitüde der Nicht-Einmischung, war ihm die Fähigkeit zur Unterscheidung von unerwünschter, „bevormundender“ Einmischung und praktischer Solidarität mit den arbeitenden Menschen in wechselnden historischen Situationen verloren gegangen. Siebzehn Jahre auf Spitzen-Diplomatie konzentriert, fernab von den demokratischen Bewegungen in der Gesellschaft der DDR, durchschlief der DGB den demokratischen Umbruchprozeß und wachte erst wieder auf, als die Nicht-Reformierbarkeit des FDGB im Frühjahr 1990 unübersehbar geworden war.

34 Schreiben Harry Tisch an Erich Honecker, 4. April 1989.

35 „Betr.: Menschen- und Gewerkschaftsrechte“, Antrag 64 des 12. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1982.

Anhang 2: Die Erfassung der „besonderen Vorkommnisse“ und die praktische Tätigkeit des FDGB auf diesem Gebiet

Die „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“³⁶ machte Vorkommnisse in den Gewerkschaften, Havarien und Brände, Massenerkrankungen, Vorkommnisse mit ausländischen Werk tätigen, Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen und Staatsfeindliche Handlungen meldepflichtig.

1. *Vorkommnisse in den Gewerkschaften*

Vorkommnisse in den Gewerkschaften bilden den Schwerpunkt aller besonderen Vorkommnisse und bezeichnen im wesentlichen den Verlust gewerkschaftlicher Mittel durch Unterschlagungen, Einbruch und Diebstahl. Die Verluste wurden für 1985 mit 777.000 Mark, 1986 mit 779.000 Mark, 1987 mit 444.000 Mark und 1988 mit 732.000 Mark beziffert. Als Ursache führen die Berichte immer wieder die Verletzung der Finanzrichtlinie des Bundesvorstandes des FDGB sowie die Nichtgewährleistung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit an.³⁷

³⁶ Im ehemaligen zentralen Gewerkschaftsarchiv des FDGB, jetzt Archiv der Gewerkschaftsbewegung, sind nur einige dieser Berichte enthalten; die wenigen vorhandenen Exemplare sind zumeist Zufalls-Funde in von den Archivaren im Zuge der (Personal-)Wende des FDGB im November und Dezember 1989 in den Büros des alten Sekretariates sichergestellten Aktenbeständen, weshalb sich der Eindruck von bei der Abgabe übersehenen, nicht-kontrollierten oder nicht mehr kontrollierbaren Aktenbeständen bzw. -stücken aufdrängt. Von der gesamten Tätigkeit der Mitarbeiter der Abteilung Organisation sind nur wenige Schriftstücke, die „besondere Vorkommnisse“ betreffen, überliefert. – Vorhanden sind dagegen die für das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes zusammengefaßten Berichte über „besondere Vorkommnisse“ der Jahre 1985–1988. Vgl. Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1985 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 5.3.1986, Nr.S 117/86 (VVS B 401/1–04/86); Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1986 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 11.3.1987, Nr.S 122/87 (VVS B 401–03/87); Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1987 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 16.3.1988, Nr.S 136/88 (VVS B 401–07/88); Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1988 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 1.3.1989, Nr.S 123/89 (VVS B 401–07/89). (ArchGew. A 200.o.Nr.).

³⁷ Beispiel: „IG Bau-Holz, Bezirk Berlin – VEB Ausbau Mitte. Die Sekretärin und ehrenamtliche Hauptkassiererin der Grundorganisation hat in der Zeit vom 1986 bis 1988 gewerkschaftliche Mittel in Höhe von 18.000 Mark unterschlagen. Sie manipulierte mit Buchungsbelegen. Da bekannt war, daß die Kollegin vom 19.-21.1.1989 eine genehmigte Reise nach Berlin (West) antreten wollte, hat die BGL-Vorsitzende den Paß abgefordert. Bei den zuständigen Organen erfolgte Anzeige. Die Untersuchungen sind eingeleitet. Maßnahmen zur strikten Einhaltung der Finanzrichtlinie des Bundesvorstandes des FDGB wurden festgelegt“ (Abt. Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin 25.1.1989, S. 2).

2. Massenerkrankungen

Die gemeldeten Massenerkrankungen beruhen zumeist auf der Verletzung hygienischer Bestimmungen in den Betriebskantinen (unsachgemäße Aufbewahrung von Lebensmitteln bzw. Zubereitung von Speisen).

3. Havarien und Brände

Unter Havarien und Bränden werden durch Nichteinhaltung der Brandschutz- und Sicherheitsbestimmungen, der Arbeitsschutzordnung, Brandstiftung, Fahrlässigkeit, Bedienungsfelder, Verantwortungslosigkeit, Leichtsinn und den natürlichen Verschleiß an Maschinen und Anlagen verursachte Produktionsausfälle aufgelistet. Der wertmäßig erfaßte volkswirtschaftliche Schaden ist 1985 mit 222 Mio Mark, 1986 mit 854 Mio Mark, 1987 mit 480 Mio. Mark und 1988 mit 146 Mio. Mark ausgewiesen.³⁸

4. Vorkommnisse mit ausländischen Werkträgern

Bei Vorkommnissen mit ausländischen Werkträgern „handelt es sich vorwiegend um tätliche Auseinandersetzungen (häufig „infolge von Alkoholgenuß während bzw. nach Tanzveranstaltungen“³⁹; Verursacher waren oftmals DDR-Bürger“⁴⁰), Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit,

38 Beispiel 1: „IG Chemie, Glas und Keramik/Bezirk Halle – VEB Kombinat Chemische Werke Buna. Am 14.7.1988 kam es in o.g. Betrieb zu einer Havarie. Durch Platzen eines Schiebers an der Mitteldruckdampfleitung wurde ein Dampfaustritt verursacht. Dabei erlitten 4 Werkträger, darunter zwei polnische, Prellungen sowie Verbrühungen 1. und 2. Grades. Über die Höhe des entstandenen volkswirtschaftlichen Schadens liegt noch keine Information vor. Ein Produktionsausfall trat nicht ein. Die zuständigen Organe führen die Ermittlungen“ (Abteilung Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin, 25.7.1988, S. 2/3.).

Beispiel 2: „IG Chemie, Glas und Keramik/Bezirk Halle – VEB Chemiekombinat Bitterfeld. Am 14.1.1989 kam es im P 3, Alu-Blockgießerei, Bau 209, zur Explosion eines Alu-Schmelzofens. Die Dachfläche, die Gießlinie, der Schmelzofen und die Krananlage wurden stark beschädigt. Der entstandene Sachschaden wird auf 5 Mio. Mark geschätzt. Bis zum 20.1.1988 trat ein Produktionsausfall in Höhe von 1 Mio. Mark ein. Durch die Explosion wurden 4 Werkträger (Strafgefängene) verletzt. Sie werden stationär behandelt. Zur Untersuchung der Ursache wurde eine Expertenkommission gebildet“ (Abt. Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin, 25.1.1989, S. 3.).

39 Informationen über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1987 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 16.3.1988, Nr. S 136/88 (VVS B 401–07/88), S. 6.

40 Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1988 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 1.3.1989, Nr. S 123/89 (VVS B 401–07–89), S. 5.

Arbeitsverweigerung wegen Unkenntnis von Lohnzahlungsbedingungen sowie Arbeits- und Verkehrsunfälle⁴¹, Diebstahl an Volkseigentum⁴².

Fall 1:

“... werden nach Vietnam zurückgeführt!“

„IG Bau-Holz

Bezirk Dresden – VE Bau- und Montagekombinat, Kombinatbetrieb Industriebau Dresden.

Am 1.2.1989 wurden 55 vietnamesische Werkkräfte aus dem VEB-Kernkraftwerk Lubmin zum o.g. Kombinat planmäßig umgesetzt, 35 kamen auf die Baustelle nach Porschendorf und 20 nach Altenberg.

Sie waren trotz wiederholter Aussprachen bis vor kurzem nicht bereit, einen Arbeitsvertrag mit dem VE BMK Dresden zu unterschreiben und regelmäßig ihrer Arbeit nachzugehen. Als Gründe gaben sie an, eine zu hohe Lohninbuße bis zu 400,- Mark gegenüber der Tätigkeit im Kraftwerk, die dezentralisierte Unterbringung (zu weit von Dresden weg und zu nah an der Baustelle) sowie schlechte Luftverhältnisse in der Umwelt. Hinzu kommt, daß 5 ihrer Kollegen sie dazu anhielten, den Arbeitsvertrag nicht zu unterschreiben und diese das Kollektiv insgesamt negativ beeinflussten.

Das Ministerium für Bauwesen und das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne haben gemeinsam mit den zuständigen Leitern und Funktionären des Betriebes sowie den vietnamesischen Werkkräften Aussprachen durchgeführt und zur Lösung der berechtigt angesprochenen Probleme am 31.3. bzw. 10.4.1989 zentrale Maßnahmen getroffen. Sie beinhalten u. a.:

- Die Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit;
- die Prüfung der Eingruppierung in Höhe Lohngruppen entsprechend dem Stand ihrer Qualifizierung, da ihre Entlohnung derzeit wirklich zu niedrig ist;
- den Kollegen durch Abstimmung mit dem Arbeiterberufsverkehr die Möglichkeit zu schaffen, sich mit Landsleuten in anderen Einsatzorten von Dresden treffen zu können;
- die Wohnbedingungen weiter zu verbessern;
- ab 1.1.1990 die o.g. Kollegen zum Kombinatbetrieb nach Dresden umzusetzen.

In einer Beratung am 10.4.1989 hat das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne unter Teilnahme der Botschaft und dem Kombinatbetrieb Dresden

41 Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1985 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 5.3.1986, Nr. S 117/86 (VVS B 401/1-04/96), S. 4.

42 Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1986 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 11.3.1987, Nr. S 122/87 (VVS B 401-03/87), S. 4.

die eingeleiteten Maßnahmen den betreffenden vietnamesischen Kollegen erläutert. Sie sind damit einverstanden, unterzeichneten am gleichen Tag ihren Arbeitsvertrag und gehen wieder ordnungsgemäß ihrer Tätigkeit nach.

In Absprache mit der Botschaft wird die Gruppenleitung dieser Kollegen jedoch ab- und in andere Baubetriebe umgesetzt, da sie ihrer Verantwortung in diesem Konflikt nicht gerecht wurde.

Die des weiteren bereits genannten fünf Kollegen, die sich gegen das Kollektiv stellten und den Konflikt verschärften, werden nach Vietnam zurückgeführt.⁴³

Damit war der Fall aber noch nicht abgeschlossen. Vermutlich um der Abschiebung zu entgehen, richtete (...) einer der fünf vietnamesischen Beschäftigten, eine Eingabe an Harry Tisch, in der er offensichtlich erneut auf die unzureichenden Arbeits- und Wohnbedingungen seines Kollektiv hinwies.⁴⁴ In einer „Notiz“ der Abteilung Organisation über die daraufhin durchgeführten Gespräche hieß es:

„Die vietnamesischen Gewerkschaftsvertreter betonten, daß die vorliegende Eingabe im Auftrag von (...) vom ehemaligen Gruppenleiter (...) geschrieben wurde. Der Kollege (...) hatte bisher negativen Einfluß genommen auf die vietnamesischen Werk tätigen in Porschendorf. Kollege (...) arbeitet seit Mai 1989 im Mähdrescherwerk Singwitz.

Die zuständigen Organe der DDR und die Botschaft der SRV haben festgelegt, 5 vietnamesische Werk tätige, die die sozialistische Gesetzlichkeit in der DDR und die Vereinbarungen beider Länder verletzt haben, nach Vietnam zurückzuführen. Im Monat April wurden 3 vietnamesische Werk tätige in ihre Heimat zurückgeführt. Der Kollege (...), der sich der Zurückführung entzog, wurde am 10.5. von den zuständigen Organen der DDR festgenommen. Kollege (...) ist seit dem 19.4.1989 unauffindbar und gegen ihn wird gefahndet.“⁴⁵

In dem Gespräch bestätigten die vietnamesischen Beschäftigten aber auch, daß ihr durchschnittliches Monatseinkommen von 550,- Mark die beabsichtigte Unterstützung ihrer Familien in Vietnam nicht gewährleiste und ihnen deshalb – erst recht im Vergleich zum wesentlich höheren Durchschnittsverdienst der DDR-Arbeiter – zu wenig sei. Gegenüber den Argumenten der Betriebsleitung und der FDGB-Vertreter verhielten sie sich reserviert: „Die verantwortlichen Funktionäre des KBI (Kombinatsbetrieb Industriebau, d. Vf.) haben bisher mehrmals mit den vietnamesischen Werk tätigen über die im Betrieb geltenden Lohnformen und arbeitsrechtlichen Regelungen gesprochen.

43 Abt. Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin, 12.4.1989, S. 1/2.

44 Der Text dieser Eingabe ist nicht überliefert.

45 Notiz über die am 10.5.1989 durchgeführten Gespräche zur Eingabe vietnamesischer Werk tätiger an den Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB, Kollegen Harry Tisch, 11.5.1989, S. 1/2.

Es zeigt sich aber nach wie vor, daß die vietnamesischen Werk­tätigen mehr Lohn haben möchten. Von den Funktionären des Betriebes wird weiterhin darauf Einfluß genommen, daß der Erkenntnisprozeß weiter vertieft wird, um eine Übereinstimmung von Qualifikation, Leistung und Lohn zu erreichen.⁴⁶ Folgt man der „Aktennotiz“, hielt die Unzufriedenheit ihres Kollektivs die vietnamesischen Beschäftigten-Vertreter nicht davon ab, sich abschließend von der Eingabe zu distanzieren und die Sache damit für erledigt zu erklären.

5. Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen

Im Zusammenhang mit Arbeitskonflikten erklärten „die Mitglieder oftmals ihre Absicht, aus dem FDGB auszutreten, um damit der Lösung langanhaltender Probleme Nachdruck zu verleihen“ (1989, 3). Als Anlaß für Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen heben die Jahresberichte immer wieder „ernsthafte Versäumnisse in der politisch-ideologischen Arbeit mit den Werk­­tätigen“, „die Nichtbeachtung ihrer Vorschläge und Hinweise“, „administrative Handlungsweisen“ und „unzureichende Arbeits- und Lebensbedingungen“ hervor.⁴⁷

An Arbeitskonflikten bzw. Arbeitsniederlegungen waren 1985, 1992, 1987 841 und 1988 449 Beschäftigte beteiligt (für 1986 keine Angaben).

Fall 2:

“... trotz mehrmaliger Aussprachen beharren beide auf ihrem Entschluß!“
„Gew. Gesundheitswesen

Bezirk Berlin – Pharmazeutisches Zentrum, Apotheke Otto-Winzer-Straße

In der o.g. Einrichtung erklärten die Apothekenfacharbeiterinnen (...) (20), Mitglied des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Gesundheitswesen, und (...) (19), zunächst ohne Begründung, ihren Austritt aus dem FDGB. Trotz mehrmaliger Aussprachen durch den BGL-Vorsitzenden, den Parteisekretär, den staatlichen Leiter und den Kreisvorsitzenden beharren beide auf ihrem Entschluß.

In einem Gespräch am 28.6.1988 nannte Kollegin A. folgenden Grund; sie wolle ein Achtungszeichen setzen, damit gerechter für die Werk­­tätigen entschieden und die Interessenvertretung konsequenter wahrgenommen werde.

Als Beispiele führte sie an:

– keine Leistungsentlohnung für mittlere Kader im Gesundheitswesen;

⁴⁶ Ebd., S. 5.

⁴⁷ Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1987 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 16.3.1988, Nr. S 136/88 (VVS B 401–07/88), S. 4; Informationen über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1988 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 1.3.1989, Nr. S 123/89, S. 3.

- die große Diskrepanz im Nettolohn der Facharbeiter im Gesundheitswesen zu vielen Betrieben und zum Handel, im Vergleich zu den hohen Anforderungen an Wissen und Können;
- Arbeitszeit über 10 Stunden täglich in anderen Bereichen möglich (zum Herausarbeiten eines regelmäßigen freien Nachmittages);
- die Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Freizeit zwischen zwei Schichten in anderen Betrieben.

Die Gespräche werden unter Verantwortung des Kreisvorstandes weitergeführt.“⁴⁸

6. *Staatsfeindliche Handlungen*

Unter „staatsfeindlichen Handlungen“ wurden „faschistische Schmierereien“, „provokatorisches Auftreten gegenüber führenden Genossen der SED“, anonyme Bombendrohungen, anonyme Schreiben an Leitungen bzw. Funktionäre der Organisation, Republikflucht sowie Unterschriftensammlungen aus politischen Anlässen (wie z. B. aus Protest gegen die Verhaftungen nach der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration am 17.1.1988 oder die blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung im Sommer 1989) erfaßt.

Fall 3:

Die „Mauerkrankheit“ oder: „Untersuchen, wie Lage in dem Kollektiv – wer der Wortführer – und Auseinandersetzung führen!“

Am 29. November 1988 übersandte der AGL-Vorsitzende eines Kollektivs des VEB Chemieanlagenbaus Leipzig/Grimma, GAN Betriebsteil Schwedt, Baustelle Frankfurt/Oder, Harry Tisch das Protokoll einer unter dem Thema „Fragen zur Zeit“ durchgeführten Gewerkschaftsversammlung, in der kritische Fragen zur Subventionspolitik, zu den Versorgungsunterschieden zwischen Berlin, den anderen Bezirken und ländlichen Gebieten, zur nicht-praktizierten Umweltpolitik, zu den Reiseeinschränkungen, völlig unzureichenden Dienstleistungen und zur kritiklosen Informationspolitik gestellt worden waren. „Der Genosse P. vom FDGB-Kreisvorstand versuchte, einen Teil dieser Fragen sehr ausführlich zu beantworten“, hieß es am Ende des Protokolls, „wobei er oft vom eigentlichen Kern der Probleme abwich und somit die Unzufriedenheit der meisten Kollegen hervorrief. Die Begründungen für die angesprochenen Unzulänglichkeiten waren für sie derart unzureichend, daß einige enttäuscht die Veranstaltung vorzeitig verließen.“⁴⁹

Man wolle mit der Zuwendung der protokollierten, kritischen Fragen „auf einige Sachverhalte aufmerksam machen“, schrieb der AGL-Vorsitzende dem

48 Abteilung Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin, 25.7.1988, S. 1/2.

49 VEB CLG, GAN BT Schwedt, Baustelle Frankfurt/Oder, Protokoll über die Gewerkschaftsversammlung vom 16.10.1988, Frankfurt/O., den 15.11.1988, S. 3.

„werten Herrn Tisch“, „die nicht in jedem Falle mit den fast nur positiven Darstellungen aller Bereiche unseres Lebens durch Presse, Rundfunk und Fernsehen übereinstimmen. Wir sind der Meinung, daß man ähnlich wie inzwischen in der Sowjetunion dazu übergehen sollte, über anstehende Probleme o f f e n zu diskutieren und kritische Hinweise anzunehmen, um dann gemeinsame Wege zu finden, negativen Erscheinungen zu begegnen.

Nur in diesem Sinne möchten wir die im Protokoll enthaltenen Fragen verstanden wissen und hoffen, daß deren weitere Diskussionen auch auf höherer gewerkschaftlicher Ebene dazu beitragen wird, unsere sozialistische Gesellschaft auf demokratischem Wege weiter zu vervollkommen und zu festigen.“⁵⁰

An diese lautere Absicht verschwendete Tisch jedoch keinen Gedanken: „Genosse Lindner, sofort mit BV (Bezirksvorstand des FDGB, d. Vf.) Frankfurt und Absprache mit BL (Bezirksleitung der SED, d. Vf.) Frankfurt/Od. untersuchen, wie Lage in dem Kollektiv – wer der Wortführer und Auseinandersetzung führen“, ordnete er handschriftlich auf dem Anschreiben an.“⁵¹

Nur wenige Tage später teilte ihm der Vorsitzende des FDGB-Bezirksvorstandes Frankfurt/Oder nach mehreren „differenzierten Aussprachen“ mit dem AGL-Vorsitzenden, der Bauleitung, der Abteilungsgewerkschaftsorganisation und zwei identifizierten Wortführern der Versammlung einen ersten „Bearbeitungsstand“⁵² mit: Der im Protokoll dargestellte Verlauf der Versammlung sei nicht exakt und der Wahrheit entsprechend wiedergegeben; das „klassenmäßige Auftreten“ des Sekretärs des Kreisvorstandes erscheine „entstellt“. Mit dem gewerkschaftlichen Mitgliederleben im Kollektiv hapere es; es sei „nicht planmäßig und zielgerichtet organisiert“. Weil nur zwei SED-Mitglieder im Kollektiv arbeiteten, sei zudem der parteimäßige Einfluß äußerst gering. Etwa die Hälfte des Kollektivs habe in der letzten Zeit Reisen in die BRD und andere kapitalistische Länder unternommen, ein Mitglied habe einen Antrag auf Ausreise in die BRD gestellt. Eine Anfrage beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/O. habe ergeben, daß 20 der 29 Mitarbeiter des Kollektivs in fernbeheizten Komfortwohnungen wohnten; Lohn, Gehalt und Zielprämien lägen weit über dem Durchschnitt des Stadtkreises.⁵³ Die sozialen Verhältnisse, sollte mit dieser Einlassung wohl suggeriert werden, könnten keinen Anlaß für die Unzufriedenheit bieten; die Aufsässigkeit mußte politische Gründe haben – und diese galt es aufzuspüren.

50 VEB CLG, GAN BT Schwedt, Baustelle Frankfurt/Oder, Schreiben an Harry Tisch, 29.11.1988.

51 Ebd. Lothar Lindner war Vorsitzender des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz.

52 Vgl. zum folgenden: FDGB-Bezirksvorstand Frankfurt/Oder, Der Vorsitzende, Schreiben an Harry Tisch, 9.12.1988.

53 Rat der Stadt Frankfurt, Oberbürgermeister, Schreiben an den FDGB-Kreisvorstand Frankfurt/O., 7.12.1988.

Die Gespräche führten zu folgendem Ergebnis: Die Mitglieder der Bauleitung distanzieren sich von der Eingabe und der AGL-Vorsitzende im nachhinein von seiner Unterschrift, weil er sich der politischen Tragweite und seiner Verantwortung nicht bewußt gewesen sei – eine kadermäßige Veränderung in dieser Funktion werde eingeleitet. Auch die Wortführer wurden ding- und vor allem namenfest gemacht: „Deutlich wurde aber, daß es Kräfte gibt (H., M., S.), die bereits seit einem längeren Zeitraum einen negativen Einfluß auf das Kollektiv ausüben und provozierend auftreten. Diese Kräfte haben maßgeblichen Anteil an der Erstellung und Versendung des Protokolls. Sie zeigten sich in der geführten Aussprache uneinsichtig!“ Zur Charakterisierung von H. habe der Baustellenleiter geäußert, „daß H. selbst vor einiger Zeit in der BRD weilte und nach seiner Rückkehr zum Ausdruck brachte, daß – wenn man das alles in der BRD sieht, was es gibt (volle Schaufenster usw.) – man die 'Mauerkrankheit' bekommt. H. hat starke westliche Kontakte und ist kirchlich gebunden. Seine Schwester war bei einer Botschaftsbesetzung dabei und ist inzwischen in die BRD ausgereist.“

Dies sei nur ein Zwischenbescheid; es erfolgten weitere Beratungen zur planmäßigen und zielstrebigem politisch-ideologischen Arbeit in der Abteilungsgewerkschaftsorganisation und über die kadermäßige Stärkung der AGL sowie persönliche Gespräche mit allen Mitgliedern der Abteilungsgewerkschaftsorganisation.

Fall 4:

Protest gegen das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 oder: „.... massiert gegen diese formierte Opposition auftreten!“

„KV Berlin-Pankow des FDGB/IG Metall

VEB Kombinat Zentraler Industrieanlagenbau der Metallurgie Berlin.

Der KV Berlin-Pankow des FDGB informierte am 28.06.1989 darüber, daß 30 Kollegen aus dem Bereich Projektierung im o.g. Betrieb einen Brief an die Botschaft der VR China mit folgendem Inhalt unterschrieben haben:

'Abschrift

Berlin, 23.06.1989

Botschaft der Volksrepublik China

Heinrich-Mann-Straße 9

Berlin, 1110

z.Hd. d. Botschafters

Exzellenz!

Tiefe Besorgnis, Trauer und Befremdung lösen in uns Vorfälle in Ihrem Land aus, die im Zusammenhang mit den Verurteilungen und Hinrichtungen zahlreicher Bürger bekannt wurden. Wir stehen empört der Art und Weise, wie Sie mit den Verurteilten verfahren, gegenüber. Ohne uns in Ihre staatli-

chen Angelegenheiten einmischen zu wollen, müssen wir jedoch feststellen, daß die staatliche öffentliche Erniedrigung und Demütigung der Verhafteten, ihre öffentliche Zurschaustellung und grausame Hinrichtung eine unwürdige Prozedur darstellt, die sich unserem Verständnis von einer zivilisierten Nation, wie sie in den UN-Menschenrechtskonventionen gefordert wird, entzieht.

Wir bitten Sie im Namen der Zivilisation:

Gehen Sie gerecht mit den Verhafteten um! Unterlassen Sie bitte diese Entwürdigung Ihrer Landsleute!

Begnadigen Sie die zum Tode Verurteilten!

Lassen Sie sich nicht weiter von Angst und Haß leiten, denn es ist schon genug Blut vergossen worden!

Gewerkschafter des Bereiches Projektierung

im

VEB Kombinat Zentraler Industrieanlagenbau
der Metallurgie Berlin.'

Die bisher geführten Gespräche machten sichtbar, daß hinter diesem Brief Mitglieder des 'Friedenskreises' stehen. Mit dem Kollektiv gab es bereits in der Vergangenheit Probleme, so u. a. bei der Einführung der Produktivlöhne und der Entbindung des Koll. F. von seiner Funktion als BGL-Vorsitzender aufgrund von Kontakten sowie begangenem Vertrauensbruch.

Zur Auswertung des Vorkommnisses nahm der Vorsitzende des KV Berlin-Pankow des FDGB am 29.06.1989 an der Parteileitungsberatung teil. Die bisher geführten Aussprachen machten sichtbar, daß von den 30 Unterzeichnern 27 ermittelt wurden. Darunter ist ein Vertrauensmann. Von 27 Kollegen äußerten sich 3 Kollegen in provokatorischer Weise und beharrten auf ihrem Standpunkt.

Festgelegte Maßnahmen:

1. Der Vorsitzende des KV Berlin-Pankow des FDGB nimmt am 29.06.1989 an der AGL-Sitzung teil.
2. In der nächsten Woche erfolgt eine Aussprache mit den betreffenden Kollegen im Beisein des Vors. des KV Berlin-Pankow des FDGB.

Die zuständigen Organe sind informiert.⁵⁴

Mit welchen Mitteln die Unterzeichner dazu bewegt wurden, sich von ihrem Protestbrief zu distanzieren und sich beim chinesischen Botschafter gar zu entschuldigen, wird aus einer namentlich nicht unterzeichneten Aktennotiz „Information VEB ZIM“ vom 30. Juni 1989 ersichtlich:

⁵⁴ Bezirksvorstand Berlin des FDGB/Abteilung Organisation, Information über ein besonderes Vorkommnis, Berlin, 29.06.1989

„Nach der Durchführung des gemeinsamen Ansehens der Dokumentation vom Peking Fernsehen wurde mit allen eine Aussprache geführt. Zu dem Zeitpunkt vertraten die Kollegen noch die Meinung, bei ihrem Standpunkt zu bleiben. Nachdem sich der geistige Kopf durch 3 Kollegen herauskristallisiert hatte, wurde in der Parteileitung und BGL festgelegt:

1. massiv gegen diese formierte Opposition aufzutreten,
2. mit den anderen Werktätigen geduldig in der politischen Massenarbeit (gewerkschaftliches Mitgliederleben) weiter die Auseinandersetzung zu führen,
3. gegen staatliche Leiter, die ihrer politischen Verantwortung nicht gerecht wurden, disziplinarisch vorzugehen.

Als erstes fand die Aussprache mit den 3 Kollegen gestern statt, die der Generaldirektor führte, wo ihnen klargemacht wurde, daß auf Grund des Vertrauensbruches, der zwischen ihnen und der Leitung entstanden ist und wo ihnen nahegelegt wurde, ihre Haltung zu ändern, kameradschaftlich auf der Grundlage der Beschlüsse und Gesetze des Betriebes aufzutreten oder sich vom Betrieb zu trennen.

In dieser Aussprache haben die Kollegen sich bereiterklärt, ihre Haltung zu ändern, mit allen 28 Werktätigen nochmals auf der Grundlage eines neuen überarbeiteten Briefes zu reden (siehe Anlage). Und damit haben sie ihre Konfrontation gegenüber der Leitung des Betriebes aufgegeben.

Als zweites wurde gestern in der AGL-Sitzung der Standpunkt herausgearbeitet, daß es nur eine Schlußfolgerung geben kann: Vertiefung und Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit in den Gewerkschaftskollektiven, d. h. Sicherung der monatlichen Mitgliederversammlungen, Schulen der sozialistischen Arbeit, vor allen Dingen in den Gewerkschaftsgruppen, aus denen der Brief kam. Unterschrieben hatten 1 Vertrauensmann und 1 AGL-Mitglied.

Der KV FDGB und IG Metall werden Anfang Juli, beginnend in der nächsten Woche, in Abstimmung mit der Parteileitung und BGL die Aussprachen in den Gewerkschaftsgruppen durchführen, die von der AGL selbst organisiert und geführt werden und an denen Genossen des KV FDGB teilnehmen.

'Entwurf

Berlin, den 29.06.1989

Botschaft der Volksrepublik China

z.Hd. des Botschafters

Heinrich-Mann-Straße 9

Berlin

1110

Werte Exzellenz!

Mit Empörung und Betroffenheit haben wir in einer Fernsehsendung des Staat-

lichen Fernsehens der DDR am 28.6.1989 von den wahren Begebenheiten und Greueln im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in Ihrem Lande erfahren.

Unter dem Eindruck der Dokumentation und im Ergebnis der anschließend geführten Aussprache mit der Staatlichen Leitung, der Partei- und Gewerkschaftsleitung unseres Betriebes distanzieren wir uns eindeutig von unserem Schreiben vom 23.06.1989, das ohne Wissen der Leitung des Kombinates Zentraler Industrieanlagenbau an Sie abgeschickt wurde.

Wir möchten uns in aller Form bei Ihnen entschuldigen.’⁵⁵

⁵⁵ Information VEB ZIM, Berlin, den 30.6.1989 (ohne Angabe des Verfassers).